

Landtag Rheinland-Pfalz
14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/3

3. Sitzung

Dienstag, den 22. Mai 2001

Mainz, Deutschhaus

<i>Der Landtag beschließt, die bisherigen Regelungen für eine Kurzintervention und für eine Modifizierung der Fragestunde sowie für eine Kontingentierung der Mündlichen Anfragen und Aktuellen Stunden bis zur Verabschiedung einer endgültigen Fassung der Geschäfts- ordnung für die 14. Wahlperiode zu übernehmen.</i>	39
Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten	39

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Florian Gerster, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; die Staatssekretäre Rüter, Hering.

Entschuldigt fehlten:

Der Abgeordnete Johannes Berg sowie Staatsministerin Klaudia Martini.

Rednerverzeichnis:

Abg. Böhr, CDU:	39
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	98, 120
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	104
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	116
Abg. Frau Spurzem, SPD:	115
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	60
Abg. Itzek, SPD:	96
Abg. Jullien, CDU:	93
Abg. Kuhn, FDP:	71, 119, 120
Abg. Lelle, CDU:	112
Abg. Mertes, SPD:	50
Abg. Schnabel, CDU:	123
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	107
Beck, Ministerpräsident:	83
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:	121
Präsident Grimm:	39, 49, 60
Prof. Dr. Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:	111
Vizepräsident Creutzmann:	83, 93, 96, 98
Vizepräsidentin Frau Grützmaker:	104, 106, 111, 112, 115, 116, 119, 120, 121, 123, 127, 129
Vizepräsidentin Frau Hammer:	71
Zuber, Minister des Innern und für Sport:	127

3. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 22. Mai 2001

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Herrn Alexander Fuhr und Herrn Matthias Lammert. Herr Fuhr führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute der Abgeordnete Johannes Berg und Staatsministerin Frau Klaudia Martini.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, hatten wir in der letzten Wahlperiode in Ergänzung der ausgedruckten Geschäftsordnung einige Regelungen beschlossen, die bis zur endgültigen Verabschiedung einer Geschäftsordnung den Charakter der Vorläufigkeit hatten. Dazu ist es in der letzten Legislaturperiode nicht mehr gekommen.

Der Ältestenrat hat sich in seiner jüngsten Sitzung damit befasst und schlägt Ihnen vor, dass die Regelungen, die die Kurzintervention, die Modifizierung der Fragestunde sowie die Kontingentierung der Mündlichen Anfragen und der Aktuellen Stunden betreffen, vorläufig weiter gelten sollen. Wir nehmen uns allerdings vor, so schnell wie möglich zu einer endgültigen Regelung zu kommen.

Der Ältestenrat hat beschlossen, in der nächsten Sitzung eine Arbeitsgruppe, der Vertreter aller Fraktionen angehören sollen, einzurichten. Sind Sie damit einverstanden, dass bis zu diesem Zeitpunkt diese Regelungen fortgelten? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Die Redezeit pro Fraktion beträgt zwei Stunden. Für den jeweils ersten Redner einer Fraktion gilt eine unbegrenzte Redezeit.

Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, freue ich mich, bereits Gäste im Landtag begrüßen zu können, und zwar Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrer der Anne-Frank-Realschule in Mainz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile nun dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Abgeordneten Christoph Böhr, das Wort.

Abg. Böhr, CDU:

Vielen Dank! Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wahlschlacht ist geschlagen. Es ist wie nach jeder Wahl: Es gibt Gewinner, und es gibt Verlierer. – Wir Christlichen Demokraten haben die Wahl verloren. Wir haben eine Niederlage erlitten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine bittere Niederlage erlitten. Jeder wird verstehen, dass eine solche Niederlage nicht einfach an einem abtropft.

Die Sozialdemokraten haben einen Sieg errungen. Sie haben – ich sage das neidlos – einen glänzenden Sieg errungen. Wenn ich das so sage, muss man das vielleicht noch ein klein wenig anders und genauer formulieren. Ich glaube, man trifft den Nagel auf den Kopf, wenn man sagt, der Ministerpräsident hat einen Sieg errungen. Ohne Kurt Beck wäre dieser Sieg nicht möglich gewesen.

Herr Ministerpräsident, deswegen möchte ich von dieser Stelle aus gern noch einmal das tun, was ich bereits am Wahlabend getan habe, nämlich Ihnen persönlich zu diesem Traumergebnis zu gratulieren. Ohne Kurt Beck wäre dieses Ergebnis so nicht **zustande** gekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dieser Gratulation verbinde ich eine zweite Bemerkung. Wahlkampfzeiten sind Zeiten der Zuspitzung. Im Eifer des Gefechts unterläuft einem gelegentlich eine Formulierung, die einem, wenn man sie sich nachher in Ruhe noch einmal vor Augen führt, selbst nicht besonders gefällt.

Deswegen möchte ich auch von dieser Stelle aus sagen: Ich habe im Wahlkampf auch bei manchem harten Wort – das gehört zum Wahlkampf dazu – niemanden verletzen wollen. Wenn dies doch geschehen ist, wenn jemand verletzt oder beleidigt wurde oder dies so empfunden hat, so möchte ich von dieser Stelle aus ausdrücklich dafür um Verzeihung bitten. Ich kann nicht garantieren, dass es für alle Zukunft ausgeschlossen bleibt, dass es mir noch einmal unterläuft. Ich glaube jedoch, wichtig ist, dass man im Nachhinein sozusagen auch das Korrektiv in sich trägt und weiß, was geht und was nicht geht.

(Beifall der CDU, der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun geht der Blick nach vorn. Die neue Legislaturperiode hat begonnen. Die Rollen sind zugeteilt. Der demokratische Alltag beginnt. Für die einen ist es der Alltag des Regierens, wie in den **letzten** zehn Jahren, für die anderen ist es der Alltag der Opposition. Ich mache keinen Hehl daraus: Regieren ist schöner. Wir hätten es uns von Herzen gewünscht, diesen Auftrag vom Wähler zu bekommen. Wir sind weit davon entfernt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen ist es in den **nächsten** fünf Jahren unsere Aufgabe, Oppositionsarbeit in diesem rheinland-pfälzischen Landtag zu leisten. Opposition bedeutet, die Arbeit der Regierung kritisch zu begleiten. Im Übrigen wird es der Regierung dadurch versüßt, dass sie sozusagen die schönere Seite

des parlamentarischen Geschäfts erleben und erfahren darf.

Wenn ich diesen Maßstab der Opposition als eine kritische Begleitung der Regierung an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von gestern anlege, so stelle ich fest: Diese Regierungserklärung war nun wirklich kein Signal des Aufbruchs, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Ich habe nicht nur genau zugehört, sondern ich habe mir den Text der Regierungserklärung anschließend noch zweimal genau durchgelesen. In dieser gesamten Regierungserklärung, in diesem umfangreichen Dokument dieses Programms der Koalitionsparteien für die **nächsten** fünf Jahre, findet sich keine einzige Neuerung, die wirklich aufhorchen lässt. Es ist eine Ansammlung von vorsichtigen Vorhaben und Vorschlägen, eine Aufzählung von Vorschlägen und Vorhaben. Viele davon sind zustimmungsfähig, viele davon bieten, wenn überhaupt, nur ganz am Rand Anlass zum Streit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber der Preis, der gezahlt wird, um diese Zustimmung zu erkaufen, ist hoch. Es ist in einer ganzen Reihe wichtiger politischer Fragen die Unverbindlichkeit, die die Voraussetzung für die Zustimmungsfähigkeit dieser Regierungserklärung ist.

(Beifall der CDU)

Damit bin ich bei einem Punkt angelangt, der mich im Übrigen nicht nur heute beschäftigt, sondern der uns – die beiden Oppositionsparteien, wie ich vermute – in den vergangenen Jahren schon häufiger beschäftigt hat, die Tatsache nämlich, dass diese Unverbindlichkeit – oft ist es die Unverbindlichkeit pur – auf den ersten Blick vielleicht eine Lösung von Problemen darstellt, aber auf den zweiten Blick eine Lösung von Problemen nur zum Schein ist.

Ich denke, dass wir schon im Vorfeld dieser Auseinandersetzung heute über die Regierungserklärung des gestrigen Tages einen Vorgeschmack auf das bekommen haben, was gelegentlich am Ende das Problem dieser Unverbindlichkeit wird: Dieses Scharmützel, das, ausgehend von einer Kommentierung der Gewerkschaften im Blick auf diese Regierungserklärung, ausgetragen wurde, wird kein ausufernder Streit werden.

Aber wenn eine wichtige gesellschaftliche Gruppe aus dieser Regierungserklärung am Ende doch eine Kleinigkeit herausliest, die ihr nicht gefällt, und die beiden Koalitionspartner sich daraufhin so einlassen, wie sie sich eingelassen haben, wenn der Ministerpräsident sagt: „Leute, nun seid einmal ganz ruhig, nichts wird eins zu eins so umgesetzt, wie es in der Regierungserklärung und im Koalitionsvertrag steht“, aber der Vorsitzende der FDP sagt: „Diese Regierungserklärung wird auf Punkt und Komma umgesetzt“, dann zeigt sich, dass Unverbindlichkeit pur am Ende nur eine Lösung zum Schein ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Ich denke, das ist das Problem dieser Landesregierung auch in den **nächsten** fünf Jahren. Dieses Problem ist nicht neu. Unverbindlichkeit und Profilverzicht wird im Übrigen ein zunehmend schwierigeres Problem für den kleineren Koalitionspartner in dieser Koalition, der am 25. März einen gewissen Preis dafür bezahlt hat, wie er sich in den **letzten** fünf bis zehn Jahren verhalten hat. Auf Dauer wird daraus ein Problem erwachsen; denn wenn Unverbindlichkeit pur zum Maßstab der Politik wird, dann muss diese Politik am Ende richtungslos bleiben. Das ist jedenfalls nicht unser Verständnis von Politik.

(Beifall der CDU)

Wie zum Tage hat gestern einer der bedeutendsten Publizisten, die wir in diesem Lande haben, Konrad Adam, in einer großen überregionalen Tageszeitung zu genau diesem Thema einen, wie ich finde, sehr bemerkenswerten und sehr lesenswerten Kommentar geschrieben.

Ich erlaube mir, Ihnen ein paar wenige Sätze aus diesem Kommentar, der mehr ein feuilletonistischer Beitrag ist, vorzulesen. Konrad Adam schreibt: „Wo alle ungefähr dasselbe wollen, wird es für die Wähler immer schwerer, eine verantwortliche Entscheidung darüber zu treffen, wer regieren soll. Nachdem sich der von der Verfassung gewollte Gegensatz zwischen Regierung und Parlament weitgehend abgeschliffen hat, scheint sich nun auch der Antagonismus zwischen Regierungs- und Oppositionspartei zu verlieren. Was übrig bleibt, ist schierer Pragmatismus. Wenn dann noch, wie in Deutschland üblich, die großen Streitfragen nicht kontrovers, sondern einvernehmlich erledigt werden durch allerlei Konsensrunden und runde Tische,“ – bei uns sind es mehr ovale als runde Tische –, „dann muss die Verwirrung wachsen.“

Genau hier liegt das Problem. Wenn Politik keine Klarheit schafft – diese Politik des puren und blanken Pragmatismus, der puren Unverbindlichkeit, schafft keine Klarheit –, dann stiftet sie am Ende nur Verwirrung. Sie zeigt jedenfalls keine Richtung. Das kann es am Ende doch nicht gewesen sein. Der Auftrag und die Aufgabe von Politik sind anders.

(Beifall der CDU)

Ich komme jetzt zur Regierungserklärung des gestrigen Tages. Der Herr Ministerpräsident hat am Beginn seiner Regierungserklärung gesagt – es liegt auf der Hand, dies zu sagen –, dieser Beginn des dritten Jahrtausends, den wir jetzt erleben, sei in vielerlei Hinsicht und damit auch für die Politik eine tiefe und einschneidende Zäsur.

Meine sehr verehrten Damen und Herren: Ja, dieser Beginn des dritten Jahrtausends ist tatsächlich eine tiefe und eine einschneidende Zäsur. Wenn es aber eine tiefe und einschneidende Zäsur ist, die wir im Moment erleben, dann reicht es nicht, das Unentschiedene, das Unverbindliche, das Unscharfe in den Mittelpunkt der eigenen Politik zu rücken. Meine sehr verehrten Damen

und Herren, Politik braucht Konturen. Davon lassen wir uns als Opposition nicht abbringen.

(Beifall der CDU)

Dann reicht es eben nicht, eine Art Versandhauskatalog vorzutragen. Jeder kann sich bestellen, was er möchte. Wenn das, was er bestellt, gerade vorrätig ist – das hängt ein bisschen von der Kassenlage des Landes ab, ob es gerade vorrätig ist –, wird ihm die Erfüllung seiner Wünsche frei Haus geliefert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist vielleicht gefällig. Es ist vielleicht sogar für den ersten Teil der Wegstrecke populär. Es bringt jedenfalls wenig Kritik ein. Das haben wir in den letzten fünf Jahren erlebt. Es ist vielleicht gefällig. Nur bedeutet der Gestaltungsauftrag von Politik mehr. Er bedeutet nämlich, das Notwendige zu tun und zwischen dem zu unterscheiden, was besonders wichtig ist, und dem, was nicht so ganz besonders wichtig ist. Genau diese Unterscheidung habe ich in der Regierungserklärung vermisst.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb frage ich mich, was diese Landesregierung eigentlich für notwendig hält, auch um den Preis, dass dann gegebenenfalls anderes zurückstehen muss. Das ist die entscheidende Frage.

Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, das Wahlergebnis vom 25. März 2001, insbesondere das Wahlergebnis für die SPD, beinhaltet nicht nur die übliche Verantwortung, eine Regierung zu bilden, sondern dieses Wahlergebnis, so hoch, wie es ausgefallen ist, beinhaltet eine besondere Verantwortung. Diese besondere Verantwortung stellt sich nach meiner Sicht der Dinge im Hinblick auf eine ganze Reihe von Fragen, auf die die Regierungserklärung überhaupt keine Auskunft gibt. Zu nennen ist beispielsweise die Frage, die nicht nur mich außerordentlich interessiert, sondern die in manchen Kommentaren in den Zeitungen heute auch eine Rolle spielt: Wohin geht denn die Reise in Rheinland-Pfalz? Wie soll sich denn unser Land in den nächsten Jahren entwickeln? Was ist uns denn besonders wichtig im Blick auf die zweifellos unzähligen Aufgaben, die sich der Landespolitik stellen? Was ist uns denn innerhalb dieser unzähligen Aufgaben ganz besonders wichtig? Wie wollen wir denn Zukunft gestalten?

Ich finde, diese Fragen lassen sich mit purer Unverbindlichkeit nicht beantworten. Wenn man diese Fragen beantworten möchte – ich möchte versuchen, heute Morgen einen kleinen Beitrag dazu zu leisten –, dann muss eine Voraussetzung erfüllt sein, die ich mit Bedacht und mit gutem Grund nenne. Meine Damen und Herren, ich nenne die Bereitschaft, Probleme auch in der Politik unseres Landes nicht nur zu leugnen, wenn sie beim Namen genannt werden. Ich weiss, dass jede Regierung ihre Schwierigkeiten damit hat. Wenn irgendjemand Probleme beim Namen nennt, ist jede Regierung ganz nah an der Verführung, abzuwiegeln und so zu tun, als ob es diese Probleme nicht gibt.

Wenn ich nun diese Regierungserklärung von gestern lese, dann geht sie noch über diese Attitüde von Regie-

rungen schlechthin hinaus. Wenn ich die Regierungserklärung von gestern lese, dann gewinne ich den Eindruck, Rheinland-Pfalz ist das Musterlände in Deutschland schlechthin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Verlaub, das halte ich für ein ganz klein wenig übertrieben.

(Beifall der CDU)

Das Musterlände in Deutschland schlechthin sind wir noch nicht, im Gegenteil, ein paar „kleine“ Probleme gibt es auch noch in Rheinland-Pfalz. Wer davon redet, ist übrigens deshalb nicht böswillig. Er begeht übrigens auch keine Majestätsbeleidigung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn er auf Probleme aufmerksam macht, ist er auch kein Störenfried, der sozusagen die Eintracht der Klassengemeinschaft aufs Spiel setzt.

Ich sage das deswegen, weil wir das in den letzten Jahren oft erlebt haben. Im Wahlkampf habe ich das auch häufig erlebt, dass derjenige, der auf Probleme aufmerksam macht, ganz schnell von den Koalitionsfraktionen in den Ruf gebracht werden soll, dass die Opposition das Land schlecht redet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, darum geht es nicht, sondern es geht um das gemeinsame Mühen, das gemeinsame Ringen zwischen denen, die den Regierungsauftrag haben, und denen, die den Oppositionsauftrag haben, den besseren Weg zu finden. Ich muss Ihnen für die Opposition schon sagen, wir sind der Meinung, dass mit einer etwas mutigeren Politik als der, die in der Regierungserklärung gestern zum Ausdruck kam, den Menschen im Land mehr geholfen ist als mit Unverbindlichkeit pur. Die nächsten Jahre werden kein Zuckerschlecken. Deswegen werden wir sie ohne Mut nicht bestehen können. Wir werden die Probleme ohne Mut nicht lösen können.

(Beifall der CDU)

Was sind das für Probleme? Ich nenne nur Stichworte, da die Zeitungen jeden Tag voll davon sind. Es sind übrigens große Probleme, von denen wir alle wissen, dass die allermeisten von uns die letztgültigen Antworten auf diese Probleme nicht in der Tasche haben. Es nützt überhaupt nichts, herumzureden. Ich nenne nur das Problem der Zuwanderung, worüber es im Moment eine heftige Diskussion in der eigenen Partei gibt. Es ist auch eine Diskussion, die natürlich Korrekturen und Kursveränderungen beinhaltet, weil sich die Probleme in den letzten Jahren verändert haben und weil Politik auf Dauer den Problemen nicht nur hinterherhinken kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nenne die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Ich möchte hier keine Rentendiskussion entfachen. Das ist auch kein Thema bei der Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Aber meine Meinung ist, dass diese so genannte Rentenreform nicht das Jahrtausendwerk ist, für das sie im Moment ausgegeben wird. Andere soziale Sicherungssysteme stehen nach wie vor auf dem Prüfstand, so die Gesundheitssicherung. Ich nenne auch den Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen in unserem Land und die Frage, wie wir aus einer Mischung von Zuwanderung und Verbesserung unserer Ausbildungskapazitäten und mehr Investitionen

in Bildung diesen Problemen in den nächsten Jahren begegnen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nenne den Schutz des Lebens, und zwar am Anfang und am Ende. Herr Ministerpräsident, ich möchte ausdrücklich zu den Bemerkungen, die Sie gestern gemacht haben, sagen, dass diese nicht nur meine uneingeschränkte Zustimmung finden, sondern eine aus einer tiefen inneren Überzeugung kommende Zustimmung findet Ihre Bemerkung, die Sie zur aktiven Sterbehilfe gemacht haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich halte es im Übrigen auch für gut und für richtig, dass diese Bemerkung gestern in dieser Regierungserklärung gefallen ist.

Ich frage mich, ob wir nicht gut beraten wären, eine ähnlich klare Bemerkung nicht nur zum Schutz des Lebens am Ende zu machen, sondern auch zum Schutz des Lebens am Beginn, nämlich dort, wo wir über den Embryonenschutz diskutieren. Dies ist ein Problem, das nicht originär die Landespolitik betrifft, aber es ist ein Problem, das sozusagen im Geleitzug der politischen Probleme sicher zu den herausragenden gehört.

Ich nenne das Problem der Bildung. Ich nenne das Problem der Verunsicherung vieler Menschen, was Sie gestern zurecht angesprochen haben, die sich vom Schicksal der Arbeitslosigkeit bedroht fühlen, die in diesem Prozess der Globalisierung keine Orientierung mehr haben, die natürlich nach Sicherheit suchen.

Ohne eine falsche Schärfe heute Morgen in diese Diskussion hinein zu bringen, möchte ich mir dann doch an dieser Stelle eine Bemerkung nicht verkneifen. Wenn wir über Sicherheit als eine Antwort der Politik auf diese Verunsicherung reden, dann muss ich sagen, Sicherheit beginnt vor der Haustür. Wenn 400 Polizisten jährlich von der Polizei weggehen und ich 130 neu einstelle, dann kann ich den Menschen auf Dauer schwer klar machen, dass ich die notwendigen Entscheidungen für ausreichende Sicherheit treffe.

(Beifall der CDU)

Es sind drängende Fragen. Das waren jetzt ein paar Fragen, die nicht originär zur Landespolitik zählen. Aber diese drängenden Fragen gelten uneingeschränkt für unser Land Rheinland-Pfalz.

Ich will unter diesen drängenden Fragen, die uneingeschränkt für unser Land Rheinland-Pfalz gelten, eine hervorheben, weil es eine Frage ist, die uns übrigens heute auch nicht zum ersten Mal beschäftigt – in den vergangenen Jahren immer wieder –, von der ich aber glaube, dass sie zunehmend einen Problemdruck erzeugt, dem wir schon deshalb nicht ausweichen können, weil die Landespolitik diejenige ist, die originär eine Antwort auf dieses Problem finden muss. Das Problem lautet – so sehe ich die Entwicklung der letzten Jahre und der kommenden Jahre –, dass dieses Land Rheinland-Pfalz immer größere Sorge haben muss, sich in einem zunehmend schärfer gewordenen Wettbewerb

der Regionen nicht nur in Deutschland, aber auch in Deutschland, zu behaupten. Das, was an wirtschaftlicher Kraft hier in Jahren und Jahrzehnten in diesem Wettbewerb, der viel größer, sehr viel härter und sehr viel schärfer geworden, entstanden ist, ist nicht nur zu bewahren – wer nur bewahrt, fällt in Wahrheit zurück –, sondern das Potenzial, das in diesem Land liegt, im Blick auf diesen schärfer gewordenen Wettbewerb auszubauen und besser zur Geltung zu bringen, ist die entscheidende landespolitische Aufgabe der nächsten fünf Jahre.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sich dieser Aufgabe zu stellen, ist alles andere als einfach. Die Achsen in Deutschland haben sich verschoben. Nicht nur die Achsen in Deutschland, sondern auch die Achsen in Europa haben sich verschoben. Auch die wirtschaftlichen Achsen in Deutschland und Europa haben sich verschoben. Die Schwierigkeiten sind schärfer geworden. Der Wettbewerb ist härter geworden. Ich sehe nur die Lage dieses Landes im unmittelbaren Wettbewerb der an uns grenzenden deutschen Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Und die Saarländer!)

– Die liegen nicht im Osten, aber dazu komme ich gleich noch. Ich wollte gerade diejenigen im europäischen Westen nennen, die unmittelbar an unsere Grenze rühren: Frankreich, Luxemburg und Belgien. – Wenn man sich diese Lage des Landes Land Rheinland-Pfalz einmal auf der Landkarte vor Augen führt, und wenn es eine Landkarte gäbe, wo sozusagen wirtschaftlich potente Regionen eingefärbt wären, dann würden wir uns schwer erkennen, dass dieses Land Rheinland-Pfalz geradezu von einem Kranz wirtschaftlich starker Regionen umgeben ist. Das ist nicht neu.

(Zuruf von der SPD: Saarland zum Beispiel!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Problematik, die daraus erwächst, nimmt zunehmend eine neue Qualität an. Diese Tatsache, dass wir von einem Kranz wirtschaftlich potenter und wirtschaftlich starker Regionen umgeben sind, ist eine für uns Rheinland-Pfälzer außerordentlich zweischneidige Angelegenheit. Auf der einen Seite hat uns das bisher sehr genutzt, beispielsweise bei der Arbeitslosigkeit. Der Ministerpräsident könnte nicht seit Jahren durch das Land ziehen und die verhältnismäßig gute Arbeitslosenstatistik preisen – sie ist verhältnismäßig gut –, wenn es nicht die um uns herum liegenden potenten wirtschaftlichen Ballungsregionen gäbe, die für immer mehr Menschen, die in Rheinland-Pfalz leben, einen Arbeitsplatz bereithalten. Auf der einen Seite hat uns das genutzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf der anderen Seite erwächst aus dieser Situation zunehmend ein Problem. Sie stellt nämlich unser Land Rheinland-Pfalz ins Abseits, oder zumindest – ich will es etwas vorsichtiger formulieren – macht sie uns abhängig von der wirtschaftlichen Kraft dieser um uns liegenden Regionen.

Das zu diskutieren, bedeutet natürlich unmittelbar über die Folge von Globalisierung zu reden.

(Schwarz, SPD: Wer hat das denn aufgeschrieben von euch?)

Globalisierung ist ein abstrakter Begriff. Ich nenne ihn nicht so häufig. Ich rede viel lieber von Europäisierung; denn wenn wir über Europa und über Rheinland-Pfalz reden, liegt es sehr viel näher, über Europäisierung zu reden. Das ist das Problem, dem wir uns in den **nächsten** fünf Jahren verschärft stellen müssen.

Es kommt ein Zweites hinzu. Die wirtschaftlichen Prognosen für Deutschland und damit für Rheinland-Pfalz sind nicht besonders gut. Das gilt allgemein. Das gilt für Rheinland-Pfalz ganz besonders. Ich will in diesem Zusammenhang vier Probleme nennen, die sich ganz besonders und ganz speziell für unser Land Rheinland-Pfalz im Blick auf die Zukunftserwartungen und im Blick auf die wirtschaftlichen Prognosen, die wir für die **nächsten** vier, fünf Jahre treffen können, stellen. Es sind vier Probleme, die im Übrigen vier hausgemachte Probleme in unmittelbarer Verantwortung der Landesregierung sind.

Ich nenne erstens die sich in den **letzten** acht bis zehn Jahren deutlich zeigende Wachstumsschwäche in Rheinland-Pfalz. Wenn ich den Zeitbogen von Anfang der **90er-Jahre** bis zum Ende der **90er-Jahre** schlage, dann ist in diesem Zeitrahmen von knapp zehn Jahren Rheinland-Pfalz unter allen westlichen Bundesländern das Bundesland mit dem geringsten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner geworden. Wir liegen auf dem letzten Platz. Da hilft auch die eine oder andere Zahl eines Jahres, die ein bisschen nach oben weist, überhaupt nichts. Es gilt der Durchschnitt in diesem zeitlichen Spannungsbogen des letzten Jahrzehnts. Wir sind das Bundesland mit dem geringsten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner geworden. Das war Anfang der **90er-Jahre** einmal anders, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne neben der Wachstumsschwäche zweitens die Investitionsschwäche. Wenn ich mir die Investitionen im Land im Schnitt der **letzten** zehn Jahre vor Augen führe, dann sind diese Investitionen deutlich zu gering, als dass sie unser Land an den Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer heranführen könnten. Das ist ein bemerkenswerter Befund, weil diese Nachholjagd, der sich Rheinland-Pfalz viele Jahre hat stellen müssen, in den **letzten** zehn Jahren nicht dazu geführt hat, dass wir unsere Position verbessert haben, sondern im Gegenteil, wir haben unsere Position verschlechtert.

Ich nenne drittens eine im Lande Rheinland-Pfalz wirklich ausgeprägte Forschungsschwäche. Das hat übrigens mit Investitionsschwäche sehr viel zu tun. Ich komme nachher auf diesen Punkt noch zu reden, aber dass Rheinland-Pfalz das Land mit den niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben für den Bereich der Hochschulen ist, müssen wir wenigstens einmal sagen dürfen. Dass daraus wirtschaftliche Folgen resultieren und erwachsen, liegt auf der Hand. Übrigen sage ich fairerweise und

ausdrücklich hinzu, das war Anfang der **90er-Jahre** nicht anders. Nur war der Abstand zu dem nächst folgenden Anfang der **90er-Jahre** gegen Null tendierend. Inzwischen hat er sich dramatisch vergrößert.

(Ministerpräsident Beck: Das ist schlicht falsch!)

Die Tatsache – für viele ist das so ein bisschen Spinnerei –, dass bei den nicht universitären Forschungseinrichtungen die Zahl der Beschäftigten je 1.000 Einwohner in Rheinland-Pfalz mit 3,33 auf dem letzten Platz der westlichen Bundesländer liegt, müsste eigentlich bedeuten, wenn man sich das einmal vor Augen führt, dass alle roten Alarmlampen angehen; denn es zeigt etwas von der Zukunftsfähigkeit dieses Landes.

(Beifall der CDU)

Ich füge neben Investitionsschwäche, Wachstumsschwäche und Forschungsschwäche viertens die Existenzgründungsschwäche hinzu. Ich will mich jetzt nicht dem Streit widmen, ob wir das Handelsregister oder die Gewerbeanmeldungen zum Maßstab der Existenzgründungen nehmen. Die Zahl der selbstständigen Existenzen hat sich in Rheinland-Pfalz mehr als unbefriedigend entwickelt. Wir haben hier praktisch und faktisch eine Stagnation. 165.000 selbstständige Existenzen Anfang der **90er-Jahre**, 168.000 selbstständige Existenzen Ende der **90er-Jahre** ist in Wahrheit eine Stagnation. Das zeigt, dass wirtschaftliche Impulse nicht in dieses Land ausgegangen sind und wir unsere Position in den **letzten** zehn Jahren nicht verbessert haben, sondern wir dann, wenn wir Glück hatten, stehen geblieben sind. Andere um uns herum sind aber nicht stehen geblieben, sondern andere um uns herum haben sich nach vorn gearbeitet. Daraus ergeben sich sozusagen die relativen Unterschiedlichkeiten, die zunehmend ins Gewicht fallen. Das ist der Punkt.

Das alles wäre vielleicht – wie für einige Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion offensichtlich – dummes Geschwätz, wenn es nicht alles einprägsame und **schwerwiegende** Folgen für den Arbeitsmarkt im Land hätte. Das ist das zentrale Problem.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit komme ich zu einem Punkt, von dem ich jedenfalls der Meinung gewesen bin, dass in einer Regierungserklärung für die kommenden fünf Jahre dieser Frage weit mehr Aufmerksamkeit hätte gewidmet werden müssen, als wir das gestern erlebt haben.

(Beifall der CDU)

Ich halte die Frage nach der Zukunft des Arbeitsmarkts nach wie vor für die entscheidende Frage der Politik auch unseres Landes. Ich habe eben schon davon gesprochen, dass die Statistik täuscht. Natürlich haben wir eine verhältnismäßig gute Arbeitslosenstatistik. Die Gründe liegen auf der Hand. Wir haben 135.000 mehr Auspendler als Einpendler. Die Gründe habe ich eben genannt. Es sind die starken, potenten Wachstumsregionen um uns herum. Je 1.000 Einwohner zählt Rheinland-Pfalz nur 290 Beschäftigte. Das ist übrigens eine

sensationell niedrige Zahl. Gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern teilen wir uns diesen letzten Platz unter allen deutschen Bundesländern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 290 Beschäftigte auf 1.000 Einwohner! Das zeigt etwas davon, wie wenig Wachstumsimpulse in diesem Land fruchtbar gemacht werden konnten und wie sehr wir uns darauf verlassen haben, dass andere um uns herum die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, die die Menschen, die hier leben und geboren werden, brauchen, wenn sie ins Erwerbsleben einsteigen. Das muss sich ändern.

(Beifall der CDU)

Deswegen haben wir – anders, als die Arbeitslosenstatistik glauben macht – in Wahrheit eine Stagnation auf dem Arbeitsmarkt. Das bedeutet, dass nach unserer Meinung nicht nur der zweite, sondern vor allem der erste Arbeitsmarkt das zentrale Thema und das zentrale Problem der Politik von Rheinland-Pfalz ist, nicht nur der zweite, sondern vor allem der erste Arbeitsmarkt. Was heißt das für uns? Ich weiß nicht, wer von Ihnen das gesehen hat. Ende Januar haben wir alle eine, wie ich finde, bemerkenswerte Broschüre der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern unseres Landes zugeschickt bekommen.

Diese Broschüre, in der die Erwartungen an die Politik des Landes in den nächsten fünf Jahren geäußert wurden, trägt nicht nur einen bemerkenswerten Titel, sondern sie ist eine insgesamt außerordentlich lesenswerte und bemerkenswerte Ausarbeitung, sie formuliert nämlich eine Vision. Jetzt weiß ich, dass das sehr schnell pathetisch klingt. Deswegen schalte ich einen Gang zurück und sage, sie formuliert ein Ziel, aber ein wichtiges Ziel. Sie formuliert nämlich das Ziel, dieses Land Rheinland-Pfalz zu einem Markenartikel zu profilieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, das ist in der Tat vor allem anderen die Aufgabe von Landespolitik.

Ich komme jetzt so langsam auf die Frage, was ist das Notwendige und was ist unter dem vielen, was wichtig ist, das besonders Wichtige: Diese Aufgabe, unser Land Rheinland-Pfalz zu einer Art Markenartikel zu profilieren, eine Art Unverwechselbarkeit in diesem Prozess der Globalisierung, in diesem Prozess der weltweiten Vernetzung und in diesem Prozess – da hat der Herr Ministerpräsident Recht –, in dem immer mehr Mobilität erforderlich werden wird und heute schon ist, also in diesem Prozess der weltweiten Vernetzung ein Profil dieses Landes zu schaffen, das Aufmerksamkeit und Interesse weckt, ein Profil, das Tradition und Innovation, Zukunft und Vergangenheit miteinander verbindet. – Ich habe es bei einer anderen Gelegenheit einmal so formuliert: Web und Wein sind die beiden Säulen, auf die sich ein Zukunftskonzept für unser Land Rheinland-Pfalz aufbauen lässt.

Wenn ich dies so mit Tradition und Innovation formuliere, dann erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine kleine Bemerkung, weil dieses Thema ansonsten

von mir nicht mehr gestreift werden wird. Andere werden darauf noch zu sprechen kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil wir in diesem Spannungsbogen zwischen Tradition und Innovation dieses Profil brauchen, ist die Frage nach der Zukunft von Landwirtschaft und Weinbau für uns Rheinland-Pfälzer weit mehr als nur die Frage nach der Zukunft eines Berufsstands.

(Beifall der CDU)

Deswegen glaube ich, dass die in Teilen wirklich verheerende Situation, die wir in Landwirtschaft und Weinbau im Land Rheinland-Pfalz haben, bei dieser Landesregierung noch nicht ungeschminkt angekommen ist.

Was ich in den letzten Wochen und Monaten erlebt habe, verschlägt einem die Sprache. Wenn wir wollen, dass nicht nur ein Berufsstand gerettet wird – auch das ist ein respektables, wichtiges und lohnendes Ziel –, sondern wenn wir auch wollen, dass das, was mit Landwirtschaft und Weinbau verbunden ist, nämlich Heimat und Vertrautheit, auch in unserer Gesellschaft des schnellen Wandels und der Globalisierung eine Zukunft haben soll, dann werden wir das mit Steillagenzulagen – so wichtig diese sind – allein nicht schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da beißt die Maus keinen Faden ab: Dann brauchen wir ein Kulturlandschaftsprogramm.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin sehr zuversichtlich und hoffe sehr, dass es vielleicht uns und anderen gelingt, in den nächsten fünf Jahren die Landesregierung davon zu überzeugen, dass wir nur auf diesem Weg diese wichtige Aufgabe schultern können.

Ich komme zu dem zurück, was ich, ausgehend von dieser Broschüre der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern, gesagt habe, auf die große, zentrale Aufgabe, nämlich einen Markenartikel Rheinland-Pfalz zu schaffen.

Wenn wir uns diese Aufgabe näher ansehen, dann glaube ich, dass Rheinland-Pfalz keine schlechten Karten hat – im Gegenteil. Aber in den Schoß wird uns das nicht fallen. Ich denke, deswegen ist unsere gemeinsame Aufgabe in den nächsten fünf Jahren, diese Chance zu nutzen, einen Markenartikel Rheinland-Pfalz zu schaffen – dies ist sozusagen ein Synonym für diese Bezeichnung Markenartikel –, Rheinland-Pfalz – ich füge hinzu – erstmals überhaupt in der Geschichte dieses Landes wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen.

Wenn wir ehrlich sind und die Herkunft dieses Landes betrachten, dann ist dies in fünf Jahrzehnten nicht gelungen, konnte das in fünf Jahrzehnten nicht gelingen. Wenn wir diesen Ehrgeiz gemeinsam haben, das Land wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen, dann kann man sicher über viele Projekte reden, die einen Beitrag dazu leisten, dass wir dieses Ziel erreichen.

Aber weil ich eben die Regierung gemahnt habe, unter dem vielen Notwendigen das besonders Notwendige nicht zu verstecken, will ich mich an dieser Stelle am eigenen Maßstab messen lassen und unter diesen vielen Projekten, die notwendig sind, eines besonders nennen. Das, was ich in diesem Zusammenhang unter dieser Vorgabe, das Ziel, das Land Rheinland-Pfalz wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen, besonders nenne, ist der Flughafen Hahn. Was ist an diesem Projekt neu? – Ich glaube, dass dieses Projekt wirklich etwas Neues beinhaltet, etwas, was es in der Wirtschaftspolitik dieses Landes in den vergangenen Jahrzehnten so bisher nicht gegeben hat. Es versetzt uns erstmals in die Lage, nicht nur am Überfluss anderer teilzuhaben. Das erleben wir sozusagen bei den positiven Folgen – mit Blick auf die Arbeitsmarktstatistik – der um uns herumliegenden wirtschaftlich starken Ballungszentren.

Es ist gut so, dass wir am Überfluss und an der wirtschaftlichen Kraft anderer teilhaben. Das ist nicht zu kritisieren. Das Neue bei diesem Projekt Hahn ist, dass uns zum ersten Mal die Chance geboten wird, unser Land Rheinland-Pfalz mit einer der wichtigsten und stärksten Wachstumsregionen in Deutschland und Europa – Rhein-Main ist eine der wichtigsten Wirtschafts- und Wachstumsregionen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa – sozusagen unwiderbringlich und unwiderruflich zu verklammern und davon zu profitieren, und zwar nicht nur dann, wenn es im Überfluss auf uns herabregnet, sondern auf Dauer, indem wir eine Struktur schaffen, bei der ein Teil dieses Landes, das ganze Land Rheinland-Pfalz unwiderruflich mit den Wachstumschancen und den Wachstumspotenzialen einer solchen Region verklammert wird.

Deswegen ist für mich und für uns der Flughafen Hahn nicht nur eine Konversionsmaßnahme unter anderen, nicht nur ein Projekt, das für die Menschen im Hunsrück und in der Eifel vielleicht von einer herausragenden Bedeutung ist, sondern dieser Flughafen Hahn ist eine einzigartige Chance für unser ganzes Land Rheinland-Pfalz. Deshalb darf man es nicht unter vielen anderen Projekten verstecken,

(Beifall der CDU)

die auch wichtig sind, die aber vielleicht mit Blick auf das Potenzial, das sie beinhalten, nicht die herausragende Bedeutung haben, wie ich sie diesem Projekt Hahn beimesse.

Markenartikel Rheinland-Pfalz: Meine sehr verehrten Damen und Herren, um diese Chance zu nutzen, muss Politik die Voraussetzungen schaffen. Ich will vier nennen, weil ich glaube, dass im Wesentlichen vier dieser Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit wir diese Chance nutzen.

Ich nenne erstens die Infrastruktur: Natürlich die Schiene. Aber es ist uns auch klar, dass der Ministerpräsident auf den Vorschlag der Deutschen Bahn nicht den durchschlagenden Einfluss hat, den wir uns wünschen und den er sich selbst wahrscheinlich gelegentlich wünscht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nenne für unser Flächenland Rheinland-Pfalz die Straßen, die in den nächsten 10, 20, 30, 50 und 100 Jahren von einer existenziellen Bedeutung sind. Wir sollten nicht so tun, als wenn in einem Flächenland Schiene und Straße in den nächsten 50 Jahren gleich gewichtige Verkehrsträger würden. Die Straße wird auch in den nächsten 50 Jahren in diesem Flächenland einen Vorrang haben und einen Vorrang haben müssen. Deswegen nenne ich die Straße. Ich nenne sie mit Blick auf den Hahn.

Jetzt komme ich zu einem dieser Punkte, wo sozusagen das Notwendige von dem Wünschbaren unterschieden werden muss. Ich nenne die Straße mit Blick auf den Hahn, weil wir uns in einem Punkt keiner Täuschung hingeben dürfen. Ich sage das auch als Ergebnis vieler Gespräche, die wir mit unterschiedlich Beteiligten auf der hessischen Seite geführt haben. Es gibt einen Stichtag, bis zu dem die Infrastruktur, die Zuwegung zum Hahn, fertig gestellt sein muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer jetzt meint, er könne sozusagen auf die übliche Weise des politischen „Mauschelns“ erst einmal Einverständnis signalisieren, dann den Stichtag in aller Gemütsruhe abwarten, und wenn dieser dann gekommen ist und man hat seine Hausaufgaben nicht erledigt, wird man schon weitersehen, dann wird das nicht gelingen. Der Stichtag lautet 2006.

Wenn wir den Hahn als das haben wollen, was jedenfalls die Mehrheit in diesem Hause aus dem Hahn machen will, ihn zu diesem zukunftsweisenden Projekt machen zu wollen, dann muss uns klar sein, dass wir die Infrastruktur bei der Schiene, aber vor allen Dingen bei der Straße nicht bis zum Jahr 2010, nicht bis zum Jahr 2015, sondern auf den Stichtag genau bis zum Jahr 2006 so fit gemacht haben müssen, dass der Hahn wirklich als das genutzt werden kann, als was er ab dem Jahr 2006 genutzt werden soll.

(Beifall der CDU)

Es täusche sich niemand über die Anstrengung, die hierfür erforderlich ist; übrigens auch angesichts des großen Nachholbedarfs im Landesstraßenbau in den letzten Jahren. Das gehört mit zu den hausgemachten Versäumnissen dieser Landesregierung. Dem Landesstraßenbau ist es in den letzten Jahren ziemlich kläglich ergangen. Jetzt rächen sich diese Versäumnisse.

(Beifall der CDU)

Ich nenne zweitens neben der Infrastruktur den Bereich „Bildung und Ausbildung“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, inzwischen ist es Konsens. Vor einem Jahr haben wir uns im Landtag ein bisschen gestritten. Jetzt lese ich in den Zeitungen als Ergebnis der Koalitionsberatungen, Schulen und Straßen sind die Schwerpunkte. Ich habe zuerst gedacht, es wäre ein verspäteter Bericht über das Landtagswahlprogramm der CDU. Aber es war in Wahrheit ein Bericht über die Koalitionsvereinbarung.

(Beifall der CDU)

Deswegen habe ich natürlich mit einer ganz besonderen Aufmerksamkeit dieses Kapitel in der Koalitionsvereinbarung gelesen. Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen einen kleinen Absatz vorlese, der mich irgendwie ergriffen hat. Es ist auf Seite 35 der dritte Absatz: „Die Schularten werden entsprechend ihren Bedürfnissen und ihrem jeweiligen Bildungsauftrag unterstützt. Der Ausbau des Fremdsprachenangebots wird an allen Schularten ermöglicht. Auf die frühe Fremdsprachenarbeit in der Grundschule ab der ersten Klasse legen die Koalitionspartner besonderen Wert. Weiterhin treten Sie dafür ein, dass den Naturwissenschaften besonderes Gewicht beigemessen wird.“

In einem Besinnungsaufsatz im 5. Schuljahr kann man das vielleicht noch schreiben, meine Damen und Herren. In einer Koalitionsvereinbarung nach dem Motto „Allen zum Wohl und niemand zu Wehe“ geht das aber nicht.

Ich freue mich, dass der Fremdsprachenunterricht ab der 1. Klasse die Zustimmung der Landesregierung findet. Die zuständigen Minister haben aber noch vor kurzem pädagogische Bedenken dagegen geltend gemacht.

(Beifall der CDU)

Der geneigte Leser hätte aber gern gewusst, wie es denn gehen soll. Das, was sich in diesen schwächtigen fünf Zeilen an Finanzvolumen versteckt, macht sich jedenfalls in dieser Koalition bisher niemand klar. Ich hätte gern gewusst, in welcher Reihenfolge, wann, mit welchen finanziellen Mitteln und mit welchen Personalstellen wir durch die Vereinbarungen rechnen dürfen, die die Koalition getroffen hat. Darüber bitten wir um Aufklärung.

(Beifall der CDU)

Also auch in diesem Fall herrscht die pure Unverbindlichkeit wie in den vergangenen Jahren. Dabei ist die Lage an den Schulen und Hochschulen in Rheinland-Pfalz sehr schwierig. Wie sich die Versäumnisse im Landesstraßenbau rächen, rächen sich nun die Versäumnisse, die wir im Bereich der Bildung und Ausbildung in den vergangenen Jahren zu beklagen hatten.

Den Hochschulen geht es auch nicht besser. Nach der Wahl erhält man

(Lelle, CDU: Die Wahrheit!)

manche Information, die man vor der Wahl nicht erhält. Dafür habe ich jedoch viel Verständnis.

Mir ist ein Artikel in die Hände gefallen, den einer der renommiertesten Hochschullehrer der Universität Kaiserslautern kürzlich veröffentlicht hat. Er hat ein Ranking bezüglich Investitionen und Zuwendungen für den Hochschulbau im Ländervergleich durchgeführt. Herr Professor Dr. Müller-Merbach beschreibt in einer Zusammenfassung: „Bedrückend ist die Position von Rheinland-Pfalz in fast allen Indikatoren. Rheinland-Pfalz steht an vorletzter Stelle bei den laufenden Grundmitteln für Studierende, an letzter Stelle bei den laufenden Grundmitteln je Absolventen und an vorletzter Stelle bei den laufenden Grundmitteln je Professorenstelle.“

Abschließend erfolgt das Resümee: „Unter den alten Bundesländern mit niedriger Wirtschaftskraft hat das Saarland die Hochschulen mit überdurchschnittlichen Grundmitteln ausgestattet. Rheinland-Pfalz mit den niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen der öffentlichen Haushalte und unter den alten Bundesländern mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt liegt bei den Grundmitteln je Absolventen an letzter, bei den Grundmitteln je Studierender an vorletzter und unter den alten Bundesländern bei den Grundmitteln je Professorenstelle an letzter Stelle.“

Meine Damen und Herren, das ist schon eine klägliche Bilanz.

(Beifall der CDU)

Dann stellt sich natürlich die Frage nach der Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Also so toll, wie wir es in den vergangenen Jahren gelegentlich gehört haben, kann es nicht sein.

An den Schulen ist die Situation vergleichbar schwierig. Nach wie vor fallen 30.000 Unterrichtsstunden aus, aber nicht im Jahr, sondern Woche für Woche. Es fehlen 1.000 Lehrer. Jetzt sollen 100 zusätzliche Lehrer für den zu erwartenden Anstieg der Schülerzahlen im kommenden Jahr eingestellt werden. Es fehlen jedoch 1.000 Lehrer bezogen auf die Schülerzahlen, die unsere Schulen heute zu verkraften haben, und 30.000 Unterrichtsstunden fallen heute aus. Wenn ich das richtig verstehe, hat sich die Landesregierung längst damit abgefunden.

(Beifall der CDU)

Jedenfalls habe ich bisher kein Tönchen gehört, wie dieses Problem, das wir heute haben, gelöst werden soll. Es wird also auf gut Deutsch auf Zeit gespielt. Es wird auf Zeit gespielt, dass irgendwann die Schülerzahlen zurückgehen. Dann hat man 100 Lehrer mehr und hofft, irgendwann so klarzukommen.

Statt die Probleme von heute zu lösen, beginnt man mit der Kür, ohne dass die Pflicht absolviert wurde.

Damit bin ich bei dem Projekt Ganztagschulen. Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von der Koalition, ich will ganz offen sagen, dass wir in der Sache völlig einverstanden damit sind. Wir haben ein zunehmend starkes Bedürfnis an ganztagschulischer Betreuung. Das ist auch nicht zu ignorieren, und das ist auch nicht erst gestern entstanden. Das ist allen bekannt. Wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir die Richtigkeit dieses Projekts bestreiten würden. Man muss nur mit einer Mutter oder mit einem Vater reden, damit einem das Bedürfnis sehr eindringlich klargemacht wird. Es reicht aber nicht allein aus, es zu propagieren.

Abgesehen davon, dass wir die Kür vor der Pflicht erleben, stellen sich ein paar Fragen, in die sich die Landesregierung bzw. die neue Ministerin recht bald und nicht erst in einem Jahr eingearbeitet haben und auf die sie dem Parlament Antworten geben müssen. Mir drängen sich beispielsweise Fragen nach der finanziellen Ausge-

staltung dieses Projektes auf. Wie es in der Koalitionsvereinbarung nachzulesen ist, werden dafür aber nur relativ bescheidene Mittel zur Verfügung gestellt. Natürlich kann man sagen: Wir starten erst einmal gemächlich im ersten Gang und schalten hoch in den dritten Gang. – Sie lachen, aber im Wahlkampf haben Sie von 100 Millionen DM pro Jahr gesprochen.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: 120 Millionen DM!)

- Herr Ministerpräsident, da ich den Zwischenruf geahnt habe, habe ich mich heute Nacht hingesezt und die Mittel, die in der Koalitionsvereinbarung für die nächsten fünf Jahre vereinbart worden sind, zusammengerechnet. Dabei kommen Sie aber nicht auf den Durchschnitt von 100 Millionen DM pro Jahr.

(Ministerpräsident Beck: Ach du liebe Güte!)

Das ist eine der Fragen, die sich stellen. In welchem Umfang und mit welcher Geschwindigkeit will man beginnen? Mit 30 Millionen DM für das nächste Jahr wird das Känguru keine großen Sprünge machen können.

Ferner drängt sich die Frage auf, wie sich die Schullandschaft künftig entwickelt. Werden wir dann Schulen erster und zweiter Klasse haben? Zum Beispiel bezüglich der Unterschiede zwischen Hauptschulen, die eine Ganztagsbetreuung anbieten und Hauptschulen, die keine Ganztagsbetreuung anbieten, lässt sich eine ganze Reihe von Fragen im Anschluss an diese Frage weiterspinnen. Wie ist das mit den Schulbezirken? Wie ist das mit den Wünschen der Eltern, die in einem Schulbezirk wohnen, in dem die Hauptschule keine ganztags-schulische Betreuung anbietet, die sie aber genauso dringend benötigen wie die Eltern, die zufälligerweise in einem Schulbezirk leben, in dem die Hauptschule eine Ganztagsbetreuung anbietet? Wie will man das regeln?

Was bleibt in diesem Zusammenhang an den Kommunen hängen? Jetzt schreien Sie nicht so herum, setzen Sie sich hin und versuchen Sie, diese Fragen zu beantworten, und dann werden Sie uns als Mitstreiter haben!

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, damit kein Missverständnis entsteht, weise ich darauf hin, dass es in der Sache zweifellos überhaupt keinen Streit gibt. Bevor das aber der große landespolitische Wurf der nächsten fünf Jahre wird, muss die Landesregierung noch eine ganze Reihe von Fragen klären.

Im Übrigen interessiert mich die Frage, auf die ich bisher auch noch keine Antwort gefunden habe – vielleicht ist sie aber auch schon in der Koalition geklärt –, ob wir über schulische Angebote am Nachmittag oder ob wir über Betreuungsangebote am Nachmittag reden. Ich will Ihnen den Hintergrund meiner Frage nennen. Dass es einen Bedarf an ganztags-schulischen Betreuungsangeboten gibt – ich sage es zum dritten und letzten Mal –, ist unzweifelhaft.

Meine Damen und Herren, jeder weiß aber, dass der maßgebliche Grund für den Boom, den die Ganztags-schule erfährt, natürlich vor allem gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Art ist. Es geht nicht um ein Konzept, das aus der bildungspolitischen Debatte heraus entwickelt worden ist, sondern es geht darum, gesellschaftlichen Veränderungen und Erwartungen Rechnung zu tragen. Dagegen ist auch nichts einzuwenden.

Meine Damen und Herren, ich will bei dieser Gelegenheit erwähnen, dass Bildung auf Dauer nicht nur eine Funktion des Arbeitsmarkts und der Wirtschaftspolitik werden darf. Bildung ist auch ein Wert an sich.

(Beifall der CDU)

Deshalb frage ich, ob es Betreuungsangebote oder schulische Angebote sind.

Im Übrigen bin ich der Auffassung, dass Bildung eine Antwort auf die Verunsicherung, diese Angst, die viele in dieser Welt, die sich täglich wandelt, empfinden, ist und eine zunehmend wichtige und wichtiger werdende Bedeutung erhält. Deshalb bin ich der Auffassung, dass Bildung nicht nur eine Funktion des Arbeitsmarkts und der Wirtschaftspolitik ist.

Meine Damen und Herren, neben der Infrastruktur und der Bildung nenne ich den Mittelstand.

Mich hat in den Koalitionsvereinbarungen schon überrascht, dass bei dem Punkt, bei dem es beispielsweise um das Verhalten der Landesregierung im Bundesrat geht, der kleinere Koalitionspartner offensichtlich doch relativ – na ja – kleinlaut verhandelt hat. Ich will ganz offen sagen: Diese Steuerreform ist mit Blick auf den Mittelstand nach wie vor nicht das Gelbe vom Ei.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir auf Nachbesserungen an dieser Steuerreform im Interesse des Mittelstands verzichten können, so wie im Übrigen nach wie vor gilt, dass die Öko-Steuer den Mittelstand nicht gerade zu euphorischen Glücksgefühlen bewegt hat. Da gibt es also schon eine ganze Menge zu tun. Das gilt nicht nur für das, was originär und unmittelbar im Hause zu erledigen ist, sondern auch für das, was heute immer mehr die Bedeutung einer Landesregierung ausmacht, nämlich ihr Mitwirken und ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat.

Ich nenne neben diesen Gesetzen die Technologieförderung. Der Ministerpräsident hat gestern gesagt, bei der Technologie, bei Hightech, seien wir in Rheinland-Pfalz Spitze in Europa. Noch nicht ganz, Herr Ministerpräsident. Ich erinnere mich an die Studie, die Prognos vor noch gar nicht so langer Zeit veröffentlicht hat. Vielleicht liegt die Wahrheit in der Mitte zwischen der Studie, die Sie genannt haben, nämlich eine Studie der Europäischen Union, und der Studie, die Prognos vor einigen Wochen veröffentlicht hat. Spitze in Europa sind wir sicher noch nicht.

Wir haben beispielsweise nach wie vor erhebliche Probleme beim Transfer von Hochschule zur Wirtschaft. Das gilt insbesondere für alle Fachhochschulen. Wir

haben erhebliche Probleme beim Wissenstransfer von der Hochschule zur Wirtschaft auch mit dem Blick auf die Frage, wie solche Forschungsergebnisse als Innovation in Existenzgründungsprogramme einmünden.

Zum Bereich Multimedia hätte ich erwartet, dass dazu in der Regierungserklärung ein bisschen mehr gesagt wird. Nach den aufgeregten Debatten, die wir in den letzten zwei Jahren zu diesem Thema geführt haben, ist das ein bisschen enttäuschend, was sich in der Regierungserklärung niedergeschlagen hat.

Eine Expertise soll die Voraussetzungen zum Ausbau des Medienstandorts Rheinland-Pfalz untersuchen sowie Voraussetzungen und notwendige Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen und regionaler Strukturentwicklung durch E-Business aufzeigen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erinnere nur daran, dass Bayern 1994 mit den Investitionen begonnen hat. Das ist jetzt sieben Jahre her. In Baden-Württemberg gibt es ein Programm Campus online, Master online – die virtuelle Hochschule Baden-Württemberg. Das Programm wird Baden-Württemberg bis 2002 immerhin 45 Millionen DM kosten. In Mainz wollen wir jetzt eine Expertise anfertigen lassen. Ich habe fast den Eindruck, in Mainz wird das Papier produziert, und in Stuttgart werden die Arbeitsplätze geschaffen. Leider ist das auch ein bisschen so.

(Beifall der CDU)

Es gibt Menschen, die wie ich nicht so oft Zug fahren, aber wenn sie einmal Zug fahren – ich spreche jetzt von mir –, vertrauen sie darauf, dass der Zug, den sie erreichen wollen, genauso unpünktlich und verspätet eintrifft wie sie glauben, dass bei der Bahn Verspätungen immer an der Tagesordnung sind. Wenn sie dann verspätet zum Bahnhof kommen, und der Zug ist ausnahmsweise trotzdem pünktlich abgefahren, beschimpfen sie die Deutsche Bahn, weil sie sich auf die Verspätungen nicht verlassen können. So verhält sich das ein bisschen auch bei Multimedia. Mit der Expertise werden Sie diesen Zug nicht mehr zurückholen; der Zug ist bereits abgefahren. Jetzt müssen wir laufen, um ihn noch einzuholen. Es reicht aber nicht, eine Expertise in Auftrag zu geben.

(Beifall der CDU)

Ich nenne als vierten und letzten Punkt eine verlässliche Finanzpolitik. Einer der Kernsätze der Regierungserklärung und wohl auch der Koalitionsvereinbarung war das Ziel, dass sich der Herr Ministerpräsident zu Eigen gemacht hat, für das Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Ursprünglich hieß es 2008, jetzt reden wir aber über 2006. Diese Vorverlagerung des Datums dieses mehr als lobenswerten Ziels scheint nach Auskunft der Landesregierung dank erfolgreicher Sparbemühungen möglich. Als ich das gehört habe, habe ich allerdings gedacht, ich traue meinen Ohren nicht. – Dank erfolgreicher Sparbemühungen können wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, das ursprünglich für 2008 vorgesehen war, um zwei Jahre vorverlagern und jetzt für 2006 ins Auge fassen. Was steckt dahinter? Es lohnt sich schon ein bisschen, darauf die Aufmerksamkeit zu lenken, weil das ein sehr interessanter Sachverhalt ist.

Im Jahr 2000 hat das Land Rheinland-Pfalz rund 740 Millionen DM an Bundesergänzungszuweisungen und an Mitteln aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich mehr bekommen. 740 Millionen DM mehr! Es gab eine einzige Ursache für diesen unerwarteten Geldsegen, der nicht etwa eine Belohnung für ein besonders solides Wirtschaften ist, sondern die einzige Ursache für den unerwarteten Geldsegen war, dass wider allen Erwartens und wider aller optimistischen Prognosen die Finanzkraft des Landes Rheinland-Pfalz schwächer geworden ist. Es wurde eine Finanzschwäche kompensiert, die im Jahr 2000 besonders deutlich durch weniger eigene Einnahmen bei den Steuern zum Ausdruck kam. Die Folge war, dass wir mehr Ausgleichsmittel von den finanzstarken Ländern bekommen haben, eben so, wie der Bund-Länder-Finanzausgleich nun einmal funktioniert.

Ausgangspunkt war also die Finanzschwäche im eigenen Land. Ergebnis waren rund 740 Millionen DM mehr eines unerwarteten Geldsegens als Bundesergänzungszuweisungen und aus Mitteln des Länderfinanzausgleich.

(Ministerpräsident Beck: Quatsch!)

– Wenn das Quatsch ist, können Sie das dann nachher richtigstellen. Übrigens ist das auch schon deshalb kein Quatsch, weil die eigene Aufstellung des Finanzministers diese Zahlen beinhaltet.

Von diesen rund 740 Millionen DM unerwarteten Geldsegens wurden rund 140 Millionen DM verkonsumiert. Nach Adam Riese bleiben dann rund 600 Millionen DM übrig. Diese 600 Millionen DM dienen dann allerdings der Verringerung der Netto-Neuverschuldung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird – wie hieß es in der Regierungserklärung – „als erfolgreiche eigene Sparbemühungen“ bezeichnet. Nicht wegen erfolgreicher eigener Sparbemühungen haben wir im Jahr 2000 die Netto-Kreditaufnahme um rund 600 Millionen DM reduzieren können, sondern weil andere finanzstarke Länder uns mehr als erwartet unter die Arme gegriffen haben. Das ist der Grund, weshalb wir um 600 Millionen DM besser bei der Netto-Neuverschuldung abgeschnitten haben.

(Beifall der CDU)

Nicht nur wegen dieses Punktes, sondern auch wegen der allgemeinen Finanzlage des Landes bin ich mir sicher, dass in den nächsten fünf Jahren die Finanzpolitik zu den wichtigen Themen in Rheinland-Pfalz gehören wird.

Was wir da seit Mitte der 90er-Jahre erleben, ist nun wirklich einmalig in Deutschland. Die Verschuldung ufert aus; sie läuft der Landesregierung schon seit einer Reihe von Jahren aus dem Ruder. Wir werden Ende des Jahres 2001 eine Gesamtverschuldung des Landes von rund 40 Milliarden DM haben.

Für den Zuschauer und Zuhörer, der sich nicht täglich mit solchen Dingen beschäftigt, ist es eine relativ abstrakte Größe, wenn gesagt wird, die Gesamtverschul-

derung des Landes Rheinland-Pfalz wird sich am Ende dieses Jahres auf 40 Milliarden DM belaufen. Ich will als Vergleichszahl nur die aus dem Jahr 1991 nennen. Das ist doppelt so viel wie 1991. Doppelt so viel wie 1991! Es ist wirklich eine Spitzenleistung, in nur zehn Jahren 20 Milliarden DM Schulden aufzuhäufen. Das ist so viel, wie andere zuvor in 44 Jahren, als das Land sozusagen von den Anfängen her aufgebaut werden musste, angehäuft haben. Das ist schon eine bemerkenswerte bundesweite Spitzenleistung.

(Beifall der CDU)

Deshalb bin ich sehr gespannt, wie das im Jahr 2006 aussehen wird. Wir werden es nicht zulassen, dass jetzt schon damit begonnen wird, das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2006 nach dem Motto zu konditionieren: Aber nur, wenn die Steuerprognosen so bleiben, wie sie im Moment sind. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, die werden in den nächsten fünf Jahren nicht so bleiben, wie sie im Moment sind. Das weiß jedes Kind. Wir werden bei der Regierung einklagen, dass dieses Ziel, das sowohl im Wahlkampf als auch in der Regierungserklärung vollmundig vorgetragen wurde, erreicht wird. Wir sind gespannt, wie Sie dieses Ziel erreichen wollen.

(Beifall der CDU)

Dieses Beispiel zeigt, dass die Koalitionsvereinbarung auch eine Reparatur eigener Versäumnisse und hausgemachter Fehlentwicklungen enthält. Sie enthält manches Richtige. Das habe ich am Anfang schon gesagt. Es liegt in der Natur der Sache, dass der Oppositionsführer über das, was er für richtig hält, nicht so lange redet wie über das, was er nicht für richtig hält. Das ist nun einmal so im parlamentarischen Leben. Deshalb sage ich das am Ende noch einmal: Sie enthält manches Richtige; sie enthält manches, was unsere Zustimmung findet. Wer wollte da schon dagegen sein? Sie enthält auch manche Selbstverständlichkeit, vielleicht ein paar Selbstverständlichkeiten zu viel, aber es fehlen – das ist der Punkt – Konturen, es fehlen Schwerpunkte, es fehlen Perspektiven, kurzum, es fehlt der Mut, auch einmal etwas Neues zu wagen. Deshalb wird diese Regierungserklärung nach meiner Meinung wenig den Herausforderungen gerecht, vor denen wir stehen.

Verräterisch ist die Formulierung, die Sie im Zusammenhang mit Ihren Ausführungen zur Reform des Bundesländer-Finanzausgleichs gefunden haben, Herr Ministerpräsident. Sie haben davon gesprochen, dass es jetzt eine allgemeine Stimmung gibt, dass sich alle auf die rheinland-pfälzische Formel verständigen, es dürfe keine Gewinner und keine Verlierer geben. Über diesen Satz habe ich lange nachgedacht. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder ist das eine Phrase, die nichts sagt, oder, wenn das keine Phrase ist, heißt das im Klartext, es bleibt alles so, wie es ist.

Eine dritte Möglichkeit. Wir wissen alle, dass es nicht so bleiben wird, wie es ist. Die Welt ist in Bewegung. Der Wettbewerb ist längst da. Auch im deutschen Föderalismus ist der Wettbewerb längst da. Sie können jetzt

noch Abwehrgefechte gegen den Wettbewerbsföderalismus führen. Als solcher war der Föderalismus in Deutschland ganz am Anfang einmal geplant. Es macht überhaupt keinen Sinn, ihn zu leugnen.

Es reicht nicht, vor diesem Szenario eine Landesregierung zu haben, die ein Regierungsprogramm vorlegt, das vorrangig abwehrt, beschwichtigt und dieses und jenes verspricht. Wir hätten erwartet, dass Sie eine Richtung auch für die parlamentarische Auseinandersetzung vorgeben. Mit schönen Worten wird viel geredet, aber wenig gesagt. Wichtig wäre es, den Wandel zu gestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer das tut – das haben wir und andere in der Vergangenheit leidvoll erfahren –, macht vielleicht auch einmal einen Fehler. Das bleibt nicht aus. Wer den Wandel gestaltet und Neuland betritt, Risiken nicht weiträumig umschiffert, sondern versucht, sie bewusst auch in die Politik aufzunehmen, macht auch einmal einen Fehler. Ich bin fest davon überzeugt, dass er damit den Menschen mehr nutzt, als wenn er nur eine Politik des schönen Scheins vertritt.

Diese Regierungserklärung steht natürlich ganz in der Nähe einer Politik des schönen Scheins. Die Probleme lassen sich doch nicht wegzaubern. Irgendwann klopft die Wirklichkeit an die Tür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsparteien, in diesem Sinn ist nicht jeder Streit in der Politik überflüssig und unfruchtbar. In diesem Sinn werden wir mit Ihnen über den Weg der Politik, die Richtung der Politik und die Inhalte streiten. Wir werden mit Ihnen über Weg, Richtung und Inhalt streiten, weil nur dieser Streit den Stillstand überwindet. Dass diese Landesregierung in Gefahr steht, gelegentlich dem Charme des Stillstands zu erliegen, haben wir in den letzten Jahren mehrfach erlebt. Deswegen brauchen wir den fruchtbaren Streit.

Unsere Landesregierung liebt es behaglich. Dagegen ist gar nichts einzuwenden. Vor der Behaglichkeit und vor dem Feierabend steht jedoch die Anstrengung.

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, diese erwarten und müssen wir von Ihnen im Interesse der Menschen unseres Landes erwarten.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße weitere Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klasse der Regionalen Schule Selters. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Es spricht nun der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Joachim Mertes.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Böhr, hoffentlich ist das Gefühl der Behaglichkeit am Ende meiner Rede bei Ihnen weit verbreitet; denn wahr ist, dass Sie eine zum Nachdenken anregende Rede gehalten haben. Ich habe überhaupt keine Schwierigkeiten damit, das differenzierend zu sehen.

Allerdings hätte ich doch erwartet, dass Sie nicht im Grundsätzlichen eine Entschuldigung formulieren, die Sie sehr genau und persönlich gemeint haben. So viel Größe hätten Sie zeigen können. Wer einen anderen aus diesem Hause einen notorischen Lügner und Betrüger nennt, der sollte dem anderen auch sagen, dass es ihm Leid tut. Das wäre ein Stück mehr gewesen.

(Beifall der SPD)

Man muss sagen: Okay, er hat den Versuch gemacht, das auszuräumen. – Das wurde auch in Ihrer Rede deutlich. Es ist, wenn man anderen Maßstäbe gibt, ganz gut, wenn man sich an den eigenen Maßstäben messen lässt.

(Jullien, CDU: Das gilt auch für Herrn Mertes!)

– Das will ich gern tun.

Sie sagen, das ist eine Regierungserklärung, die nicht aufhorchen lässt. Das wäre schon zehn Jahre so. Ich muss zehn Jahre lang etwas an den Ohren haben.

Wir haben gegen Ihren Widerstand Konversionspolitik machen und Fachhochschulen neu einrichten müssen. Wir wurden zu einem Modellland in der Frage der Haushaltspolitik. Hier fragen uns andere.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Wir haben eine Verwaltungsreform nur gegen Sie gemacht. Sie standen bei den Grölenden und Pfeifenden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gegen alle im Land!)

Meine Damen und Herren, das nennen Sie kein Profil. Ich möchte Ihnen das Profil von Rheinland-Pfalz sagen.

(Bracht, CDU: Chaos produziert!)

– Das nennen Sie Chaos. Das ist mir klar; denn Sie sind einer aus der öffentlichen Verwaltung, für den die Bewegung möglicherweise eine Herausforderung darstellt, die er überhaupt nicht nachvollziehen kann.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich werde im Laufe der Rede auf die Anregungen eingehen, die man meines Erachtens aufnehmen sollte.

(Zurufe von der CDU)

– Ich weiß gar nicht, was Ihre Unruhe provoziert. Sie waren gerade bei Ihrem eigenen Fraktionsvorsitzenden so zurückhaltend. Was ist das für ein Zeichen?

Der Kollege Böhr begann damit, dass er sagte, die Landesregierung hat die Wahl gewonnen. Ministerpräsident Beck hat in der Tat einen überwältigenden Vertrauensbeweis durch die Wählerinnen und Wähler bekommen. Unser Gewicht ist auch nicht gesunken, sondern ein wenig gestiegen.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ihr Gewicht?)

– Mein persönliches ist gesunken. Das gestehe ich hiermit ein. Darüber bin ich froh.

Frau Grützmaker, die GRÜNEN und die CDU müssen sich beim Wähler mit einem abnehmenden Vertrauen abfinden. Das sollten Sie sich selbstkritisch eingestehen.

(Zuruf des Abg. Keller, CDU)

– Herr Keller, wissen Sie, das ist alles okay. In der Landespolitik spielt hier die Musik. Hier ist bei Ihnen einiges abhanden gekommen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das war eine landespolitische Wahl.

Herr Keller, ich finde es gut, dass Sie sich einmal freuen. Ich erkenne Sie fast gar nicht wieder. Meistens schauen Sie etwas verkniffen. Freuen Sie sich! Das ist ein Wechsel zwischen Schmerz und Freude. Diesen kennen wir auch. Das ist keine Frage. Wenn Sie in den landespolitischen Fragen immer nur darauf hinweisen können, dass Sie da und dort eine Wahl gewonnen haben und der Kollege Böhr nur im Grundsatz diskutiert, aber keine Lösung bietet, ist das viel zu wenig.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es war eine landespolitische Auseinandersetzung. Es ist der Opposition nicht gelungen, die Stimmung für einen Wechsel zu organisieren. Wir haben in allen Problemfeldern rheinland-pfälzischer Politik – diese gibt es – bei den Bürgerinnen und Bürgern eine Kompetenzlösung, die uns selber ein bisschen Angst macht, weil es Verantwortung bedeutet. Es bedeutet nämlich, etwas einzulösen. Das, was Sie nur mit Worten sagen, müssen wir mit Taten belegen. Wir werden dies tun.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben die Wahl wegen des guten Spitzenkandidaten, nämlich des Ministerpräsidenten, erfreulich abgeschlossen. Es gehört auch zur rheinland-pfälzischen SPD, eine geschlossene Mannschafts- und Teamleistung zu erbringen. Das werden wir auch in Zukunft tun. Wir werden intern diskutieren und nach außen diejenigen sein, die gemeinsam mit dem Koalitionspartner – es war übrigens bei den Bürgerinnen und Bürgern die meistgewählte Koalitionsvariante – in den nächsten fünf Jahren das weiterführen, was wir in den letzten zehn

Jahren erfolgreich getan haben, nämlich Rheinland-Pfalz entscheidend nach vorn zu bringen.

(Beifall der SPD und der FDP –
Jullien, CDU: Bei den Schulden!)

Meine Damen und Herren, ich komme auf das zurück, was ich mitgeschrieben habe, nämlich das Kulturlose, und dass wir im Bundesrat dem einen oder anderen nachgeben.

Meine Damen und Herren, ohne die rheinland-pfälzische Landesregierung hätte es bestimmte Dinge in der Bundesrepublik gar nicht gegeben, zum Beispiel die Neuregelung des Staatsbürgerrechts. Wissen Sie noch, welchen Streit wir darüber gehabt haben, zum Beispiel die Steuerreform, die Sie hier immer noch – zugegebenermaßen jetzt in einem Punkt nur noch auf den Mittelstand bezogen – kritisieren? Das hätte es ohne diese Regierung nicht gegeben. Denken Sie an die Rentenreform. Diese hätte es in der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben.

Meine Damen und Herren, das ist eine hart erarbeitete Arbeit. Das ist keine Frage.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das war nicht immer einfach. Es muss doch den einen oder anderen bei Ihnen geben, der auch noch Koalition im Sinn hat.

Er weiß, wie schwierig es ist, sich mit Koalitionen auseinander zu setzen. Aber wir haben es geschafft. Meine Damen und Herren, es ist entscheidend, nicht nur den Mund zu spitzen, sondern am Ende auch zu pfeifen. Wir konnten es für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzen, und darauf bin ich sehr stolz.

(Beifall der SPD und der FDP)

Diese zehnjährige, unverbindliche Politik, die nur Harmonie über alles gießt, hat dazu geführt, dass wir das Problem Mühlheim-Kärlich, das Sie in den Sand gesetzt haben und uns mit Schadensersatzforderungen an den Hals gehängt haben, gelöst haben.

(Beifall der SPD und der FDP –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wer? Sie?)

Was hätten Sie mit schlaun Worten viel über Finanzpolitik reden können, wenn wir am Ende 7 Milliarden DM hätten bezahlen müssen? Dann hätten wir all die Projekte nicht durchführen können, die wir vorhaben.

Reden wir einmal weiter über die Frage unverbindlicher Politik. Meine Damen und Herren, Ihnen in der Opposition ist das Wort eines Ganztagsangebots doch nicht einmal über die Lippen gekommen, und heute ist es konturenlos!

(Beifall der SPD und der FDP –
Zurufe von der CDU –
Zuruf der der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

– Herr Lelle, Sie sind ein ehrenwerter Mann, der sich allerdings nur mit einem Thema befasst, nämlich ob an der Schule X, Y, Z eine Lehrerin oder ein Lehrer gerade einmal krank ist und deshalb die Statistik der Landesregierung nicht stimmt.

(Abg. Kramer, CDU: So nennen
Sie das!)

Das ist die ganze Bildungspolitik, die wir von Ihnen geboten bekommen. Mehr ist das nicht.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Ich meine, ich habe den Begriff der unverbindlichen, scheinbaren Politik nicht gewählt, die nur Harmonie und Gemütlichkeit sucht. Meine Damen und Herren, wie gemütlich war es für die Landesregierung, das Mainzer Modell für diejenigen Menschen auf den Weg zu bringen, die bescheidenere Qualifikationen aufweisen und sich fragen, ob es sich eigentlich lohnt, arbeiten zu gehen, wenn die Steuern und Soziallasten einfach zu hoch sind?

(Zuruf von der CDU)

War es eine gemütliche Aufgabe, zu den Menschen zu gehen und ihnen zu sagen: Wir haben eine Chance für dich?

Meine Damen und Herren, Sie reden einfach etwas in den Boden, was vielen Menschen hilft. So werden wir unsere Politik auch weiterhin anlegen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wie haben wir dagestanden, als wir vorgeschlagen haben, Verbesserungen für Verbrechenopfer und die Videoüberwachung einzuführen? Wie stand die gesamte Republik um uns herum? – Die anderen haben doch gesagt: Nein, das geht nicht. Es kam das typisch deutsche Argument: Das hatten wir noch nie. Aber wir haben es durchgesetzt. Das ist die Harmonie und Scheinpolitik.

Ich kann nur sagen, Sie gehen immer noch mit einem Bild an uns heran, das eigentlich am 25. März hätte enden müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP –
Kuhn, FDP: Richtig!)

So ist auch **lhr** erster Kommentar zur Koalitionsvereinbarung: „Der Regierung fehlt die Kraft zum Aufbruch.“

Ich habe noch ein schönes Zitat von Hans-Otto Wilhelm, der das Gleiche gesagt hat. Er sagte: „Die erste Koalitionsvereinbarung weist darauf hin, dass diese Regierung nicht lange zusammen bleibt.“

Meine Damen und Herren, von den Irrtümern von Hans-Otto Wilhelm leben wir gut, glauben Sie es mir! Davon leben wir gut!

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Das war jetzt zu hintergründig. Natürlich gibt es auch einige Dinge, von denen ich sage, dass sie Hans-Otto nicht so schlecht gehandhabt hat.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU –
Kramer, CDU: Sie können es uns
einmal erklären!)

Hans-Otto hat am 12. Juni 1991 gesagt: „Das große Versäumnis der Regierungsgrundlage ist schon heute: Sie ist ohne **Fantasie**. Sie ist mutlos. Sie ist entscheidungsarm, und sie vermittelt keine Aufbruchstimmung.“

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht sagen, wir könnten mit solchen Kommentaren gut leben. Aber reden wir doch einmal weiter über dieses Thema. Die Sache mit den Ganztagsangeboten haben Sie im Prinzip zustimmend beschrieben. Sie haben die Sorgen beschrieben, die man haben kann. Darauf werde ich noch zurückkommen.

Aber Sie haben zum Beispiel kein einziges Wort mehr zu unserem Vorschlag gesagt, einen neuen Landesbetrieb „Verkehr und Straße“ einführen zu wollen.

(Zuruf von der SPD: Das haben
sie nicht verstanden! –
Zurufe von der CDU)

– Ja, das haben wir alles schon einmal erlebt. Ich kann fast sagen, ich brauche gar keinen Text mehr, weil das, was passiert, ist sozusagen ein Déjà vu. Es passiert immer wieder das Gleiche.

Als wir den Pensionsfonds eingeführt haben, haben Sie **hohnlachend** erklärt, dass dies nicht funktioniere. Als wir die LBB eingeführt haben, die im Übrigen Herr Koch nun mit kleinen Änderungen ebenfalls einrichten will, haben Sie **hohnlachend** erklärt, weshalb es nicht gehe.

(Zuruf von der CDU)

So werden Sie auch **hohnlachend** über den neuen Landesbetrieb reden, und er wird funktionieren, weil wir ihn funktionierend machen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zurufe von der CDU)

Es ist diese Stillstandsrhetorik: In diesem Land geschieht nichts. Es ist immer das Gleiche. Für Sie ist es eine furchtbare Herausforderung.

(Zuruf von der CDU: Wo ist die
funktionierende LBB?)

– Sie sollten sich einmal die Vorlagen vom Haushalts- und Finanzausschuss etwas sorgfältiger anschauen und nicht nur jeweils Ihre eigenen Vorurteile vortragen. Dann kommen Sie auch ein Stück weiter.

(Zuruf von der CDU: Das ist keine
Antwort auf diese Frage!)

Wir werden diese Schritte weitergehen. Sie sind nur deshalb so verblüfft, weil Sie selbst nicht darauf kamen.

Wissen Sie, weshalb Sie nicht darauf kamen? Das weiß man aus den **letzten** sechs Wochen: Sie hatten anderes zu tun, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit bei der SPD –
Beifall der SPD und der FDP)

Es ist schon wahr: Die Schwerpunkte der 14. Wahlperiode kann man im Grunde an vier, von mir nun im Einzelnen vorzutragenden Punkten festmachen.

Manfred Rommel hat geschrieben: „Wenn sich die Welt ändert, dann muss sich eigentlich auch die Politik ändern, und zwar durch zielorientiertes Vorausdenken und nicht durch mürrisches Nachfolgen.“

Was hat sich geändert? – Darüber müssen wir reden. Insofern nehme ich Ihre Frage auf und frage mit Ihnen gemeinsam, wie wir uns die Zukunft vorstellen.

Welche Vorstellungen haben wir von der Zukunft? In welchem Rheinland-Pfalz sollen wir 2010 leben?

Meine Damen und Herren, grundsätzlich wollen wir ein tolerantes Land sein. Darüber sind wir uns einig.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wollen ein tolerantes Land sein, das fest in Europa eingebunden ist und trotzdem seine lebens- und lebenswerten Eigenschaften behält, also auch eigene regionale Identität.

Das Wesentliche, über das wir streiten, ist, wir wollen ein Land sein, in dem alle Menschen ihre Talente und Fähigkeiten im eigenen Interesse optimal entfalten können und auch bereit sind, diese in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Das ist sozusagen die Zusammenfassung unserer Zielvorstellungen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wollen ein Land werden, das seine Ressourcen und Möglichkeiten optimal nutzt.

Meine Damen und Herren, die europäische Integration schreitet fort. Wir werden den Euro bekommen. Wir wissen, wir haben noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, aber er wird kommen. Wir werden dann ein gemeinschaftliches, großes, europäisches Wirtschaftsland sein, in dem die Frage, wer wo aus welchen traditionellen Überzeugungen heraus arbeitet, nicht mehr mit Ländergrenzen zu definieren ist.

Ich komme nun auf Ihren Punkt zurück. Er ist nicht falsch. Natürlich arbeiten viele Rheinland-Pfälzer und Rheinhessen im Rhein-Main-Gebiet. Die Eifeler arbeiten traditionell wie auch die Leute aus dem Saargau in Luxemburg. Das war so und ist so.

Wollen wir denn vor dem Hintergrund der europäischen Integration sagen: Da es dort alte Ländergrenzen gibt, ist dies eine Frage, die wir negativ für dieses Land entscheiden? – Nein, das wollen wir nicht. Wir wollen eine Integration, die auch die Arbeits- und Verbrauchermärkte mit einschließt, meine Damen und Herren. Wenn man

das nicht versteht, hat man Europa schlichtweg nicht verstanden.

(Heiterkeit bei der CDU –
Beifall der SPD und der FDP)

Wenn dieses Europa aus Ihrer Sicht keinen Beitrag dazu leistet, gemeinsame Wirtschaftsräume zu bekommen, wer entscheidet das dann? Glauben Sie, dieses Rund entscheidet, wo die Wirtschaft investiert? – Überheben wir uns einmal nicht! Diese Entscheidungen sind in ganz anderen Zusammenhängen zu sehen, und sie sind heute vorhanden. Wir müssen unsere eigenen Chancen sehen, die wir dem entgegen stellen.

Herr Kollege Böhr, das wundert mich auch. Sie haben beredt darüber gesprochen, wie wenig einzelne Erwerbstätige wir haben. Mit der Statistik ist das so eine Sache. Aber eines ist klar: Je dünner die Besiedlung eines Raumes, desto weniger Struktur ist vorhanden. Daran haben sich die Regierungen der CDU und der FDP 40 Jahre lang die Zähne ausgebissen, und wir tun dies jetzt ebenfalls. Sie können kein großes Werk in einen Raum schicken, in dem Sie nicht einen entsprechenden Besatz an Menschen haben.

Diese ländlichen Strukturen nun zum Gegenstand eines Vorwurfs zu machen, ist nicht besonders ehrlich. Das werden wir nicht ändern können, allenfalls dann, wenn Sie solche Regionen beschreiben, diesen Kranz von wunderbaren Regionen wie die Wallonie, Lothringen und Elsass. Das sind alle Regionen, aus denen Leute zu uns oder nach Luxemburg kommen. Sie dürfen nicht nur Luxemburg nehmen. Wenn Luxemburg nicht die von mir mit Freude gesehene Exklusivität hätte, ein ganz besonderer Finanzplatz zu sein, kämen nicht so viele dorthin. Viele meiner Verwandten arbeiten nur noch in den Banken. Früher war mein Vater Schriftsetzer in Luxemburg. Damals waren Handwerksberufe in Luxemburg aus Deutschland gefragt. Das ist heute längst vorbei. Das machen die Leute aus Lothringen und aus der Wallonie, und die Bankberufe kommen fast alle aus Eifel, Hunsrück und Trier.

Was wollen wir einer solchen gemeinsamen Entwicklung, wie sie in einer gemeinsamen Region vorhanden ist, eigentlich entgegenhalten? Wollen wir sagen: Wir wollen diese Entwicklung nicht? Ich denke, das wäre viel zu kurzichtig. Es ist das Europa.

(Beifall der SPD und der FDP)

Zum Rhein-Main-Gebiet werden wir sicherlich auch noch etwas im Zusammenhang mit dem Flughafen und mit Hahn sagen. Zuerst einmal möchte ich sagen, dieses gemeinsame Europa, diese gemeinsame Region muss ein tolerantes Europa bleiben. Ich frage mich nur, ob Sie eigentlich einen Beitrag zu diesem toleranten Europa leisten, wenn Sie diese Nationalstolzdebatten führen.

In der Zeitung stand, dass man Christoph Böhr eigentlich in der Schule schon hätte beibringen sollen, dass Abkupfern sich nicht lohnt. Seine patriotische Verzweigungskampagne in letzter Minute habe die CDU in Rheinland-Pfalz auf einen Tiefstand gedrückt. Ich habe nur zitiert.

Meine Damen und Herren, von Europa zu reden und Nationalstolzdebatten loszutreten, das passt wirklich zusammen wie Pumps und Stiefel.

(Beifall bei der SPD)

Bei allem Respekt, wo soll denn das in einem Kopf zusammen gebracht werden? Es geht Ihnen aber bei vielen Dingen nicht darum, irgendeine Sache zu machen, nein, Sie wollen einen anderen in eine Ecke stellen. Da sollten wir stehen, die vaterlandslosen Gesellen. Die musste man wieder in dieser Art und Weise angehen.

(Widerspruch von der CDU –
Dr. Gölter, CDU: Quatsch!)

- Ja, das ist alles Quatsch. Nur, die Stimme von Herrn Dr. Gölter war in dieser Debatte in keinsten Weise dämpfend zu hören. Sie war nicht zu hören.

(Beifall bei der SPD)

Es hilft uns nicht weiter, hier vorn den Staatsmann zu spielen und dann, wenn es in der eigenen Partei Feuer unter dem Dach gibt, nicht zu sagen: Leute, jetzt einmal zurück.

(Dr. Gölter, CDU: Sie sind völlig
von der Rolle! –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

- Entschuldigung, das ist doch keine Debatte, die wir geführt haben.

(Keller, CDU: Jetzt einmal zur
Regierungserklärung!)

- Ich bin noch mittendrin.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU –
Jullien, CDU: Total von der Rolle!)

Meine Damen und Herren, unsere unverbindliche und scheinpolitische Regierungserklärung befasst sich im Schwerpunkt damit, dass wir die Bildungspolitik als das große Zukunftsprojekt unseres Landes sehen. Sie können jetzt ruhig mit auf den Zug aufsteigen. Wir sind für jeden dankbar, der bereit ist, mit zu helfen und mit zu diskutieren, sodass wir in der Lage sind, ein Ganztagsangebot zu machen.

Es wurde und wird uns auch von anderer Seite immer wieder vorgeworfen, dass wir keine Visionen hätten. Meine Damen und Herren, es gibt kein einziges Flächenland in der Bundesrepublik, auch nicht Bayern mit Frau Hohlmeier, das das Ziel hat, in dieser laufenden fünfjährigen Periode ein Ganztagsangebot wohnortnah und kinder- und elternnah zu machen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Natürlich ist es richtig, dass das nicht nur ein Bildungsangebot ist. Das hat etwas mit familien-, mit arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Schwerpunkten zu tun. Meine Damen und Herren, wir haben über Jahre hinweg ignoriert, dass Familien Berufstätigkeit und Familienar-

beit miteinander verbinden wollen. Wir haben es einfach nicht zur Kenntnis genommen. Vielleicht konnten wir es auch nicht finanzieren. Selbst die Opposition, die eigentlich der Treiber der Landespolitik sein sollte, hat hier nie einen Antrag eingebracht, in dem gestanden hat: Jetzt kommt die Ganztagschule, und wir werden die Ersten sein, die es beantragen werden. – Nie haben Sie das gemacht.

(Beifall bei der SPD –
Lelle, CDU: Es hat doch dringenden,
und Sie haben nichts gemacht!
Das ist Fakt!)

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Frauen die Mehrfachbelastungen haben und daran gehindert werden, ihre Qualifikationen, die sie heute selbstverständlich haben, weiter im Beruf einzusetzen.

Meine Damen und Herren, es liegt im Interesse unserer Gesellschaft, aber auch unserer Wirtschaft, dass die Erwerbsquote von Frauen durch Betreuungsangebote erhöht wird. Genau das ist unser Ziel. Es ist ein verbundenes Ziel.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich setzen wir auch Hoffnungen in diesen neuen bildungspolitischen Schwerpunkt, dass wir mehr Platz für intensives Lernen und Leben im schulischen Miteinander haben. Soziale Kompetenz, von der so oft die Rede ist, soll wieder mehr gefördert werden. Es soll zu einem Lebens- und Erfahrungsraum Schule kommen. Herr Lelle, Sie bekommen Ihre Antwort zu diesem Thema.

(Lelle, CDU: Hoffentlich!)

Ich sehe es an Ihren Augen. Es war die Frage: Wie wollt ihr es denn machen? Die Schule am Nachmittag ist nicht die Fortsetzung der Schule vom Vormittag. Dies ist der erste Punkt. Es gibt also keine zwei Klassen. Der zweite Aspekt ist, wir werden den Kindern und den Eltern anbieten, dass am Nachmittag der Ausgleich von Schwächen erfolgt. Ich hätte zum Beispiel rechnen lernen müssen oder auch Geometrie. Es soll ein Ausgleich von Schwächen erfolgen. Das ist so etwas wie Nachhilfe. Man hilft. Meine Damen und Herren, wir haben aber nicht nur Schwächen, sondern wir haben auch Talente und Fähigkeiten. Wir müssen nachmittags Talente fördern, Zusatzangebote für besonders begabte Kinder und Jugendliche machen. Das heißt, dass wir dieses Talent dann fördern, wenn es ein solches gibt, zum Beispiel in der Musik und Kunst, wieso eigentlich aber nicht im Sport. Diese Talente sollen nachmittags gefördert werden.

Wir wollen als dritten Punkt die gesellschaftliche Wirklichkeit in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe, der Vereine, der Kirchen und vielen Kooperationspartnern ein bisschen in die Schule hineinbringen. Wir wollen also eine Mischung zwischen schulischen Angeboten, Förderangeboten, Talentförderung, Schwächenminimierung und dem machen, was draußen vor sich geht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das heißt natürlich, dass Schulen viel mehr Bildungsmanagement organisieren müssen. Wir müssen und werden den Schulen auch Spielräume geben – Frau Ministerin Ahnen hat dies auch genauso formuliert –, und zwar finanzielle, aber auch Verantwortungsspielräume. So etwas wollen wir mit Eltern, Schülern und Lehrern gemeinsam organisieren. Wir wollen nicht wieder, wie es üblich war, ein Papier, das die Punkte a, b, c und d beschreibt und sagt: Schluss, so wird es gemacht. – Nein, wir sagen: Du mit deiner Schule in Simmern im Hunsrück kennst deine Kinder, du kennst die Befähigung, du kennst auch deine Lehrerinnen und Lehrer, du sagst uns zusammen mit den Eltern, wo sich innerhalb eines Rahmens ein Angebot entwickelt. – Wir wollen viel mehr heraus in der Fläche entscheiden lassen, als dies in zentralen Strukturen über Curricula und Ähnliches möglich ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Böhr, das birgt große Risiken. Wenn wir es sozusagen bis zum letzten TZ durchbuchstabiert hätten, könnten wir sagen: So wird es gemacht. – Jetzt haben wir das „Problem“ der geistigen Freiheit einer Schule, die sagt: Ich möchte gar keine Musik machen, wir machen Stabhochsprung. –

(Heiterkeit bei der SPD)

– Entschuldigung, wir werden Konflikte erleben, wenn Schulen dann sagen, wir machen das ganz anders, wir machen nicht das Übliche. Dafür soll von dieser Koalition Freiheit gegeben werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dann wird es jemanden geben, der sagen wird: Aber nach der Landeshaushaltsordnung müssen sie dann, wenn sie über Geldausgaben beschließen, gelbe oder grüne Socken anhaben oder was weiß ich, was dann alles eingehalten werden muss. Das wird alles passieren. Meine Damen und Herren, wenn wir uns darauf nicht einlassen, dass wir den Schulen in bestimmten Bereichen auch die Freiheit in finanzieller Hinsicht geben, dann hat dieses Experiment keine großen Möglichkeiten, regional, dezentral, eltern- und schülernah gemacht zu werden. Deshalb werden wir das machen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Eben war von Rommels mürrischem Begleiten die Rede. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU hat dazu gesagt, es ist die Fortsetzung der kommunalfeindlichen Politik der vergangenen Jahre.

(Kramer, CDU: Ist es auch!)

Meine Damen und Herren, tatsächlich übernimmt das Land 100 % aller Personalkosten, was es jetzt bei Vollangeboten nicht tut. Das wird jetzt anders werden. Wir haben überhaupt nicht ausgeschlossen, dass wir, wenn wir entsprechende Umbauten haben, uns gemeinsam engagieren. Aber das Einzige, was wir von der Kommunalpolitischen Vereinigung erfahren, ist die Fortsetzung der kommunalfeindlichen Politik. Die kommunalpolitische

Realität von Rheinland-Pfalz wird dazu führen, dass die Ministerin in Anträgen von CDU-Bürgermeistern waten wird. Das ist die Realität.

(Starker Beifall der SPD, Beifall der FDP
und vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Lelle, wenn Sie all die Sätze zurücknehmen könnten, die Sie zur Einführung der Regionalen Schule hier vorn gesagt haben, dann bräuchten Sie einen 38-Tonner-LKW.

(Starker Beifall der SPD und
Beifall der FDP)

Okay, es ist gesagt. Wir werden uns da finanziell engagieren. Es kann auch sein, dass Herr Kollege Böhr vielleicht mit 1 Million DM oder mit 10 Millionen DM nicht Unrecht hat, was es in einem Jahr mehr oder weniger kostet. Entscheidend ist, dass wir bereit waren, dafür – und nur dafür – Geld als Koalition bereitzustellen. Das ist die Entscheidung. Das ist Prioritätensetzung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Natürlich können Sie sagen: „Na und, ein einziges Brot gefunden in dieser ganzen Regierungserklärung, die Ganztagschule, und wir sind sogar bereit, das Salz dazu zu liefern.“

Meine Damen und Herren, wissen Sie, es geht noch weiter. Sie haben zum Beispiel eben in Ihrem Beitrag so trefflich darüber gesprochen, dass wir wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen sollten. Erstens ist das 50 Jahre nach dem Krieg in einer – ich gebe zu, ein besseres Wort finde ich nicht – europäisierten Wirtschaft wohl nicht so einfach, aber dass Sie dann bei der Finanzbetrachtung Folgendes gemacht haben, Sie haben die Schuldenberge genannt. Ich mache es mir nicht so einfach, dass ich jetzt die Bundesschuldenberge nenne. Das wäre wirklich simpel. Aber eine Ursache hat es gegeben: die deutsche Wiedervereinigung.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Entschuldigung. Die deutsche Wiedervereinigung, die Konversionspolitik, alles, was in diesem Zusammenhang weggerutscht ist, mussten wir aufhalten, sonst wären wir weitergerutscht, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Meinungsforscher sagen, ein Teil des Schubs für diese Regierung ist die Anerkennung der Konversions- und Ausbildungspolitik der Regierung Beck. Wir haben in der Tat 6,9 % Arbeitslose. Wir liegen damit vor Hessen. Mein Kollege Armin Clauss kann es eigentlich nie fassen, dass wir im Jahresergebnis immer vor Hessen liegen, also günstiger als Hessen, was die Quote angeht. Aber zur Wahrheit gehört, wir profitieren natürlich auch von Wirtschaftsräumen jenseits des Rheins, so wie umgekehrt natürlich auch Leute aus dem Neckar-Raum in Ludwigshafen arbeiten usw.

Meine Damen und Herren, die Beschäftigung mit der Konversion hat uns Ergebnisse gebracht, die diese

6,9 % unterstützen, aber noch ein Punkt mehr. Wir haben eine ganz andere Arbeitsmarktpolitik als vorher gemacht. Wir verteilen nicht nur Geld sozusagen nach Bedürfnislage, sondern wir bauen um, wir schulen um, und wir gehen hin, wo Neues beginnt, finanzieren mit Unternehmen, mit dem Arbeitsamt gemeinsam neue Arbeitsmärkte. Da kämen wir dann in die Richtung, auch Arbeit muss sich wieder lohnen. Auch dies ist ein Programm, das Leute herausholen soll. Es mag nicht immer glücklich gewesen sein, auch nicht das, was der Bundeskanzler zur Frage von Arbeit sagt, aber wir haben konkret gehandelt. Wir haben mit dem Programm „Arbeit muss sich wieder lohnen“, Kindergeldzuschlag für erwerbstätige Sozialhilfeempfänger, eine Chance gegeben, wieder einer geregelten Arbeit nachzugehen. Verunglimpfen Sie das bitte nicht immer als zweiten Arbeitsmarkt. Wir gehen hin und bauen Leute wieder auf, die weggerutscht sind. Das ist unsere Christenpflicht und unsere Politikerpflicht.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden Dienstleistungsagenturen machen. Auch das ist nur ein kleines Mosaik, um Arbeit, Dienstleistungen auch im privaten Haushalt zu schaffen. Man mag die Nase darüber rümpfen, aber wenn wir auf der einen Seite Ganztagsschulangebote machen, damit die Familien – Männer und Frauen – den Beruf besser verbinden können, dann muss doch irgendeiner da sein, der andere Arbeit für sie erledigt. In Amerika ist das gang und gäbe. Das läuft da sozusagen von selbst. Wir werden es hier anstoßen, um beides zu verbinden, Beruf und Familie, aber auch Arbeit, die zuerst einmal vielleicht nicht so schön aussieht wie die eines Ingenieurs, aber gemacht werden muss. Es ist sowieso zum Heulen, dass wir, was die Beurteilung von Arbeit angeht, immer danach schauen, ob jemand eine Krawatte oder einen Blaumann anhat. Es gibt nur eine Art, Arbeit zu bewerten. Wir haben sogar bei uns welche sitzen, die haben nicht einmal mehr eine Krawatte an. Meine Damen und Herren, schauen Sie genau hin. Es gibt eigentlich nur eine Methode, Arbeit zu bewerten: Eine Arbeit ist gut getan, oder sie ist schlecht getan!

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir werden eine Enquete-Kommission „Zukunft der Arbeit in diesem dritten Jahrtausend“ machen. In diesem Zusammenhang wird uns vorgeworfen, wir würden zu viele Enqueten, Beiräte und überhaupt diese Konsensorientierung machen. Das wäre doch alles nicht in Ordnung.

„In einer modernen und komplexeren Gesellschaft verfügen Regierung und Parlament nicht mehr automatisch über einen Wissensvorsprung, der sachadäquate Entscheidungen allein treffen kann. Sie müssen deshalb Lernprozesse organisieren.“ Das ist ein Zitat; ich hätte es Ihnen gleich gesagt. „Entscheidungen, welche diese Komplexität nicht berücksichtigen, werden von den Betroffenen bestenfalls belächelt, schlimmstenfalls ignoriert. Damit gerät die Legitimationsgrundlage demokratischer Entscheidungen selbst in Gefahr.“

Das schreibt Frank Steinmeier in einem Buch „Konsens und Führung“. In der Tat liegt es bei uns daran, dass wir

glauben, wir brauchen alle die, die etwas wissen in diesem Land, an Bord. Ich glaube, es ist richtig, eine dialogfähige Politik zu machen, die Sorgen, Wünsche und Erwartungen von Menschen ernst nimmt. Das führt ein bisschen dazu, dass wir hier nicht mehr den Alleinvertretungsanspruch der Debatte haben. Aber wenn wir, wie zum Beispiel bei den Enquete-Kommissionen, uns Zeit nehmen mit Dritten, mit Leuten aus der Wirtschaft, mit Leuten von den Gewerkschaften, mit Leuten aus den Betrieben, darüber zu reden, haben wir alle mehr Gewinn, als wenn wir so tun, als wenn wir alles wüssten. Ich sage Ihnen eins, konsensorientierte Politik, die nicht nur spalten will, ist eigentlich die Frage unserer Zeit. Die Leute haben das Spalten satt.

(Beifall der SPD und
der FDP)

Die Mittelstandspolitik ist beschrieben worden. Wir wissen heute, dass wir unser Rückgrat im Mittelstand haben. 145.000 gewerbliche Unternehmen sind zu 99 % dem Mittelstand zugeordnet. Wenn wir, was die Ausbildungsplätze angeht, auf der einen Seite die hervorragenden Anstrengungen der Industrie- und Handelskammern, der Innungen, aber auch der Landesregierung sehen, dann ist am Ende immer die Entscheidung eines mittelständischen Unternehmers notwendig zu sagen: Ja, ich nehme die, oder ja, ich nehme den. – Dafür wollen wir diesen Leuten danken, dass Sie auch einmal einen über den Durst ausbilden, weil sie wissen, für die Zukunft wird das die Facharbeiterinnen- und Facharbeiterreserve sein. Herzlichen Dank an die Unternehmen.

(Beifall der SPD und
bei der FDP)

Unsere – ich muss immer wieder nachsehen – „unverbindliche scheinbare“ Politik führt dazu, dass wir ein besseres Durchschnittsergebnis haben, was Ausbildungsplätze angeht, als die Bundesrepublik. Das ist vollkommen unverbindlich. Das hat nichts mit Menschen zu tun. Das klärt keine Zukunftsfragen. Meine Damen und Herren, nur so viel, das mögen alles kleine Sachen sein, aber was glauben Sie, wie wichtig es für den **Einzelnen** ist, wenn er nach der Schule – 30 Bewerbungen muss er machen; davon kann man fast schon ausgehen – am Ende gesagt bekommt: So, dich stelle ich ein. Du hast eine Chance. Wir brauchen dich. –

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der FDP –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Ich habe Sie nicht verstanden.

(Bracht, CDU: Das Problem ist nur, dass
das nichts mit Politik zu tun hat!)

– Entschuldigung, das ist der Punkt, wo eben gesagt worden ist, Harmonie und Konsensorientierung wäre eigentlich nicht die Aufgabe der Regierung. Genau das Gegenteil ist der Fall. Was hätten wir von einer Konfrontation? Dann hätten wir die Rollos heruntergezogen, und die Unternehmen würden sagen, wir brauchen das nicht, wir brauchen gar nicht auf diese Regierung zu hören. Das ist genau der Punkt. Herr Bracht, Sie sind

der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU. Eben haben Sie den Beweis dafür abgegeben.

(Jullien, CDU: Er ist noch nicht
auf dem Laufenden!)

Wenn Sie solche Fragen für so unwichtig halten, wie man das Ihrem Tun jetzt absehen kann, dann muss ich sagen, Sie bewegen sich zu weit weg von den Leuten. Wenn die Tochter oder der Sohn keinen Arbeitsplatz bekommt – dies muss Ihnen doch schon begegnet sein –, dann kommen die Leute zu Ihnen in die Sprechstunde und sagen, jetzt hat er schon 30 Bewerbungen geschrieben, hast du nicht irgendetwas für den Jungen. So läuft das ab. Dann rennt man – übrigens gemeinsam mit der IHK als Paten – zu den Betrieben, macht gut Wetter und sagt dem einen oder anderen auch schon einmal, vielleicht wäre es besser, du hättest weniger gepiercte Nasenringe, oder man sagt ihm, dass es dann, wenn er mit einem entsprechenden Outfit kommt, auch einfacher wird. Auch das gehört zur Lebenserfahrung. Das muss Ihnen doch nicht fremd sein. Das können Sie hier doch nicht erzählen.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Herr Billen, wer diese kleine Frage der Jugendlichen- ausbildung für so unwichtig nimmt, der muss sich fragen, wie nah er bei den Menschen ist. Das muss er sich fragen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Nicht weniger wichtig ist für uns die Frage der Infrastruktur und des Verkehrs. Wir haben mit unserem Vorschlag schon einige Wellen geschlagen. Sie haben schon bei LBB laut gelacht. Früher war es so: Alle fünf Jahre kam irgendeine Ministerin oder irgendein Minister und hat gesagt, ich brauche noch neue Büronutzfläche. Dann hat der Finanzminister drei Jahre lang gesagt, es geht noch, es muss noch, stelle noch einen Schreibtisch hinzu. Irgendwann ist dies dann durchgelaufen.

Meine Damen und Herren, es gibt gar keine Fragen mehr danach, weil jeder plötzlich weiß, ich muss die Heizung, den Strom und die Instandhaltung bezahlen.

(Itzek, SPD: Und Miete!)

– Ich muss die Miete bezahlen.

Dann müssen wir schauen, ob wir nicht intelligentere Lösungen haben. Auf diesem einfachen Prinzip, nämlich des Eigeninteresses des Nutzers, ist die LBB aufgebaut.

Meine Damen und Herren, es funktioniert. Es funktioniert vielleicht auch da einmal nicht und hier einmal nicht. Aber wenn Sie deshalb das Ganze in die Kritik holen, dann muss ich Ihnen sagen, das Prinzip ist uns wichtig, nämlich die Eigenverantwortung überall zu stärken.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Deshalb werden wir, was den Verkehr angeht, die Eigenverantwortung stärken, auch nach diesem einfachen Prinzip.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sehen Sie, es zeigt so richtig deutlich, wenn man über das Grundsätzliche diskutiert, um sich langsam den Details zu nähern, dass Sie dann sagen, nein, erst die Details und nicht das Prinzip.

Das Prinzip ist ganz einfach. Es geht um die Frage, den Eigennutz zu stärken. Wenn wir einen Landesbetrieb gründen, dessen Eigennutz dadurch gestärkt wird, dass er gute Straßen zur Verfügung stellt, weil er für schlechtere weniger Pacht bekommen wird, dann ist dies eine grundsätzliche Situation in dieser Gesellschaft, wie sie überall gegeben ist. Wir werden damit noch Sorgen haben.

(Jullien, CDU: Warum machen Sie diesmal keine GmbH?)

– Wir können alles. Wir sind am Anfang einer Debatte. Aber das ist doch genauso eine Detaildiskussion. Sie hätten als großer finanzpolitischer Sprecher darauf kommen und sagen müssen, ihr könnt Straßen effektiver, schneller und besser bauen, wenn ihr folgendes Prinzip anwendet. Aber Sie haben es nie vorgeschlagen. Sie haben immer nur mit Zahlen um sich herumgeworfen. Nun stehen Sie da.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wollen den Beamten nicht vorwerfen, dass sie zum Teil in der Kameralistik erstickt sind. Aber wir werden jetzt die Fenster aufmachen und ihnen neue Möglichkeiten geben.

(Jullien, CDU: Und frische Luft hineinlassen!)

– Ich sage Ihnen Folgendes voraus: Es wird Folgendes passieren: Diese Wiese dort drüben wird nicht groß genug sein, um all die Ängste aufzunehmen, die Sie dann bei den Mitarbeitern bis zur Straßenmeisterei schützen werden, um die ordentlich nach vorne zu puschen. So wird es werden. So ist Ihre wirtschaftspolitische Grundausrichtung.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es muss sich etwas ändern, wenn es im Wesentlichen so bleiben soll, wie wir heute unseren Staat organisiert haben. Wir werden es ändern. Es wird übrigens nach den Änderungen der letzten Periode sicherlich wieder einen bundesweiten Aufschrei zu diesem Thema geben. Aber wir werden es tun, weil wir es tun müssen.

Der Kollege Böhr sprach über die Frage des Flughafens Frankfurt-Hahn, aber auch über die Frage Frankfurt/Main.

Meine Damen und Herren, es ist so, dass wir in der Tat so rasch wie möglich die Anbindung des Flughafens Frankfurt-Hahn vorantreiben müssen. Der Wirtschafts-

minister braucht sich nichts, aber auch gar nichts vorwerfen zu lassen. Jede rechtlich passende Möglichkeit wird durch Bau und Ausschreibung nachvollzogen. Wer sieht, wie schnell dort unten gearbeitet wird, der muss allerdings auch noch ein paar Fragen an den Partner in Hessen stellen.

(Staatsminister Bauckhage: So ist das! – Zurufe von der CDU)

– Ich meine, lesen Sie nur Zeitungen.

(Zurufe von der CDU)

– Warum machen Sie sich denn jetzt mit denen handgemein? – Das frage ich mich wirklich.

Die Frage, die zu stellen ist, lautet, bleibt es bei der Durchsetzung des Nachtflugverbots oder gibt es — — Nicht beim hessischen Ministerpräsidenten. Damit mich keiner falsch versteht. Nicht bei Herrn Koch, weil wenn er sagt, dafür stehe ich, dann steht er auch dafür. Das wissen wir aus anderen Zusammenhängen.

(Lewentz, SPD: Brutalstmögliche Aufklärung! – Heiterkeit bei der SPD)

Aber es gibt eine Gemengelage der Stadt Frankfurt, eine Gemengelage Unternehmen, eine Gemengelage der südhessischen Industrie, der Deutschen Bundespost etc., die die Verlagerung von Dienstleistungen zum Hahn in einem regionalen Dialog schlichtweg verweigert hat. Das kann man nun als Zeichen nehmen, wo man sagt, okay, das ist nun einmal eine Äußerung gewesen. Die politische Position von Ministerpräsident Koch steht.

Wir sind noch nicht soweit, dass wir gemeinsam mit Hessen über ein Flughafensystem sprechen. Das steht nur im Papier. Das Flughafensystem, so, wie es London hat, wäre die beste Möglichkeit, Frankfurt-Hahn vernünftig zu verbinden.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Das System bedeutet, dass sozusagen in der Mitte der Umschlag mit Passagieren stattfindet, an den Außenstellen finden die Punkt-zu-Punkt-Flüge statt und die Charterflüge und Cargoeinrichtungen befinden sich dort. Das ist die Verbindung, die man in London gewählt hat; denn sonst könnte Ryan-Air nicht für 49 DM ab Hahn dorthin fliegen – Punkt-zu-Punkt-Verkehr –, während ein Flughafen wie Frankfurt zu fast zwei Drittel eine Umsteigerfunktion hat, also erst einmal alles zusammengeflogen wird, um dann über den Atlantik oder über den Pazifik zu fliegen. – So viel gern erklärt.

Dieses Flughafensystem steht noch nicht in den Köpfen unserer Nachbarn.

Wir dürfen auch kein laises Absetzen der zehn Punkte von Fraport – zu Beginn besprochen – akzeptieren.

Es gab da und es gibt dort so ein paar Leute, die laufen mit einer so genannten Atlanta-Lösung durch die Ge-

gend. Das ist eine Lösung – Atlanta ist bekannt: vier Flughäfen als Start- und Landebahnen nebeneinander mit dem entsprechenden Verkehrsabstand –, wonach von allen Startbahnen gleichzeitig gelandet und auch abgeflogen werden kann. Eine solche Lösung würde in Rheinhessen neue Fragen aufwerfen. Sie würde der Stadt Mainz helfen.

Ich rede ganz offen darüber. Es hat überhaupt keinen Zweck. Es steht in jeder Zeitung.

Ich sage nur eins: Ich glaube, wir kommen am besten zurecht, wenn wir den Hessischen Ministerpräsidenten, den Hessischen Landtag und unsere eigene gemeinsame Entschließung ernst nehmen und sagen, das Nachtflugverbot ist die einzige Möglichkeit, den Ausbau von Frankfurt am Main einigermaßen verträglich zu organisieren.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Denjenigen, denen ich glauben kann und muss, die jetzt im Bereich der Stadt Mainz wohnen, sagen – wenn ich und Sie das Fenster aufmachen –, wir haben zurzeit mehr Fluglärm als in der Nähe von Hahn. Etwa 12 Kilometer Luftlinie von Hahn steht mein Haus. Wir bekommen das weniger mit als die Mainzer.

Mir sagen ernsthafte und ernst zu nehmende Leute, dass es in den Vororten wirklich zu einem Problem geworden ist. Man könnte sich nicht auf die Terrasse setzen, weil im Minutenabstand die Flugzeuge fliegen, das heißt, wenn wir der Bevölkerung eine solche Zumutung abringen, dann kann es nicht Tag und Nacht sein. Das muss ein Wort sein, und dazu müssen wir auch stehen.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Kollege, das ist auch den Hessen gesagt worden.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Kollege Bracht, das stimmt natürlich nicht. Ich schreibe es einfach Ihrer schlechten Laune zu, dass Sie so etwas sagen. Das kann ich auch gut verstehen.

(Zurufe aus dem Hause)

Es gibt keinen Grund zu sagen, die Sozialdemokraten in Hessen müssten da — – Die haben im Landtag in Wiesbaden genau das beschlossen, von dem ich gesprochen habe. Insofern gibt es das weder bei der hessischen SPD noch in der Führung der hessischen CDU. Das gibt es nur in dem Umfeld, das ich eben genannt habe. Das sollten wir auch einfach einmal akzeptieren.

Meine Damen und Herren, Multimedia ist heruntergerechnet worden. Wir haben sicherlich auch Nachholbedarf. Aber was wir alles in dieser Frage schon geleistet haben, so zu ignorieren, hilft uns nicht weiter. Wir wissen genau, dass wir auf diesem Markt mehr zu leisten haben. Aber auch kein Markt verändert sich so schnell wie dieser Markt.

Die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau des Medienstandorts werden wir untersuchen. Wir sind ein Medienstandort mit dem ZDF und dem SWR. Sicherlich, was Produktionen anbelangt, nicht so stark wie Baden-Baden oder Stuttgart, aber hier sind Arbeitsplätze geschaffen worden. Unsere Zukunft wird auch mit der Multimediainitiative rlp-inform mit ca. 100 Millionen DM fortgesetzt werden. So viel zu dem, wir würden uns auf diesem Gebiet nicht anstrengen.

Meine Damen und Herren, ein letztes Feld ist die Verwaltungsmodernisierung. Muss man eigentlich für einen Führerschein und für einen Ausweis bei einer Verwaltung persönlich vorsprechen? Muss man das?

Meine Damen und Herren, wir werden beginnen, viele Leistungen digital anzubieten. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf. Aber mit zur Wahrheit gehört auch: Ich kann meiner Schwiegermutter mit 85 Jahren nicht abverlangen, dass sie digital Leistungen nachfragt. Es muss beides geben. Diejenigen, die die technische Begabung haben, die Dinge zu machen, und diejenigen, die diese Möglichkeiten nicht haben, müssen jeweils ein Angebot haben, das sie nutzen können. Natürlich ist das auch eine gesellschaftliche Herausforderung; denn wir wollen kein technisches Analphabetentum haben.

Aber ich kann Ihnen mit Freude verraten – ich weiß nicht, ob mit der Freude meiner Kolleginnen und Kollegen, aber zumindest mit meiner –, wir haben das papierlose Büro ab dieser 14. Wahlperiode eingeführt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Jeder muss an den PC, wenn er etwas abrufen will – ich im Übrigen auch. Was meine Sie, was das für Schwierigkeiten macht. Wir haben aber nur dann Medienkompetenz, wenn wir Medien nutzen. Deshalb müssen wir die Medien beim eigenen Arbeiten nutzen.

Im Hinblick auf die Verwaltungsmodernisierung werden wir nach den Anstrengungen der 13. Wahlperiode nicht direkt ein neues Schiff ins Wasser lassen. Der Landesbetrieb „Straßen und Verkehr“ wird aber dennoch eine große Herausforderung werden, weil es um eine große Dienstleistung geht. Es wird an den Punkten weitergearbeitet, die aufzuarbeiten sind, insbesondere deshalb, damit wir wissen, was was kostet. Welche Leistung kostet wie viel, und wie viel Steuermarken geben wir davon aus?

Meine Damen und Herren, zum Schluss zu den Kommunen, die von der Kommunalpolitischen Vereinigung wieder einmal als die Ärmsten der Armen dargestellt werden. Wenn die Beurteilung von Herrn Böhr im Hinblick auf die Schulden und Finanzen der Kommunen richtig wäre, frage ich mich, weshalb Herr Kollege Böhr nachts noch schlafen kann, da er doch eine hohe politische Verantwortung in der Stadt Trier, die bekanntlich nicht schuldenfrei ist und die bekanntlich große Anstrengungen unternimmt, um zurecht zu kommen, mitträgt.

In diesem Zusammenhang will ich Ihnen etwas über die Kommunen erzählen. Ich bin immer begeistert, wenn uns vorgeworfen wird, wir seien kommunalfeindlich.

Ich saß in einem wunderbaren Zug – es war ein privater Zug – von Trier nach Mainz und traf einen außerordentlich agilen Oberbürgermeister einer der ältesten Städte – ich will den Namen nicht nennen –,

(Zuruf der SPD: Der ältesten!)

und ich saß zwei Landräten eines großen Landkreises mit hohem Viehbestand und eines Landkreises mit viel Wein gegenüber. Der Oberbürgermeister hat zu mir gesagt: Sie müssen etwas für die Städte tun. Es gibt die „Bugwellen-Problematik“. Wir haben Schwierigkeiten, unseren Haushalt auszugleichen, obwohl wir eine Menge getan haben.

An dieser Stelle erwähne ich, dass er zusammen mit dem Stadtrat eine Menge unternommen hat.

Daraufhin habe ich geantwortet: Herr Oberbürgermeister, das ist überhaupt kein Problem. Wie wäre es mit folgender Lösung: In den **nächsten** fünf Jahren verteilen wir die Überschüsse des kommunalen Finanzausgleichs gezielt an die fünf Oberzentren. Allerdings müssen wir sofort die uns gegenüberstehenden Landräte fragen, ob das ohne Blutvergießen geht.

(Zuruf der CDU)

- Das ist kein Totschlagargument. Das ist die „Konsenssoße“, von der Sie reden, womit Sie uns heruntermachen wollen. Das geht nur im Konsens, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das mögen Sie alles für kleinlich halten. Den kommunalen Finanzausgleich können wir nur **zugunsten** der Oberzentren ändern, wenn der kreisangehörige Bereich auf Zeit bereit ist, dabei mitzumachen.

Wenn mir die beiden Landräte aber fast die Augen ausgekratzt haben – der eine mehr, der andere weniger, Sie kennen die beiden Herren –, sage ich Ihnen nur eins: Mit dieser kommunalen Familie ist anscheinend die Frage unserer großen Städte nicht zu lösen, weil zu viel Eigenutz im Spiel ist. Dann bleibt es bei der Festlegung des Verbundsatzes.

In der Enquete-Kommission werden wir miteinander darum ringen, wie wir die Probleme der großen Städte regeln wollen. Wir werden uns aber nicht allein den Zorn des kreisangehörigen Bereichs aufladen. Dann können sich Ihre Oberbürgermeister in den Städten sozusagen die Hände reiben. Das wird nicht gehen. Herr Schnabel, das wird nur gemeinsam gehen. Wenn Sie dabei nicht mitmachen, werde ich Sie immer wieder daran erinnern, dass Sie nur die Interessen der einen kommunalen Familie vertreten und nicht die der rheinland-pfälzischen kommunalen Familie. So wird es dann werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Eins sage ich noch zur Wahrheit vorweg: Wir werden in dieser Wahlperiode unsere Anstrengungen nicht dahingehend intensivieren, Zweckzuweisungen und allgemeine Zuweisungen in ihrer Verhältnismäßigkeit zu ändern.

Das will ich begründen. Das wird auch immer vom Gemeinde- und Städtebund und von den Großen verlangt, und wir haben das Lied immer mitgesungen, weil man manchmal etwas opportunistisch sein und dem Streit aus dem Weg gehen will.

(Lelle, CDU: Jetzt ist er wenigstens ehrlich!)

Er ist jetzt ganz ehrlich und sagt: Für die Mehrheit der rheinland-pfälzischen Kommunen wäre es ein Nachteil, wenn wir das Verhältnis entscheidend verändern würden. Deshalb werden wir es nicht verändern, es sei denn, wir ändern es gemeinsam mit allen.

Als Dorfbürgermeister sage ich Ihnen, dass wir nicht in der Lage wären, von den 20.000 DM mehr Schlüsselzuweisungen so viel anzusparen, um wenigstens alle zehn Jahre eine entsprechende kommunale Finanzierung durchzuführen. Deshalb wird es keine Anstrengungen geben, die Zweckzuweisungen und die allgemeinen Zuweisungen zu verändern.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, wir wollen und können mit dieser Regierungserklärung, die **übrigens** vom Ansatz her auf ein Stück Versöhnung hin orientiert war, zufrieden sein. Sie war wertorientiert und hat eingefordert, etwas zu tun, nämlich Mobilität und das Weiterlernen. Meiner Meinung nach hat sie auch ganz deutlich gemacht, dass der Staat nicht mehr die Amme für alles ist, sondern wir uns selbst anstrengen müssen.

Wenn Sie das alles nur wenig achten, kann ich nur sagen, dass es an der Zeit ist, der Bevölkerung mitzuteilen: Ihr müsst euch mit anstrengen, und wir werden euch helfen, dass ihr euch anstrengen und Erfolg haben könnt!

Das halte ich für eine wichtige politische Botschaft. Es ist der Versuch, eine Wertediskussion vor einer Instrumentendiskussion zu führen. Das hat die rheinland-pfälzische Landesregierung bzw. der Herr Ministerpräsident gestern in Form einer Regierungserklärung deutlich gemacht. Wir können stolz auf das sein, was wir vorhaben, aber wir werden noch viel Arbeit haben, um es am Ende auch leisten zu können.

Ich sehe eine Landesregierung, die voller Saft und Kraft ist.

(Beifall bei SPD und FDP –
Jullien, CDU: Die nicht mehr gehen kann vor lauter Kraft!)

Meine Damen und Herren, es war ein interessanter Ansatz von Herrn Kollegen Böhr, dass man abgewatscht wird, wenn man die Wahrheit sagt. Da ich abgewatscht worden bin, habe ich die Wahrheit gesagt. Das habe ich schon verstanden. Für das eigene Ego ist das in Ordnung.

Meine Damen und Herren, wir haben auch viel Unangenehmes in der vergangenen Wahlperiode durchsetzen müssen. Ich erinnere noch einmal an die Festwiese dort

drüben. Wir haben viele Aufgaben verändert. Dennoch haben die Wählerinnen und Wähler gesagt: Diese Koalition hat mein Vertrauen. – Meine Damen und Herren, auf dieses Vertrauen bauen wir auf.

Wir müssen uns anstrengen, damit wir dieses Vertrauen erhalten. Das ist kein Sparsbuch nach dem Motto: Nun ist es so. – Es ist schwierig, das fünf Jahre lang durchzuhalten. Meine Damen und Herren, wir wollen das aber, und wir können das.

(Anhaltend starker Beifall der SPD
und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich begrüße weitere Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Regionalen Schule Puderbach.

(Beifall im Hause)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Herr Mertes hat vorhin gesagt – ganz kurz noch eine Vorbemerkung, aber Sie können ruhig schon rausgehen, weil sich das gar nicht auf Ihre Erklärungen bezieht, Herr Mertes –, man solle einmal die Fenster weit öffnen. Ich habe eine Bitte: Dem Parlament täte es sicher auch gut, wenn wir die Fenster weit öffnen.

(Beifall im Hause –
Vizepräsidentin Frau Hammer übernimmt den Vorsitz)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber meiner Meinung nach sind die Ursachen nicht nur die hitzigen Reden meiner Vorredner gewesen, sondern insgesamt das, was wir bisher verbraucht und transpiriert haben.

Jetzt zur Regierungserklärung: Nach dem Wahltag und nach den veränderten Kräfteverhältnissen in Rheinland-Pfalz hatte ich zunächst die Erwartung, dass mit der neuen Koalitionsvereinbarung eine Kurskorrektur in der Landespolitik eintreten würde. Das war meiner Meinung nach nicht nur meine Erwartung, sondern auch die Erwartung derjenigen, die ganz gezielt gewählt haben und die Sozialdemokratie in diesem Land mit diesem Wahlergebnis gestärkt haben. Diejenigen, die die Freien Wähler durch das Wahlergebnis abgestraft haben, hatten diese Erwartung sicherlich auch. Kurt Beck sollte Steuermann dieses Landes werden, und zwar ohne das Steuer teilen zu müssen.

Ich sage Ihnen, der Start in das neue Jahrhundert, die Erwartungen, die sich aus dem zusammenwachsenden Europa, aus dem globalen Umfeld, aus den demographischen Entwicklungen und aus der notwendigen globalen nachhaltigen Entwicklung ergeben, all diese Bedingungen erfordern eigentlich einen klaren Kurs – ich

sage das ohne Neid –, auch unter einer sozialdemokratischen Flagge.

Ich muss Ihnen aber sagen – ich sage Ihnen ehrlich, ich habe die Sozialdemokraten nicht gewählt –, wenn ich die Sozialdemokraten gewählt hätte, wäre ich noch viel enttäuschter; denn sie haben meiner Meinung nach die Chance dieses Wahlergebnisses nicht genutzt, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten. Ich sage auch, sowohl die Koalitionsvereinbarung als auch die Regierungserklärung waren nicht Zeugnis von einem klaren Kurs und auch nicht Zeugnis von Visionärem, auch wenn Herr Mertes eben noch einmal auf die Ganztagschule hinwies. Eine Schwalbe macht aber noch keinen Sommer. Ich sage Ihnen, das ist eine Idee, die überfällig war. Sie hecheln notwendigen Entwicklungen damit hinterher, auch wenn Sie sie in diesem Land als Erste einführen wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Ich vermisse sowohl in der Koalitionsvereinbarung als auch in der Regierungserklärung ein klares Bekenntnis zur Verpflichtung für eine nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Das ist eine zentrale und eine wichtige Aufgabe in diesem Jahrhundert.

Herr Dr. Schiffmann, Sie finden das nicht in den Leitlinien. Sie finden eine abgeschwächte, eine verfälschte Definition von nachhaltiger Entwicklung in dieser Regierungserklärung, aber das ist keine Leitlinie.

(Ministerpräsident Beck: Das ist
aber mühsam!)

Herr Beck, jedem ökologisch denkenden Sozialdemokraten muss sich doch der Magen herumdrehen, wenn Sie von der Verknüpfung der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Wohlfahrt und dem dauerhaften Schutz der Lebensgrundlagen sprechen;

(Ministerpräsident Beck: Was ist
denn daran falsch?)

denn das heißt im Konkreten – jetzt schauen Sie einmal in das hinein, was Sie angekündigt haben – für Sie, keine Nachteile für die Chemische Industrie in Rheinland-Pfalz bei einer europaweiten Neuregelung im Umgang mit chemischen Altstoffen. Das hat Sie sogar nach Brüssel getrieben. Das ist in Ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt. Von gesundheitlichen Risiken dieser Altstoffe, von Gefährdungen der Umwelt durch diese chemischen Altstoffe ist noch nicht einmal mit einem Wort die Rede. Es geht nicht um einen Ausgleich, sondern es geht um eine klare Positionierung pro Wirtschaft.

Das heißt in einem anderen Fall – auch festgelegt in Ihrer Koalitionsvereinbarung – kein Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung **zulasten** der großen Energieversorger. Jetzt erklären Sie mir einmal, wie Sie kurzfristig beim Energiesparen und bei einer Klimaschutzpolitik tatsächlich Erfolge erzielen wollen.

Im Konkreten heißt das: Frau Martini kann gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister und der FDP ihre Umwelt-

politik, die vom Lobbyismus schon zur Unkenntlichkeit verzerrt worden ist, fortsetzen. Neuestes Beispiel ist, mit den Knöllchen der Politessen gegen das Dosenpfand vorzugehen. Das ist nur ein aktuelles Beispiel, aber das zieht sich durch das durch, was Sie bei der Umweltpolitik vorhaben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie benötigen keine starke FDP, um zentrale Herausforderungen, wie den Klimaschutz oder die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft, zu verpatzen. Das können Sie schon ganz alleine.

Sie benötigen auch keine FDP, um den Generalangriff auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu blasen. Auch das können Sie ganz allein. Die Gegenwehr unter Aufschrei der Gewerkschaften hat Ihnen das schon in das Konzeptbuch geschrieben. Wenn Sie Ihre Vorstellungen in Bezug auf die Zukunft der Arbeit vorlegen, ist das ein Zeugnis neo-sozialliberaler Politik. Da gibt es nur eins: Flexibilisierung, Flexibilisierung, Flexibilisierung. – Das ist Ihre Lösung, aber das kann nicht die Lösung sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind auf den Fahnen immer dabei, ein kinderfreundliches Rheinland-Pfalz zu schaffen. Ich sage Ihnen aber: In Wirklichkeit sind Sie dabei, eine wirtschaftsfreundliche Familie zu entwickeln. So ist Ihre Schwerpunktsetzung, und das ist die Ausrichtung Ihrer Politik.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sehr selektive Wahrnehmung!)

Herr Beck, ich war schon verwundert, in einer Regierungserklärung eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zum Beispiel kein Wort zu der aktuellen Diskussion um die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes zu hören. Auch da gibt es keine Position mehr, wie sie von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land erwartet wird, die einen Einsatz von Ihnen erwarten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Ministerpräsident Beck: Dazu
brauche ich Sie!)

Bei dem Stichwort „**Fantasievolle** Arbeitsmarktpolitik mit Gender-Ansatz“ – mittlerweile sprechen auch die Herren der Sozialdemokraten das richtig aus – fällt Ihnen ein, eine Dienstmädchen- oder Dienstleistungsagentur für private Haushalte einzurichten. Das ist **fantasievolle** Arbeitsmarktpolitik. Ich sage: Das ist modernes Dienstmädchen-Management. Wir brauchen meiner Meinung nach etwas anderes in diesem Land für Frauen, die erwerbstätig werden wollen oder wieder erwerbstätig werden wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine Qualifizierungsoffensive und eine tatsächliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Frauen, die in das Erwerbsleben wollen oder die beides

kombinieren wollen. Das wäre die richtige Antwort gewesen und nicht eine Dienstleistungsagentur.

Meine Damen und Herren, nur an diesen wenigen Beispielen will ich Ihnen deutlich machen, dass ich der Meinung bin, dass Sie bei Ihrer Kursbestimmung falsche Prioritäten gesetzt haben. Das ist eine falsche Kursbestimmung sozialdemokratischer Prägung, und es gibt eine an Selbstverleugnung grenzende Distanzierung zur Politik der rotgrünen Bundesregierung. Das ist der Weg, den Herr Beck und die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie einschlagen will.

(Ministerpräsident Beck: Es tut
schon fast weh!)

Herr Beck, ich glaube und habe den Eindruck, dass Sie bei den Koalitionsverhandlungen zu viel Kraft darauf verwendet haben, Stühle zu rücken und Kräfte zu messen. Sie haben, um in einem Bild zu sprechen, vielleicht auch zu viel Kraft darauf verwendet, Ihre Leute aus der Ruderammer zu holen, wo die FDP sie hinverbannt hatte, und die FDP jetzt dorthin zu verbannen. Die Kursbestimmung für die ersten entscheidenden Jahre in dem neuen Jahrhundert haben Sie aber verpasst.

(Ministerpräsident Beck: Das Galeerenbild
ist kein gutes für unsere Zeit!)

Ich will Ihnen drei Fragen stellen, auf die ich in Ihrer Koalitionsvereinbarung und auch in Ihrer Regierungserklärung keine Antworten gefunden habe. Ich glaube, hier wäre es notwendig gewesen, Antworten zu finden. Das wären visionäre Fragestellungen und Maßnahmen gewesen, wie zum Beispiel: Wie werden Sie in Rheinland-Pfalz mit der zunehmenden Alterung in der Gesellschaft umgehen? – Diese Entwicklung ist abzusehen. Wir wissen es. Wir dürfen nicht im Nachhinein darauf reagieren, sondern müssen dies quasi vorwegnehmen und vorbereitend darauf hinarbeiten. Hierbei geht es um alle Lebensbereiche, wie zum Beispiel das Wohnen, die Mobilität, die Arbeit und die Frage, wie und wie lange wir zukünftig in der Gesellschaft lernen. Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Sie machen Seniorenpolitik, stellen sich aber nicht dieser zentralen Frage.

Ich habe in Ihrer Regierungserklärung und in der Koalitionsvereinbarung auch keine Antworten auf die Frage gehört, wie wir in Rheinland-Pfalz mit der Aufgabe umgehen, Menschen, die seit vielen Jahren hier leben, aber nicht deutscher Abstammung sind, zu integrieren. Wie gehen wir mit der Frage der Zuwanderung um? Das ist ein Thema, das aktuell überall engagiert diskutiert wird. In Ihrer Regierungserklärung haben Sie dazu kein Wort gesagt.

(Ministerpräsident Beck: Ausführlich
behandelt! –
Staatsminister Bauckhage: Da hat sie
nicht zugehört!)

– Ich finde es nicht. Ich sage Ihnen gleich etwas dazu.

Welche Entwicklungsperspektiven haben Sie in Ihrer Koalitionsvereinbarung und in Ihrer Perspektive für die nächsten fünf Jahre für ländliche Regionen aufgezeigt,

außer den Autobahnanschlüssen oder dem einen oder anderen Flughafen? Das reicht nicht aus, um ein ländlich strukturiertes Rheinland-Pfalz weiterzuentwickeln und von dem wegzukommen, was wir an Stadt-Land-Gefälle haben und Perspektiven für die Menschen schaffen wollen, die gern auf dem und im Land leben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Beck, ich komme zu Ihrer Nachfrage. In Ihrer Koalitionsvereinbarung steht zum Thema „Migration und Einwanderungspolitik“: „Die Ausländerbeauftragte leistet einen wesentlichen Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten. Diese verantwortungsvolle Arbeit soll fortgesetzt und im Lichte der Entwicklung der integrationspolitischen Weichenstellungen aktualisiert werden.“ Das sind die dürren Ausführungen, die diese Regierung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe „Migrationspolitik“ widmet.

Herr Kuhn, mehr steht dort nicht drin.

(Beifall der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Beck, unter diesem Thema haben Sie auf Ihr Engagement gegen den Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz zurückgeblickt. Es ist Ihnen zuzugestehen, dass Sie diesen Mainzer Appell gestartet haben. Es gibt aber keine Spur davon, was Sie an Integrationsangeboten bieten werden, an Integrationsleistungen erbringen und wie Sie in Rheinland-Pfalz eine Integrationsbereitschaft fördern wollen.

Wir brauchen auch in Rheinland-Pfalz einen Perspektivenwechsel hin zu einem Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kuhn, dazu braucht man einen ausdrücklichen Reformwillen. Davon ist aber bei Ihnen auch bei höchster Sensibilität keine Spur zu finden.

Rheinland-Pfalz ist durch die seit 40 Jahren stattfindende Einwanderung geprägt worden. Wir haben eine kulturelle Vielfalt.

Darin liegt der politische Auftrag an uns alle, dies zu erkennen und in der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass in der Zuwanderung Chancen liegen, aber auch Herausforderungen und Probleme für die Zugewanderten und auch für die aufnehmende Gesellschaft.

Herr Beck, ich finde – deswegen habe ich diesen Punkt auch an den Anfang meiner Kritik gestellt –, eine Regierungserklärung zu Beginn dieses Jahrhunderts – das haben Sie hervorgehoben – wäre eine hervorragende Stelle gewesen, diese Aufgabe und die Lösungsvorschläge und ihre Bewältigungsansätze diesem Parlament und der Öffentlichkeit vorzustellen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe eher das Gefühl, dass Sie zu denen gehören, von denen Ulrich Beck in einem Beitrag in der „Süddeut-

schen Zeitung“ gesagt hat, dass sie sich einer Lebenslüge hingeben. Herr Ulrich Beck nannte es die Lebenslüge des „jodelnden Hightech“. Was heißt das? Das heißt, dass es immer noch gesellschaftliche Kräfte, politische Parteien und politisch Handelnde gibt, die glauben, dass man in Zeiten der Globalisierung von der technisch-ökonomischen Globalisierung profitieren kann, ohne sich den Herausforderungen zu stellen, die ein multi-ethnisches Land zu bewältigen hat.

Ich glaube, in diesem Land gibt es eine Stimmung, davon profitieren zu wollen – davon zeugen nämlich auch Äußerungen, die Sie in diesem Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik und in Passagen Ihres Koalitionsvertrags in diesem Bereich gemacht haben –, dass Sie durchaus befürworten, die Grenzen für das Kapital durchlässig zu machen und die Grenzen für Arbeit, das heißt, für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nur in Mini-Dosen zu öffnen und ansonsten zu verbarrikadieren. Das kann keine Lösung für unsere Gesellschaft in Rheinland-Pfalz und in der ganzen Bundesrepublik sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kuhn, als Vertreter einer ehemaligen Bürgerrechtspartei sind Sie zu einer reinen Vertreterpartei des Turbo-Kapitalismus geworden. Noch nicht einmal von Ihnen ist dieses Thema besetzt worden. Wenn Sie sich vor fünf Jahren noch darauf geeinigt haben, die Stelle der Ausländerbeauftragten auszubauen und zu einer Leitstelle für Integration zu erweitern, finden Sie nach fünf Jahren noch nicht einmal mehr dieses Ziel in Ihrer Koalitionsvereinbarung. Sie haben es aufgegeben, in diesem Bereich zu arbeiten oder wollen sich diesem wichtigen Thema nicht stellen, dass sich nämlich Rheinland-Pfalz zu einer aufnehmenden Gesellschaft entwickeln und zu einem Verhältnis kommen muss, das nicht von Fürsorge, sondern von Partnerschaft geprägt ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der FDP sehe ich diese Verluste an Werten schon seit langem. Ich glaube, die SPD schweigt, um ihrer Klientel nicht auf die Füße zu treten.

Meine Damen und Herren, das ist die falsche Botschaft mit einem Neubeginn einer Landesregierung. Das ist auch die falsche Botschaft einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung.

Sie reden von internationaler Schule. Damit hat Herr Kuhn sein Anliegen, die Eliteschulen im Land zu installieren, auch umgeben. Sie reden zum Beispiel nicht von interkultureller Schule. Sie reden von Bilingualität, aber nicht davon, dass zum Beispiel Mehrsprachigkeit und Pflege der nicht-deutschen Muttersprache eine Chance für diese Menschen und diese Jugendlichen ist, die man in der Schule pflegen und aufbauen muss.

Sie reden von internationaler Schule. Sie sprechen nicht von der Förderung von Migrantenkindern. Sie reden auch nicht davon, dass Flüchtlingskinder, die in Rheinland-Pfalz leben, endlich eine Schulpflicht haben müs-

sen, um auch hier entsprechende Bildungszugänge und Bildungsangebote zu erhalten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Ausländerbeiräte mit zu geringer Wahlbeteiligung gewählt werden, stellen Sie fest, dass sie nicht gebraucht werden. Dann ist Schluss mit lustig. Wenn nicht genug wählen gehen, löst man diese Beiräte einfach auf. Ich unterstütze das Anliegen, endlich das kommunale Wahlrecht für hier lebende Ausländer einzuführen. Damit bin ich d'accord.

Aber damit verbinde ich nicht, dass ich sage, Ausländerbeiräte bräuchten wir in Zukunft nicht mehr in diesem Land.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Herr Pörksen, ich glaube, dass diese Gremien eine Stärkung benötigen und auch das Interesse an der Wahl und an der Entscheidung über solche Gremien wieder eine Rolle spielt, wenn man ihnen die entsprechenden Kompetenzen einräumt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, **heute Morgen** stand in einem Kommentar zur Regierungserklärung in der Überschrift: „Allen wohl, keinem weh.“

(Lelle, CDU: So ist es!)

– Herr Lelle, ich kann das so nicht vertreten. Ich sage Ihnen dies in Verbindung mit dem Stichwort „Flüchtlingspolitik“. Die Flüchtlingspolitik ist ein weißer Fleck auf der Landkarte in der Koalitionsvereinbarung. Ich finde nichts über eine humane Flüchtlingspolitik.

(Pörksen, SPD: Das bestimmen Sie, was das ist, nicht wahr?)

– Herr Pörksen, ich weiss nicht, ob Sie die Abschiebeeinrichtung und die umgebende Landesaufnahmeeinrichtung in Ingelheim

(Pörksen, SPD: Die kenne ich besser als Sie!)

als ein Zeichen humaner Flüchtlingspolitik sehen. Ich sehe diese Einrichtungen nicht als ein solches Zeichen. Für mich ist das eine Pervertierung einer Flüchtlingspolitik, die eingefordert wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Man kann doch nicht diese Menschen in einem Abschiebekomplex bis zur Abschiebung einsperren,

(Pörksen, SPD: Sie kennen doch die Hintergründe!)

Menschen, die nicht kriminell geworden sind, Menschen, die keine Tat begangen haben, um eine solche Inhaftierung zu rechtfertigen.

Herr Pörksen, damit stehen wir nicht allein.

(Pörksen, SPD: Ich weiss das! Ich respektiere Ihre Auffassung auch!)

Sie wissen, die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände, die NGOs des Arbeitskreises „Asyl“, alle sie vertreten mit uns die Position, dass diese Einrichtung und der Betrieb dieser Einrichtung unterbunden und beendet werden muss.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will zu einem **zweiten** wichtigen Kapitel kommen, bei dem wir sicherlich in vielem übereinstimmen, was die Analyse anbelangt. Herr Beck, ich teile **Ihr** Bekenntnis zur Bedeutung von Bildung und Lernbereitschaft für unsere Gesellschaft. Ich glaube, dass dies durchaus auch ein ernsthaftes und ganz zentrales Ziel der Politik in Rheinland-Pfalz sein muss. Aber ich frage mich, wo die ernsthafte Umsetzung ist.

Sie können nicht alles, was in der Bildungspolitik in diesem Land nicht korrekt läuft, hinter dem Plakat der Ganztagschule verstecken. Das geht nicht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, Bereitschaft zur Mobilität und zum Lernen – so haben Sie gestern gesprochen – heißt für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor allen Dingen geistige und soziale Mobilität gerade bei jungen Menschen. Es heißt nicht Autobahnen, sondern es bedeutet, einen klaren Schwerpunkt der Investition in den Bildungsbereich dieses Landes zu setzen. In diesem Punkt sehe ich bei Ihnen schon **Missverhältnisse**. Ich sehe bei Ihnen diesbezüglich auch andere Schwerpunktsetzungen.

Ich kann nur sagen, wer Mobilität will, und zwar diese Mobilität, die ich soeben beschrieben habe, der muss die Hauptinvestition in die Wissensgesellschaft stecken. Das heißt, in Schulen, in die Hochschulen, und in die Weiterbildungslandschaft.

Herr Beck und Herr Bauckhage, Sie haben in Ihren Festlegungen **zulasten** der Zukunftschancen des Landes Rheinland-Pfalz vor, wieder einmal mehr in Straßen und Beton zu investieren – ich sage nur Mobilitätsmilliarde –, während wir in die Köpfe und Herzen investieren wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass wir diese Auseinandersetzung in der Vergangenheit geführt haben, und sie wird Ihnen auch in Zukunft nicht erspart bleiben.

Ich will Ihnen einmal von ganz berufenem Munde eine Prognose darstellen. Herr Professor Klaus Klemm - - -

(Pörksen, SPD: Wer ist das?)

– Herr Pörksen, sagt Ihnen das etwas? Die Landesregierung kennt diesen Professor sehr gut. Professor Klemm hat bei dem letzten Gewerkschaftstag der GEW eine Studie vorgelegt mit dem Ergebnis, dass bei **gleich bleibenden** Abiturientenquoten und bei einer unveränderten Studierneigung Deutschland ein drastischer Mangel an Akademikern und Akademikerinnen droht. Er prognostiziert, dass bis zum Jahr 2010 Deutschland eine Viertelmillion Hochschulabsolventen fehlen wird.

Klemm sagt – ich teile seine Auffassung –, wenn wir von Modernisierung reden, muss es eine zentrale Aufgabe des Bildungssystems sein, vom Kindergarten bis zur Weiterbildung Ungleichheiten, die sich aus ethnischer Herkunft, aus sozialen oder aus geschlechtsspezifischen Gründen ergeben, abzubauen und Voraussetzungen dafür zu schaffen, um Bildungsmöglichkeiten und -chancen besser wahrnehmen zu können.

Diese Prognosen finden Sie nicht nur bei Herrn Klemm, sondern Sie finden sie auch bei der OECD, und Sie finden Sie in der TIMS-Studie, die sehr deutlich gesagt hat – in der „ZEIT“ war es zitiert –, Elite braucht Masse. Das heißt, die Leistungsspitze – so hieß es in der „ZEIT“ – eines Altersjahrgangs ist in denjenigen Ländern besser, die vielen Schülern den Weg zum Abitur öffnen.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hört, hört!)

Offenbar führt eine zu starke Vorauswahl dazu, dass Talente übersehen werden und keine Chance haben, die Leistungselite zu verstärken. Dies war in der „ZEIT“ im letzten Jahr zu lesen.

Aber ich bin der Meinung, diesen Entwicklungen wird die Landesregierung in ihrer Bildungspolitik nicht gerecht. Ich bin mir auch gar nicht sicher, ob Sie die Problemlage überhaupt kennen. Ich finde jedenfalls keine Maßnahmen, die Sie ergreifen, um die Quote von Abiturientinnen und Abiturienten zu steigern, oder eine Aufforderung an Abiturientinnen und Abiturienten, wieder vermehrt ein Studium zu beginnen. Ich suche dies vergeblich in Ihrem Koalitionsvertrag. Das ist aber eine zentrale Aufgabe von uns in diesem Land, wenn wir nach vorn schauen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie tun jedoch das Gegenteil. Was tut die SPD? – Der kleine Koalitionspartner setzt sich offensichtlich durch, und dabei schaffen Sie mehr Durchgangsbarrrieren im Bildungssystem als dass Sie es durchlässiger machen. Sie sorgen dafür, eine frühzeitige Auswahl zu treffen, anstatt tatsächlich eine breite Talentförderung zu betreiben.

Meine Damen und Herren, nicht nur mit diesem Ansatz, sondern auch mit Ihren Finanzmitteln, die Sie für das Bildungssystem zur Verfügung stellen, gehen Sie meiner Meinung nach den falschen Weg. Zwar haben Sie Millionen für die Ganztagschule angekündigt, aber wo bleiben eigentlich die Millionen, die notwendig wären,

um die Unterrichtsversorgung zu verbessern? Wo bleiben die Millionen, die erforderlich wären, um die Bedingungen an den Hochschulen zu verbessern?

Ich finde kein Wort von Ihnen zu der Frage der Qualität der Lehrer an rheinland-pfälzischen Hochschulen.

(Zuruf von der SPD)

– Aber das können Sie doch nicht sagen, weil die Qualität der Lehre so hervorragend ist. Unterhalten Sie sich doch einmal mit Studierenden an den Hochschulen. Unterhalten Sie sich doch einmal mit ihnen darüber, weshalb sie im Durchschnitt 14 Semester für bestimmte Studiengänge brauchen. Es gibt eben nicht die erforderliche Qualität der Lehre und die Breite des Angebotes, weil Sie in den vergangenen Jahren, Herr Kuhn, – –

(Kuhn, FDP: Ich?)

– Ja, Sie haben das mitverantwortet.

– – Ihre Investitionen im schulischen Bereich zum Teil **zulasten** der Hochschulen finanziert haben. Das kann so nicht sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Pörksen, SPD: Sagen Sie einmal, was wir besser machen sollen! –
Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Ich will jedenfalls nicht, dass diejenigen Schülerinnen und Schüler, die in den vergangenen Jahren schon zu der Verlierergeneration gehörten, weil sie in der Schule einen entsprechenden Unterrichtsausfall ertragen **mussten**, das gleiche Schicksal erleben, wenn sie an die Hochschule kommen; denn genau diese Anzahl von Studierenden wird doch demnächst vor den Hochschulen stehen. Genau dort wird eine Zunahme stattfinden, und darauf sind die Hochschulen dieses Landes nicht vorbereitet.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Daher sage ich, es müssen mehr finanzielle Mittel in den Hochschulbereich mit einem Schwerpunkt auf die Ausstattung und die Qualität der Lehre investiert werden. Sie wollten wissen, was Sie verbessern können. Das können Sie verbessern, Herr Pörksen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen vermehrt an den Hochschulen Frauenförderung betreiben. Dies müssen wir mit neuen Instrumenten sowie mit einem entsprechenden Nachdruck tun. Solange noch gilt, dass 50 % derjenigen, die das Abitur schaffen, Frauen sind, dass 40 % derjenigen, die studieren, Frauen sind, 20 % der Promovierenden Frauen sind und 10 % in der Professorenschaft Frauen sind, gibt es nur eins: Wir müssen in die Puschen kommen mit der Frauenförderung, und sei es durch verbesserte Rahmenbedingungen und konkrete Maßnahmen an den Universitäten. Dazu haben Sie aber in den **letzten** zehn Jahren nichts Wesentliches geleistet.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Schiffmann, SPD: Was heißt das?)

– Herr Dr. Schiffmann, ich will Ihnen sagen, was das heißt. Es bedeutet zum Beispiel, bei dem Personalbemessungskonzept Frauenförderung tatsächlich mit einem finanziellen Anreiz zu versehen. Bei der Qualität der Lehre könnte man auch einen anderen Zusatz innerhalb dieser Personalbemessungskonzepte vorsehen. Nur so bekommen wir zum einen Entscheidungsfreiheit für die Hochschulen, zum anderen aber auch eine finanzielle Grundlage dafür, dass sie überhaupt das erbringen können, wofür sie eigentlich da sind, nämlich nicht nur Wissenschaft und Forschung zu betreiben, sondern tatsächlich auch Wissenschaftler und Forscherinnen auszubilden, also ein richtiges Lehrangebot zu machen.

Meine Damen und Herren, Herr Mertes hat vorhin über das Ganztagschulangebot gesprochen und die Freiheiten genannt, die Sie den Schulen geben wollen. Da ist jetzt von den 30 Millionen DM die Rede, die jetzt für die Feuerwehrlehrerinnen und -lehrer freier von den Schulen eingesetzt werden können. Aber das kann doch nicht sein. Der Lehrerinnen- und Lehrerberuf wird auch nicht allein dadurch attraktiver, dass man die Vergütung für die Lehramtsanwärter erhöht. Vielmehr müssen Sie tatsächlich Bedingungen dafür schaffen, dass die selbstständigere Schule in Rheinland-Pfalz auch Realität wird. Frau Brede-Hoffmann, Sie müssen nicht einmal hier und da an einem Knöpfchen drehen, sondern Sie sollten sich einmal anschauen, was Ihre Kollegen in Nordrhein-Westfalen machen. Dort gibt es jetzt an 300 Schulen ein Modellprojekt. Frau Brede-Hoffmann, diese Schulen haben tatsächlich breite Spielräume. Sie haben eine Jahresstundentafel. Sie haben den 45-Minuten-Takt aufgehoben. Sie haben Epochalunterricht. Sie haben variable Klassengrößen. Sie haben ein eigenes Personal- und ein eigenes Sachmittelbudget. Sie haben außerdem Möglichkeiten, das zu schaffen.

Sie hatten in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, dies alles schon einmal umzusetzen. Genau das haben wir Ihnen mit unserem Schulgesetzentwurf vorgelegt.

(Schweitzer, SPD: Ja, ja! Mit tausend **Paragraphen!**)

Dazu gab es von Ihnen nur eine Linie: Das ist uns zu weitgehend, das ist uns zu detailliert, wir wollen nicht herangehen. Ich kann Ihnen nur sagen, damit haben Sie Chancen vertan.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das war ein ziemliches Durcheinander!)

Sie hätten sich damit vorneweg stellen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Schweitzer, SPD: Tausend **Paragraphen!**)

Diese Diskussion um eine selbstständigere Schule, die eine Voraussetzung für ernsthafte Qualitätsentwicklung an der Schule ist, werden wir wahrscheinlich hier noch öfter führen, Frau Brede-Hoffmann.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das denke ich auch!)

Da werden wir auch nicht locker lassen. Wir werden unseren Finger darauf legen und Sie in diesem Punkt treiben.

(Schweitzer, SPD: Da werden Sie sich ganz schön verbrennen!)

Sie haben von der Ganztagschulbetreuung gesprochen. Herr Mertes hat vorhin seine Vorstellungen dazu entwickelt. Sie wissen, im Prinzip unterstützen wir dieses Projekt. Nur, ich wäre etwas vorsichtig mit den Worten „wohnortnah“ und „elternnah“ und „flächendeckend“ bei 300 Schulen in Rheinland-Pfalz. Rechnen Sie das einmal für die Grundschulen und die weiterführenden Schulen auf die einzelnen Kreise um, und dann schauen Sie sich einmal den Zuschnitt von Kreisen an, dann sehen Sie einmal, wie wohnortnah tatsächlich diese Angebote sind. Aber das ist eine Detailkritik.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie würden erst gar nicht anfangen! Das ist viel schlimmer!)

Das kann man ausbauen, das kann man weitermachen. Wir haben Ihnen doch Vorschläge gemacht, wie man anfangen kann.

(Schweitzer, SPD: Gar nichts haben Sie!)

Wir haben auch aufgezeigt, wo man Schwerpunkte setzen kann. Wenn es um die Ganztagschule geht, möchte ich auch hier von Qualität sprechen. Eine Unterbringung bis 16:00 Uhr am Nachmittag bedeutet nicht, dass das der richtige Ort für Schülerinnen und Schüler und für Jugendliche ist. Wir müssen tatsächlich auch Qualität bekommen. Ich stelle Ihnen in diesem Zusammenhang eine Frage, auf die Sie Antworten finden müssen, wir auch. Enja Riegel, die Schulleiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, hat gefragt: Wie kann verhindert werden, dass das graue Einerlei der Vormittage sich nun auch am Nachmittag fortsetzt, ein wenig garniert mit Hausaufgabenüberwachung, mit Rechtsschreibförderkursen oder von Vereinstrainern erteiltem Sportunterricht.

(Frau Spurzem, SPD: Mein Gott, wie kann man nur so negativ sein!)

Ich muss Ihnen sagen, das, was Herr Mertes vorhin beschrieben hat, hat mich ziemlich an diese Frage von Enja Riegel erinnert. Deshalb stelle ich sie hier auch.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Antwort kann ich Ihnen schon im Interesse der Schülerinnen und Schüler und der Eltern, die auf diese Ganztagsbetreuung angewiesen sind, geben. Qualität in der Ganztagschule werden sie im Ehrenamtsformat so, wie sich die FDP das immer vorstellt, nicht hinkommen. Das kann diesen Ansprüchen nicht genügen. Da

muss Qualität durch professionelle Angebote und Ausstattung mit Fachkräften, mit Lehrern und Lehrerinnen gesichert werden.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Haben Sie unsere Presseerkklärungen der letzten Monate irgendwann einmal zur Kenntnis genommen?)

Nur dann werden sie auch Qualität erbringen und Talentförderung im breitesten Sinn des Wortes machen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider ist jetzt Herr Kuhn nicht anwesend. Ich hätte ihn gern persönlich angesprochen. Es gibt nun wirklich Versäumnisse in der Politik, die nicht mehr aufholbar und nicht mehr korrigierbar sind. Eines davon haben Sie in den **letzten** fünf Jahren vollbracht. Sie haben es in der vergangenen Legislaturperiode nicht hinbekommen, die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu reformieren. Ich wage einmal zu bezweifeln, dass das **Ihr** erstes Projekt ist, wenn Sie jetzt darangehen, Herr Dr. Schiffmann. Ich wage es zu bezweifeln. Auch diese Koalitionsvereinbarung zeigt wieder, wo Sie sich eigentlich in Ihren Vorstellungen und Zielsetzungen gegenseitig blockieren. Das hat fünf Jahre lang funktioniert.

Ich möchte Ihnen sagen, wo das Dilemma liegen wird. In den **nächsten** zehn Jahren wird in der Mehrzahl der Schulen die Mehrzahl der unterrichtenden Lehrkräfte in Pension gehen. Das heißt umgekehrt, dass ihnen neu ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer folgen werden. Diese haben alle nicht die modernisierte oder reformierte Lehrerinnen- und Lehrerausbildung genossen, die eigentlich bei den Anforderungen, die heute in den Schulen gestellt werden, notwendig wäre.

Deswegen ist diese gegenseitige Blockade, die Sie seit zehn Jahren praktiziert haben, so dramatisch in ihren Auswirkungen. Sie sorgen dafür, dass in den **nächsten** fünf oder sechs Jahren wieder niemand mit diesen neuen Ausbildungen an die Schule kommen kann. Damit verschaffen Sie rheinland-pfälzischen Schulen keinen Schub nach vorn, sondern Sie schaffen auf lange Zeit einen hohen zusätzlichen Qualifizierungsbedarf auch für junge Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen. Das ist das Debakel Ihrer gegenseitig sich blockierenden Bildungspolitik, die Sie seit zehn Jahren praktizieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Schweitzer, SPD: Das hat außer Ihnen selbst noch keiner gemerkt!)

- Auch das stimmt nicht, Herr Schweitzer. Vielleicht gehen Sie einmal an die Schulen und reden einmal mit den Schulleitern darüber, was sie von den Qualifikationen der jungen Kolleginnen und Kollegen erwarten und wie sie es bewerten. Dann werden Sie sehen, dass das nicht nur uns aufgefallen ist, sondern anderen auch.

(Schweitzer, SPD: Das, was Sie wollen, ist etwas völlig anderes!)

Ich möchte Ihnen noch einmal abschließend zu diesem Bildungsbereich sagen: Wer Mobilität will, der muss die Hauptinvestition dieses Landes in die Wissensgesellschaft, in die Schule, in die Hochschule und in die Weiterbildungslandschaft stecken. Ginge es nicht **um so** viel wie um die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen und damit auch unserer Generation sowie der nächsten Generationen, dann würde ich sagen, bleiben Sie weiter die Autoparteien. Wir bleiben dann die Bildungspartei.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Schwarz, SPD: Das ist doch verrückt so etwas!)

- Herr Schwarz, es geht aber tatsächlich um viel. Deshalb werden wir um jeden zusätzlichen Euro und um jede kreative Idee für mehr Qualität in der Bildung kämpfen.

(Schwarz, SPD: Ohne Hintergrund!)

- Nein, das ist nicht ohne Hintergrund. Ich komme jetzt zu dem Hintergrund. Ich komme jetzt zu dem, was Sie zum Beispiel im Verkehrsbereich machen wollen. Sie haben einen sehr begrenzten Begriff von Mobilität. Sie haben eine noch viel begrenztere Sicht von zukunftsfähiger Verkehrspolitik. Wo sehe ich das? Das, was Sie einmal in Ihrer Koalitionsvereinbarung, in Ihren Verlautbarungen festgestellt haben, was bei einer verkehrspolitischen Perspektive für dieses Land notwendig wäre, nämlich Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsmittel, Verkehrslenkung, alles Begriffe aus Ihrem letzten Koalitionsvertrag, ist alles ersatzlos entfallen.

(Schwarz, SPD: Ach je!)

- Herr Schwarz, das wird von Ihrem Projekt der Mobilitätsmilliarde oder der Straßenbau- und Straßenerhaltungsmilliarde überdeckt. Wenn aber in den **letzten** fünf Jahren diese Zielsetzungen, die ich eben zitiert habe, aus der Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Rolle gespielt haben, so sehen wir aber, dass selbst das entfällt. Es entfällt als übergeordnete Leitlinie. Sie scheinen mit der Verteilung der Verkehrsteilnehmer auf den ÖPNV und auf den individuellen Automobilverkehr zufrieden zu sein.

Herr Bauckhage, in der Auseinandersetzung um die Mobilitätsoffensive ist Ihnen völlig entfallen, dass eine Verknüpfung von Verkehrs- und Umweltpolitik sowie Klimapolitik in diesem Land notwendig ist. Das wäre praktizierter Klimaschutz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie füllen mitnichten, nicht mit einem Wort, wie Sie Ihre Versprechungen zum Klimaschutz im Kyoto-Protokoll, an denen Sie sich orientieren wollen, erfüllen wollen.

(Kuhn, FDP: Weniger Staus, weniger Abgase!)

Es bleibt eine leere Hülse.

(Kuhn, FDP: Weniger Staus!)

– Herr Kuhn, vielleicht sagen Sie das nachher laut. Es ist mir wirklich zu simpel, das zu wiederholen. Ihre Maßnahmen für schienenengebundenen und für straßengebundenen öffentlichen Straßennahverkehr reichen nämlich wahrhaftig nicht aus, Herr Schwarz.

(Schwarz, SPD: Wir haben unser Landesverkehrsprogramm nicht außer Kraft gesetzt! Das gilt weiterhin!)

– Sie müssen es wissen. Aber Sie setzen Schwerpunkte und sagen, wir machen eine Mobilitätsmilliarde für den Straßenbau und für den Straßenerhalt.

(Schwarz, SPD: Ja!)

Nichts weiter haben Sie an dieser Stelle so pointiert. Dagegen nehmen sich alle Maßnahmen im Schienenbereich und im öffentlichen Personennahverkehr bescheiden aus. In Rheinland-Pfalz müsste eine Offensive gestartet werden für alle, die Alternativen zum motorisierten Individualverkehr suchen, für alle, die eine Alternative zum Auto brauchen, weil sie es gar nicht nutzen können.

(Schwarz, SPD: Das schließt sich doch nicht aus!)

– Doch, das schließt sich aus, weil es um Investitionen geht. Wenn Sie sich festlegen, auf der einen Seite zu investieren, auf der anderen Seite zu sparen, dann sagen Sie mir einmal, was für den öffentlichen Personennahverkehr übrig bleibt, Herr Schwarz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommen wir einmal zu dieser Milliarde, die angekündigt ist. Herr Bauckhage, ich glaube nach wie vor, dass das eine Luftnummer ist. So, wie es im Wahlkampf war, so ist es auch im Folgenden, eine Luftnummer: einmal politisch, weil Sie einseitig auf Investitionen ins Straßennetz setzen, aber auch haushalts- und finanzpolitisch ist es für mich immer noch eine Luftnummer. Vielleicht können Sie nachher einmal höchstpersönlich erklären, wo diese eine Milliarde in den fünf Jahren herkommen soll. Ich bin der Überzeugung, diese Mobilitätsmilliarde ist so mobil, dass wir sie gar nicht finden können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht finden Sie sie. Vielleicht erfinden Sie aber auch neue Haushalts- und Buchungstricks aus dem Finanzministerium – da ist man stark dabei –, oder vielleicht planen Sie auch, sich neben dem Landeshaushalt weiter zu verschulden. Ich finde aber, das müssten Sie dazu sagen, wo Sie das Geld her nehmen und wo Sie es her nehmen wollen, wenn Sie gleichzeitig 2006 schuldenfrei sein wollen. Stellen Sie es doch dar. Ich würde heute gern ein bisschen klüger nach Hause gehen, als ich hierher gekommen bin. Dazu könnten Sie Ihren Beitrag leisten.

(Schweitzer, SPD: Wenn es Ihnen denn hilft!)

Herr Bauckhage, ich glaube, wenn Sie das heute nicht können, dann ist es meines Erachtens nach wie vor eine Luftnummer und nur eine Möglichkeit, das Gesicht der FDP zu wahren, nachdem Sie im Wahlkampf landauf, landab mit dieser Botschaft gezogen sind, dass Sie eine Mobilitätsmilliarde machen.

Dann kommen wir auch noch einmal kurz zu der neuen Kreation des Landesbetriebs „Straßen und Verkehr“. Herr Bauckhage, ich bin froh, dass Sie sich mit Ihrer Schnapsidee, für den Straßenbau Immobilien des Landes zu verschern oder darüber Geld zu aktivieren, nicht durchsetzen konnten. Darüber bin ich wirklich froh. Aber bisher habe ich in diesem Landesbetrieb zum einen vielleicht einen positiven Trend, was Verwaltungsmodernisierung angeht, entdecken können, aber zum anderen sehe ich nur, dass es eine Möglichkeit ist, sich potenziell – es sei denn, Herr Bauckhage erzählt nachher etwas anderes – zusätzlich zu verschulden und einen Schattenhaushalt anzulegen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das ist eine Rhetorik der Unterstellungen. –
Mertes, SPD: Außerdem, wenn Sie Werte schaffen, was soll das Wort mit der Verschuldung? Was glauben Sie, wie verschuldet ich am Anfang meines Lebens mit meinem Haus war!)

– Natürlich ist es Verschuldung.

(Mertes, SPD: Aber Werte wurden verschuldet!)

Sie reden doch davon, die Verschuldung zurückzuführen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Wenn das alles ins Konsumtive geht, dann ist es Verschuldung!)

Das ist eins Ihrer Ziele. Wenn Sie weiterhin investieren – Sie werden das nur kreditfinanziert tun können –, dann werden Sie das nicht leisten können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Mertes, SPD: Das bestreiten wir doch gar nicht!)

– Dann sagen Sie mir einmal, was anderes von diesem Landesbetrieb übrig bleibt als voraussichtlich mangelnde Transparenz für das Parlament – das hat so ein Landesbetrieb an sich – und noch mehr Ungleichbehandlung von Straße und Schiene.

(Schwarz, SPD: Nein! Das Landesverkehrsprogramm ist nicht außer Kraft gesetzt!)

Es bleibt noch etwas übrig, worauf diese Koalition immer besonders Wert legt. Sie hätten zwei neue hoch dotierte Positionen, die Sie besetzen könnten. Ich habe mir sagen lassen, Sie haben schon ausgemäntelt, einer hier, einer hier – ja? –, und dann haben Sie zwei neue Ge-

schäftsführerstellen pari pari besetzt, auch ein nettes Nebenprodukt eines solchen Landesbetriebs.

(Mertes, SPD: Das mit dem Ausmänteln finde ich toll!)

– Herr Mertes, ich sage Ihnen, wir werden gegen zurückgehenden Einfluss des Parlaments in der Verkehrspolitik wie im Straßenbau kämpfen. Sie wissen, das können wir. Wir werden auch gegen weitere Schattenhaushalte angehen. Ich glaube, dass das nicht der Inbegriff einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik ist, der mit Mobilitätsoffensive überschrieben ist, sondern ein „Weiter so“ in Ihrer Verkehrspolitik ist, die keine Zukunft haben wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach diesen monatelangen Diskussionen um die Themen „BSE“ und „Maul- und Klauenseuche“, und „Medikamentenmissbrauch bei der Tierzucht“ habe ich allerdings auch erwartet, dass es in dieser Koalitionsvereinbarung Neues im Bereich Verbraucher- und Verbraucherinnenpolitik und auch Neues in der Landwirtschaftspolitik gibt. Aber es gibt nichts Neues. Ich sehe, dass Sie eigentlich – ich weiß gar nicht, wie; ich glaube, wirklich mit Akribie – vermeiden wollen, den Begriff „Neue Landwirtschaft“ oder „Wende in der Agrarpolitik“ überhaupt in den Mund zu nehmen, weil Sie es nicht umsetzen wollen, weil Sie Ihre Blockadepolitik in Richtung neue Agrarpolitik und in Richtung neue Verbraucherinnen- und Verbraucherpolitik, so wie sie von Renate Künast auf Bundesebene eingeleitet wurde, fortsetzen wollen. Aber ich sage Ihnen, es gilt auch heute noch, Herr Kuhn

(Kuhn, FDP: Ja!)

– das sollte man auch noch einmal der rheinland-pfälzischen Umweltministerin sagen –, das Vertrauen von Verbrauchern und Verbraucherinnen in die erzeugten Nahrungsmittel neu aufzubauen und zurückzugewinnen, Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu sichern und ihnen neue Perspektiven zu bieten oder auch das Verhältnis zu den Nutztieren neu zu definieren. Da ist es alles andere als hilfreich, wenn sich dann nach den ersten Ergebnissen und nach der ersten Beobachtung Frau Martini am Wochenende hinstellt und sagt, in Sachen BSE können wir doch Entwarnung geben. Ich sage Ihnen, heute hat sich in der „Süddeutschen Zeitung“ der BSE-Experte Herr Kretschmer von der Universität in München auch schon dagegen gewandt. Er sagt, man kann heute sicherlich besser Rindfleisch essen als im November, aber mit dem Rinderwahnsinn müssen wir vorerst weiterleben. Er warnt auch vor solchen Entwarnungen, wie sie Frau Martini in die Welt hinausposaunt hat, und nicht nur er, sondern das Echo war weit und laut zu hören. Ich glaube, dass Frau Martini auch an dieser Stelle wieder einen falschen Weg beschreitet, der zur weiteren Verunsicherung von Verbrauchern und Verbraucherinnen führt und falsche Sicherheitssignale in die Landwirtschaft setzt. Ich sage Ihnen, pfeifen Sie Ihre Umweltministerin in diesen Punkten zurück. Das ist das Schlechteste, was wir hier brauchen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hören Sie auf, den Kurs der Bundesregierung weiter zu torpedieren. Sie könnten die Vorlagen offensiv unterstützen und verstärken, nicht nur in den bundesweiten Gremien, sondern auch tatsächlich in der konkreten Politik. Sie sollten die Verbraucher und Verbraucherinnen eben nicht mit einem ehrenamtlichen Verbraucheranwalt abspeisen, sondern Sie sollten gemeinsam mit den besten unabhängigen Verbraucheranwälten und -anwältinnen, nämlich den Verbraucherzentralen, eine Offensive starten, was Aufklärungsarbeit angeht, was Ausweitung des Verbraucherschutzes angeht, was Kooperationsmöglichkeiten mit den Landwirten angeht, die sich daran beteiligen wollen, die einen Aufbruch in die neue Landwirtschaftspolitik wollen. Ich habe bisher bis auf eine einmalige Erhöhung der Zuschüsse zu den Verbraucherschutzzentralen keine anderen Initiativen gehört. Ich kenne allerdings ein Gutachten des Wirtschaftsministeriums über die Verbraucherzentralen, wo sie schon einmal festgehalten haben, eigentlich brauchen die, wenn man ihre Arbeit so beobachtet, nicht noch einmal zusätzliche Mittel.

Ich bin der Meinung, wir brauchen eine Stärkung der Verbraucherzentralen, und zwar dauerhaft für das breite Umfeld und das breite Aufgabenfeld. Wir brauchen klare Signale an alle Landwirte, die sich in einen Aufbruch begeben wollen. Wir brauchen eine Überprüfung aller Förderprogramme, ob es sich um die einzelbetrieblichen Förderprogramme oder um andere vom Land oder von der EU aufgelegte Förderprogramme handelt mit Blick auf die Frage, ob diese Förderprogramme eine artgerechte Tierhaltung unterstützen. Wir müssen genau diesen Punkt zu einem Schwerpunkt in der Agrarförderung machen. Wir müssen die Förderprogramme auch vor dem Hintergrund überprüfen, ob sie geeignet sind, die Betriebe zu unterstützen, die jetzt umstellen wollen; denn diese Betriebe brauchen in zwei Jahren eine Nachfrage nach ihren Erzeugnissen.

Herr Bauckhage, auch hierzu ist ein Beitrag dieser Landesregierung notwendig und erforderlich. Da können Sie diese Betriebe nicht allein lassen, weder in der Umbauphase noch in der Anschlussphase.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, es ist in einer Landwirtschaftspolitik und in einem so ländlich geprägten Land wie Rheinland-Pfalz für uns eine Selbstverständlichkeit und auch erforderlich, dass die Art und Weise der Verarbeitung und der Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten Bestandteil jeder lokalen Agenda sein muss. Genau das müssen wir befördern. Die Landesregierung muss initiativ werden. Wir brauchen neue Partnerschaften zwischen Erzeugern und Verbrauchern.

Herr Bauckhage, Sie sagen selbst, im Bereich der Tierhaltung hätte Rheinland-Pfalz Standortvorteile, weil wir nicht diese riesigen Anlagen mit riesigen Rinder- oder Schweinebeständen haben. Gerade vor dem Hintergrund dieser Ausgangssituation sollte sich Rheinland-Pfalz an die Spitze der Bewegung setzen, statt sie zu boykottieren oder zu verschlafen. Wir werden – dies kann ich Ihnen jetzt schon ankündigen – mit dem glei-

chen Eifer, den der Herr Ministerpräsident gestern für seine Politik angekündigt hat, die Landesregierung auf diesem Weg in die Agrarwende und zu mehr Verbrauchersicherheit treiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bauckhage, das werden wir völlig artgerecht, aber nachhaltig machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will zur Wirtschaftspolitik, so, wie Sie sie als Perspektive für das Land entwickelt haben, nur wenig sagen. Hier erschöpft sich nämlich die Schaffenskraft der Landesregierung darin, bei der Mittelstandspolitik die bisherige eigene Politik zu loben, und Konkretes, nach vorne Weisendes sucht man vergeblich.

Ich habe den Eindruck, in diesem Bereich fällt der FDP die Modernisierung schwerer, als sie vielleicht selbst denkt. Impulse für Mittelstand und Handwerk und neue Dienstleistungen sucht man in diesem Bereich vergeblich. Oder wo sind die Impulse oder die Instrumente für eine Technologiepolitik im Land, die vor allen Dingen eines braucht, nämlich den Technologietransfer zu optimieren? – Darüber haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel diskutiert. Ich finde keinen Niederschlag in dem, was Sie angekündigt haben. Ich finde keinen Niederschlag darin, dass Sie Vorschläge machen, wie Sie versuchen wollen, Akteure der Wirtschaft – Unternehmer, Unternehmensgründer, Betriebsnachfolger, Unternehmen, Kooperationspartner – besser zu vernetzen, oder wie Sie Ihre Vielfalt an Förderprogrammen vereinfachen, beschränken oder auch besser koordinieren wollen. Für all das finde ich keine Zielvorgaben, keine Perspektive. Sie haben sich in diesem Bereich aus dem Gestalten abgemeldet. Sie wollen verwalten. Ich finde, das haben Mittelstand und Handwerk in diesem Bereich nicht verdient.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

– Soll ich Ihnen sagen, wie wir gehandelt haben? – Wir haben an Ihrer statt ein Mittelstandsförderungsgesetz vorgelegt, das diesen Maßstäben entspricht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Ich habe es an keiner Stelle wie in dem wirtschaftspolitischen Teil Ihrer Koalitionsvereinbarung, aber auch der Regierungserklärung, so deutlich gemerkt, wie Sie peinlich genau versuchen, jeden Hinweis auf gelungene Reformprojekte der rotgrünen Bundesregierung zu vermeiden.

Herr Kuhn, ich finde, das zeugt schon von einer Krämerseele der FDP.

Herr Mertes, es zeugt auch von einer Selbstverleugnung der SPD, wenn Sie es noch nicht einmal schaffen, bun-

despolitische Erfolge offensiv aufzugreifen oder zu verstärken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Mertes hat noch den Eindruck erweckt, er hätte die Steuerreform in Kooperation mit Herrn Kuhn gemacht. Ich vergaß es.

(Mertes, SPD: Ich allein!)

Es war kein Wort davon, dass im ersten Jahr, als das Jump-Programm von der Bundesregierung aufgelegt wurde, im Land 1.200 Jugendliche in Ausbildungsplätze oder Qualifizierungsmaßnahmen kamen. Nein, das sind alles Verdienste dieser Landesregierung.

(Mertes, SPD: Berlin lebt, weil wir es stützen!)

Herr Kuhn, Sie wissen, dass es lang anstehende Reformprojekte gab, die unter anderem unter Ihrer Verantwortung im Bund überhaupt nicht in Angriff genommen wurden, die in den letzten drei Jahren angepackt wurden, auch zugunsten dieses Landes.

(Beifall des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, im Bereich der Wirtschaftspolitik sehe ich mutige Impulse aus Berlin, aber ich sehe Stagnation in Ihrem eigenen Haus. Genauso ist es im Bereich der Energiepolitik. Was haben Sie in den vergangenen zwei Jahren Fördermittel an diesem Land vorbeifließen lassen, weil Sie sich nicht auf den Zug einer neuen Energiepolitik in Rheinland-Pfalz setzen wollen, und zwar einer neuen Energiepolitik, die von den GRÜNEN initiiert auf Bundesebene eingeläutet wurde. Sie haben diese Fördermittel nach Bayern und Baden-Württemberg vorbeifließen lassen. Heute wollen Sie sich damit profilieren, dass Sie sagen, wir wollen auf jeder Schule und auf jedem Kindergarten eine Photovoltaikanlage.

Ich sage Ihnen, dass das nachgeklappert und nicht vorne ist. Sie haben Chancen in diesem Bereich vertan und verpasst.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kuhn, vielleicht erklären Sie einmal, wie Sie einen Aufbruch in Richtung erneuerbare Energien wagen wollen, wenn die FDP auf Bundesebene im gleichen Atemzug versucht, genau dieses Gesetz, das weltweit anerkannt und weltweit das **beste Gesetz über** erneuerbare Energien ist, wieder aufheben will. Erklären Sie doch einmal, wie Sie solche Impulse im Land umsetzen wollen! Sie lassen nicht nur Fördermittel, sondern auch Chancen an diesem Land vorbeigehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezogen auf das Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich, das Herr Mertes stillgelegt hat – – – Darüber hinaus hat er dem RWE eine Schadenersatzforderung abgetrotzt. All das ist aus diesem Land gekommen.

Sie schaffen es, in einer Koalitionsvereinbarung noch einmal nachträglich festzuhalten, dass Sie bezüglich der Frage der Nutzung der Atomenergie unterschiedlicher Auffassung sind. Das RWE wird sich über solche festgeschriebenen Konflikte innerhalb der Landesregierung freuen. Die letzte Schlacht mit dem RWE ist noch nicht geschlagen. Es geht darum, dieses Atomkraftwerk schnellstmöglich zurückzubauen, und zwar ohne eine weitere Belastung der öffentlichen Kassen, sondern durch eine Belastung der Kasse des RWE.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann möchte ich einmal sehen, wie Sie geeint an einer solchen Stelle in Verhandlungen treten wollen und wie Sie dazu beitragen wollen, dass wir diesen Schrottreaktor endlich entsorgen können.

Meine Damen und Herren, die nachhaltige Finanzpolitik ist für mich immer noch ein Buch mit sieben Siegeln, jedenfalls bezüglich dessen, welche Perspektiven für die Landesregierung entwickelt werden: Zurückführung der Neuverschuldung bis zum Jahr 2006, Offensive im Bildungsbereich und im Straßenbaubereich.

Ich kenne mittlerweile die Methoden des Ministeriums der Finanzen und vor allen Dingen die Kniffligkeiten von Herrn Staatssekretär Dr. Deubel, zum Beispiel, wenn er Erfolge von Personalkostenbudgets vorstellen will

(Staatsminister Zuber: Ein guter Mann!)

und gleichzeitig ein paar andere Faktoren wie Altersteilzeit oder nicht erfolgte Tarifierhöhungen mit hineinrechnet. Damit rechnet man sich glücklich und modern, Herr Mertes. Das wissen Sie, weil Sie die Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses kennen.

Nicht nur in Kenntnis dieser verschiedenen Tricks bezweifle ich mit Fug und Recht Ihre Ankündigung, im Jahr 2006 keine Neuverschuldung mehr zu machen, jedenfalls dann, wenn ich alle Haushalte, die Sie ringsherum anlegen, mit hinzurechne. Vielleicht werden wir heute noch etwas dazu hören, wie Sie es schaffen wollen, 1.000 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer zu schaffen, Tarifierhöhungen von 2,4 % im nächsten Jahr zu bewältigen, steigende Versorgungsleistungen zu bezahlen und mehr Polizistinnen und Polizisten einzustellen. Das ist ein Personalbereich, der im Wesentlichen durch Polizistinnen und Polizisten sowie durch Lehrerinnen und Lehrer geprägt ist und der 40 % des Gesamthaushalts ausmacht. Ich weiß nicht, wie Sie das unter die Marge des Planungsrats drücken wollen. Das alles bleibt **Ihr** Geheimnis.

Es wird aber sicherlich nicht **Ihr** Geheimnis bleiben; denn wir werden mit Argusaugen darüber wachen, wo und wie Sie die Einnahmen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verbuchen und verausgaben.

Bezüglich eines Punktes, das will ich am Ende einmal darstellen, kann man aus der Opposition auch richtige Erfolge zeitigen. Immerhin steht in Ihrer Koalitionsvereinbarung, dass Sie Finanzhilfen und Subventionen

systematisch überprüfen wollen. Das haben wir fünf Jahre lang bei jeder Haushaltsberatung gefordert und Vorschläge unterbreitet, wie es zu machen ist.

(Dr. Schiffmann, SPD: Aber außer Straßen ist Ihnen nichts eingefallen!)

- Doch, im Bereich Subventionen und Finanzhilfen ist uns viel eingefallen. Fragen Sie einmal Herrn Bauckhage, Herr Dr. Schiffmann.

Ich bin der Auffassung, dass wir Ihnen mit unseren Vorschlägen zur Subventionsüberprüfung, mit einer neuen Praxis im Finanzhilfebereich, tatsächlich auf die Sprünge geholfen haben.

Wir sind sehr gespannt darauf, ob der Herr Wirtschaftsminister, der den größten Subventionshaushalt bedient, seine Bücher aufmachen muss und zur Überprüfung bereitsteht. Bisher war aus seinem Haus immer zu hören, dass die Wirksamkeit seiner Finanzhilfen nicht zu messen sei. Das glaube ich auch, aber ich glaube das aus einer anderen Perspektive. Meiner Meinung nach ist es aber umso notwendiger, weil die rotgrüne Steuerreform der Bundesregierung auch dazu führen wird, dass die Unternehmen beträchtliche Profite davontragen können. Das heißt, Sie werden mehr Eigenkapital und somit mehr Möglichkeiten zur Investition haben.

Herr Bauckhage, ich weiß, dass Sie das immer gefordert haben. In diesem Zusammenhang muss man sagen, dass der Staat mit seinen Förderprogrammen, die Sie auf erfinderische Art und Weise immer wieder aufgelegt haben, seine Pflicht getan hat. Wir können dann in diesem Bereich deutlich zurückrudern.

Meine Damen und Herren, wir stehen heute am Beginn von fünf Jahren Parlamentsarbeit. Diese Parlamentsarbeit bedeutet keine Regierungsarbeit für uns. Das bedauern wir, aber wir nehmen die Rolle der Opposition wahr.

(Staatsminister Bauckhage: Das haben wir gerade gemerkt!)

Herr Mertes, Sie wissen, dass wir das können. Dabei werden wir auch weiter Kurs halten, und Sie werden den Oppositionswind zu spüren bekommen. Wir treiben Sie zu einer verbraucherorientierten Politik. Wir fordern eine ökologische Erneuerung Ihrer Politik ein, unabhängig davon, ob es den klassischen Umweltschutz oder den Verkehrs- oder Energiebereich betrifft. Wir wollen für Qualität an Hochschulen und Schulen eintreten. Dabei lassen wir nichts durchgehen.

Wir wollen ein weltoffenes und tolerantes Rheinland-Pfalz, das mit diesem Anspruch nach innen und außen verantwortlich umgeht. All das liegt vor uns, und für all das sind wir gerüstet.

(Mertes, SPD: Wir auch!)

Ich weiß nicht, ob Sie dafür gerüstet sind.

(Mertes, SPD: Machen Sie sich einmal nicht froh!)

– Ich weiß nicht, ob Sie es sind. Ich weiß auch nicht, ob Sie mit diesem Koalitionspartner froh sind.

Ich weiß nur, dass wir für unsere Rolle gestärkt sind, auch innerhalb des Parlaments. Das können Sie rechnerisch vielleicht nicht nachvollziehen.

(Mertes, SPD: Sie auch nicht!
Seien Sie ehrlich!)

– Herr Mertes, das kann man rechnerisch nicht so nachvollziehen. Da ich weiß, dass Sie Sinn für Tiefgründiges haben, werden Sie diese Bemerkung verstanden haben.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Während der Mittagspause erfolgt die Konstituierung der Ausschüsse. Die entsprechenden Vorlagen liegen auf Ihrem Platz.

Wir setzen die Plenarsitzung um 14:00 Uhr fort.

Unterbrechung der Sitzung: 12:35 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14:01 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die Plenarsitzung fort. Ich begrüße zunächst Gäste im Landtag, und zwar Unteroffiziere des 3. Instandsetzungsbataillons der Bundeswehr aus Rennerod. Herzlich willkommen im Landtag.

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich habe zum ersten Mal die Freude, eine Frau in dieser Funktion begrüßen zu dürfen.

(Beifall der FDP, der SPD
und der CDU)

Ich möchte das auch würdigen. Mit Ihnen und Frau Grützmacher haben wir zwei Damen in dieser Funktion. Ich halte das für bemerkenswert. Wir sollten uns an dieser Stelle darüber freuen, dass die Geschlechter auch in dieser Funktion zwar nicht gerade paritätisch, aber fast paritätisch vertreten sind.

Zu Beginn meiner Rede sage ich zunächst einmal dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Herrn Christoph Böhr, Dank. Herr Christoph Böhr hat zu Beginn seiner Rede – ich muss da differenzieren – gute Worte

gefunden, die hoffen lassen, dass wir uns in der 14. Legislaturperiode in einer guten Atmosphäre begegnen und uns fair **auseinander setzen** werden. Das lässt hoffen. Wir nehmen dies als Angebot an. Wir werden vonseiten der FDP-Fraktion alles tun, um in einem fairen Miteinander die politischen Probleme unseres Landes zu diskutieren.

Wenn es um die Inhalte geht, wird es mit dem Lob natürlich etwas schwieriger. Herr Kollege, Sie haben selbst eingeräumt, dass die Opposition keinen leichten Stand hat. Mit der einen oder anderen Bemerkung werde ich darauf eingehen, weil bestimmte Aussagen auch von meiner Seite aus kommentiert werden müssen.

Wir sollten darauf hinweisen, weil das für die FDP schon fast eine historische Dimension hat, aber das gilt auch für die sozial-liberale Koalition, dass die FDP jetzt schon in der vierten Wahlperiode in Folge Verantwortung für Rheinland-Pfalz trägt. Der seit 1991 regierenden SPD/FDP-Koalition haben die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer am 25. März erneut das Vertrauen ausgesprochen.

Die Koalition erfreut sich in der Bevölkerung einer bemerkenswerten Beliebtheit. Das war schon während der letzten Legislaturperiode so. Wenn aber heute 69 % der Bevölkerung unsere gemeinsame Arbeit loben, ist dies im Vergleich zu anderen Bundesländern ein geradezu sensationell hoher Wert.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das ist für uns natürlich Verpflichtung. Keiner denkt daran, sich auf solchen Lorbeeren auszuruhen. Das wäre mit Sicherheit auch der erste Schritt, das Vertrauen der Bevölkerung zu verlieren.

(Dr. Weiland, CDU: Projekt 18!)

In diesem Zusammenhang wende ich mich noch einmal an die CDU-Fraktion: Herr Kollege Böhr, wenn ich das eine oder andere, was Sie gesagt haben, zusammenfasse, dann erwecken Sie den Eindruck, als würde die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz nicht registrieren, dass sie in einem Armenhaus lebt, dass sie von den Brämen der Regionen lebt, die sich um sie herum befinden, die also realitätsfern nicht verstanden hat, dass sie in einem Land lebt, in dem das meiste nicht in Ordnung ist. Das ist letztlich doch ein Stück weit eine Beleidigung unserer Bevölkerung. Die Bevölkerung in diesem Land hat schon erkannt, welche Fortschritte Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren und Jahrzehnten gemacht hat. Das lassen wir uns, auch wenn ich verstehe, dass Überspitzungen zum Oppositionsgeschäft gehören, von der Opposition nicht klein reden.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, neben dem ungeheuren oder sehr bemerkenswerten Vertrauensbeweis, den die Bevölkerung unserer Arbeit entgegenbringt, verlieren die beiden Oppositionsparteien derzeit immer mehr an Sympathie. Ich muss Ihnen sagen – das sind keine Krokodilstränen –, darüber bin ich keineswegs glücklich.

Die Demokratie braucht eine starke Regierung – das ist klar –,

(Staatsminister Bauckhage: Hat sie!)

sie braucht aber auch eine starke und funktionierende Opposition. Deshalb hoffe ich, dass mit dem heutigen Tag zumindest die CDU-Fraktion damit abgeschlossen hat, sich mit sich selbst zu beschäftigen, und mit der Koalition in einen konstruktiven Wettbewerb um die **besten** – – –

(Lelle, CDU: Das machen wir schon immer, Herr Kuhn!)

– Ich sagte, mit dem heutigen Tag. Was davor geschehen ist, wollen wir heute lieber nicht thematisieren. Wenn Sie das wollen, tue ich das auch gern. Machen wir aber von heute ab einen Schnitt.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

– Herr Jullien, zu dem, was Sie in der vergangenen Woche gesagt haben, werde ich auch noch ein paar Worte verlieren.

Wir werden aber in den konstruktiven Wettbewerb um die besten Lösungen eintreten.

Liebe Frau Thomas, bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe ich da leider weniger Hoffnung.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das wundert mich nicht!)

Sie haben auf Ihrem letzten Parteitag endgültig klar gemacht, dass Sie sich nicht in der Mitte der Gesellschaft sehen, sondern als Selbstfindungsgruppe am linken Rand des parlamentarischen Spektrums balancieren.

(Vereinzelte Beifall bei der FDP –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Waren Sie dabei, Herr Kuhn?)

- Ich verlasse mich auf die hervorragende Berichterstattung der Medien in Rheinland-Pfalz. Von ihnen wurde das in großer Übereinstimmung so dargestellt. Frau Thomas, wenn Sie mich aber zum nächsten Mal einladen, komme ich gerne zu Ihnen und schaue mir das einmal an.

Meine Damen und Herren, wenn sich die grünen Landespolitiker auf ihrem Parteitag sogar – Sie können sagen, dass das nicht stimmt, aber ich habe das gelesen – dafür rechtfertigen mussten, dass sie sich auch mit den politischen Konkurrenten beschäftigen, dann empfinde ich wirklich aufrichtiges Mitleid mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Thomas, wenn man sich Ihre Rede angehört hat, habe ich den Eindruck, dass Sie sich nun endgültig auf

Nischenthemen in Rheinland-Pfalz zurückgezogen haben. Das ist das, was zu mir herüber gekommen ist.

(Beifall der FDP und der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir schon bei den GRÜNEN sind, erlauben Sie mir zu sagen, weil das uns allen **gut tut**, dass die SPD/FDP-Koalition in Rheinland-Pfalz nach den Zahlen der letzten Umfragen mit 69 % erheblich beliebter ist als die rotgrüne Bundesregierung. Die Berliner Koalition erhält gerade einmal halb so viel Zustimmung. Liebe Frau Thomas, jetzt kann man überlegen, woran das liegen könnte.

Mit dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und FDP haben die beiden Regierungsfractionen eine hervorragende Grundlage gelegt, um Rheinland-Pfalz weiter voranzubringen. Die FDP-Fraktion will die Freiheit und Verantwortung der Bürger in unserem Land stärken, um neue Chancen für eine erfolgreiche Zukunft für alle zu eröffnen. Es geht uns um die Freiheit und um die Chancen der Arbeitnehmer, im eigenen Betrieb Entscheidungen zur Sicherung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen treffen zu können.

Es geht uns um die Freiheit und die Chancen für die Sozialversicherungssysteme, den wirklich Bedürftigen zu helfen und nicht die Faulen und Bequemen zu stützen.

Es geht uns um die Freiheit und die Chancen für die Sozialhilfeempfänger in unserem Land, eine Arbeit anzunehmen, mit der sie sich dann auch wirklich besser stellen als diejenigen, die nicht arbeiten.

Es geht uns um die Freiheit und die Chancen in der Altersvorsorge, privates Geld dort anzulegen, wo man es möchte.

Die Freiheiten und Chancen der Menschen in Rheinland-Pfalz sind gewachsen, seitdem die FDP Verantwortung trägt. In vielen Bereichen ist Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich weit nach vorn gerückt.

Ich lasse die statistischen Konstruktionen, die Herr Kollege Böhr heute Morgen dargelegt hat, am Rande stehen. Es würde sich lohnen, über den Wert von Statistiken im Einzelfall zu reden.

Herr Kollege Böhr, ich möchte ein Beispiel aufgreifen. Sie haben sich über die Ausgaben im Hochschulbereich geäußert und die Pro-Kopf-Ausgaben mit denen des Saarlands verglichen. Ich möchte die Saarländer nicht beleidigen. Ich bin dort geboren. Deshalb muss ich aufpassen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten –
Staatsminister Bauckhage: Es
wird verziehen!)

Ich kenne die Hochschule in Saarbrücken sehr genau. Wenn man weiß, mit welchem Problem diese Hochschule in Saarbrücken behaftet ist – ich möchte es vorsichtig ausdrücken – und wie viel Geld die Saarländer dafür ausgeben, bin ich stolz auf unsere Hoch-

schulstruktur. Das Geld, das wir ausgeben, ist wirklich gut angelegt.

(Beifall der FDP und der SPD)

Herr Böhr, das ist ein Beispiel dafür, dass man mit Statistiken nicht so umgehen kann.

Ich darf noch einmal daran erinnern, dass wir eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland haben. Das kommt natürlich nicht daher, dass wir ein Armenhaus sind, sondern die Menschen in Rheinland-Pfalz empfinden dies als positiven Beitrag unserer Politik.

Dieser Erfolg war nur möglich, weil wir immer den Mut hatten, neue Wege zu beschreiten. Das zeichnet die FDP-Fraktion in besonderer Weise aus und wird auch in Zukunft ihr Markenzeichen bleiben. Wir werden auch in der neuen Legislaturperiode gemeinsam mit unserem Koalitionspartner mit einer vernünftigen Mischung aus Kontinuität und mutigen Modernisierungsschritten die Voraussetzungen schaffen, damit unser Land die sich bietenden Zukunftschancen nutzt. Wir stehen nicht nur vor ungewöhnlich großen Herausforderungen, sondern es bieten sich geradezu historische Chancen. Wir sollten nicht so sehr von Problemen sprechen, sondern die Chancen in den Vordergrund stellen.

Die Globalisierung und die technische Revolution im Informationszeitalter können aus Verlierern Gewinner machen, aber auch aus Gewinnern Verlierer. Wir stehen an einer Wende.

(Zuruf der Abg. Frau Grütmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erfolg hängt mehr denn je von der freiheitlichen Qualität einer Gesellschaft ab.

Die traditionelle Industriegesellschaft war gekennzeichnet durch Zentralität, Normierung und Hierarchien. Die Informationsgesellschaft fordert Dezentralität, Kreativität, Partizipation, kleine Einheiten und persönliche, eigenverantwortliche Leistung. Für die klassische Industriegesellschaft standen bevorzugt industrielle Ballungszentren. Die Informationsgesellschaft führt zur Renaissance des ländlichen Raums. Das ist eine der Chancen von Rheinland-Pfalz, die wir nutzen werden.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen die Energien und die Fähigkeiten der Menschen entfesseln und dürfen sie nicht in Fesseln legen.

Ralf Dahrendorf hat vor nahezu 20 Jahren das Ende eines Staates ausgerufen, der dem Bürger jede Verantwortung abnehmen möchte. Dahrendorf fragte: „Was, wenn die Hoffnungen der Menschen sich auf einmal vom Staat abwenden, der nicht mehr als wohlwollend empfunden, sondern als teurer Versager gesehen wird?“

Die FDP-Fraktion will in Rheinland-Pfalz ihren Anteil dazu leisten, dass nicht immer mehr Menschen den Staat als versagenden Steuer-Staat, als Bürokratie-Staat und als Schulden-Staat wahrnehmen.

Deswegen war es richtig, dass Rheinland-Pfalz der Steuerreform zugestimmt hat, nachdem wir mehr Gerechtigkeit für den Mittelstand und weitere Steuerentlastungen über den ganzen Tarif für alle Steuerzahler in Deutschland durchgesetzt hatten.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, deswegen war es richtig, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode auf Initiative der FDP hin die Bezirksregierungen abgeschafft und die Verwaltungsmodernisierung weiter vorangebracht haben. Deswegen ist es richtig, dass wir zum Ende der Legislaturperiode 2006 ohne Neuverschuldung auskommen wollen. Wir dürfen den Wohlstand der Gegenwart nicht auf Kosten künftiger Generationen finanzieren. Eine Privatperson kann eine überschuldete Erbschaft ausschlagen. Diese Möglichkeit hat die nächste Generation nicht.

Meine Damen und Herren, auch wegen eines immer enger zusammenwachsenden Europas bieten sich Rheinland-Pfalz als einer starken Region in der Mitte unseres Kontinents riesige Chancen. Heimatverbundenheit und Weltoffenheit haben schon immer die Rheinland-Pfälzer charakterisiert. Diese Mischung ist heute mehr denn je auch eine Bedingung für Erfolg.

Noch ein Wort zur Rede von Herrn Böhr. Wenn er in diesem Zusammenhang davon spricht, dass Rheinland-Pfalz auf eigene Füße kommen soll, und den Eindruck erweckt, als würden die Regionen in Deutschland und in Europa zu zentrierten eigenständigen Wirtschaftsregionen werden, die voneinander abgrenzbar sind, dann ist das ein fundamentaler Irrtum. Das ist das Denken von gestern.

(Lelle, CDU: Das hat er überhaupt nicht gesagt!)

– Dies schimmert durch.

(Lelle, CDU: Nein!)

Hier fehlt gerade noch der Satz, Rheinland-Pfalz muss autark werden.

(Mertes, SPD: Mindestens!)

Vielleicht war es nicht so gemeint. Diese Tendenz ist nicht in Ordnung. Das sind Gedanken von gestern. Wir sehen die Chance einer Verflechtung mit unseren Nachbarn.

(Beifall der FDP und der SPD)

Wir werden dies in europäischer Dimension voranbringen. Der Herr Ministerpräsident hat das in seiner Regierungserklärung schon dargestellt. Das ist auch in der Koalition vereinbart.

Diese europäische Dimension ist für Rheinland-Pfalz von allergrößter Bedeutung. Unsere europäischen Nachbarn sind unsere Kooperationspartner von morgen. Sie sind auch Garant dafür, dass wir in dieser Großregion mitten in Europa gemeinsam erfolgreich sein werden.

Meine Damen und Herren, das gilt nicht nur für unsere europäischen Nachbarn an der Grenze, sondern auch für unsere Nachbarn in den anderen Bundesländern. Das sehe ich auch als Chance und nicht eng. Man sagt, hier wird produziert, dort sind die Arbeitsplätze und da wird gewohnt. Man darf die Daseinsgrundfunktionen nicht isoliert sehen.

Wir haben eine Aufgabe. Wir haben die Aufgabe, diese Regionen, an denen wir partizipieren und bestimmte Funktionen mittragen, die sich länderübergreifend gestalten, aktiv mit zu gestalten. Dazu gehört der Rhein-Main-Raum. Hier kann sich Rheinland-Pfalz noch mehr als bisher einbringen. Wir partizipieren insgesamt von der Entwicklung dieses Raums. Das gilt für den Rhein-Neckar-Raum und zur Überwindung der trennenden Funktion der Grenze zum Saarland hin. Das ist die Aufgabe, die wir vor uns sehen sollten. Das ist eine riesige Chance, uns in dieser Kooperation mit unseren Nachbarn gemeinsam anzustrengen, um im Zentrum Europas eine wesentliche Funktion zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, wenn es uns nicht gelingt, die wirtschaftliche, ökologische und sicherheitspolitische Stabilität in Europa herzustellen, werden die Konsequenzen für uns selbst, für unsere eigene Werteordnung und unsere wirtschaftliche und politische Stabilität nicht zu übersehen sein. Deshalb ist die nationalistische Orientierung von manchen Gruppen falsch. Zunehmend mehr Fragen und Probleme können nur in enger Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und Partnern gelöst werden.

Deswegen ist es für uns auch so wichtig, dem Ziel der europäischen Einigung näher zu kommen und die trennende Funktion der Grenze zu überwinden. Die FDP-Fraktion will in den kommenden Jahren gemeinsam mit dem Koalitionspartner dieses Ziel mit noch stärkerem Engagement weiterverfolgen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen aber auch nachvollziehen können, wer wofür in Europa Verantwortung trägt. Wir brauchen eine eindeutige Kompetenzabgrenzung, die gerade auch den Regionen im Interesse von Bürgernähe eigene Gestaltungsspielräume sichert. Eine solche Kompetenzordnung muss das Ergebnis der Regierungskonferenz im Jahr 2004 sein.

(Beifall der FDP und der SPD)

Gerade nach den mageren Ergebnissen des Gipfels von Berlin in Finanzfragen, den mageren Ergebnissen des Gipfels von Nizza in Entscheidungsabläufen und dem mageren Ergebnis des Gipfels in Stockholm bei Innovationen brauchen wir in Europa endlich zukunftsweisende und tragfähige Entscheidungen. Das ist für Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung, meine Damen und Herren.

Deshalb muss klar sein, dass nicht alles in Europa geregelt werden muss. Es muss auch nicht immer mehr auf der nationalen Ebene angesiedelt werden, wenn eigentlich die Bundesländer gefragt sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber auch wir Landtagsabgeordnete soll-

ten nicht der Versuchung unterliegen, alles an uns reißen zu wollen.

(Lelle, CDU: Das bekommen wir sowieso nicht hin!)

Es gibt genügend Fragen, mit denen sich ausschließlich die Kommunen befassen. Lassen Sie mich dies wegen der grundsätzlichen Bedeutung an dieser Stelle als Beispiel nennen. Auch deshalb hat die FDP-Fraktion in der vergangenen Wahlperiode eine Initiative zur Abschaffung der Sperrzeiten im Gaststättengewerbe ergriffen.

(Beifall der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Liebe Frau Thomas, es war ein ermutigendes Signal, dass alle diesem Antrag zugestimmt haben. Diese neue Verordnung wird am 1. Januar 2002 in Kraft treten. Ich sage dies nicht wegen der Sache an sich, sondern ich bin der festen Überzeugung, dass dies ein Beispiel für gelebte Subsidiarität ist.

Dinge, die wir nicht zu regeln brauchen, sollten wir auch nicht regeln. Wir überlassen dies den Kommunen, die in Zukunft die neue Freiheit, die sich ihnen eröffnet, selbst in eigener Verantwortung beispielsweise dann einschränken können, wenn das berechnete Interesse der Anwohner dieser prinzipiellen Öffnungsfreiheit entgegensteht. Das ist in Ordnung. Aber wir als Land brauchen dies nicht zu regeln. Meine Damen und Herren, dies ist ein Beispiel für gelebte Subsidiarität, denn auch die Kommune muss nicht alles entscheiden, wenn die Bürger oder der freiwillige Zusammenschluss von Bürgern selbst die Dinge regeln können.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ein wichtiger Motor im europäischen Einigungsprozess war über die ganzen Jahrzehnte hinweg immer die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Nach dem Regierungsgipfel in Nizza gab es laut Zeitungsberichten mehrere Regierungschefs anderer europäischer Länder, die sich kritisch über den Zustand der Zusammenarbeit bzw. der Nichtzusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich beklagt haben. Das finde ich schon etwas Besorgnis erregend. Wir sollten Bundeskanzler Schröder sowie Bundesaußenminister Fischer ermuntern, sich in der Tradition der guten Partnerschaft mit Frankreich weiter zu engagieren.

Ich bin froh darüber – dies möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen –, dass wir in Rheinland-Pfalz mit Ministerpräsident Kurt Beck eine wichtige Vertrauensperson für das deutsch-französische Verhältnis haben. Ich hoffe, dass Rheinland-Pfalz in Europafragen deshalb zukünftig in Berlin eine noch größere Rolle spielen wird.

(Beifall der FDP und der SPD)

In Rheinland-Pfalz selbst wollen wir als FDP-Fraktion gemeinsam mit unserem Partner durch eine europäische Ausrichtung unseres Bildungssystems die jungen Menschen auf die Europäisierung vorbereiten. Wir wollen,

dass die jungen Menschen in unserem Land die Chancen der europäischen Zusammenarbeit auch ganz persönlich nutzen, um sich berufliche Perspektiven aufzubauen.

Deshalb wollen wir – dies wurde heute schon mehrfach erörtert, und dazu stehe ich auch – beispielsweise die Fremdsprachenkenntnisse ab dem Kindergartenalter weiter ausbauen, bilinguale Abschlüsse verstärkt fördern und die europaweite Mobilität durch die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und Einzelleistungen weiter entwickeln. Was SPD und FDP im Koalitionsvertrag vereinbart haben, bedeutet ein Quantensprung in der Bildungspolitik, der uns einen großen Vorsprung vor anderen Ländern bringen wird.

(Beifall der FDP und der SPD)

Beide Fraktionen – davon gehe ich aus – werden mit Nachdruck die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung begleiten. Der wichtigste Rohstoff in Deutschland heißt nicht Kohle, sondern Bildung. Bildung und Erziehung sind das Fundament der Freiheit und des Erfolges für unser Land. Kleine Kinder sind große Botschafter für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Erziehung ist, wie das Grundgesetz formuliert, Recht und Pflicht der Eltern. Das gehört zu Beginn dieses Jahrhunderts auf die bildungspolitische Tagesordnung. Eltern müssen wissen, dass die Formulierung des Grundgesetzes auch die Pflicht mit einschließt. Nur wenn Eltern ihren Kindern Grenzen setzen, können Kinder auch ihre eigenen Grenzen wahrnehmen.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Erziehung im Elternhaus ist die Grundvoraussetzung für die Fähigkeit zu einem zivilisierten Umgang mit anderen und darf in einer freiheitlichen Gesellschaft ohne Zweifel erwartet werden. In den ersten Lebensjahren, bevor ein Kind überhaupt mit den Einrichtungen des öffentlichen Bildungssystems in Berührung kommt, werden bereits die Grundlagen für Kompetenz, Unabhängigkeit, Teamfähigkeit, Originalität, Neugier, Fantasie und Einfallsreichtum gelegt. Wenn diese Jahre ungenutzt verstreichen, werden alle staatlichen Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen weitgehend wirkungslos verpuffen.

Bildung ist mehr als nur das Erreichen von Abschlüssen und Berufslaufbahnen. Die Verdienstrechtlichung des Schul- und Universitätsbetriebs ist eine der schlimmsten Perversionen des deutschen Bildungswesens, schreibt Konrad Adam. Wir sind, seit wir in dieser Koalition sind, dabei, dieses Denken zu beerdigen.

Wir müssen eine Mentalität überwinden, die jede Kultur der **Selbstständigkeit** und den Mut zu individuellen Bildungswegen blockiert. Wir müssen Wege finden, die Fülle der Begabungen, die eine Gesellschaft reich macht, auch auszuschöpfen, die unterschiedlichen Talente der Einzelnen früh aufzuspüren sowie zu fördern und zu entwickeln und sie nicht abzuschleifen, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP)

Das ist letztlich der Sinn von Bildung.

Am wenigsten haben das die GRÜNEN in Rheinland-Pfalz erkannt, die sich immer noch für die Einheitsschule für alle und am liebsten noch für den Einheitslehrer in der Ausbildung einsetzen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Eine Einheits-FDP! Hervorragend!)

Sie hätten am liebsten eine Schule ohne Noten und würden gern den Übergang von Schule zur Pension fließend gestalten. Das ist ein Denken von gestern. Die FDP-Fraktion will keine Ergebnisgleichheit am Ziel, wie Sie dies vielleicht wollen. Sie setzen sich dafür ein, dass alle ihr Abitur machen sollen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Möglichst viele, Herr Kuhn!)

Wir wollen keine Ergebnisgleichheit am Ziel, sondern Chancengerechtigkeit am Start.

(Beifall der FDP und der SPD)

Unterschiedliche Bildungswege sind weder entbehrlich noch unsozial. Wir wollen keine Nivellierung. Herr Merthes hat dies **heute Morgen** schon gesagt. Unterschiedliche Bildungswege sind nicht unsozial. Wir wollen keine Nivellierung, sondern wir wollen die Schwachen fördern und die Starken fordern.

Als die FDP zum ersten Mal Eliteschulen gefordert hatte, glaubte niemand so recht – wahrscheinlich außer ihr selbst –, dass dies bald Wirklichkeit wird.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz wird das erste Land in Deutschland sein, in dem der Staat über die gesamte fachliche Breite den Hochbegabten aus dem In- und Ausland ein Bildungsangebot unterbreitet. Das ist gut so. Diese Kombination von Internationalität und Förderung von Hochbegabten wird beispielgebend für die Bildungspolitik auch der anderen Bundesländer sein.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir sind gemeinsam stolz darauf. Heute haben nur die Hochbegabten eine Chance, deren Eltern gleichzeitig über Geld verfügen. Sie können auf ausländischen Eliteschulen eine angemessene Förderung einkaufen. Die FDP-Fraktion will jedoch keine Geld-Elite, keine Geldbeutel-Elite,

(Beifall der FDP und der SPD)

sondern wir wollen die besonders leistungsbereiten und leistungsfähigen Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung fördern. Deshalb ist uns das staatliche Angebot von solchen Schulen so wichtig.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ein Rückschritt!)

Wer es sich leisten kann und ins Ausland abwandert, um angemessen gefördert zu werden, droht ganz für unser

Land verloren zu gehen. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das Kreativität, die schöpferischen Kräfte der Menschen und Innovationen fördert und nicht glattbügelt. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit den neuen Eliteschulen ein Signal setzen, mit dem wir unser Land in viel stärkerem Maße innovations- und zukunftsfähig machen, als es viele Kleingeister heute auch nur zu träumen wagen.

(Beifall der FDP)

Mit dem Aufbau eines Ganztagsangebots für alle Schularten setzen wir ein bundespolitisches Signal. Das ist nicht nur bildungs-, sondern auch familienpolitisch ein gewaltiger Fortschritt. Es stand auch in unserem Programm, aber die große Initialzündung kam vor der Wahl von unseren Partnern. Aber wir stehen dahinter. Wir wollen das auch. Wir wollten es schon vorher, nun wollen wir es gemeinsam.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wer an den Kindern und an der Jugend spart, der macht die Zukunft ärmer. Die Ganztagschule ist wichtig, gerade auch, weil wir gezielt Familien mit Kindern fördern müssen. Das gesellschaftliche Klima in Deutschland ist alles andere als kinderfreundlich. Solange Vermieter Paaren mit Hunden gegenüber Paaren mit Kindern den Vorzug geben, läuft in Deutschland etwas falsch. Wir wollen in Rheinland-Pfalz dazu beitragen, dieses gesellschaftliche Klima zu verändern.

Es ist bekannt, dass die Gesamtschule in vielen Bundesländern heute zum Teil ein Monopol auf Ganztagsbetreuung hat. Wir warten einmal ab, wie sich bei uns in Rheinland-Pfalz die Nachfrage nach Schularten entwickelt, wenn wir in Rheinland-Pfalz für alle Schularten Ganztagsangebote auf den Weg gebracht haben. Ich bin sicher, dass wir auf diesem Weg das gegliederte Schulwesen stärken werden.

FDP und SPD im rheinland-pfälzischen Landtag wollen ein regional ausgewogenes und bedarfsgerechtes Ganztagsangebot an etwa 300 Schulen realisieren. Wichtige Kernpunkte bei der Realisierung des Ganztagsangebots sind für die FDP-Fraktion der Angebotscharakter dieser Schulform und die Freiwilligkeit bei seiner Nutzung. Wir wollen nicht das Erziehungsrecht und die Erziehungspflicht des Elternhauses auf die Schule verlagern.

(Lelle, CDU: Sehr gut!)

Im Gegenteil, das Elternhaus bleibt der primäre Ort der Erziehung.

(Mertes, SPD: Hoffentlich machen Sie es!)

Die Eltern müssen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von ganztägigen Betreuungsangeboten in Kooperation mit der Schule spielen. Allen Beteiligten muss klar sein, die Schulen können nicht wettmachen, was zu Hause versäumt wird. Dann würden wir eine falsche Erwartung wecken, und wir würden in die falsche Richtung gehen.

In Rheinland-Pfalz wird es keine verpflichtende Ganztagschule geben, erst recht keine staatliche Einheitserziehung. Die FDP-Fraktion setzt nachdrücklich auf Vielfalt und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen, um bedarfsgerechte Ganztagsangebote zu entwickeln. Das Konzept von SPD und FDP besteht eben nicht in einem Unterricht von vorhandenen Lehrern, verteilt über den ganzen Tag, wie es zum Beispiel der saarländische Bildungsminister Jürgen Schreiner von der CDU behauptet hat, was ich mit großem Erstaunen gelesen habe. Er hätte es einmal durchlesen müssen. Das ist übrigens nicht das erste Mal, dass sich die Saarländer so falsch informieren. Er hat sich dagegen gewandt und gesagt, das sei unmöglich, wie wir das hier machen. Er ist von völlig falschen Voraussetzungen ausgegangen.

Herr Jullien, das ist übrigens jedenfalls partiell eine erschreckende Gemeinsamkeit der CDU in unserem Nachbarland mit der CDU in Rheinland-Pfalz. Ich muss das doch jetzt einmal sagen, Herr Jullien. Ich meine das, was am 16. Mai 2001 in der „Rheinpfalz“ geschrieben wurde, was Sie über den Landesbetrieb „Liegenschafts- und Baubetreuung“ äußerten. Das hat mich schon erschüttert. Vielleicht war es aber auch eine Zeitungsentee. Aber zur LBB komme ich später noch.

Ich komme nun zum Stellenwert der beruflichen Bildung. Diesen wollen wir weiter stärken. Deshalb begrüßt die FDP-Fraktion nachdrücklich, dass in der Koalitionsvereinbarung von SPD und FDP die Einrichtung weiterer Dualer Oberschulen, ein wesentlich von der FDP entwickeltes Modell, vorgesehen ist.

Wenig öffentliche Aufmerksamkeit hat bisher gefunden – das möchte ich aus diesem Grunde sagen, weil ich auch persönlich dazu stehe –, dass die Koalitionspartner das Ziel verfolgen, zum Ende der Grundschule Vergleichsarbeiten in Deutsch und Rechnen einzuführen.

(Beifall der FDP –

Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das nimmt doch kein Mensch ernst!)

Ich sage Ihnen heute voraus, ohne Prophet sein zu müssen: Es wird eine neue Debatte sehr grundsätzlicher Natur über Fehlleitungen geben. Es geht um die Existenz und den Werdegang unserer Kinder. Die FDP-Fraktion will das Leistungsniveau in den Grundschulen sichern. Das wird dazu führen. Wir setzen ganz bewusst auf eine größere Vergleichbarkeit und mehr Sicherheit bei der Wahl der richtigen Schule, ohne die Entscheidungsfreiheit der Eltern einzuschränken.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und dafür eine Arbeit? Also wirklich!)

– Liebe Frau Kollegin, Sie sollten es sich einmal durchlesen. Es würde jetzt zu weit führen, Ihnen das noch einmal zu erklären.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, das glaube ich auch!)

Es ist eine Orientierungsarbeit und keine Prüfung. Vielleicht reicht Ihnen das im Augenblick.

(Lelle, CDU: Lesen Sie doch den nächsten Satz noch vor, der in der Koalitionsvereinbarung steht! –

Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Der Elternwille bleibt erhalten!)

- Ich sagte doch, „ohne die Entscheidungsfreiheit der Eltern einzuschränken.“ – Ist das okay so? Ist das in Ordnung?

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja! –
Dr. Schmitz, FDP: Wir geben es Ihnen als Tischvorlage!)

Frau Grützmaker ist gerade überzeugt worden, prima. Es wäre toll, wenn Sie das gemeinsam mit uns so unterstützen könnten.

Von der Grundschule bis zur Universität wollen wir Rheinland-Pfalz weiter nach vorn bringen. Die Forschungsleistungen der Universitäten und Fachhochschulen in Rheinland-Pfalz haben sich als Motoren zur Bewältigung des Strukturwandels erwiesen und zur Ansiedlung von neuen Unternehmen geführt. Zur Profilierung der Forschungslandschaft sollen die Kompetenzzentren der Hochschulen weiter ausgebaut und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen noch besser mit den Hochschulen vernetzt werden.

Die „Stiftung Innovation“ spielt eine wichtige Rolle, um die Forschungsleistungen der Hochschulen möglichst schnell und umfassend für die Gesellschaft zu nutzen. Da geht es natürlich auch um die enge Verzahnung von Forschung und Wirtschaft. Das ist der Sinn dieser Stiftung. Sie ist wie bisher den beiden Häusern zugeordnet. Da gibt es keine Änderung.

Die grundsätzliche Steuerung liegt im Forschungsministerium. Die Zuständigkeit für die Mittel solcher Forschungsvorhaben, die für die Wirtschaft von besonderer Praxisrelevanz sind, liegen beim Wirtschaftsministerium.

Meine Damen und Herren, dass wir so erfolgreiche Hochschulen haben, hängt maßgeblich auch damit zusammen, dass wir bei der Eigenverantwortung der Hochschulen bundesweit beispielgebend vorangegangen sind. Diese Eigenverantwortlichkeit wollen wir weiter verstärken. Wir wollen in Rheinland-Pfalz zeigen, wie in ganz Deutschland aus dem staatsbürokratischen Bildungssystem eine wettbewerbliche Bildungslandschaft werden kann.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Wir scheuen in Rheinland-Pfalz nicht den internationalen Wettbewerb. Wir werden die internationale Attraktivität der Hochschulen weiter erhöhen. Dazu bedarf es auch neuer Studienangebote verstärkt in Form von Bachelor- und Master-Studiengängen.

Die Forschung in unserem Land muss zudem in einem gesellschaftlichen Klima stattfinden, das nicht immer nur die Risiken sieht. Natürlich dürfen Risiken nicht ignoriert werden, aber wenn wir in Deutschland insgesamt nicht ein vernünftiges Verhältnis zu den neuen Technologien bekommen, verspielen wir die Innovationskraft unseres Landes.

Das gilt auch für die Biotechnologie als die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Ich bin in der Tat froh darüber, dass es zu einer konstruktiven Ethik-Diskussion in Deutschland gekommen ist. Sie muss schnell zu Ergebnissen kommen, und wir müssen verhindern, dass wir bei der Entwicklung dieser Technologie international abgehängt werden.

Meine Damen und Herren, die erfolgreiche Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in Rheinland-Pfalz habe ich bereits zu Beginn meiner Ausführungen erwähnt. Wir erleben derzeit einen gewaltigen Umbruch bei den Herausforderungen am Arbeitsmarkt. Wir müssen die Bemühungen, Menschen in die Arbeitswelt zu integrieren, weiterentwickeln und kreativ den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt anpassen. Deshalb wird die von SPD und FDP vereinbarte Enquete-Kommission zur „Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz im neuen Jahrhundert“ eine ganz zentrale Rolle in der beginnenden Legislaturperiode spielen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Alle sind aufgefordert, sich da zu engagieren. Ich denke, es wird auch Konsens im Hause sein, dass wir das oder eines der zentralen Themen der Zukunft anpacken werden.

Trotz der enormen Belastungen durch die Folgen des Truppenabbaus haben wir größere Fortschritte auf dem Weg zur Vollbeschäftigung gemacht als die meisten anderen Länder in Deutschland. Doch die bisherigen Anstrengungen allein reichen noch nicht aus. Wir müssen den Mut haben, auch vollkommen neue Wege zu gehen. Deshalb wird die FDP-Fraktion besonderen Wert darauf legen, dass die im Koalitionsvertrag festgelegten Ziele der Enquete-Kommission konsequent umgesetzt werden. Dabei hoffe ich, dass es wie in der Vergangenheit auch wieder zu einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften kommt. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, wir haben im Zusammenhang mit der Formulierung des Personalvertretungsgesetzes in diesem Haus und auch mit den Gewerkschaften kooperativ zusammengearbeitet.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD –
Mertes, SPD: Und erfolgreich!)

Wir wollen diese konstruktive Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Wir bieten diese Zusammenarbeit auch für die Zukunft und gerade im Zusammenhang mit dieser Enquete-Kommission an. Wenn es aber beschäftigungshemmende gesetzliche Regelungen gibt, müssen wir gemeinsam alles daransetzen, Beschäftigungsbarrieren zu beseitigen. Ich habe deshalb wirklich kein Verständnis für die vom rheinland-pfälzischen DGB geübte

Kritik an entsprechenden Passagen des Koalitionsvertrags. Was ist denn schlecht daran, die Schaffung zukünftiger neuer Arbeitsplätze ermöglichen zu wollen?

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das wundert uns sehr!)

Ich meine, der DGB ist wirklich zu wichtig, um sich in eine Rolle zu manövrieren, in der man nur nach hinten schaut und nicht nach vorn. Ich hoffe, dass auch ein Bewusstseinswandel vollzogen wird und auch die Arbeitnehmerorganisationen in dieser Enquete-Kommission konstruktiv mitarbeiten werden.

Wenn der für Rheinland-Pfalz – ich muss es noch einmal sagen – zuständige IG-Metall-Bezirksleiter Klaus Mehrens verhindern will, dass im Konsens zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung spezifische betriebliche Belange berücksichtigt werden, denkt er offenbar nur an seine eigene Organisationsmacht und nicht so sehr an die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Das stimmt bisher bedenklich.

Der FDP-Fraktion geht es um das Schicksal der Arbeitslosen in unserem Land. Wir wollen eine Politik für die Arbeitnehmer und nicht für die Funktionäre gestalten. Wir sind froh drüber, dass wir es in Rheinland-Pfalz mit – lieber Herr Kollege Mertes, ich darf es einmal so sagen – aufgeklärten Sozialdemokraten zu tun haben, die auch bereit sind, gemeinsam mit uns neue Wege für eine erfolgreiche Zukunft zu beschreiten.

(Beifall bei der FDP)

Die Koalition wird ihre Anstrengungen zur Modernisierung der Wirtschaft und des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der Globalisierung der Märkte und der neuen Technologien fortführen und intensivieren. Der Markt reagiert oft schneller als der Staat. Wir brauchen keine neue Soziale Marktwirtschaft, wie es aus der Bundes-CDU zu hören ist.

(Böhr, CDU: Na!)

– Wir brauchen keine neue.

(Böhr, CDU: Sagen wir ja gar nicht!)

In Rheinland-Pfalz gab es nie eine bürokratische Staatswirtschaft, die ihre Hilfe auf die großindustriellen Strukturen konzentriert, weil diese sich öffentlichkeitswirksam in Subventionen einklagen können.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da haben Sie Recht!)

– Danke, Frau Grützmaker. Mehr als 80 % aller Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz sind in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern beschäftigt. Neun von zehn Auszubildenden werden in Rheinland-Pfalz in mittelständischen Betrieben ausgebildet. Wir haben in Rheinland-Pfalz immer auf den Mittelstand, die Handwerker, die Freiberufler, die kleinen und kleinsten Unternehmer

gesetzt. Das wird auch so bleiben. Dafür steht vor allem ein Name: Hans-Artur Bauckhage.

(Beifall der FDP)

Der Mittelstand wird sich auch in Zukunft auf ihn und die FDP-Fraktion verlassen können.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Phrasen, Phrasen, Phrasen!)

Wir wollen die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen weiter verbessern, indem wir ihnen helfen, ihre technologische Wettbewerbsfähigkeit weiter zu stärken. Die Konversion wollen wir auch in Zukunft als Chance nutzen, um bisherige Monostrukturen aufzulockern und neue innovative Betriebe anzusiedeln.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

Die Hilfen der Investitions- und Strukturbank für den Mittelstand müssen und sollten weiterentwickelt werden. Dazu gehört insbesondere die Förderung von Existenzgründern – da haben wir im Übrigen eine gute Kultur in Rheinland-Pfalz, um auf das zu entgehen, was heute Morgen von Frau Thomas gesagt wurde – und von Übernahmen bei der Unternehmensnachfolge.

Dringend erforderlich ist auch, dass junge Unternehmen leichter Zugang zu Wagniskapital finden. Hier wünschte ich mir auch ein Umdenken von so mancher Geschäftsbank in Deutschland.

Neben Industrie, Handwerk und Dienstleistung ist die Landwirtschaft die vierte Säule, auf der die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ruht. Dementsprechend sieht die FDP-Fraktion den Landwirt auch in erster Linie als Unternehmer und nicht als Subventionsempfänger. Die FDP möchte deswegen die Landwirte von bürokratischer Planwirtschaft befreien. Wir brauchen keine Agrarbürokratie zur Subventionierung von Überproduktion, sondern wieder mehr Marktwirtschaft. Unsere Bauern und Winzer sollten den Hauptteil ihres Einkommens am Markt erzielen. Aus diesem Grund bleiben Förderungsschwerpunkte rheinland-pfälzischer Agrarpolitik die einzelbetriebliche Förderung, die Junglandwirteförderung, die Bodenordnung und die Verbesserung der Marktstrukturen.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

Wir wollen die Förderung des ökologischen Landbaus. Auch da haben wir eine gute Tradition, Frau Thomas.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Deswegen haben wir auch so viel in
Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich!)

Der ökologische Landbau wird in Rheinland-Pfalz angemessen gefördert.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Verwechseln Sie das nicht
mit integriertem!)

Jeder, der solche Produkte kaufen will, bekommt sie auch. Ich wende mich aber gegen eine pauschale Diskriminierung des konventionellen Landbaus. Das wird es mit der FDP nicht geben. Diese Kritik und pauschale Diskriminierung ist fachlich in keiner Weise gerechtfertigt.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin einmal gespannt, ich habe heute Morgen in der Zeitung gelesen, dass es neue Prüfzeichen gibt, die in Zusammenarbeit mit oder von Frau Künast auf den Weg gebracht werden. Da gibt es zwei, einmal für ökologischen Anbau und einmal für konventionellen Anbau. Das muss man sich einmal anschauen, wie sich das dann entwickeln wird. Das kann ich im Moment noch nicht abschließend beurteilen. Aber dazu werden wir auch noch etwas sagen. Grundsätzlich ist jede Form der Landwirtschaft dem Verbraucherschutz, dem Schutz des Bodens, den Pflanzen, den Tieren und der Umwelt verpflichtet.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ein bisschen lauter bitte!)

Zur Durchführung besonderer umweltpolitischer Ziele soll die Möglichkeit des Vertragsnaturschutzes ordnungsrechtlichen Verfügungen vorgezogen werden. Deshalb setzen wir uns weiterhin für die Förderung der umweltschonenden Landwirtschaft ein. Die Umkehr von produktgebundener Direktzahlung zur produktionsneutralen stellt nach Auffassung der FDP-Landtagsfraktion eine echte Wende in der Agrarpolitik dar und unterscheidet sich positiv von der Ankündigungspolitik der derzeit in Berlin amtierenden Landwirtschaftsministerin, die seit Monaten pausenlos von einer „neuen Agrarpolitik“ redet, aber bisher nur „Alt für Neu“ verkauft.

(Beifall der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die 1999 auf dem Berliner EU-Gipfel verabschiedete Agenda 2000 bietet durchaus Spielraum, um in der EU-Agrarpolitik umzusteuern.

So macht es das oftmals gescholtene Frankreich. Das gescholtene Frankreich macht von den Möglichkeiten der Modulation bei den produktionsabhängigen Tier- und Flächenprämien Gebrauch. Die eingesparten Mittel können bei 50%iger Kofinanzierung durch den Nationalstaat bzw. durch das jeweilige Bundesland in so genannte Programme zur „Ländlichen Entwicklung und Agrarumweltmaßnahmen“ gesteckt werden. Das machen die Franzosen. Man muss sich einmal überlegen, welche Vorstellungen wir von französischer Landwirtschaftspolitik haben.

Die grüne Landwirtschaftsministerin Künast sperrt sich jedoch gegen den Vorschlag der EU-Kommission, Rinderprämien nur noch für höchstens 90 Tiere pro Bauernhof zu zahlen. Ich teile vollkommen die Einschätzung des Journalisten Thomas Gack, der in der „Rheinpfalz“ am 14. Mai schreibt – ich zitiere jetzt die „Rheinpfalz“ –:

„Anstatt dafür zu sorgen, dass die EU-Gelder in naturnahe Landwirtschaft umgelenkt werden,

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das sollten Sie mal tun!)

wo sie zur Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe“ – wie wir sie in Rheinland-Pfalz nun einmal fast ausschließlich haben – „unverzichtbar sind, vertritt Künast die klassischen Interessen der großen ehemaligen Produktionsgenossenschaften in den neuen Bundesländern.“

(Beifall bei FDP und SPD)

So, und das ist kein FDP-Politiker gewesen.

Also, ein bisschen aufpassen mit der Agrarpolitik, die aus Berlin kommt, und sich erst einmal sachkundig machen.

(Schmitt, CDU: Sehr gut!)

– Na ja, gut. Aber wir machen die Politik.

Die FDP-Fraktion hingegen bekennt sich zur Förderung des bäuerlichen Familienbetriebs, der unternehmerisch denkt, wertvolle landeskulturelle Leistungen für die Gesamtgesellschaft erbringt. Die rheinland-pfälzischen Bauern und Winzer werden auch in Zukunft von der liberal geprägten Landwirtschafts- und Weinbaupolitik in Rheinland-Pfalz profitieren.

Meine Damen und Herren, Verbraucherschutz hat für die FDP-Landtagsfraktion absolute Priorität.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

Diesem müssen alle weiteren Interessen – dies sage ich nicht zum ersten Mal – und Forderungen untergeordnet werden. Ein vorsorgender Gesundheits- und Verbraucherschutz muss für alle Beteiligten im Mittelpunkt der Politik stehen.

Deshalb begrüßen wir es außerordentlich, dass auch in Fragen des Verbraucherschutzes Rheinland-Pfalz – jetzt ist Herr Böhr nicht da, aber liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich muss es wieder einmal sagen – eine bundesweite Vorreiterrolle einnimmt.

(Schmitt, CDU: Wobei?)

Der Verbraucherschutz ist in Rheinland-Pfalz wirklich vorbildlich organisiert.

(Beifall der FDP und der SPD)

Beispielsweise ist dieser bereits seit dem 1. Januar 2000 landesweit beim Landesuntersuchungsamt in Koblenz gebündelt. Diese bundesweit einmalige Struktur hat sich bewährt.

Im Januar wurde zur Gewährleistung eines besseren Verbraucherschutzes das rheinland-pfälzische Herkunftszeichen „Rindfleisch aus Rheinland-Pfalz“ zu ei-

nem echten Prüfsiegel weiterentwickelt, womit auch in diesem Bereich unser Bundesland eine Vorreiterrolle einnehmen wird. Das Prüfsiegel „Rindfleisch aus Rheinland-Pfalz“ schließt unter anderem verstärkte Futtermitteluntersuchungen in den Erzeugerbetrieben und erweiterte BSE-Tests ein. Nur durch eine „gläserne Produktion“ vom Erzeuger bis zur Ladentheke kann das Vertrauen der Verbraucher zurückgewonnen werden. Dass diese Vorgehensweise erfolgreich ist, beweist die in den letzten Wochen wieder anziehende Nachfrage nach Rindfleisch.

Schon seit Jahren arbeiten die Ernährungsberatung der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz und die Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten im Rahmen gemeinsamer Projekte zusammen. Diese Kooperation ist in den letzten Monaten noch vertieft worden. Den Verbrauchern unseres Landes soll im Hinblick auf Produktsicherheit und Verbraucherschutz im Lebensmittelbereich ein noch besseres Beratungsangebot zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall der FDP)

So ist bei den Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten ein Verbrauchertelefon zur Ernährungsberatung eingerichtet worden.

Soweit ich weiß, ist es gestern zum ersten Mal in Funktion getreten. Dies ist ein weiterer Schritt.

Ziel dieser Beratung ist es, die Entscheidungsfähigkeit des mündigen Verbrauchers durch Information über Herstellung und Qualitäten von Lebensmitteln sowie über Grundsätze einer bedarfsgerechten Ernährung zu stärken. Ziel ist es, den Verbrauchern klarzumachen, dass es bei ihren Interessen keinen Dissens mit denen der Landwirte gibt.

(Beifall der FDP und des Abg. Mertes, SPD)

Es ist das ureigenste Interesse unserer Bauern, gesunde Nahrungsmittel zu produzieren.

Verbraucherschutz, der – wie ich betont habe – absolute Priorität haben muss, beschränkt sich aber nicht nur auf die Produktion von Nahrungsmitteln. Verbraucherschutz ist auch bei anderen Gütern und Dienstleistungen anzusiedeln. Deshalb ist der Verbraucherschutzbeauftragte im Dienst einer ganzheitlichen Betrachtung eine wertvolle Ergänzung zur bestehenden Struktur.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion setzt auch in der Umweltpolitik auf Freiheit und Wettbewerb. Überall haben wir deutlich gemacht, dass Wettbewerb und Markt für die Menschen bessere Ergebnisse bringen. Bei der Telekommunikation, bei der Energieversorgung und auch bei den sozialen Sicherungssystemen sind Fortschritte zu erkennen. Nur in der Umweltpolitik der Bundesregierung regiert weiterhin der Glaube an die Allwissenheit des Staates.

Ich bin froh, dass wir als Liberale mit Umweltministerin Klaudia Martini in vielen Umweltfragen eine Verbündete im Land haben. Das hat Frau Thomas zu Recht gesehen. Da haben wir einen Schulterchluss. Am augenfäl-

ligsten ist dies in der Abfallpolitik: Gemeinsam wollen wir uns vom Monopol des Dualen Systems verabschieden, und gemeinsam lehnen wir ein Zwangspfand auf Dosen ab.

(Beifall der FDP)

Wir wollen Lizenzen statt Verbote. Wir wollen Eigenverantwortung statt Zwangspfand. Verbraucherschutz ist nicht nur bei der Produktion von Nahrungsmitteln notwendig, sondern auch bei der Produktion von anderen Gütern und Dienstleistungen. Insofern ist eine eingeleitete Zuordnung Landwirtschaft zum Verbraucherschutz auch nicht sehr überzeugend.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger, oftmals unterschätzter Faktor sind Kultur, Malerei, Musik, Theater, Literatur, Bildhauerei, Architektur und die Baukultur in unserem Land. Das alles sind Katalysatoren, die Individualität des Menschen freizusetzen, seinen Intellekt, seinen Geist und seine Seele zu bereichern, zu öffnen für Neues und seine Kreativität anzuregen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Weil diese Faktoren für unsere Gesellschaft von so großer Bedeutung sind, wollen wir den Kultursommer in Rheinland-Pfalz weiter unterstützen.

(Beifall des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Dieser Kultursommer ist ein Markenzeichen. Heute Morgen wurde schon einmal von Markenzeichen gesprochen.

Herr Kollege Böhr, der Kultursommer ist in der Tat ein Markenzeichen für Rheinland-Pfalz geworden.

(Beifall der FDP und der SPD)

Viele Projekte der freien Kunstszene können ohne die Unterstützung des Kultursommers so nicht stattfinden. Doch auch über den Kultursommer hinaus muss die freie Kunstszene stärker gefördert werden. Auch da werden wir den Weg, den wir begonnen haben, fortsetzen. Wir haben eine Kultur, die sehr stark und erheblich subventioniert wird.

(Zuruf von der SPD: Unterstützt wird!)

– Unterstützt wird, je nach Perspektive.

Wenn man die Relationen sieht, muss man sich manchmal die Frage stellen, ob nicht andere Träger der Kunstszene nicht in etwas größerem Ausmaß unterstützt werden sollten.

Bewusst in diesem Zusammenhang möchte ich begrüßen, dass die Landesregierung einen „Runden Tisch Baukultur“ einrichten will, der ein Programm für Baukultur im Sinn eines ganzheitlichen, nachhaltigen Bauens in Rheinland-Pfalz entwickeln soll.

(Vizepräsident Creutzmann übernimmt den Vorsitz)

Die in dieser Legislaturperiode anstehenden Beratungen für ein neues Denkmalschutzgesetz wird die FDP-Fraktion ebenfalls intensiv begleiten. Denkmäler lassen sich nur mit den Eigentümern gemeinsam schützen und nur mit einer effizienten, bürgernahen Verwaltung umsetzen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Wir waren in der Vergangenheit ein maßgeblicher Motor für eine moderne, kostengünstige, effizient arbeitende und bürgerfreundliche Verwaltung.

Wir werden auch in der neuen Legislaturperiode in Rheinland-Pfalz zu den wegbereitenden Modernisierern in Deutschland gehören.

Mit dem neuen Landesbetrieb Straßen und Verkehr sind wir in Rheinland-Pfalz wieder einmal Vorreiter. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir ähnlich wie beim Landesbetrieb „Liegenschafts- und Baubetreuung“ schon bald Nachahmer in anderen Bundesländern finden werden.

(Beifall bei FDP und SPD)

Mit dem Landesbetrieb „Straßen und Verkehr“ ist das richtige Instrument gefunden worden, um die lebenswichtige Mobilität für die Menschen in unserem Land weiter zu verbessern. Für eine Verbesserung der Mobilität wollen wir in Rheinland-Pfalz in den nächsten fünf Jahren über den Haushalt hinaus insgesamt eine Milliarde DM zur Verfügung stellen. Das haben wir im Wahlkampf versprochen, und das halten wir ein.

Besonders wichtig ist der FDP-Fraktion die Abkehr von der Kameralistik und die Einführung eines betrieblichen Rechnungswesens in der Straßen- und Verkehrsverwaltung. Allein dadurch wird der Landesbetrieb „Straßen und Verkehr“ das Kostenbewusstsein schärfen, die Planung verbessern und damit erhebliche Produktionsreserven nutzen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ihr Wunsch, Staupolitik in Rheinland-Pfalz zur Methode werden zu lassen, wird sich leider Gottes nicht erfüllen. Eine Gesellschaft im Aufbruch darf nicht im alltäglichen Verkehrsstau stecken bleiben. Bei so vielen Menschen, die in dem Flächenland Rheinland-Pfalz täglich zu ihrem Arbeitsplatz pendeln, erwarten die Bürger zu Recht, dass die Politik den Dauerstau nicht als Dauerproblem akzeptiert. Mobilität ist ein Schlüssel für den Erfolg des Landes Rheinland-Pfalz im Reigen der europäischen Regionen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Deshalb wird eine Mobilitätsoffensive ein weiteres zentrales Element unserer Arbeit in den nächsten fünf Jahren werden.

(Beifall bei FDP und SPD)

Der neue Landesbetrieb „Straßen und Verkehr“ wird die Aufgabe haben, in einer durchgehenden und nachhaltigen Verbesserung der Qualität vorhandener Straßen und Verkehrssysteme sowie durch die Beschleunigung der Planung und des Baus die Standortqualität des Landes Rheinland-Pfalz weiter maßgeblich zu verbessern.

Wir wollen in den nächsten fünf Jahren aber nicht nur den Zustand der Straßen verbessern. Die liberalen Verkehrsminister unseres Landes haben den öffentlichen Personennahverkehr mit dem Rheinland-Pfalz-Takt auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Der Rheinland-Pfalz-Takt ist zu einem Vorbild für den Personennahverkehr in ganz Deutschland geworden. Wir wollen ihn weiter ausbauen und vor allem mit den Nachbarländern weiter koordinieren und nach vorn bringen. Einen kostengünstigen und hochwertigen öffentlichen Personennahverkehr werden wir erreichen, indem wir noch stärker als bisher auf Wettbewerb setzen.

Im Flugverkehr will die FDP-Fraktion die Entwicklung eines Flughafensystems der beiden Standorte Frankfurt und Frankfurt-Hahn ebenso wie ein Flughafensystem Zweibrücken/Ensheim.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dazu noch einige Anmerkungen machen. Ich bin der Ansicht, dass das Land Hessen über die Fraport AG in die Infrastruktur des Hahn mit investieren sollte und muss.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das liegt im gemeinsamen Interesse beider Bundesländer. Dann müssen diese Chancen auch gemeinsam genutzt werden.

Das gilt meiner Meinung nach im Übrigen auch für die Verbesserung der Anbindung über die Schiene, weil auch in diesem Fall gemeinsame Interessen beider Bundesländer tangiert sind. Ich hoffe, dass wir über die Ländergrenze hinaus zu einer fruchtbaren Kooperation kommen werden.

Die FDP-Fraktion unterstützt nachdrücklich den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt. Diese Unterstützung ist natürlich – wie schon mehrfach gesagt – an das Nachtflugverbot für den Rhein-Main-Flughafen und an die Beteiligung der rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften gekoppelt, wenn es um die Festlegung von Lärmwerten geht.

Die Erreichbarkeit von Frankfurt-Hahn durch Auto und Bahn werden wir durch eine ganze Reihe von Verkehrsmaßnahmen erheblich verbessern. Das funktioniert so schnell, wie die Planungsmöglichkeiten gegeben sind.

Ich bedauere, dass die rotgrüne Bundesregierung den Transrapid auch mit Hilfe deutscher Steuergelder lieber in Schanghai als in Deutschland baut. Die Chinesen setzen sich geradezu euphorisch auf den deutschen Transrapid – und das im doppelten Sinn. Vielleicht lässt sich unsere Bundesregierung ein wenig davon an-

stecken. Die Option eines Transrapids zwischen Frankfurt und Frankfurt-Hahn muss erhalten bleiben.

(Beifall der FDP und des
Abg. Dr. Altherr, CDU)

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz und die FDP-Fraktion haben eine Schlüsselrolle beim Zustandekommen des neuen Staatsbürgerrechts gespielt. Besonders erwähne ich an diese Stelle den leider viel zu früh verstorbenen ehemaligen Justizminister Peter Caesar und Herrn Innenminister Walter Zuber. Die FDP-Fraktion wird auch in Zukunft die politische Diskussion über Zuwanderung und Integration, die wir heute vielleicht nicht so intensiv geführt haben, konstruktiv begleiten.

Bei der Integration von Ausländern in Rheinland-Pfalz leistet die Ausländerbeauftragte einen wichtigen Beitrag. Es sollte darüber nachgedacht werden, inwieweit man im Licht der weiteren Entwicklung dieses Amt und die Zuständigkeit so verändert, dass die bisherige Ausländerbeauftragte Beauftragte für Migration wird. Das scheint mir in der Sache angemessen zu sein.

(Beifall der FDP)

Wo Eigenverantwortung nicht wahrgenommen wird, gewinnt die Rolle des Staates an Bedeutung. Liberale werden niemals zusehen, wenn Menschen das Leben, die körperliche Unversehrtheit und die Rechte eines anderen Menschen mit Füßen treten. Die FDP-Fraktion ist und bleibt Anwalt des Rechtsstaats. Dafür steht in Rheinland-Pfalz Justizminister Herbert Mertin.

(Beifall der FDP)

Wir werden die Freiheitsrechte der Bürger gegenüber dem Staat genauso verteidigen, wie wir mit einem starken Start die Bürger wirksam vor Verbrechen schützen. Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land, und das wird es auch bleiben.

Die Polizei im Land muss sichtbar sein. Deshalb müssen ihre Präsenz in der Fläche und die gute Erreichbarkeit der Polizei für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gewährleistet bleiben. Das heißt auch, dass der Personalbestand der Polizei langfristig erhalten bleiben muss. Die FDP-Fraktion unterstützt nachdrücklich die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Neueinstellungen bei der Polizei, um den Bestand insgesamt zu sichern.

Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten müssen wissen, dass sie sich auf die Landesregierung verlassen können.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ihre Sicherheit hat für uns höchste Priorität. Deshalb muss jeder Polizeibeamte im Außendienst mit einer neuentwickelten schuss- und zugleich stichsicheren Schutzweste ausgestattet werden.

Auch beim Justizvollzug werden wir dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis der Menschen Rechnung tragen. Besonders wichtig ist es der FDP-Fraktion, dass sich die Koalitionspartner darauf verständigt haben, für eine deutliche Personalverstärkung im Justizvollzugsdienst

zu sorgen. Die FDP-Fraktion wird sich massiv dafür einsetzen, für Anwärter im Justizvollzugsdienst die Anwärtersonderzulage wieder einzuführen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz zusammenfassen. Die Globalisierung, Europa, die neuen Informationstechnologien und die Biotechnologie eröffnen für Rheinland-Pfalz geradezu historische Chancen. Im Koalitionsvertrag haben SPD und FDP die Grundlage geschaffen, um durch eine mutige Politik der Neuerung mit mehr Freiheit und Verantwortung für die Bürger diese Chancen zu nutzen.

Wir werden niemals zulassen, dass die Würde des Menschen mit Füßen getreten wird.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir werden die Mobilität in Rheinland-Pfalz in den **nächsten** fünf Jahren weiter erhöhen. Rheinland-Pfalz ist eine Gesellschaft im Aufbruch, die wir nicht im Stau stecken lassen werden.

(Beifall der FDP und der SPD)

Wir gehen neue Wege in der Bildungspolitik, um gemeinsam mit den Arbeitnehmern vor Ort Beschäftigungsbarrieren zu beseitigen. Wir schaffen Rahmenbedingungen für einen weiter erfolgreichen Mittelstand, indem wir ihm zum Beispiel den Zugang zu Wagniskapital erleichtern.

Wir setzen mit dem Angebot von Ganztagschulen ein wichtiges familienpolitisches Signal. Wir unternehmen mit der Errichtung von Eliteschulen geradezu einen Quantensprung in der deutschen Bildungspolitik.

(Beifall der FDP)

Wir setzen auf ein gesellschaftliches Klima, das die Chancen neuer Technologien sieht und nicht immer nur die Risiken. Wir setzen die Verwaltungsmodernisierung konsequent fort und verabschieden uns mit dem neuen Landesbetrieb für Straßen und Verkehr einmal mehr von der alten Kameralistik.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Die SPD/FDP-Koalition war in den **letzten** zehn Jahren eine Erfolgsstory. Mit dem Mut zur Neuerung und manchmal auch zu unbequemen Entscheidungen werden wir diese Erfolgsgeschichte in den **nächsten** fünf Jahren weiterschreiben.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir so verfahren, bin ich mir sicher, dass wir die richtige Mischung zwischen Kontinuität und Wagnis bekommen werden. Dann werden wir auch in fünf Jahren angemessene Umfrageergebnisse bekommen.

Ich bedanke mich.

(Anhaltend Beifall der FDP
und der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich begrüße sehr herzlich weitere Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt Waldsee.

(Beifall im Hause)

Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Herr Kurt Beck.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir nach diesem ersten Teil der Debatte zur Regierungserklärung zunächst einmal ein Wort des Dankes an Sie, Herr Kollege Mertes, und an Sie, Herr Kollege Kuhn, für die Unterstützung der Politik, die ich namens der Landesregierung gestern umrissen habe. Ich habe in der weiteren Debatte in dem, was Herr Kollege Dr. Böhr und was Frau Kollegin Thomas gesagt haben, durchaus eine Reihe von Ansätzen gefunden, die der Diskussion, aber auch den gemeinsamen Anstrengungen eine Grundlage geben können. Dafür bedanke ich mich. Wir werden uns selbstverständlich seitens der Landesregierung bemühen, an diese Punkte anzuknüpfen.

Meinerseits betone ich noch einmal, dass das, was an Tönen da und dort im Wahlkampf aufgekommen ist, mit dieser Debatte beendet sein sollte. Das ist von den verschiedenen Seiten betont worden. Von meiner Seite aus möchte ich es auch noch einmal betonen.

(Beifall der SPD, der FDP
und bei der CDU)

Herr Kollege Dr. Böhr, mir ist es allerdings wichtig, auf einen Punkt einzugehen, den Sie angesprochen haben. Sie haben bezogen auf ein Zitat deutlich gemacht, dass nicht alle dasselbe wollen sollten, weil ansonsten die Diskussion verkürzt würde und nicht optimale Ergebnisse erreicht werden könnten. Ich sehe das anders. Ich sehe meine Aufgabe darin, überall dort, wo es Chancen gibt, unterschiedliche Interessen in der Gesellschaft in diesem Land Rheinland-Pfalz zusammenzuführen, diese auch zu ergreifen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Mein Eindruck ist, dass eine solche Herangehensweise an die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes Rheinland-Pfalz auch gewünscht ist und exakt dieses Bemühen, das nicht immer erfolgreich sein kann – das will ich ausdrücklich einräumen –, mit einer Grundlage für die Bestätigung dieser Regierung gewesen ist. Insoweit betrachte ich meine Art und Weise, die politischen Herausforderungen anzugehen, als von den Bürgerinnen und Bürgern durch die Wahl am 25. März ausdrücklich bestätigt.

Ich sage aber auch noch ein Zweites: Ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass es nicht Aufgabe einer Regierung sein kann, sozusagen an die Seite zu rücken, damit

für die Opposition Platz zur Profilierung bleibt. Das kann wirklich kein Verlangen sein, das man an uns ernsthaft herantragen kann. Sie sind Herausforderer – das ist in Ordnung und legitim –, aber Sie müssen sich Ihre Spielfelder und Ihre Positionierungen selbst aussuchen und nicht sozusagen auf unserem Buckel reklamieren.

(Starker Beifall der SPD
und der FDP –
Zurufe des Abg. Wirz, CDU)

– Lieber Herr Kollege Wirz, Ihre Zwischenrufe machen deutlich, dass Sie Ihrem Fraktionsvorsitzenden nicht zugehört haben; denn sonst könnten Sie diese Zwischenrufe nicht machen.

(Wirz, CDU: Sie haben
nicht zugehört!)

– Ich habe sehr aufmerksam zugehört. Davon können Sie ausgehen.

(Keller, CDU: Aber nicht
alles verstanden!)

– Herr Kollege Keller, wenn ich etwas nicht verstehe, dann kann ich immer noch Sie fragen. In meinen bitteren Stunden denke ich immer daran.

(Heiterkeit und Beifall bei
SPD und FDP)

Die Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit, die Sie in diesem Parlament ausstrahlen, ermuntern einen auch, Sie zu fragen.

(Heiterkeit und Beifall bei
SPD und FDP –
Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

– Herr Lelle, ich kann nicht noch freundlicher sein. Das ist doch fast nicht mehr möglich.

Das ist mir schon wichtig, weil meiner Meinung nach das Bemühen der Regierung um einen breiten gesellschaftlichen Konsens für die eigene Politik kein Anlass dafür ist, eine grundsätzliche Kritik an diesem Bemühen zu üben. Das möchte ich nicht so stehen lassen. Deshalb diese Bemerkung.

Dann gab es einen **zweiten** zentralen Vorhalt, nämlich den der Unverbindlichkeit. Ich weiß, dass man sich natürlich als Oppositionsführer nicht hierhin stellen und die Vorstellungen der Regierung loben kann. Das ist nicht seine Aufgabe. Das respektiere ich natürlich. Ist denn das, was wir zum zentralen Ansatz der Bildung gesagt und auf den Weg gebracht haben, unverbindlich?

(Zuruf von der CDU: Ja!)

– Lieber Kollege, auch Ihnen würde es gut tun, wenn Sie aktiv mitmachen, mich aber wenigstens den Satz zu Ende sagen lassen, bevor Sie einen bewertenden Zwischenruf machen. Das sollten wir uns meiner Meinung nach gegenseitig einräumen.

Ist es unverbindlich, wenn ich unterlegt mit Zahlen und Fakten zum Stichwort Unterrichtsausfall gesagt habe: Wir werden die Lehrerfeuerwehren ausbauen. – Ist das unverbindlich oder klar? Wir werden den Schulen 30 Millionen DM pro Jahr zur Verfügung stellen, damit sie aus eigener Kompetenz heraus kurzfristigen Unterrichtsausfall abfedern können. Ist es unverbindlich oder klar, wenn ich Ihnen gesagt habe, dass unser zentrales schulpolitisches Reformziel, nämlich die Ganztagschule einzuführen, in Schritten mit 30, 70, 100 und 120 Millionen DM in den nächsten Jahren finanziert wird? Selbstverständlich muss ein solches Konzept aufgebaut werden. Kein Mensch kann 300 Schulen auf einmal in diese neue Schulform überführen. Das hat wohl auch niemand ernsthaft erwartet.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, im Übrigen habe ich exakt während der gesamten Wochen des Wahlkampfes gesagt, dass das mit einem Unterschied so ablaufen wird. Wir sind nämlich zu Anfang der Diskussion, die wir natürlich auch verdichtet haben und zu der wir auch genaue Untersuchungen angestellt haben, von 100 Millionen DM an Kosten im Endausbau dieser Entwicklung ausgegangen. Wir wissen jetzt, es bedarf 120 Millionen DM, um diese 300 Schulen in Ganztagschulform anbieten zu können. Das ist die Abweichung. Unklar? Undeutlich? Unverbindlich? Das kann ich nicht erkennen. Klarer kann man meiner Meinung nach in einer Regierungserklärung solch zentrale Fragen nicht umreißen.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, nämlich unser zentrales Ziel, die Mobilität zu erhöhen. Dazu ist eine verbindliche Zahl – sie ist x-mal genannt worden –, nämlich diese 1 Milliarde DM genannt worden. Wir haben auch deutlich gemacht, auf welche Art und Weise wir diesen Weg gehen wollen. Ich bin froh darüber, dass es offensichtlich auf breite Zustimmung in diesem Hause stößt, sich darüber Gedanken zu machen, effizienzsteigerndere Formen der Unterhaltung und des Baus – in diesem Fall von Straßen, in einem anderen Fall von Hochbauten, in einem dritten Fall der universitären Verantwortung und in einem vierten Fall der Landeskliniken usw. – zu erreichen, indem man auf solche neuen Wege setzt.

Ich finde, das ist klug und in Ordnung. Das ist kein leichter Weg. Der leichtere Weg ist immer, die eingefahrenen Gleise weiter zu befahren und zu sagen: Das geht. Das geht nicht. – Wenn die Gleise allzu eingefahren sind, kann man in der Tat nicht mehr heraus. Jetzt können wir noch heraus. Deshalb werden wir diesen Weg wählen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Unverbindlichkeit war der Vorhalt, der mir gemacht worden ist.

Ich komme zum dritten Punkt, der Inneren Sicherheit. Ich habe Zahlen gestützt auf das genannt, was Herr Kollege Zuber in seinem Haus an Notwendigkeiten und Möglichkeiten ermittelt hat, nämlich wie viele Polizeibe-

amtinnen und Polizeibeamten in den kommenden Jahren jeweils in die Ausbildung und wie viele Angestelltenstellen zusätzlich zur Entlastung der gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten pro Jahr eingestellt werden, nämlich 25. Das ist in Zahlen nachlesbar. Wieso sagen Sie in einem dritten zentralen Bereich unserer Politik das Wort „unverbindlich“?

Zur Arbeitsmarktpolitik, einem vierten zentralen Bereich, ist expressis verbis deutlich gemacht worden, wie wir uns die Mittelstandsförderung als zentralen Teil der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaftspolitik in diesem Land, die nicht trennbar sind – das ist eine Einheit; das ist überhaupt keine Frage –, vorstellen. Wir stellen sie uns im Wesentlichen nicht anders als bisher vor, weil diese Politik erfolgreich war. Warum soll man eine Politik, die erfolgreich war und die uns hinsichtlich der Gründung neuer Unternehmen in die Spitzengruppe der Länder in Deutschland geführt hat, ändern? Das müssten Sie schon begründen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Am Ende des Jahres bilanziert, steht Rheinland-Pfalz mit 15 Unternehmen gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 10 Unternehmen eindeutig in der Spitzengruppe. Ich finde, dann darf man von einem Gründerland Rheinland-Pfalz reden. Diesen Weg wollen wir weiter miteinander gehen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Auch an dieser Stelle gilt – auch das können Sie in der Koalitionsvereinbarung nachlesen –: Nichts ist so gut, dass man es nicht immer wieder überprüfen muss. – Deshalb werden wir natürlich all die Förderprogramme auf den Prüfstand stellen und schauen, ob wir das eine oder andere auch im Licht der Veränderungen, die sich natürlich ergeben – das ist kein statischer, sondern ein dynamischer Prozess in der Wirtschaft –, anpassen, verändern oder neue Akzente setzen müssen. Das ist doch ganz selbstverständlich. Das nehmen wir uns auch vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinn angesprochen. Ich bin der Letzte, der die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen auf das reduzieren will, was – der Kollege Merthes hat Recht – manchmal ein bisschen abwertend zweiter Arbeitsmarkt genannt wird.

Natürlich muss zunächst einmal über das Funktionieren der Wirtschaft dafür gesorgt werden, dass Menschen Chancen haben, Arbeit zu bekommen. Das ist ein zentrales Ziel. Wir wissen auch, dass es viele Menschen gibt, die ohne eine besondere Hilfe und Unterstützung nicht in der Lage wären, angebotene Arbeitsplätze anzunehmen oder auszufüllen. Denen müssen wir doch eine Chance und Hilfe geben, damit sie diese Möglichkeiten, die sich eröffnen, auch ergreifen können. Ich finde, dass sich das, was unter der Verantwortung des Kollegen Gerster auf den Weg gebracht worden ist, sehen lassen kann. Wir hätten in Rheinland-Pfalz ohne diese besonderen Anstrengungen 20.000 Menschen weniger in Arbeit.

Meine Damen und Herren, die Arbeitslosenquote würde in Rheinland-Pfalz ohne diese Anstrengungen um 0,6 % höher liegen. Das sind nicht unsere Zahlen, sondern die der Arbeitsverwaltung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wie gehen wir unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit mit denen um, die besonders benachteiligt sind oder besonders harte Schläge hinnehmen mussten? Ohne diese besonderen Anstrengungen hätten wir 15.000 Menschen mehr in der Sozialhilfe. Deshalb sage ich auch an dieser Stelle: Natürlich werden wir uns Neues einfallen lassen. – Die Beschäftigungsagentur ist ein Beispiel dafür.

Wenn sich jemand hierhin stellt und sagt, euch ist nichts anderes eingefallen als die Beschäftigungsagentur, dann muss man, Frau Kollegin Thomas, schon sagen, dass man nicht gelesen hat, was da steht, oder man hat es bewusst missverstanden. Das finde ich ärgerlich, weil es gegenüber den Menschen zynisch ist, die über „Arbeit statt Sozialhilfe“ und viele andere Programme heute wieder in Arbeit und aus der Sozialhilfe herausgekommen sind. Das sollten Sie sich sagen lassen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Kollege Dr. Braun, es ist nun einmal so. Die Fakten sind so. Die können Sie alle nachprüfen. Ich finde, man darf nicht so tun, als wäre ein Beispiel für das Ganze zu setzen. Das ist unredlich. Das nehme ich jemand ab, der nicht die intellektuellen Fähigkeiten von der Kollegin Frau Thomas hat und sagt: Na ja, es ist halt so. Man kann sich einmal irren. – Sie wissen, was Sie sagen. Davon bin ich überzeugt. Deshalb finde ich, dass es zynisch ist, wie Sie das gemacht haben. Ich erlaube mir, das auch so zu nennen.

(Zuruf der Abg. Frau Grütmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auch ein Wort zur Frage sagen, wie wir den Arbeitsmarkt in der Zukunft miteinander organisieren. Dazu gehören sehr viele Ansätze. Dazu gehört eine Kultur der Selbstständigkeit. Ich bin froh darüber – das kann auch keine Fehlentwicklung sein –, dass wir in den vergangenen Jahren wieder mehr junge Menschen an den Hochschulen und in den Ausbildungsstätten haben, die sagen, mein Ziel ist es, mich selbstständig zu machen. Ich finde, das ist eine gute Entwicklung. Wir sollten sie weiter fördern.

Wir sollten versuchen, über diese Gründung von selbstständigen Existenzen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund von Rationalisierung, Automatisierung und entsprechenden Wettbewerbssituationen von Verlagerungen von Arbeitsplätzen in andere Länder mit anderen Lohnstrukturen betroffen waren, neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze zu fördern und zu unterstützen. Es gehört natürlich dazu, dass wir auf das, was sich am Arbeitsmarkt in vielfältiger und vielschichtiger Weise tut, flexibel reagieren. Auf das Wort Flexibilität wie

der Pawlow'sche Hund zu reagieren, halte ich für eine völlig falsche Grundeinstellung.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wenn ich das sage, geht das in jede Richtung. Das gilt genauso für diejenigen, die mir sagen, das darf alles nicht sein, dass man irgendwo einen Millimeter von Regelungen abweicht, weil man weiß und wir alle im Saal wissen, dass an vielen Stellen exakt dies getan wird. Ohne die Flexibilität der Betriebsräte würde es eine Vielzahl von Unternehmen in Rheinland-Pfalz nicht mehr geben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, an vielen Stellen waren die Betriebsräte diejenigen, die am Ende manchmal leider auch nur noch Ansprechpartner für den Konkurs- oder den Insolvenzverwalter gewesen sind. Wir haben auch viele dieser Unternehmen über die Runden gebracht, und zwar natürlich auch mithilfe des Landes Rheinland-Pfalz und seiner Bürgerschaftsprogramme. Sie alle kennen die Beispiele, die es quer durch das Land gibt.

Diese Art der Flexibilität und um die Erhaltung von Arbeitsplätzen zu ringen, lasse ich mir nicht von irgendjemandem als ein Fehlverhalten ankreiden. Das will ich ganz deutlich sagen.

Diejenigen auf der Verbands- und der Arbeitgeberseite, die immer die ausgestreckte Hand ergreifen und den ganzen Arm an sich ziehen wollen und Grundforderungen nach der Aufgabe des Flächentarifvertrags und Ähnliches daranknüpfen, leisten einen Beitrag dazu, dass die notwendige Flexibilität mit so viel Skepsis auf der Arbeitnehmerseite betrachtet wird. Das ist die zweite Seite der gleichen Medaille.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich habe nie etwas anderes gesagt, übrigens auch nicht in Frankenthal. Ich sage das, damit alle beruhigt sind, die sich Sorgen machen. Im Übrigen gilt das, was wir miteinander vereinbart haben. Wenn man zu einem Thema eine Enquete-Kommission ins Leben ruft, ist klar, dass dies ein Thema ist, das dort untersucht werden soll. Wir werden am Ende sehen, welche Ergebnisse dabei herauskommen. Ein viel zu kurzer Sprung wäre, die Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz im neuen Jahrhundert nur unter dem Gesichtspunkt der Flexibilität zu untersuchen.

In die Überlegungen gehören alle Elemente der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie der Wettbewerbsbedingungen in Deutschland und im Besonderen in Rheinland-Pfalz hinein, und zwar in vollem Respekt vor den Regelungen, die uns unsere Gesetze und beispielsweise auch die Tarifautonomie auferlegen. Hier gibt es für mich überhaupt keine Zweifel. Nicht anders habe ich in Frankenthal bei der IG Metall argumentiert. Alle Interpretationsversuche, die etwas anderes deutlich machen, können allenfalls auf Zeitungsberichte gestützt sein, die manchmal die Dinge – ich sage nicht, dass sie falsch sind – etwas verkürzt darstellen.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen. Es ist über die Frage der finanziellen Solidität dieses Landes Rheinland-Pfalz gesprochen worden und sozusagen infrage gestellt worden, dass wir aufgrund dessen, was an Entwicklungen finanzpolitischer Art in den letzten zehn Jahren aufgezeigt worden ist, in der Lage wären, die Dinge in Ordnung zu bringen. Es ist so getan worden, als wären die Verbesserungen hinsichtlich der zukünftigen Haushaltserwartungen nur einnahmeseitig und dort wiederum nur bedingt durch den Länderfinanzausgleich gekommen. Das ist eine unzulässige Verkürzung der Realität.

Meine Damen und Herren, die Wirklichkeit lautet: Der Finanzplanungsrat hat uns 1997 vorgegeben – Herr Kollege Jullien, Sie kennen die Zahlen sicherlich –, nicht über eine Wachstumsmarke von 2 % bei den Ausgaben hinauszugehen. Ich möchte dem nun die Ausgabenmarke in Rheinland-Pfalz gegenüber stellen.

Wir haben in den letzten fünf Jahren im Schnitt ein Ausgabenwachstum von 1,3 % gehabt. Wenn Sie die letzten vier Jahre betrachten – das Jahr 1996 ist in diesem Zusammenhang durchaus nicht ganz zu Unrecht gegebelt worden –, sind wir bei einem Ausgabenwachstum von 0,6 %, meine Damen und Herren. Wenn Sie mir nun sagen, dies sei kein Konsolidierungseffekt und habe nichts mit politischer Verantwortung und politischem Handeln zu tun, dann muss ich sagen, das glauben Sie doch selbst nicht. Das ist die Realität, und das ist die Wahrheit. Diese beiden Komponenten gehören zusammen, nämlich das, was auf der Einnahmen- und auf der Ausgabe Seite passiert ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP –
Jullien, CDU: Fragen Sie einmal
den Rechnungshof!)

Vor diesem Hintergrund erklärt sich das, was wir an Prognosen und Erwartungen hinsichtlich der Entscheidung sehen, dieses Land Rheinland-Pfalz ab dem Jahr 2006 mit einem Haushalt zu regieren, der ohne Nettoneuverschuldung auskommt. Wir hatten uns eine mittelfristige Finanzplanung erstellt, die wir um zwei Jahre nachrichtlich verlängert haben. Dies alles wurde debattiert.

Diese mittelfristige Finanzplanung sah ursprünglich für das Jahr 1999 eine Nettokreditaufnahme in der Größenordnung von 1,567 Milliarden DM vor. Durch die soeben geschilderten Maßnahmen haben wir das, was wir an zusätzlichen Krediten aufnehmen mussten, auf 1,289 Milliarden DM reduziert.

Im Jahr 2000 ist es uns gelungen, anstatt der vom Haushaltsgesetzgeber genehmigten 1,549 Milliarden DM Neuverschuldung nur 936,4 Millionen DM Neuverschuldung zu benötigen. Wenn Sie eine solche Linie fahren – ich habe sie mir graphisch herausgestellt –, so ergibt dies bei vertretbaren Größenordnungen der Ausgaben- und Einnahmementwicklung, die zugrunde gelegt werden, eben nicht eine Linie bis 2008, sondern dann hat man die Chance, dies zum Jahr 2006 zu schaffen, ohne dass man Vollbremsungen machen muss und politisch unverantwortlich handelt. Das ist die zugegebenermaßen ehrgeizige, aber auch seriös erreichbare Zielmarke,

die ich Ihnen gestern in meiner Regierungserklärung vorgetragen habe. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Herr Kollege Böhr hat kritisiert – ich will keinem Argument ausweichen; wie käme ich denn dazu –, dass ich sagte, dies gelte unter bestimmten Bedingungen, nämlich dass die mittelfristige Steuerschätzung, die in der letzten Woche vorgelegt worden ist, natürlich nur „Pi mal Daumen“ eintrifft.

Aber, mit Verlaub! Das ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit. Wenn wir in der Tat, was wir nicht hoffen und was Gott sei Dank auch nicht real ansteht, einen gravierenden, weltweit verursachten, völligen Zusammenbruch der Konjunktur bekämen, bei dem wir bezüglich der Ursachenbekämpfung nur Marginales tun könnten, natürlich gelten dann solche Planungswerte nicht mehr. Wer etwas anderes vermutet, redet doch wirklich an der Realität vorbei. Natürlich muss man immer diesen Vorbehalt machen.

Wenn der liebe Gott einen von uns vorzeitig abruft, wird er für das, was in den nächsten Jahren passiert, auch nicht mehr gerade stehen können. Natürlich ist es immer nur unter menschlichem Ermessen und nach ordnungsgemäßem Anlegen der heute erkennbaren Parameter möglich, ein solches Ziel zu erreichen. Deshalb habe ich den Vorbehalt sauberer- und ordnungsgemäßerweise aufgenommen. Ich finde, dies gehört zu einer anständigen Debatte mit dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Übrigen möchte ich zu dem eine Anmerkung machen, was mit in diese Diskussion hinein gehört und was heute ebenfalls etwas süffisant angemerkt worden ist. Es wurde festgestellt, dass wir zum Länderfinanzausgleich eine Position vertreten haben, die lautet, dass es dort keine Gewinner und keine Verlierer geben soll. Das ist nicht meine Erfindung. Das ist ein Beschluss aller 16 Ministerpräsidenten und der Ministerpräsidentin.

Das ist die Grundformel, auf die wir uns zunächst einmal geeinigt haben. Sie entspringt nicht in erster Linie der Not des Landes Rheinland-Pfalz, sondern der Grundnot der Haushaltsnotlagenländer Saarland und Bremen, die ansonsten überhaupt nicht mehr hätten weiterreden können, da dies de facto ein Aus für diese Länder sowie ein fiskalisch erzwungenes Handeln hin zur Länderneugliederung bedeutet hätte.

(Jullien, CDU: Gestern war es noch Ihre Formel,
dass es keine Gewinner und keine Verlierer
geben darf, Herr Ministerpräsident! –
Zurufe von SPD und FDP –

Itzek, SPD: Das ist doch Mehrzahl,
Herr Jullien!)

– Lieber Herr Kollege! Der Finanzminister dieses Landes und sein Staatssekretär haben die entscheidenden Grundlagen dafür gelegt, dass wir in Wiesbaden bei einer Ministerpräsidentenkonferenz über ein Wochenende hinweg zum ersten Mal auf Rahmendaten gekommen sind, die eine Chance beinhaltet haben, dass wir uns

einigen können. Von den **so genannten** Geberländern sind einige Rahmenvoraussetzungen formuliert worden, die am Ende eine Einigung nicht möglich gemacht haben, weil die Parameter so waren, dass man die Quadratrate des Kreises hätte erreichen müssen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Auf dieser Basis haben wir uns zwischenzeitlich weiter bewegt, und – ich hoffe, es bleibt dabei – es besteht die Chance, dass sich der Bund bewegt, und zwar nicht unmaßgeblich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, dass man sich dort bewegt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte nun keine Fachdebatte über den Länderfinanzausgleich anzetteln. Aber nachdem diese Dinge von Ihnen so konkret **infrage** gestellt werden, möchte ich sagen, dies bedeutet für uns, dass wir uns in etwa bei einem Korridor von +/- 12 DM, also bei einer Abweichung von 12 DM vom Durchschnitt bei denjenigen, die geben, und bei denjenigen, die nehmen, bewegen und in etwa in dieser Größenordnung bleiben, weil sich zwischenzeitlich auch andere Parameter, wie beispielsweise die Anrechnung der Finanzkraft der Kommunen, verändert haben und man offensichtlich bereit ist, über die 50 %-Marke nach oben zu gehen.

In dieser Frage ist eine Menge in Bewegung gekommen, und ich sage in aller Bescheidenheit – die Vereinbarungen sind noch nicht unterschrieben, und man darf das Fell immer erst dann verteilen, wenn der Bär erlegt ist –, wir haben Bewegung in diese Sache hineinbekommen. Dies ist eine gute Chance für unser Land, aber es ist auch so, dass wir die Ausgangsformel in der Tat durch unsere Vorschläge mit geprägt haben und dass auf dieser Grundlage eine Einigung von – wie ich noch immer hoffe – 16 zu 0, also eine Einigung aller 16 Bundesländer, erreicht werden kann, damit wir nicht erneut beim Bundesverfassungsgericht landen. Ich sage dies, damit nicht solche Legenden zu Fragen gestrickt werden, die allerdings für Rheinland-Pfalz von elementarer Bedeutung sind.

Ich möchte niemandem zu nahe treten, aber das, was seitens der CDU-Fraktion vor einigen Monaten als Modell zum Länderfinanzausgleich vorgelegt worden ist, hätte den Ruin dieses Landes bedeutet, meine Damen und Herren. 3 Milliarden DM hätten uns gefehlt!

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU –

Dr. Weiland, CDU: Das ist blanker Unsinn! –

Dr. Gölter, CDU: Das ist zu einfach, Herr Ministerpräsident! Das ist jetzt zu einfach!

– Das stimmt exakt!

(Dr. Weiland, CDU: Nein, das ist
blanker Unsinn! –

Dr. Gölter, CDU: Nein, das ist jetzt
zu einfach!)

– Nein, es ist nicht zu einfach. Nein, nein, Herr Dr. Gölter.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

– Ich sage zum ersten Mal etwas dazu. Es war ein schönes, theoretisch funktionierendes, aber in der Praxis für das Land Rheinland-Pfalz ruinöses Modell, das Sie vorgelegt haben. Das haben Sie sich von einem Wissenschaftler aufreden lassen, der nicht unsere Interessen im Auge gehabt hat.

(Beifall der SPD und der FDP –
Dr. Gölter, CDU: Nein, nein, nein!)

Wir werden dazu noch Debatten führen und können dies im Detail auseinander pflücken. Ich sage Ihnen, es ist exakt so, wie ich es Ihnen sage. Es war ein gewagtes Spiel, das Sie damals betrieben haben, meine Damen und Herren. Wir haben Ihnen nur leise widersprochen, weil wir kein Interesse daran hatten, die Positionen des Landes Rheinland-Pfalz auseinander zu dividieren.

Aus bayerischer oder aus hessischer Sicht hätte ich das, was Sie damals vorgelegt haben, noch verstanden. Aber aus rheinland-pfälzischer Sicht wäre es verheerend gewesen, wenn Sie so gehandelt hätten oder hätten handeln können. Das muss man einmal sagen dürfen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

- Ich finde es immer schön, wenn wir engagiert miteinander diskutieren. Schauen Sie es sich noch einmal an, Herr Dr. Gölter.

Frau Thomas, ich möchte noch zu dem Stichwort „Zuwanderung“ ein Wort sagen, weil ich kritisiert worden bin, dass es in der Regierungserklärung keine Rolle gespielt habe bzw. wichtige Themenbereiche nicht angesprochen worden wären. Ich möchte es jetzt nicht noch einmal wiederholen. Dieser Bereich umfasst fast zwei Seiten der Regierungserklärung, und zwar die Seiten 55 und 56 meines Manuskripts. Lesen Sie es einmal nach.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist nicht ausreichend!)

- Ja gut, man kann immer sagen, es ist nicht ganz ausreichend. Wenn man ein Manuskript von rund 80 Seiten hat und davon zwei Seiten zu einem solchen Thema sind, dann kann man immer sagen, es müsste mehr sein. Das will ich gar nicht bestreiten.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Jetzt akzeptieren Sie es doch einmal,
dass es nicht stimmt, was Sie sagen;
das ist doch auch eine Möglichkeit!)

- Lesen Sie es doch nach. Es sind die Seiten 55 und 56. Es sind zwei Seiten. Ich räume Ihnen doch ein, dass Sie andere Schwerpunkte haben. Das akzeptiere ich und

möchte deshalb in der Sache auf das eingehen, was Sie hier angesprochen haben. Aber zu sagen, da wäre nichts gesagt worden, das stimmt schlicht und einfach nicht.

Ich möchte zunächst einmal ein Wort zu der heftigen Kritik sagen, die Sie an der Abschiebebehafteinrichtung in Ingelheim geübt haben. Ich meine, dass es niemanden in diesem hohen Hause gibt, der es sich damit leicht macht, dass Menschen, die nicht kriminell aufgefallen sind, in eine besondere Art von Gewahrsam genommen werden müssen. Damit macht es sich niemand leicht. Aber Sie wissen auch, dass es nicht so ist, dass jemand, der nach entsprechender rechtlicher Prüfung und nach Abschluss des Rechtswegs – es ist meistens ein umfangreicher Rechtsweg – dann schon in einen solchen Gewahrsam genommen wird. Vielmehr gibt es dort in allen Fällen beharrliche Weigerungen, auszureisen. Häufig ist auch ein Entzug vor dem Abschieben vorausgegangen, bevor eine solche Entscheidung getroffen wird. So ist das, meine Damen und Herren.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt so nicht!)

Meine Damen und Herren, es hat keinen Sinn, dass wir uns untereinander in gute Menschen und schlechte Menschen unterscheiden, die leichtfertig mit den Menschenrechten umgehen. Das ist wirklich nicht so. Das sollten wir uns gegenseitig abnehmen. Ich nehme es Ihnen auch ab, dass Sie es mit Ihrer Sorge ernst meinen. Aber wir sollten uns gegenseitig abnehmen, dass wir mit solchen Dingen nicht leichtfertig umgehen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Frau Kollegin Grützmacher, ich weiß um Ihr besonderes Engagement in diesem Bereich. Wir haben auch versucht, das eine oder andere gemeinsam im Interesse von betroffenen Menschen auf den Weg zu bringen. Es kann und darf aber nicht so sein, dass diejenigen, die eine gewisse Raffinesse an den Tag legen, sich einer Entscheidung zur Abschiebung entziehen und dann gegenüber denjenigen Personen bevorteilt sind, die einer solchen Aufforderung dann Folge leisten. Das kann auch nicht sein.

(Beifall bei SPD und FDP und des
Abg. Bischel, CDU –

Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Trauen Sie sich zu, das zu unterscheiden)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Sie haben das Stichwort der Wahl der Ausländerbeiräte aufgenommen. Ich finde, dass man nicht davon reden kann und darf, wenn man die Realität dessen sieht, was wir beabsichtigen, die Ausländerbeiräte würden damit geschwächt oder gar abgeschafft. Ich finde, dass es im Interesse gerade der Menschen ist, die sich für ihre eigenen Interessen in der Kommunalpolitik engagieren wollen, dass wir dort nicht weiter ein solches Gewürge zulassen, wie wir es bisher hatten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es gab eine Wahl mit geringer Beteiligung, dann noch eine Wahl mit noch weniger Beteiligung. Das kann doch nicht sein. Das wertet doch am Ende diejenigen in ihrer Arbeit ab, die sich dort engagieren und gewählt werden.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber die Ausländerbeiräte schlagen
andere Wege vor!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb sagen wir, wenn weniger als zehn Prozent der wahlberechtigten ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger an einer solchen Wahl teilnehmen, dann ist dies auch eine Entscheidung, nämlich die, dass sie diese Art der Vertretung mehrheitlich, und zwar mit größter Mehrheit, nicht wünschen. Das muss man akzeptieren. Man muss es auch deshalb akzeptieren, weil sie ansonsten eine Repräsentanz in diesem Ausländerbeirat hätten, die so schmal angelegt ist, dass dies am Ende mehr Konflikte erzeugen könnte, als dass Konflikte gelöst würden. Das muss nicht so sein, aber das kann so sein. Sie wissen, was ich damit meine. Es gibt dann ethnische Minderheiten, die dominant auftreten könnten, sodass am Ende mehr Unfrieden herauskommen könnte, ohne dass jemand dies absichtlich so wollte. Es wäre dann letztendlich nicht so, dass sie befriedend wirken und sich in unsere Gesellschaft einbringen würden. Das war unsere Motivation, nichts anderes. Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist richtig.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es ist und bleibt richtig, dass wir ausführlich diskutiert haben und mit den kommunal Verantwortlichen auch diskutieren werden, dass wir gerade dort, wo Ausländerbeiräte auf eine solche Art und Weise nicht zustande kommen, den Hauptwahlbeamten, also den Landrätinnen und Landräten, den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern und den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern empfehlen werden, besondere Wege zu suchen, um die Interessenslage der Nichtdeutschen, die dort leben, auch mit einzubeziehen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist in Ordnung!)

Ich möchte jetzt noch einmal die große Oppositionsfraktion in diesem Hause ansprechen. Ich hätte mir gewünscht, dass zu unserer Initiative, die wir bundesweit verankern müssen, etwas gesagt worden wäre, nämlich nach einer Aufenthaltsdauer, wie sie auch allgemein Grundlage für die Einbürgerung sein kann, eine Möglichkeit des kommunalen Wahlrechts für nicht EU-Ausländer einzuräumen. Ich hätte mir gewünscht, dass sich die Union dazu positionieren würde. Ich finde, das ist ein interessanter Punkt. Sie haben sich sehr intensiv um Integration bemüht und dazu Vorschläge gemacht. Das will ich ausdrücklich respektierend aufnehmen. Das hat auch bei uns Diskussionen mit ausgelöst. Es ist doch ganz selbstverständlich, dass wir da auch aufeinander hören. Ich denke, an dieser Stelle müsste ein Zeichen gesetzt werden.

Ich folge im Übrigen nicht der Rechtsauffassung, dass ein solcher Weg gegen Artikel 20 des Grundgesetzes

verstoßen würde, also nicht machbar wäre. Ich glaube, dass wir uns bei der kommunalen Mitentscheidung ganz klar in einem nicht staatlichen Bereich bewegen und aus diesen Gründen ein solcher Vorschlag auch realistisch in Deutschland umgesetzt werden kann. Ich lade Sie ein, diese Diskussion offen miteinander zu führen, weil sie auch eine Öffnungsdiskussion, eine Einstiegsdiskussion zu einer anderen Form der Integration von Menschen ist, die nicht deutschstämmig sind.

Wenn die Kommission unter Leitung von Frau **Süssmuth** im Sommer diesen Jahres ihre Vorschläge unterbreitet, dann müssen wir zu einer Diskussionskultur um solche Fragen miteinander kommen. Wenn wir eine Diskussion um eine solche Frage in einer Art und Weise führen würden, dass diejenigen profitieren, von denen wir alle nicht wollen, dass Sie davon profitieren, nämlich die ganz rechts außen, dann wäre das das Schlimmste, ohne dass es jemand möchte.

(Beifall bei SPD und FDP)

Frau Kollegin Thomas, im Übrigen halte ich es im Interesse des europäischen Integrationsprozesses für notwendig, dass wir es uns nicht so leicht machen können, zu sagen: Ich will einmal sehen, wie das mit der Freizügigkeit ist. Wirtschaftsgüter und Kapital Ja, Menschen Nein oder nur ein bisschen. Natürlich müssen wir daran denken, wie es denn in Schwerin aussehen würde, wenn wir von jetzt auf gleich bei einem Beitritt Polens in die Europäische Union die volle Freizügigkeit herstellen würden. Das kann doch niemand wollen. Das muss doch dort in einem solchen Bereich bedeuten, dass wir einen Rückschlag in der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Entwicklung erleben würden, der nicht zu verkraften wäre. Weil man solche Wege auch so gehen muss, dass die Menschen bei uns sie auch mitgehen wollen und sie diesen europäischen Integrationsprozess der mittel- und osteuropäischen Völker als eine Bereicherung empfinden, müssen wir stufenweise vorgehen. Ich bin fest davon überzeugt, das hat nichts mit dem Zurücksetzen der Menschen hinter wirtschaftliche oder fiskalpolitische Entwicklungen und Entscheidungen zu tun, sondern liegt im Interesse der Menschen. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich will diese Diskussion jetzt nicht weiter intensivieren, aber ich wollte doch darauf eingehen, weil kritisiert worden ist – es ist wahr, man kann zu solchen Fragen immer intensiver und ausführlicher Stellung nehmen –, dass dies Ihrer Meinung nach eben nicht ausführlich genug geschehen ist. Ich lade von meiner Seite aus ausdrücklich dazu ein, dass wir uns als Landtag Rheinland-Pfalz, als Land Rheinland-Pfalz, in solchen Fragen positionieren und damit – wie wir es beim Staatsbürgerschaftsrecht gewesen sind – auch handlungsfähig und aktionsfähig auf der Berliner Bühne werden. Vielleicht könnten wir sogar eine gemeinsame Position finden, die es dort wiederum erleichtert, über die Gräben der unterschiedlichen Parteipositionen wegzuspringen. Wir können es einmal miteinander versuchen. Es lohnt in jedem Fall an dieser Stelle; denn es ist eine Existenzfrage auch für Deutschland insgesamt und für seine Zukunft, wie wir diese Fragen miteinander bewältigen.

Ich will nicht noch einmal etwas zur Rentenreform sagen. Das ist hier kritisch angemerkt worden. Ich denke, das, was wir dort an Beiträgen geleistet haben, lässt sich in der Tat sehen und ist ein guter Weg in die Zukunft, vor allen Dingen für die jungen Menschen ein Signal. Im Übrigen gehe ich davon aus, dass das, was sich gefördert mit zweistelligen Milliardenbeträgen über die private Altersvorsorge aufbauen wird, auch für die Wirtschaft in Deutschland und für das wirtschaftliche Geschehen eine ungeheure Chance darstellt. Wenn man sieht, welche Möglichkeiten die amerikanischen Pensionsfonds haben – jetzt verkenne ich nicht die unterschiedlichen Größenordnungen und Dimensionen –, aber wenn wir – es wird bis zu 70 Milliarden DM prognostiziert, die nach einiger Zeit zusammenkommen –, solche Größenordnungen an Kapitalstöcken haben, lässt sich daraus, wenn wir es vernünftig machen, viel Vernünftiges auch für den deutschen Arbeitsmarkt und für die deutsche Sozialentwicklung ableiten und tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist gesagt worden, das Gesundheitswesen müsse angesprochen werden. Das ist wahr. Dort haben wir nicht nur in Berlin Aufgaben zu erfüllen, sondern auch in Rheinland-Pfalz. Ich habe die Frage der Krankenhauszielplanung, die Frage der Psychiatrie, die Frage der Hospizarbeit, also des würdevollen Sterbens und der Schmerztherapie etc. angesprochen. Aber es wird natürlich spannend sein, wenn Sie das hier einfordern – das ist Ihr gutes Recht, dass wir dort vorankommen –, zu sehen, wie Sie sich auch als einzelne Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete positionieren, wenn es darum geht, Effizienzsteigerungen dann vor Ort im einzelnen Krankenhaus auch umzusetzen. Dort macht mich die Erfahrung der Vergangenheit nicht sehr optimistisch, dass wir dann mit solchen Zielen nicht allein stehen werden.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Südliche
Weinstraße!)

– Sie werden einer der Ersten sein, die in Ihrer Lobby-Denkweise so erstarren und versinken, dass Sie überhaupt nicht mehr sehen, was hinten und vorne ist in dieser Frage, Herr Dr. Rosenbauer. Das ist meine Erfahrung aus diesem Hause.

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der FDP –
Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

– Ausgerechnet ich. Ich will Ihnen einmal etwas sagen. Ich habe in meinem Wahlkreis nicht nur zwei Kreiskrankenhäuser mit einer grundlegenden Reform mitzuverantworten, sondern auch die größte Reform in der Pfalz, die an irgendeiner Klinik gemacht worden ist, mit hunderten von Arbeitsplätzen, die abgebaut werden sollen. Ihre Parteifreunde haben versucht, mir einen politischen Strick daraus zu drehen und Leute aufzuhetzen. Das ist die Wahrheit. So ist es. Ich habe es durchgestanden und werde es auch durchstehen, weil es im Interesse der Patienten und der Beschäftigten notwendig ist, voranzukommen. Wenn Sie mich so ansprechen, dann will ich Ihnen auch so antworten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Da hätte ich einmal sehen wollen, dass Sie dort stehen. Ich bin zu den Personalversammlungen vor Ort hin. Ich habe mit den Leuten geredet. Da muss man auch Flagge zeigen und Farbe bekennen. Das ist überhaupt keine Frage.

(Pörksen, SPD: Da muss man auch eine Flagge haben!)

Meine Damen und Herren, ich lade Sie nur ein, das, was sie eben an Reformbedarf reklamiert haben, dann auch mit durchzustehen, wenn es umgesetzt wird; denn in der allgemeinen Forderung sind wir uns alle sehr schnell einig. Wenn es ans Eingemachte geht, wird es ein bisschen problematischer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass es jetzt nicht notwendig ist, aber dass es insgesamt notwendig ist – ich wäre dankbar, wenn wir diese Debatte führen könnten –, zum Thema „Embryonenschutz“, zum Thema „Umgang mit dem Leben“ – Herr Kollege Böhr hat es in sehr verantwortungsvoller Weise hier deutlich gemacht – am Ende des Lebens, aber auch am Anfang des Lebens miteinander zu diskutieren. Das ist eine Wertediskussion, die äußerst sorgfältig geführt werden muss. Die Frage, wie mit so genannten überzähligen Embryonen umgegangen wird, wie weit man gehen darf im Interesse der Lebensrettung für andere Menschen, wird eine der großen ethischen Fragen sein, denen wir uns in den nächsten Jahren zu stellen haben. Wir müssen diese Diskussion frühzeitig miteinander führen, weil das, was wir in den USA erleben – ob das alles wahr ist, was da berichtet wird, lasse ich einmal offen –, uns hellhörig und vorsichtig machen sollte. Ich glaube, dass dort niemand sozusagen die Weisheit von vornherein auf seiner Seite hat, sondern wir eine ganz sorgfältige Diskussion notwendig haben.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist das Stichwort vom Regionenwettbewerb noch einmal aufgenommen worden. Ich finde, man darf diesen Begriff des Regionenwettbewerbs nicht mit dem Begriff des Wettbewerbsföderalismus verwechseln. Das sind zwei unterschiedliche Dinge, weil diese Art Wettbewerbsföderalismus, wie er beispielsweise von unseren Kollegen in Bayern proklamiert wird, außer Acht lässt, dass man gleiche Ausgangsbedingungen haben muss.

(Lelle, CDU: Die waren auch einmal schlechter!)

Wem in überdurchschnittlicher Weise geholfen worden ist – was ich gar nicht kritisieren –, der darf natürlich jetzt nicht, wenn er selbst in eine gute Position gekommen ist, was auch durch eigenes gutes Verhalten mit bedingt war – das ist überhaupt keine Frage –, sagen, jetzt ist es aus mit dem Ausgleich, jetzt reden wir nur noch über Wettbewerbsföderalismus. Dann können wir die neuen Bundesländer endgültig abschreiben. Die haben dann gar keine Chance mehr.

(Lelle, CDU: Mit einer Ausnahme!)

Meine Damen und Herren, wir dürfen auch reklamieren, dass wir über viele Jahrzehnte benachteiligt worden sind. Ich will gar nicht sagen, dass wir böswillig benach-

teiligt worden sind, aber dass wir benachteiligt worden sind, weil sich bestimmte Strukturen anderswo abgespielt haben, beispielsweise Gelder in die private Forschung in den Bereich geflossen sind, wo militärische Forschung in erheblichem Maß stattgefunden hat. Daraus hat es Effekte gegeben, die es bei uns nicht gegeben hat, während wir auch militärische Aufgaben hatten, die zwischenzeitlich Gott sei Dank ausgelaufen sind, uns aber vor riesige Probleme gestellt haben, ohne dass uns der Bund in wirksamer Weise geholfen hätte. Das muss man doch anfügen dürfen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Im Zuge der Debatte um den Länderfinanzausgleich wird auch diese Föderalismusdebatte geführt. Sie wird zu Recht geführt. Ich denke, natürlich können wir darüber reden, ob auf der Zeitschiene und wie auf der Zeitschiene beispielsweise Gemeinschaftsaufgaben auslaufen können. Aber es muss auf der Zeitschiene passieren, damit etwa gleiche Startvoraussetzungen in den unterschiedlichen vom Bund mit geförderten Bereichen vorhanden sind, damit man von dort aus auch wirklich fair miteinander konkurrieren kann, weil alles andere in der Tat der Versuch ist, denjenigen, der – es fällt mir jetzt schwer, das zu sagen – 50 Kilo hat, mit dem, der 100 Kilo hat, in den Ring zu schicken und zu sagen: So, jetzt kämpf einmal schön und gewinne auch einmal schön. – Das wird nicht zu schaffen sein. Das wissen wir alle. Die Geschichte von David und Goliath gibt es nur in der Bibel oder möglicherweise nur alle 2000 Jahre einmal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten sehr sorgfältig mit den Dingen umgehen. Aber ich stimme einem zu. Ich stimme nämlich dem zu, was die geopolitische Lage dieses Landes Rheinland-Pfalz angeht. Wir haben unsere Chancen im Herzen Westeuropas. Dort wollen wir sie, und dort werden wir sie auch miteinander suchen. Ich will gar nicht diese Wachstumsdiskussion noch einmal führen. Das kriegt man immer so um die Ohren geschlagen, wie es auch immer ist. Die neueren Wachstumszahlen sehen jetzt wieder ein bisschen anders aus. Sie wissen auch, dass diese Delle, die wir im vorletzten Jahr hatten, eine Menge damit zu tun hat, wie die Entwicklung im asiatischen Raum gewesen ist. Die hohe Exportverflechtung unserer Wirtschaft mit der höchsten Exportquote aller Länder hat natürlich damit in viel stärkerem Maße zu tun, als dies für andere, nicht so exportabhängige Bundesländer der Fall ist. Lassen wir also diese schönen Spielereien mit den Zahlen. Man kann sie immer so und so drehen.

Aber eines möchte ich doch reklamieren dürfen. Die hohe Exportquote in diesem Land Rheinland-Pfalz, und zwar nicht nur bei der BASF, sondern gerade auch bei den mittelständischen Betrieben, ist für mich Ausweis dafür, dass wir eine konkurrenzfähige Wirtschaft in diesem Land Rheinland-Pfalz haben. Das wollen wir weiter fördern und unterstützen, weil es eine große Zukunftschance ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

In diesen Regionalwettbewerb können wir gute Ausbildung und die guten Arbeitsmarktzahlen einbringen. Das

ist nicht mehr bestritten worden, dass die Arbeitsmarktzahlen gut sind. Ich bin froh darüber. Aber es ist wieder die Mär davon erzählt worden, dass die Rheinland-Pfälzer nur deshalb Arbeitsplätze hätten, weil sie über den Rhein oder über die Saar oder was weiß ich wohin immer pendeln.

(Licht, CDU: Wieso ist das eine Mär?)

– Verehrter Herr Kollege Licht, das ist deshalb eine Mär, weil Sie wieder einmal einen Teil der Statistik, weil er Ihnen so gut gefallen hat, sich so haben ins Auge stechen lassen, dass Sie den Rest nicht mehr gesehen haben. Rheinland-Pfalz ist das Bundesland, das mit am schnellsten von der Bevölkerung her wächst. Jetzt sind wir leider, was die Zahl der Kinder pro Familie angeht, auch nicht besser als andere. Es geschieht also durch Zuwanderung. Es geschieht maßgeblich durch Zuwanderung aus solchen Ballungsgebieten zu uns.

Wer wie ich im Großraum Karlsruhe einmal Ortsbürgermeister war, der weiß, man hätte gar nicht schnell genug Bauplätze ausweisen können, weil die Leute sagen, dort lebt es sich gut, da ist das Umfeld, die Schulen und das Kulturelle in Ordnung, und es gibt eine schöne Landschaft. Dort ziehe ich hin und pendle von dort aus zu meinem Arbeitsplatz.

(Unruhe im Hause)

Das ist hier im Rhein-Main-Bereich auch so.

(Zurufe von der CDU)

– Natürlich ist das so.

Es ist ein Unterschied. Bei uns können sie an vielen Stellen ein Häuschen bauen, wo sie im Raum Karlsruhe oder im Raum Frankfurt für das gleiche Geld nur ein Grundstück erwerben können. Das ist die Wahrheit. Das kann man nicht wegstreiten. Dass diese Leute dann dort weiterarbeiten, ist doch kein Zeichen, das gegen Rheinland-Pfalz spricht, sondern es spricht für Rheinland-Pfalz, dass sie aus den Ballungsgebieten ihren Lebensmittelpunkt zu uns nach Rheinland-Pfalz verlegt haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

So ist die Interpretation, und die ist mindestens so richtig wie Ihre.

(Zurufe von der CDU)

– Herr Kollege Jullien, Ihnen erkläre ich es später gern noch einmal.

(Heiterkeit bei SPD und FDP)

Herr Kollege Jullien, noch einmal für Sie: Wenn jemand in Frankfurt gelebt hat, dort arbeitet, eine Familie gründet und fragt, wo lasse ich mich mit meiner Familie nieder, und dann sagt, es ist im Raum Alzey wunderschön und ich bin fast so schnell in Frankfurt, als wenn ich vom Norden Frankfurts zu meinem Arbeitsplatz pendele, so

ist das doch in Ordnung. Dort gehe ich hin. Dort ist die Schule in Ordnung. Dort kann ich mit meiner Familie gut leben. Dort sollen meine Kinder groß werden. Er behält seinen Arbeitsplatz. Dann spricht dies doch nicht dafür, dass es hier keine Chancen gibt, sondern es spricht dafür, dass der Mensch bessere Lebenschancen für sein allgemeines Leben gesehen hat. Das müsste doch erklärbar sein und auch von Ihnen akzeptiert werden können.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, dann ist man trotzdem noch Auspendler. Aber das ist doch eine völlig andere Sicht der Dinge. Sie versuchen doch, alles negativ zu sehen.

Meine Damen und Herren, ich will einmal zeigen, wie es wirklich ist.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zurufe von der CDU)

– Herr Kollege Bracht, es ist ein Unterschied, ob Sie eine solche Rede in Buch in einem Hinterzimmer einer Gastwirtschaft halten oder ob Sie solche Argumente hier ansprechen. Dann müssen Sie auch akzeptieren, dass Ihnen widersprochen wird.

(Beifall bei der SPD –
Mertes, SPD: So ein kleines Hinterzimmer
gibt es gar nicht!)

– Habt Ihr kein Hinterzimmer?

(Heiterkeit bei der SPD –
Zurufe von der CDU)

Ich entschuldige mich bei dem Bürgermeister der Gemeinde Buch. Er sagt, so kleine Hinterzimmer gäbe es nicht.

Herr Bracht, aber jetzt will ich Sie doch in Schutz nehmen.

(Zurufe von der CDU –
Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich habe doch differenziert argumentiert.

Herr Dr. Weiland, bleiben Sie ganz ruhig. Sie müssen es wieder fünf Jahre ertragen, dass wir sagen, was wir denken, und Sie sagen, was Sie denken. Das müssen Sie ertragen, ob es Ihnen gefällt oder nicht. Es hilft alles nichts.

(Beifall der SPD und bei der FDP –
Zurufe von der CDU)

Sich heute am ersten Debattentag schon so aufzuregen, bringt gar nichts.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, wir werden uns weiter auseinander setzen und die Dinge vernünftig miteinander diskutieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu dem Stichwort „Forschung“ hat Herr Kollege Kuhn einige beredte Beispiele angesprochen. Deshalb lasse ich es einfach einmal stehen, weil wir dort natürlich große Anstrengungen miteinander zu unternehmen haben. Aber ich darf auch einmal sagen – das wissen wir, und wir haben neue Chancen – , ohne die Möglichkeiten, die uns auch durch die Arbeit und gerade durch die Arbeit von Herrn Kollegen Professor Dr. Zöllner eröffnet worden sind, hätten wir heute nur eine Forschungseinrichtung der großen Forschungsgesellschaften in diesem Land Rheinland-Pfalz. Ich denke, an diesen Faden und an das, was wir dort erreichen konnten, wollen wir weiter anknüpfen.

(Beifall des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Wenn Sie sehen, was sich beispielsweise um die Universität, die Forschungseinrichtungen und die Fraunhofer Gesellschaft entwickelt hat, dann muss man sagen, das ist ein Weg, um den wir uns auch weiter bemühen wollen. Darauf kommt es entscheidend an.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Diskussion um die Konversion hat mich vorhin richtig aufhorchen lassen. Sie haben 1994 – ich habe es noch im Ohr – bei der Debatte um meine erste Regierungserklärung in diesem Hause das Konversionskonzept, das ich Ihnen vorgestellt habe, einschließlich des Ansatzes „Konversionskabinetts“ als absolut zum Scheitern verurteilt hingestellt. Heute stelle ich fest – darüber bin ich froh –, dass Sie lediglich sagen, es müsse auf diesem Weg schneller gehen, und wir müssten noch mehr tun. Wir werden uns bemühen, so schnell wie möglich zu machen und so viel zu tun, wie immer wir können. Ich habe Ihnen die Beispiele genannt. Das ist doch eine Veränderung.

Sie werden verstehen, dass ich deshalb Ihre Cassandra-rufe zu anderen Fragen nicht mehr so absolut nehmen kann, wie Sie sie in den Raum stellen. Das, was Sie uns zu allen Veränderungen, die wir durchgeführt haben, prognostiziert haben, ist nicht eingetroffen. Es ist zugunsten dieses Landes und seiner Menschen nicht eingetroffen. Ich denke, das gibt uns Hoffnung, dass das, was wir jetzt auf den Weg bringen, in der Sache bei Ihnen und bei uns zu einem ähnlichen Ergebnis führen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zum Thema „Schule“ sagen, weil reklamiert worden ist, wir wären dort zu bürokratisch und zu wenig visionär vorgegangen.

Ich will nicht mit Helmut Schmidt reden, der einmal gesagt haben soll, wer Visionen hat, solle zum Arzt gehen, sondern deutlich machen, dass niemand Bildung allein unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Verwertbarkeit betrachtet. Ich glaube, das tun wir alle nicht, sondern wir wissen, was Bildung für einen Menschen, für seine Chancen, aber auch für sein Selbstwertgefühl bedeutet. Das sollten wir uns immer bewahren. Ich denke, dieser Grundkonsens ist entscheidend, damit nicht letztendlich Menschen zu funktionierenden Wesen gemacht werden, denen man nicht mehr beibringt, als sie

unbedingt wissen müssen. Ich denke, das kann und wird in unserer Gesellschaft nie mehr Platz greifen. Deshalb sollten wir uns darauf verständigen und dies auch miteinander festhalten.

Aber ich möchte doch noch einmal sagen dürfen, dass das, was ich an europäischen Perspektiven, für die Ansätze im Bereich des Fremdsprachenunterrichts und der Verstärkung der Naturwissenschaften versucht habe zu formulieren, schon eine Menge miteinander zu tun hat. Dies sind keine zufälligen Ansätze, sondern Ansätze, die durchaus miteinander gedacht und dann auch unter eine Zielperspektive gebracht worden sind.

Zum Thema „Multimedia“ gibt es beliebte Diskussionen in diesem Hause. Wir werden sie sicher noch an vielen Stellen führen. Aber Sie können davon ausgehen, dass wir auch – nicht zuletzt durch die Konzentration der Zuständigkeiten in diesem Bereich – weiterhin das gestaltend weiterentwickeln, was wir erreicht haben. Wir sind nämlich alles andere als in einer Schlussposition. Wir sind, was diese multimedialen Angebote, die Vernetzung und die Umsetzung angeht, auch in den Schulen und Hochschulen, auf einem guten Weg. Was die Umsetzung in den Hochschulen anbelangt, da haben wir uns jetzt die neuen Formen der drahtlosen Kommunikation vorgenommen. Wir sind dort auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, Sie sollten, wenn Sie über Medienländer reden, nicht vergessen und auch nicht übersehen, dass in Mainz immer noch die größte Fernsehanstalt Europas ihren Sitz hat. Das sollte man nicht ganz aus dem Auge verlieren.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Herr Präsident, ich gebe zu Protokoll, es macht Herrn Lelle glücklich, wenn ich noch einmal sage, dank einer CDU-Landesregierung. Es war Herr Altmeier, der letztendlich durch die Intrigen von Herrn Kohl abgelöst worden ist.

Soll ich das auch dazusagen, damit Sie glücklich sind? – Mein Gott. Natürlich ist damals ein richtiger Schritt gegangen worden. Ich bin dankbar dafür, dass Herr Altmeier – ich darf dies sagen – und ein bisschen auch Jockel Fuchs mit dazu beigetragen haben.

Ich grüße ihn von hier aus und hoffe, dass er bald wieder gesund wird.

Die haben das Richtige zur richtigen Zeit gemacht, und davor ziehe ich ehrlich meinen Hut.

Meine Damen und Herren, aber es ist so: Wir sollten nicht das aus dem Auge verlieren, was wir haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es gibt gar keinen Grund, dass wir uns in eine Vergleichsdebatte hineinbegeben, in der das Land Rheinland-Pfalz sozusagen in Sack und Asche geht. Wer würde es leugnen, dass wir uns in vielen Bereichen anzustrengen haben. Aber wir sind hierzu auch bereit.

Wir sind in einer Art und Weise dazu bereit – das sage ich noch einmal, Frau Kollegin Thomas –, dass wir miteinander und mit den Menschen, die hier leben und arbeiten, die Politik gestalten. Wir sind in einer Art und Weise dazu bereit – das sage ich noch einmal, Frau Kollegin Thomas –, dass wir miteinander und mit den Menschen, die hier leben und arbeiten, die Politik gestalten. Wenn Sie Frau Kollegin Martini dafür kritisieren, dass sie ihre Chemiepolitik und ihre Umweltpolitik so macht, dass möglichst viele mitgehen können,

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das möglichst viele auf der
Strecke bleiben!)

kritisiere ich sie dafür nicht, sondern ich lobe sie ausdrücklich dafür. Ich bekenne mich dazu, dass ich zu Herrn Prodi gefahren bin und über die Chemierichtlinie verhandelt habe. Wenn wir die Chemieunternehmen in Rheinland-Pfalz nicht mehr hätten, wäre es eine Katastrophe für das Land Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei SPD und FDP)

An anderen Stellen in Europa müssen diese Standards erst einmal erreicht werden, die in Rheinland-Pfalz, die bei uns in Deutschland die Regel sind. Dies zu reklamieren betrachte ich als Teil meiner Amtspflichten. Sie können davon ausgehen, dass ich mich auch künftig so verhalten werde im Interesse der über 100.000 Menschen, die insgesamt mit dieser Industrie zusammenhängen und davon leben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es bleibt also dabei. Wir haben Mobilität, die ich eingefordert habe, in ihren Grundsätzen immer als sehr vielschichtig empfunden und nicht nur als die Mobilität der Verkehrswege, sondern auch die Mobilität der Menschen in all ihrer Breite und ihren Empfindungen – und Lernen gehört dazu.

Ich weise ausdrücklich nochmals darauf hin, dass Modernität und Sicherheit für uns ein Begriffspaar bleibt, von dem wir uns nicht lösen werden. Das ist Teil unseres Selbstverständnisses, und das werden wir auch entsprechend umsetzen. Ich bitte Sie, daran mitzuwirken.

Das ist aber nicht selbstverständlich, da eine Debatte in diesem Land geführt worden ist, nicht so sehr in Rheinland-Pfalz, aber deutschlandweit, wie weit wir uns Sozialstaatlichkeit noch leisten können. Wir müssen sie uns leisten, weil wir ansonsten insgesamt unsere Zukunftschancen nicht wahrnehmen können, meine Damen und Herren. Das wollen wir eingebettet in eine europäische Entwicklung. Ich bin mit einer guten Zielvorgabe zufrieden, auch wenn es keine Vision ist.

(Anhaltend starker Beifall der
SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jullien das Wort.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben während Ihrer Ausführungen darauf hingewiesen, es gebe das Spielfeld der Regierung und es gebe das Spielfeld der Opposition. Nun begeben wir uns auf das Spielfeld der Opposition. In Anlehnung an das, was Sie über Helmut Schmidt gesagt haben, wer Visionen habe, solle zum Arzt gehen, sage ich Ihnen: Wer keine Visionen hat, soll sich von der Politik verabschieden, Herr Ministerpräsident.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wir diskutieren heute über die gestrige Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten, die unter die Überschrift „Verantwortung für Rheinland-Pfalz, unsere Heimat, unsere Zukunft“ gestellt wurde, aber weder dem einen, der Verantwortung für Rheinland-Pfalz, noch dem andern, der Zukunft, gerecht wird, Herr Ministerpräsident. Diese Koalitionsvereinbarung und vor allem Ihre Regierungserklärung wird auch nicht der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Rheinland-Pfalz gerecht. Diese Regierungserklärung ist eine Ansammlung von Leerformeln. Sie enthält keine Perspektiven für die Zukunft, vermittelt keine Aufbruchstimmung und kann daher nur als ein „Weiter-so“ bezeichnet werden nach dem Motto „Allen Wohl und niemand Weh, das ist die Politik der SPD“.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, unverbindliche Absichtserklärungen, weder zukunftsweisende noch zukunftsfähige Vorstellungen, das ist ein Armutszeugnis für eine Regierungserklärung. Wenn Sie es vielleicht nicht wahrhaben wollen, lese ich Ihnen aber vor, was ein führender rheinland-pfälzischer Gewerkschafter, nämlich der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Peter Schmitt in einer Presseveröffentlichung über die Koalitionsvereinbarung geäußert hat. Sie mögen lachen. Ich kenne diesen Herrn zwar nicht, aber er gehört nicht der CDU an. Der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende hat sich gegenüber der „Rhein-Zeitung“ folgendermaßen geäußert: „Ich hätte nie geglaubt, dass ein SPD-Ministerpräsident, der immer wieder betont, er wäre einer von uns, so einen wirtschaftsliberalen Quatsch unterschreibt.“

Meine Damen und Herren, dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Herr Ministerpräsident, aufgrund Ihrer heutigen Kostprobe ist zu erkennen, dass diese Überheblichkeit der SPD nach dem Wahlergebnis vom 25. März inzwischen auch Sie erreicht hat.

Es ist schon interessant, was die „Allgemeine Zeitung“ am 4. Februar über diesen Ministerpräsidenten geschrieben hat: „Außerdem kreiden nicht nur Gegner Beck die Selbstzufriedenheit eines Kurfürsten an, der unter der Wucht der gnadenlosen Sympathiebeweise segnend durchs Land reist und die Bodenhaftung verloren hat.“ Herr Ministerpräsident, aufgrund Ihrer gestrigen Regierungserklärung und Ihrer heutigen Kostprobe kann ich Ihnen nur zurufen: „Es lebe König Kurt II.“!

(Zurufe der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Bereich „Arbeit und Wirtschaft“ wird in der Koalitionsvereinbarung ausgeführt, dass Rheinland-Pfalz ein Land des Mittelstands sei und die Wirtschaftspolitik der Landesregierung in erster Linie eine Politik für den Mittelstand sei. Das ist zwar lesens- und beachtenswert, wenn man es aber realistisch betrachtet, sieht die Situation ganz anders aus. Was hat gerade diese Landesregierung in der Vergangenheit für den Mittelstand getan? Wie hat sich diese Landesregierung bei der Verabschiedung der Unternehmensteuerreform für den Mittelstand eingesetzt? Wie hat diese Landesregierung im Bundesrat für diese Steuerreform gestimmt, die doch im erheblichen Rahmen sowohl Einzelunternehmen als auch Personengesellschaften benachteiligt?

Ich gehe davon aus, dass auch Ihnen und dem Herrn Finanzminister bewusst ist, dass ein Steuersatz von 25 % für Kapitalgesellschaften bei einem Einkommensteuersatz von immer noch knapp unter 50 %, der erst im Jahr 2005 auf 42 % abgesenkt wird, doch nicht eine mittelstandsfreundliche Politik ist, sondern genau das Gegenteil.

(Itzek, SPD: Das ist zum Kotzen!)

Das ist eine mittelstandsfeindliche Politik und ein Schlag ins Gesicht des Mittelstands und des Handwerks.

(Beifall der CDU –

Ministerpräsident Beck: Erklären Sie doch einmal den Unterschied zwischen Spitzensteuersatz und Regelförderung!)

– Herr Ministerpräsident, den Unterschied erkläre ich Ihnen gern, wenn das nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Wo sind denn die von Ihnen in Ihrer Regierungserklärung angesprochenen verbesserten Rahmenbedingungen für den Mittelstand? Wo sind sie nachzulesen? Deshalb muss die Frage geklärt werden, ob es steuerlich gerecht und unternehmerisch gerechtfertigt ist, wenn Veräußerungen von Anteilen und Beteiligungen großer Kapitalgesellschaften, wie zum Beispiel von Banken und Versicherungen, steuerfrei bleiben, während der Handwerksmeister, der aus Altersgründen seinen Betrieb veräußert, um damit wiederum einen Teil seiner Altersversorgung zu sichern, den Erlös, den er aus dieser Veräußerung erzielt, immer noch mit einem Steuersatz von bis zu 25 % versteuern muss.

(Beifall der CDU)

Ich frage Sie, ob das mittelstandsfreundlich ist. Bitte, geben Sie hierauf eine Antwort.

Meine Damen und Herren, kein Wort haben Sie zur Ökosteuer gesagt, die nicht nur die Menschen in Rheinland-Pfalz, sondern die Menschen in ganz Deutschland bewegt. Sie haben sich zwar in mehreren Interviews und Talkshows immer sehr populistisch zum Thema Ökosteuer geäußert und sogar in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung gesagt: „Aufgrund der jüngsten Benzinpreiserhöhungen sei jetzt die Grenze erreicht, so SPD-

Präsidiumsmitglied Kurt Beck, um einen Verzicht auf die nächste Ökosteuerstufe auszusprechen. Nach dem rotgrünen Koalitionsvertrag müssten bei der Höhe der Ökosteuer die Energiepreise berücksichtigt werden, und die Ökosteuer gehöre nicht zu den zehn Geboten, so Kurt Beck.“

Wenn dem so ist, wäre es vielleicht auch ein Zeichen gewesen, wenn Sie gerade über diesen Komplex in Ihrer Regierungserklärung einige Worte verloren hätten.

Es geht aber noch weiter, Herr Ministerpräsident. Von dieser rotgrünen Bundesregierung haben wir viel erdulden müssen, wie zum Beispiel die Neuregelung der 630-DM-Beschäftigungsverhältnisse, die sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer gleichermaßen benachteiligt.

Das sind alles Maßnahmen, die schädlich für den Mittelstand sind, die aber diesem Ministerpräsidenten kein Wort in seiner Regierungserklärung wert waren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, was sagen Sie zu den Verschlechterungen bei den Abschreibungsbedingungen, zu den Veränderungen bei den so genannten AfA-Tabellen? Nichts hört man dazu von Ihnen. Nichts wird dazu gesagt, wobei Sie ganz genau wissen, dass gerade diese Verschlechterungen bei den Abschreibungsbedingungen für den Mittelstand und kleinere Handwerksbetriebe eine bittere Pille sind, weil sie infolge der Verlängerung der Abschreibungszeiträume nunmehr Gewinne versteuern müssen, die sie tatsächlich überhaupt nicht erzielt haben.

Lassen Sie mich weiter sagen: Die Grundlage einer guten und erfolgreichen Wirtschaftspolitik ist eine solide und seriöse Haushalts- und Finanzpolitik. Gerade in diesem Bereich hat diese Landesregierung bewiesen, wie sie mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgeht.

(Pörksen, SPD: Die Bürger haben es ihr gedankt!)

Sie hat durch eine hemmungslose, ausufernde und unkontrollierte Ausgabenpolitik die höchste Verschuldung erzielt, die es je seit Bestehen des Landes Rheinland-Pfalz gegeben hat.

Wenn Herr Mertes noch anwesend wäre, würde ich ihm gern vorführen, was Rheinland-Pfalz für ein Modell-Land für die Haushaltspolitik ist, wie er das heute Morgen bezeichnet hat. Auf 40 Milliarden DM wird sich zum Ende des Jahres 2001 die Gesamtverschuldung des Landes belaufen. Damit wird eine Pro-Kopf-Verschuldung von weit über 9.000 DM erreicht. Hier nimmt das Land in der Tat eine Spitzenstellung im Vergleich zu den übrigen westlichen Bundesländern ein. Nur noch das Saarland, Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben eine höhere Gesamtverschuldung und eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung.

(Staatsminister Mittler: Das war schon immer so!)

Dann wird heute Morgen vom Fraktionsvorsitzenden der SPD ausgeführt, so sehe das Modell-Land der Haushaltspolitik, so sehe es in Rheinland-Pfalz aus.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich um einen Titel für dieses Land verdient gemacht: Sie sind die Bundesieger im Schuldenmachen, meine Damen und Herren der Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Auf diesen Titel können Sie aber alles andere als stolz sein. Herr Ministerpräsident, welchen Stellenwert Sie gerade der Haushalts- und Finanzpolitik einräumen, kann man daran sehen, dass innerhalb der 65 Seiten Koalitionsvereinbarung nur knapp eine Seite dem Komplex und Bereich „Haushalt und Finanzen“ gewidmet ist. Daran kann man den Stellenwert erkennen, den Sie und Ihre Landesregierung einer seriösen Haushalts- und Finanzpolitik beimessen.

Es ist nun einmal so, dass wir in Rheinland-Pfalz eine exorbitant hohe Verschuldung haben und Sie bisher sehr, sehr wenig getan haben, um diese Verschuldung zurückzuführen und einen Konsolidierungsprozess einzuleiten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben eben ausgeführt, dass durchaus die Möglichkeit bestehe, bis zum Jahr 2006 einen Haushalt ohne neue Schulden zu realisieren, wenn – dann kommt die Option, die Sie sich sehr deutlich offen gehalten haben – gegebenenfalls verschlechterte Rahmenbedingungen und die von den USA und Südostasien ausgehende konjunkturelle Eintrübung dies nicht in irgendeiner Weise benachteiligen. Wenn es 2006 also keinen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden gibt, dann liegt dies nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten an den USA und an Südostasien. So ein Globalplayer ist inzwischen diese Landesregierung geworden.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, abenteuerlicher kann man das einfach nicht mehr begründen. Ich sage Ihnen: Was Sie da versuchen vorzunehmen, ist Volksverdummung pur; denn anders kann man Ihre Begründungen hierzu in der Regierungserklärung nicht mehr umschreiben.

(Beifall der CDU)

Wenn es den Landesrechnungshof in Rheinland-Pfalz nicht gäbe, wer hätte diese Landesregierung, die seit zehn Jahren in Rheinland-Pfalz regiert und übrigens im Jahr 1991 einen Schuldenberg von knapp 20 Milliarden DM übernommen hat und diesen innerhalb von zehn Jahren auf 40 Milliarden DM verdoppelt hat – – – Wer kann dieser Landesregierung noch eine seriöse und solide Finanzpolitik unterstellen? Das ist doch nicht mehr der Fall. Jahr für Jahr hören wir vom Landesrechnungshof die immer wieder erhobene Kritik und die Feststellungen zur Haushaltslage des Landes. Der Rechnungshof legt Jahr für Jahr die Finger in diese Wunde. Darauf gibt es Reaktionen unterschiedlicher Art. Einmal wird das mit dem Jahr der Konsolidierungspause begründet. Da waren Sie sehr kreativ bei der Erfindung neuer Wort-

schöpfungen. Im nächsten Jahr heißt es dann: Wir beginnen aber nunmehr mit der Konsolidierung und versuchen, einen Abbau der Schulden herbeizuführen.

Wer aber in einer solchen Arroganz wie diese Regierungskoalition mit dem Landesrechnungshof umgeht, wer die Arbeit des Landesrechnungshofs als Erbsenzählerei bezeichnet und wer die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Erbsenzähler bezeichnet, der hat jeglichen Anspruch verloren, ernst genommen zu werden. Der hat jeglichen Anspruch verloren, für eine solide und seriöse Haushaltspolitik zu stehen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, auch wenn Zahlen wehtun, müssen Sie sich das schon einmal anhören. Laut Rechnungshof haben im Prüffahr 2000 die Zinsausgaben des Landes erstmals die Grenze von 2 Milliarden DM überschritten. 2 Milliarden, Herr Pörksen, auch für Sie, sind 2.000 Millionen. Dies deshalb, damit Sie einmal die Nullen zusammenrechnen können, die dahinter stehen.

(Pörksen, SPD: Danke schön!)

Das bedeutet im Klartext,

(Pörksen, SPD: Wenn wir Sie nicht hätten!)

dass 12,8 % der Steuereinnahmen und der allgemeinen Finanzausgaben, also jede achte Mark, für Zinsausgaben in diesem Land verwendet werden. Das ist die Wahrheit, und das sollten Sie sich einmal im Hinblick auf die Schuldensituation des Landes Rheinland-Pfalz merken, Herr Pörksen.

Ich kann nur sagen, dass es wirklich allerhöchste Zeit ist, sich einmal mit dem Bericht des Landesrechnungshofs sehr intensiv zu beschäftigen. Herr Ministerpräsident, es würde Ihnen auch gut tun, die dort vorgenommenen Kritiken und Feststellungen zu übernehmen und in Ihre Regierungsarbeit einfließen zu lassen. Dazu hätte etwas in die Regierungserklärung gehört. Fehlanzeige war aber der Fall gewesen.

(Beifall der CDU)

Es ist darüber hinaus schon eine hoch interessante und bemerkenswerte Situation, dass wir nun mit dem Schuldenabbau beginnen wollen. Um dem Abbau der Schulden gerecht zu werden, hat Herr Staatssekretär Deubel noch einmal in die Trickkiste gegriffen und versucht, durch die Auslagerung der Straßenbauverwaltung in einen Landesbetrieb „Straßen und Verkehr“ – LSV genannt – die sich aus dem Straßenbau ergebende Verschuldung zu kaschieren und insoweit den Landesetat zu entlasten.

Herr Staatssekretär Deubel, das hat Ihnen zwar die Beförderung nach B 10 zum Staatssekretär de luxe gebracht, aber ich kann Ihnen sagen: Wir haben dieses Monopoly durchschaut. Wir werden Ihnen schon die Schwachstellen dieses „Deubel'schen Monopoly-Spiels“ vorführen. Der neu auf den Weg zu bringende Landes-

betrieb „Straßen und Verkehr“ hat doch nur das eine Ziel, dass wir einen Teil der Schulden aus dem Gesamthaushalt in einen Schattenhaushalt verlagern, um insoweit der groß angekündigten Rückführung der Verschuldung des Landes Rheinland-Pfalz näher zu kommen. Nicht mehr und nicht weniger steckt dahinter. Das ist eine Auslagerung und Verlagerung in einen weiteren Neben- und Schattenhaushalt. Das wird mit dieser Maßnahme bezweckt.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie das in der Koalitionsvereinbarung als einen Weg zu mehr Effektivität, Effizienz und als modernes Wirtschaften bezeichnen, ist das in meinen Augen nicht mehr und nicht weniger als ein Täuschen und Verschleiern mit der Maßgabe, dass das Land nunmehr für die Benutzung der Straßen eine Pacht an diesen Landesbetrieb zahlen muss, wobei die jeweilige Pacht immer so berechnet sein wird, dass der Landesbetrieb über die Höhe der Pachteinnahmen seine Wirtschaftlichkeit bestimmen kann. Das ist doch das, was nicht mehr und nicht weniger dahinter steckt.

Wir sind auf dem Weg und stehen vor dem vorläufigen Höhepunkt eines immer undurchschaubareren und verworreneren Finanzierungsmodells, das mit Sicherheit nicht dazu führt, von einer transparenten, soliden und seriösen Finanzpolitik dieser Landesregierung zu sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dieser Regierungserklärung und dieser Koalitionsvereinbarung geht das Land Rheinland-Pfalz einer ungewissen Zukunft entgegen. Diese Koalitionsvereinbarung und Ihre Regierungserklärung von gestern, Herr Ministerpräsident, sind eher eine Rückwärtsbetrachtung als ein Blick nach vorn. All das, was wir gestern von Ihnen in Ihrer Regierungserklärung gehört haben, ist alles andere als die Vermittlung einer Aufbruchstimmung. Sie ist genau das Gegenteil von zukunftsfähig und zukunftsorientiert.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung lebt von dem Prinzip Hoffnung. Ich sage Ihnen heute, dass es nur eine Frage der Zeit ist, wie lange dieses Prinzip bei Ihnen hält. Mit großer Enttäuschung müssen wir und vor allen Dingen die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz daher zur Kenntnis nehmen, dass diese Landesregierung schon jetzt am Beginn der 14. Legislaturperiode von einer Verlegenheit in die andere taumelt, die Augen vor der Realität verschließt und die Menschen in diesem Land in Ungewissheit lässt, was sie in den nächsten fünf Jahren von dieser Landesregierung zu erwarten haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Wahrheit zu Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident. Ich habe es bereits am Anfang gesagt und sage es jetzt wiederum: Diese Regierungserklärung wird den großen Herausforderungen sowohl im politischen, wirtschaftlichen, strukturellen, aber auch im gesellschaftlichen und ökologischen Bereich für das 21. Jahrhundert nicht gerecht.

Meine Damen und Herren, das Land Rheinland-Pfalz und seine Bürgerinnen und Bürger haben eine solche Politik nicht verdient.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die SPD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Itzek das Wort.

Abg. Itzek, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beglückwünsche zunächst einmal die CDU zu ihrem neuen Geschäftsführer.

Herr Jullien, Sie müssen akzeptieren, dass uns die Bürger die Verantwortung übertragen haben. Sie haben uns mit einem exzellenten Ergebnis gewählt. Sie wurden nicht gewählt.

(Jullien, CDU: Hochmut rächt sich!)

Herr Jullien, Ihre Rede hätte man eigentlich zitieren können. Diese haben Sie schon einmal vor einem halben Jahr, vor einem Dreivierteljahr, vor einem Jahr, vor eineinhalb Jahren und vor zwei Jahren gehalten. Sie wiederholt sich konstant.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Auf Unternehmensbesteuerung oder Ähnliches bei Ihnen einzugehen, ist so, als ob man – wie es in der Pfalz heißt – „einem Ochs ins Horn petzt“.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich drei Punkte herausgreifen.

Frau Thomas, Themen heute Morgen waren unter anderem der Personennahverkehr und der Straßenbau. Eines ist nicht zu bestreiten. Rheinland-Pfalz zählt durch den Rheinland-Pfalz-Takt im Eisenbahnbereich zu den Ländern mit Vorbildfunktion in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Das ist eine große Leistung im öffentlichen Personennahverkehr.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Rheinland-Pfalz gibt es nicht diese Ballungsräume wie in manch anderen Bundesländern. Ich nenne den Rhein-Neckar-Bereich, wo der öffentliche Nahverkehr jetzt an ein modernes S-Bahn-System angebunden wird. Dieses wird von Karlsruhe bis nach Alzey und in den Odenwald bis nach Mosbach zu einem optimalen öffentlichen Verkehrsnetz führen und wäre ohne die Unterstützung

des Landes Rheinland-Pfalz nicht geschehen. In dieses Projekt wird viel Geld investiert.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das sind die Bundesmittel!)

– Darin sind auch Landesmittel enthalten. Andere Länder haben diese Mittel für den Straßenbau verwandt. Das haben wir bisher nicht gemacht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das haben Sie auch schon gemacht!)

Wir haben sie total in dem genannten Bereich eingesetzt. Da Rheinland-Pfalz ein Flächenland ist, werden wir ohne den Straßenbau nicht auskommen. Da ich aus der Pfalz komme, kann ich gut sagen, wir brauchen weniger Straßen. Wir haben einen ziemlich optimalen Ausbau. Sie auch. Bis nach Gernersheim sind die Straßen wunderbar ausgebaut.

Herr Dr. Braun, Sie sind noch viel besser angebunden. Wenn ich mir jedoch den nördlichen Teil dieses Landes anschau, weiß ich, dass noch eine Menge an Straßenbau durchgeführt werden muss.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
ÖPNV wäre viel wichtiger!)

In einem Flächenland ist im ÖPNV nur unter großen Umständen eine ganz kleine Verbesserung zu erreichen. Wenn zwei Orte miteinander verbunden werden, erreichen Sie vielleicht einen Fahrgast. Das kostet eine Menge Geld. Wenn die Gemeinden die Defizite selbst bezahlen müssten, würde manche Forderung nicht mehr so gestellt werden, wie sie gestellt wird.

Ich komme zu der Frage, wie ernst wir es mit der Begrenzung der Verschuldung auf null im Jahr 2006 meinen. Der Ministerpräsident hat gesagt, dass es natürlich Risiken gibt. Es gibt auch noch ein anderes Risiko. Keiner weiß, wie die Tarifsituation bis zum Jahr 2006 aussieht. Keiner kann das genau beurteilen. Es könnte genauso gut ein Jahr dabei sein, in dem enorme Tarifforderungen gestellt werden. Unser Ziel ist es, dass wir im Jahr 2006 die Nullverschuldung auf jeden Fall erreichen wollen.

Schauen Sie sich doch einmal den Rechnungsabschluss für das Jahr 2000 an. Hier gibt es wesentliche Verbesserungen. Wir sind mit über 600 Millionen DM unter der vom Parlament beschlossenen zulässigen Neuverschuldung geblieben. Das ist ein großer Erfolg. Der Ministerpräsident hat die Kurve gezeigt, wie sich das entwickeln wird. Wir haben keine Verschwendung betrieben. Wir waren unter der Vorgabe des Finanzplanungsrats. Das hat der Ministerpräsident auch dargestellt. Wir sind nicht über die Planungsvorgabe hinausgegangen. Wir haben sie jedes Mal unterschritten. Solidität von Haushaltspolitik ist, wenn ich weniger Geld ausbebe, als ich eigentlich einnehme.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, das wird fortgesetzt werden. Wir haben zum Beispiel für das Jahr 2001 damit zu

rechnen, dass aufgrund der Steuerreform rund 850 Millionen DM Steuern weniger eingehen. Das ist ein wesentlicher Betrag. Wir haben es durch Vorsorge und Rücklagen geschafft, dass wir das im Jahr 2001 ausgleichen. Das war Vorsorge. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten keine Vorsorge getroffen und es wäre nicht möglich gewesen, das durch eine Rücklage aufzufangen. Das hätte für uns bedeutet, dass wir eine fürchterliche Finanzsituation erlebt hätten. Das erleben wir nicht. Wir werden auch im Jahr 2001 einigermaßen gut abschneiden. Die Steuerschätzung darf jedoch nicht weiter in den Keller gehen. Es gibt eine positive Entwicklung. Wir haben das bisher im Griff.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Frage: Neue Gesellschaft für den Straßenbau? – Ich kann mich sehr genau erinnern, welche Aufregung es bei der Frage gegeben hat: Was machen wir mit der LBB? – Viele Menschen haben demonstriert. Die CDU-Opposition hat gesagt, das ist großer Unfug.

Wir wollten damals weitergehen. Unser Ziel haben wir immer noch nicht aus den Augen verloren. Eine privat-rechtlich organisierte Gesellschaft zu gründen, kann man – der Auffassung sind wir – flexibler machen. Wir haben jetzt eine Landesgesellschaft.

Ich habe die Pressenotiz von Herrn Jullien gelesen. Herr Kollege Bracht ist im Aufsichtsrat. Ich wäre mir von Ihrer Seite als Depp vorgekommen, wenn ein Geschäftsführer eine solche Aussage macht, ich in einem solchen Verwaltungsrat sitze und dann dort mitentscheide.

(Jullien, CDU: Die LBB hat keinen Aufsichtsrat!)

– Verwaltungsrat. Das ist schon in Ordnung.

Herr Kollege Wirz, ich bin sehr zufrieden, wie sich das Ganze entwickelt hat. Natürlich geht einiges etwas zu langsam. Die Erhaltungsaufwendungen könnten schneller ausgegeben werden. Jedenfalls sind wir mit der Entwicklung der LBB weitgehend zufrieden.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Es ist uns gelungen, einen Personalabbau, der notwendig geworden ist, zu erreichen. Es ist uns außerdem gelungen, kostengünstiger zu arbeiten. Das ist für mich ein großer Erfolg.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Die Haushaltslage ist gegeben. Wir haben das Haushaltsgesetz geändert. Von der CDU-Fraktion ist zu dieser Frage kein Vorschlag gekommen. Wir sind als Mehrheitsfraktion hingegangen und haben Vorschläge erarbeitet, wie das Haushaltsrecht aussehen soll, damit eine parlamentarische Kontrolle möglich ist. Sie haben sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Das kann man nachlesen. Große Klappe und nichts hintendran.

(Beifall der SPD und der FDP)

Genauso sehe ich das auch im Bereich der Straßenbauverwaltung. Auch dort haben wir Möglichkeiten, um Synergieeffekte zu erreichen.

Es hängt an uns, welche parlamentarische Kontrolle wir in dieser Gesellschaft ausüben. Es muss ein Gesetzentwurf zu dieser Frage vorgelegt werden. Ich sehe diese Sache positiv. Man sieht dann erst einmal, welches Vermögen eine Verwaltung eigentlich hat.

Nun komme ich zu dem Punkt der Verlagerung in andere Bereiche. Alle Abwasserbetriebe und auch andere Einrichtungen sind heute in Eigenbetriebe umgewandelt und werden mit eigener Bilanz und eigener Geschäftsführung geführt. Nur beim Land Rheinland-Pfalz soll das etwas Schlechtes sein. Das wundert mich. Überall dort, wo die CDU, die SPD, die FDP oder die GRÜNEN kommunalpolitisch Verantwortung tragen, ist dies schon lange umgesetzt. Deshalb halte ich diese Sache für gut. Ich meine, wenn wir diesen Schritt weitergehen, werden wir im Jahre 2006, wenn es auch schwer sein wird, die Null-Verschuldung erreichen. Dann haben wir auch wieder das Vertrauen der Bürger. Wir sind gewählt worden, nicht Sie.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile nun dem Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Itzek, Sie sind zwar in der Landtagswahl gewählt worden,

(Kramer, CDU: Ja!)

aber Sie haben zwischendurch natürlich auch schon andere Wahlen bestritten,

(Kramer, CDU: Und verloren!)

bei denen beispielsweise die SPD so gut wie gar nicht mehr gewählt worden ist und wo es Unterschiede von 15 % zum Landtagswahlergebnis gab. Dort ist beispielsweise die CDU gewählt worden.

(Itzek, SPD: Da waren wir schlechter!
So ist es!)

Herr Itzek, das zeigt, dass es die SPD so gar nicht als Wahlsieger gibt. Herr Ministerpräsident, diese Story wollten Sie uns schon gestern verkaufen, dass SPD und FDP die Wahlsieger wären.

(Zurufe der Abgeordneten Itzek, Frau Brede-Hoffmann, Lewentz und weiterer Abgeordneter der SPD)

Man muss klar sagen, Herr Beck, der Ministerpräsident, ist der Wahlsieger. Es gibt nur einen Wahlsieger. Die FDP hat im Übrigen auch verloren.

(Pörksen, SPD: Habt Ihr etwa gewonnen, oder wie ist das?)

Es gibt den Ministerpräsidenten als Wahlsieger. So sieht natürlich auch die Politik in Rheinland-Pfalz aus.

(Zuruf aus dem Hause: CDU und GRÜNE sind die Wahlsieger!)

Wir haben keine SPD mehr mit ihrer Profilierung, die sie bräuchte, sondern wir haben eine Beck-SPD. Es gibt nur noch diese Partei, die auf den Ministerpräsidenten zugeschnitten ist. Das kann man an dem einen oder anderen Feld auch deutlich nachweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich muss noch einmal auf Ihren Redebeitrag zurückkommen. Sie haben Kritik, die aus den Reihen der Abgeordneten kam, nicht gelten lassen. Ich glaube, es ist wichtig, dass auch der Ministerpräsident und die Landesregierung Kritik gelten lassen, wenn sie aus den Reihen dieses Hauses kommt und zum Teil durchaus berechtigt sein kann. Sie können nicht die Kritik, die geäußert wurde, mit einem Federstrich wegwischen, ohne genauer darauf einzugehen.

Sie haben beispielsweise unserer Fraktionsvorsitzenden vorgeworfen, sie habe zynisch gegenüber den Betroffenen argumentiert. Herr Beck, das ist nicht solide. Das ist keine ehrliche Diskussion und keine ehrliche Argumentation. Wenn wir die Politik der Landesregierung angreifen, wenn wir sagen, Ihnen ist nicht mehr eingefallen als eine solche Gesellschaft, die, natürlich völlig zu Recht, für die Sozialhilfeempfänger neue Arbeitsplätze schafft – das ist eine gute Sache; wir haben nicht kritisiert, dass daran irgendetwas Schlechtes sei –, wenn wir kritisieren, dass Sie nicht darüber hinausgegangen sind und keine wesentlichen neuen Aspekte aufgetan haben, dann ist diese Kritik durchaus berechtigt.

Vor allem ist es keine Kritik an den Leuten, die es betrifft. Wir wollen mehr Unterstützung für die Benachteiligten und nicht weniger. Deswegen glaube ich, wenn Sie auf die Kritik der Abgeordneten eingehen, müssen Sie sie auch gelten lassen und dürfen nicht aus jeder Kritik, die aus diesem Hause kommt, sozusagen eine Majestätsbeleidigung herauslesen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU –
Ministerpräsident Beck: Jetzt hören Sie doch auf mit dem Käse!)

Herr Beck, Sie haben uns mehrfach zur Diskussion über Zukunftsthemen eingeladen. Ich nenne beispielsweise das Thema "Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern". Wenn Sie die Abgeordneten jedoch zu einer Diskussion einladen, dann müssen Sie eine kritische Diskussion auch aushalten können und dürfen nicht, wenn die ersten Vorschläge aus dem Hause kommen, gleich wieder sagen: Nein, das weiß ich

alles viel besser. Ich als Ministerpräsident habe hier das Sagen.

(Pörksen, SPD: Das war doch wohl polemisch, Herr Kollege! Das waren doch keine Vorschläge! –

Ministerpräsident Beck: Darf ich nicht mitdiskutieren oder was?)

Ich möchte an die Adresse der Landesregierung sagen, dem Parlamentarismus wird es auf die Dauer nicht gut tun, wenn Sie als Landesregierung beispielsweise ankündigen, welche Enquete-Kommissionen eingesetzt werden, so geschehen in der Regierungserklärung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU –

Zuruf von der SPD: Das war zwischen den Parteien so vereinbart!)

Man muss doch nicht in einer Regierungserklärung bereits vorstellen, was das Parlament an Arbeitsaufträgen in den **nächsten** fünf Jahren erhalten wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU –

Zuruf des Abg. Lewentz, SPD)

– Herr Lewentz, auch für die Fraktionen, die die Regierung tragen, sowie auch für die Enquete-Kommission kann es durchaus die eine oder andere Vorstellung **vonseiten** der Opposition geben. Wenn Sie von vornherein ankündigen, dass Sie drei Enquete-Kommissionen einsetzen, die in der Koalition bereits festgelegt sind, fragt man sich natürlich zu Recht: Wie ernst nehmen Sie die Arbeit in diesem Parlament? Wo hat die Opposition ihren Platz, auch wenn sie ihn erkämpfen will, Herr Beck?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU –

Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen in Ihrer Regierungserklärung – ich zitiere von Seite 27 –: „Die Modernisierung der Verwaltung bleibt eine fortwährende und wichtige Aufgabe der Landespolitik. Hier ist uns in der zurückliegenden Legislaturperiode mit der Umwandlung der Bezirksregierungen in moderne und leistungsfähige Dienstleistungsverwaltungen ein großer Erfolg gelungen, dessen positive Folgen wir in den nächsten Jahren erst in vollem Umfang spüren werden.“

(Kuhn, FDP: Richtig! –

Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident Beck, mir scheint, dies ist eine Haltung, die dem griechischen Feldherrn Pyrrhus ähnelt, der dann sagen musste: Noch ein solcher Sieg, und ich bin verloren. – Wenn Sie solche Siege innerhalb der Verwaltungsmodernisierung weiterhin durchfechten wollen, wird diese Verwaltung überhaupt nicht mehr

handlungsfähig sein. Wir haben gesehen, dass die ADD nicht funktioniert und die SGD Schwierigkeiten hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Lewentz und Pörksen, SPD)

– Herr Lewentz, die Bevölkerung nimmt sehr wohl zur Kenntnis, dass es nicht möglich ist, Lehrer einzustellen, wenn die ADD dazwischengeschaltet ist, weil auf den Schreibtischen in der ADD die ganzen Verfahren verloren gegangen sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lewentz, SPD: Das war doch das große Wahlkampfthema!)

– Herr Lewentz, die Bevölkerung bekommt von Ihren neuen Strukturen mit, dass es nicht klappt.

(Zurufe von der SPD: Ach Quatsch!)

Herr Lewentz, Sie reden doch nur schön, dass das, was Sie zusammen mit oder auf Druck der FDP gemacht haben, nicht geklappt hat, und nun wollen Sie sagen, die Bevölkerung habe mit ihrer Wahl Kurt Becks zum Ministerpräsidenten klar gemacht, dass all das, was Sie in den **letzten** fünf Jahren getan haben, prima war. So ist es nicht, Herr Lewentz. Dann hätten Sie auch andere Ergebnisse in den Kommunalwahlen erreicht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

Wir haben die Befürchtung, wenn der Ministerpräsident einen solchen Realitätsverlust schon bei der Verwaltungsmodernisierung hat, kann er auch auf andere Bereiche übergreifen. Sie behaupten beispielsweise, Sie würden nachhaltige Politik betreiben. Es gibt bisher keinerlei Nachweise, dass es in den **letzten** fünf Jahren nachhaltige Politik in Rheinland-Pfalz gegeben hat, und es gibt auch leider keinerlei Nachweise dafür, dass es die **nächsten** fünf Jahre nachhaltige Politik geben wird, Herr Lewentz.

(Zurufe des Abg. Lewentz und der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Sie haben nicht definiert, was nachhaltig ist. Sie wissen sehr wohl, dass nachhaltige Politik ressourcenschonend ist, dass nicht mehr Ressourcen verbraucht werden dürfen als nachwachsen. Sie wollen uns doch nicht weismachen und nicht unterschieben, dass das, was Sie an Umweltzerstörung und Umweltvernichtung in Rheinland-Pfalz betreiben, nachhaltige Politik sein soll.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Schwarz, SPD: Wo denn? Wo? Wo? So ein Quatschkopf!)

– Ich bitte doch, den „Quatschkopf“ zurückzunehmen. Herr Creutzmann, achten Sie bitte darauf. Bitte, ich

denke, man muss darauf achten, dass die Zwischenrufe in Ordnung sind.

(Schwarz, SPD: Ich nehme es zurück!)

– Okay, er nimmt es zurück. Danke, Herr Creutzmann.

Die Dinge, die wir hier hauptsächlich thematisieren wollen, fehlen in der Koalitionsvereinbarung oder sind sehr weit zurückgedrängt worden. Wo steht in der Koalitionsvereinbarung der Naturschutz? An welcher Stelle steht der Naturschutz? Herr Beck, Sie haben das Biosphärenreservat Pfälzerwald erwähnt, das vor sich hin dümpelt. Das haben wir hier in einer Aktuellen Stunde schon einmal festgestellt. Es nutzt seine Chance nicht aus. Es hat die Chancen der Direktvermarktung und des Naturschutzes bisher nicht ausgeschöpft. Wo kommt noch in der Koalitionsvereinbarung der Naturschutz vor? Irgendwo unter ferner liefen und nicht als einer der Punkte einer nachhaltigen Politik in Rheinland-Pfalz. Es wären doch Chancen des Umbaus der Politik in eine ökologischere Zukunft vorhanden. Meine Damen und Herren, die Chance ergreifen Sie nicht. Sie wollen dafür eine Milliarde DM ausgeben, die Sie nicht haben, für Straßenbau und für Straßenneubau, nicht einmal für den Erhalt der Straßen. Das wäre doch noch einzusehen.

(Schwarz, SPD: Das ist auch wieder falsch!)

Sie wollen es für Straßenneubauten, die absolut nicht diese Vorteile bringen, die Sie sich versprechen.

(Schwarz, SPD: Es geht um die Erhaltung und den Ausbau, nicht um den Neubau! Sie können nicht einmal vernünftig lesen!)

– Es geht um die Mobilität im Kopf, Herr Schwarz. Ich glaube, die können Sie im Moment nicht vorweisen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Schwarz, der Straßenneubau, der klar festgelegt ist – das sind die **einzigsten** konkreten Ziele, die Sie hier im Koalitionsvertrag ausgeführt haben –, ist doch **Ihr** Schwerpunkt an Investition innerhalb der **nächsten** fünf Jahre.

(Lewentz, SPD: Spricht etwas dagegen?)

Da haben Sie der FDP in den Verhandlungen nachgegeben. Da hat sich dann Herr Bauckhage doch mit seiner Mobilitätsmilliarde durchgesetzt, und Sie haben für den Straßenbau eine Milliarde DM investiert und nur 500 Millionen DM für die Bildung.

(Hartloff, SPD: Kommen Sie einmal in den ländlichen Raum, und schauen Sie sich die Straßen an! –

Schwarz, SPD: Das ist auch wieder falsch!)

Dieses Missverhältnis muss man sich einmal vor Augen führen. Herr Ministerpräsident Beck, dann stellen Sie sich hierhin und propagieren, Bildung wäre das Hauptthema in Rheinland-Pfalz. Bildung ist leider nicht das

Hauptthema. Aber Sie haben Recht, Bildung muss ein Hauptthema werden. Dazu hätten Sie Ihre Schwerpunkte anders setzen müssen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Umweltschutz kommt einerseits nicht als Naturschutz, andererseits beispielsweise nicht als Ressourcenschonung vor. Er kommt aber auch nicht als ökologische Landwirtschaft vor. Auch da wurde betont – Herr Kuhn, Sie haben versucht, es dreimal zu sagen –, wir machen umweltschonenden Landbau. Das ist keine ökologische Landwirtschaft, Herr Kuhn. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Das ist integrierter Anbau. Das ist etwas ganz anderes als ökologische Landwirtschaft.

Sie hätten in Rheinland-Pfalz unter guten Bedingungen tatsächlich die Chance, die Ökologisierung der Landwirtschaft voranzutreiben, dies mit der Bundesregierung im Rücken, nicht im Kreuz. Wir würden Sie unterstützen, aber Sie ergreifen die Chance nicht. Sie haben nicht verstanden, dass es eine Chance für die Landwirte ist. Sie stellen sich hierher und sagen: Weiter so! Weiter so! – Damit werden dann die Landwirte eines Tages in Rheinland-Pfalz von der FDP voll an die Wand gefahren.

(Kuhn, FDP: Oh, là, là!)

Herr Kuhn, Sie und Ihre Fraktion und natürlich der Landwirtschaftsminister tragen dafür die Verantwortung, dass die Verbraucher dann nicht mehr das Vertrauen in die Landwirte haben, das diese brauchen. Die Verbraucher müssen das Vertrauen in die Landwirte und Winzer haben, sonst werden die Produkte nicht gekauft. Hier hätten Sie die Chance gehabt, innerhalb der **nächsten** fünf Jahre die Programme der Bundesregierung, die Frau Kühnast angekündigt hat, zu unterstützen. Sie hätten sich eine Marge setzen können, 5 %, 10 % oder 20 % ökologische Landwirtschaft innerhalb der nächsten Jahre zu erreichen. Nichts davon, Sie haben die Chance verpasst, Herr Kuhn.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nicht nur im Bereich der Landwirtschaft, sondern auch im Verbraucherschutz haben Sie eine Chance vertan. Wir sehen den Verbraucherschutz durchaus breiter als Sie. Verbraucherschutz ist es nicht allein, dass die Leute wissen, was im Essen ist, sondern es ist auch eine dringend notwendige Aufklärung beispielsweise jetzt und für die nächste Zeit über die Produkte, die es neu gibt, wie beispielsweise für die Rente. Verbraucherschutz heißt, wir brauchen Aufklärung in allen Bereichen. Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, wo bitte stärken Sie den Verbraucherschutz? Ich habe das in dem Koalitionspapier nicht gelesen. Ich habe es nicht gehört. Ich habe bisher von keinem Regierungsmitglied und von keinem Mitglied der Regierungskoalition erfahren, wo der Verbraucherschutz gestärkt werden soll. Auch da handeln Sie nach dem Motto: Weiter so! – Es ist aber ein „Weiter so“ auf einem völlig abgesenkten Level. Die Verbraucherzentrale allein kann das bestimmt nicht regeln, was die Regierung nicht in den Griff bekommt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß auch nicht, welcher geheime Verbraucherschutz demnächst den Schutz der Verbraucher in die Hand nehmen wird. Mir ist er oder sie noch nicht vorgestellt worden. Es muss ein sehr mächtiger Mensch sein, der jetzt so lange unter der Decke **geheim gehalten** wird, bis er vorgestellt wird.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Vor allen Dingen fleißig!) –
Frau Morsblech, FDP: Sie werden es
bestimmt nicht sein!)

Ich weiß nicht, wo er gewählt werden soll oder wer ihn präsentieren soll. Aber derjenige hat natürlich eine riesige Aufgabe, vor allem dann, wenn er von der Landesregierung **so wenig** unterstützt wird, wie das zurzeit der Fall ist. Dann ist es eine Aufgabe, die man nicht leisten kann. Dann ist es Unsinn, einen solchen Verbraucherschützer, einen solchen Verbraucherbeauftragten beziehungsweise einen Verbraucherschutz einzurichten, wenn man nicht fähig ist, die Ministerien so zuzuschneiden, dass es Verbraucherschutz geben kann. Die Chance hätte in Ihrem Kabinett bestanden. Herr Beck, Sie haben die Chance nicht genutzt, Verbraucherschutz im Kabinett direkt festzumachen und ein Verbraucherschutzministerium einzurichten. Dies hätte bestimmt anders zugeschnitten werden müssen als das, was im Moment im Landwirtschaftsministerium zur Diskussion steht.

(Schwarz, SPD: Wir erleben, was die
Nordrhein-Westfalen mit Ihrer
Ministerin machen!)

- Herr Schwarz, Sie haben eine gute Idee, anscheinend doch Mobilität im Kopf, jawohl. Jawohl, wir haben im Bund und in Nordrhein-Westfalen sehr gute Beispiele von Möglichkeiten, wie man Verbraucherschutz betreiben kann. Das haben Sie nicht genutzt. Meine Damen und Herren, das ist schade; denn wir wissen, diese Chance gibt es nur alle fünf Jahre. Eine solche Chance wird so schnell nicht wiederkommen. Wenn man die Chance erst in fünf Jahren ergreift, dann hat man verloren. Dann ist man nicht vorn, sondern dann ist Rheinland-Pfalz in dem Bereich leider ganz weit abgeschlagen auf einem der letzten Plätze.

Wir sind der Meinung, dass Verbraucherschutz und die Möglichkeit, diesen Schutz wirklich auszubauen, oberste Prioritäten hätten haben müssen, und zwar so, wie das von Ihnen gesagt worden ist. Herr Kuhn, man hätte es umsetzen müssen. Man hätte es nicht nur verbal vortragen sollen, sondern man hätte Tatsachen und Fakten schaffen müssen. Diese haben Sie nicht geschaffen. Meine Damen und Herren, wenn keine Tatsachen und keine Fakten geschaffen werden, dann sieht es für die **nächsten** fünf Jahre düster für den Verbraucherschutz aus. Das bedauern wir. Wir hätten es anders gemacht, und ich behaupte, wir hätten es auch besser machen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vizepräsidentin Frau Grützmaier
übernimmt den Vorsitz)

Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass Sie gegen das Dosenpfand sind. Es ist eine wun-

derbare Leistung, in einem Koalitionsvertrag, der auf fünf Jahre ausgelegt ist, festzuschreiben, dass man gegen das Dosenpfand ist. Über das Dosenpfand wird im Bundesrat am 22. Juli 2001 entschieden. Die Sache ist also demnächst sowieso erledigt. In einem Koalitionsvertrag festzuschreiben, dass man gegen eine Maßnahme ist, die Umweltschutz und Mittelstandsschutz ist, zeigt doch die Kleinkariertheit und den kleinen Horizont, den Sie haben. Herr Beck, dazu braucht man keine Visionen. Da weiß man, man könnte mit den anderen Bundesländern gemeinsam eine vernünftige Lösung finden. Sie sperren sich zusammen mit der Umweltministerin dagegen. Sie sperren sich zusammen mit der FDP dagegen. Sie sperren sich dagegen zusammen mit der Industrie, die in Dosen abfüllt. Sie sperren sich außerdem dagegen mit den Lobbyisten, die diese Dosen herstellen. Natürlich ist das verständlich, aber es ist keine zukunftsführende Politik, Herr Ministerpräsident, zu sagen, ich mache hier Lobbypolitik, und alles andere interessiert mich nicht. Ich mache nur Lobbypolitik für Rheinland-Pfalz, und eine Lobbypolitik für den Umweltschutz möchte ich nicht machen.

Herr Ministerpräsident, wir hätten eine Chance gehabt, eine Lobbypolitik für den Umweltschutz beispielsweise gegen das so genannte Littering zu machen, das heißt, dass der Müll einfach in die Landschaft geworfen wird. Wir hätten hier etwas für den Umweltschutz voranbringen können.

Frau Martini hat jetzt einen Vorschlag unterbreitet, dass diejenigen, die Dosen oder Müll in die Landschaft werfen, bestraft werden sollen, dass sie Knöllchen bekommen sollen. Sie macht aber gleichzeitig den Vorschlag, dass die Kommunen dies übernehmen sollen. Das Umweltministerium ist da nicht zuständig. Die Kommunen sollen wieder einmal ausbaden, was an Ideenlosigkeit im Ministerium vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, die Aufgaben immer wieder an die Kommunen abzudrücken, so kann man keine Politik machen, die dann später mit den Kommunen zusammen erfolgreich sein wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Ministerpräsident Beck: Sie sind doch
zuständig! Mein Gott, reden Sie
etwas zusammen!)

Sie wissen sehr wohl, dass die Hilfskonstruktionen, die Frau Martini gegen das Dosenpfand gebraucht hat, nicht stimmen, beispielsweise, dass nur 6 % des Mülls in der Landschaft Getränkeverpackungen seien. Das hat sich jetzt erwiesen. Das Witzenhausen-Institut, also Herr Wiemer, der normalerweise Berater von Frau Martini ist, hat festgestellt, dieses Gutachten, das Frau Martini in der Öffentlichkeit immer wieder als Argumentationshilfe herangezogen hat, ist völlig falsch, hat völlig falsche Zahlen, geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Ich glaube, es ist der Zeitpunkt gekommen, nachdem der Bundestag eindeutig mit der Mehrheit von SPD – da gibt es die SPD noch – und GRÜNEN entschieden hat,

dass es ein Dosenpfand in der Bundesrepublik Deutschland geben soll.

(Ministerpräsident Beck: Es reicht langsam wirklich! –
Pörksen, SPD: Arroganter Pinsel! –
Ministerpräsident Beck: Diese Arroganz!)

– Herr Ministerpräsident, in Niedersachsen wollte der Ministerpräsident auch gegen das Dosenpfand stimmen. Die SPD hat ihn dann daran gehindert. Die Fraktion stand zu ihrem Wort, dass sie Umweltschutz betreiben will. Da musste auch der Ministerpräsident einmal einige Schritte zurück gehen. Das ist in Rheinland-Pfalz eben nicht der Fall. Das habe ich gerade schon geschildert. Deswegen täte es dem Land gut, wenn wir eine Diskussion hätten, die offener wäre, die ehrlicher wäre und die auch Bewegung zeigen könnte.

(Ministerpräsident Beck: Ehrlich ist das, was Sie sagen? Unglaublich!)

Deswegen gibt es jetzt für Sie eine Chance, am 22. Juni für das Dosenpfand im Bundesrat zu stimmen.

(Pörksen, SPD: Sie geben eine Chance!)

Überlegen Sie, und denken Sie nach, ob das nicht eine Chance für den Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland wäre.

Meine Damen und Herren, es gibt noch ganz andere Themen als den Umweltschutz, die Sie hier behandelt haben oder vielleicht nicht so weit behandelt haben, dass man damit zufrieden sein könnte.

(Pörksen, SPD: Das erreichen wir bei Ihnen nie!)

Die Arbeit in Rheinland-Pfalz, zu der Sie eine Enquete-Kommission einberufen wollen, muss bestimmt anders organisiert werden, sodass Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger Arbeit annehmen können, die sich lohnt. Das haben Sie meiner Meinung nach völlig richtig definiert und völlig richtig gesagt, natürlich muss es einen Anreiz geben, Arbeit anzunehmen. Es hat keinen Sinn, wenn Leute, die arbeiten, weniger bekommen als solche, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Wenn wir solche Instrumente auch im Landtag diskutieren, müssen wir offen in die Diskussion gehen. Was im Koalitionsvertrag festgelegt worden ist, ist alles andere als Offenheit. Das genau haben der DGB und die IG Metall sowie die ver.di zu Recht kritisiert, dass die Instrumentarien schon festgelegt sind, nämlich Flexibilisierung der Löhne und Gehälter und nicht Flexibilisierung der Wirtschaft. Nein, es soll wieder einmal auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen werden, was an Flexibilisierung vorhanden ist.

(Creutzmann, FDP: So ein Quatsch!)

Meine Damen und Herren, deswegen haben die Gewerkschaften zu Recht – ich sage das so – stinksauer reagiert, weil sie natürlich nicht mit einbezogen waren und weil ihnen dann vorgestellt wird: Bitte, hier habt ihr, friss Vogel oder stirb. – Wer so mit Gewerkschaften und

Arbeitnehmervertretern umgeht, der braucht sich dann nicht zu wundern, wenn er in eine öffentliche Kritik gerät. Zur Frage, das dann so darzustellen, als würde es nicht eins zu eins umgesetzt – Sie haben dazu Stellung genommen, Herr Ministerpräsident – und als wäre das noch offen, glaube ich nicht, dass es offen ist.

(Frau Klamm, SPD: Aber glauben ist nicht wissen!)

Ich glaube, Sie haben sehr wohl mit der FDP gezielt eine Richtung eingeschlagen – Herr Gerster genau so, vielleicht auch interessiert daran –, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schwächt. Deswegen können wir eine solche Richtung nicht mittragen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können meines Erachtens noch einmal auf die verpassten Chancen in Rheinland-Pfalz zurückkommen. Meine Damen und Herren, die Energiepolitik ist im sonnenreichen, holzreichen und biomassereichen Land Rheinland-Pfalz eine der größten Chancen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, aber auch die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft zu unterstützen. Wir haben hier an dieser Stelle oft genug Vorschläge gemacht, wie wir eine solche Unterstützung anleiern könnten. Nun kommen Sie in Ihrer Koalitionsvereinbarung zu dem Ergebnis, jawohl, wir nehmen die Fördergelder, die aus Berlin kommen, und wollen die effektiv in unserem Land einsetzen. Das ist eine gute Idee. Warum auch nicht? Aber warum kommt das nicht früher? Warum kommt es jetzt nicht gezielt auch mit mehr Förderung vonseiten des Landes? Warum wartet man darauf, dass Berlin eine gute Politik macht, die man immer wieder im Land hintertreibt, wenn man aber dann, wenn Geld kommt, das abgreifen will?

(Lewentz, SPD: Sie reden einen Quatsch, Herr Dr. Braun! – Politik hintertreiben!
Was ist das für eine Wortwahl?)

Die FDP hat noch im Februar gegen das Gesetz über erneuerbare Energien einen Antrag in Berlin gestellt. Die FDP wollte dieses Gesetz immer schon kippen und wird es wahrscheinlich auch jetzt noch kippen wollen.

Deswegen glaube ich, die FDP ist nicht dazu in der Lage und nicht dazu fähig, erneuerbare Energien entsprechend zu fördern, in Rheinland-Pfalz erneuerbare Energien entsprechend zu unterstützen, so wie wir das in diesem Land brauchen könnten, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, die zukunftsfähige Arbeitsplätze im Land sind und nicht irgendwo anders, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hatten auch die Armut zu Recht angesprochen. Ich glaube, es ist ein Thema der Zukunft, gerade Kinderarmut, nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern insgesamt in der Bundesrepublik zu bekämpfen. Es gibt von den GRÜNEN auf Bundesebene Vorschläge, wie wir das

durchaus realistisch finanzierbar machen könnten, nämlich mit einer Kindergrundsicherung

(Pörksen, SPD: Das wäre bei euch das erste Mal realistisch!)

– Herr Pörksen, ich glaube, das hören Sie zum ersten Mal, aber Sie werden es vielleicht noch öfter hören –,

(Pörksen, SPD: Realistisch!)

die verhindert, dass Kinder in Sozialhilfe geraten. Ein Drittel oder – ein bisschen weniger – ein Fünftel bis ein Drittel der Sozialhilfeempfänger sind Kinder. Der Anteil steigt. Das heißt, das Problem ist sehr groß. Deswegen brauchen wir noch einmal verstärkte Unterstützung in den sozialen Brennpunkten. Sie haben das auch angekündigt, dass Sie das unternehmen wollen, jetzt verstärkt die sozialen Brennpunkte auch finanziell zu unterstützen. Ich glaube aber, wir dürfen uns da keine Illusionen machen, wie ernst die Lage ist. Herr Itzek, wenn wir beispielsweise Ludwigshafen sehen, einige Stadtteile in Ludwigshafen mit einem Ausländeranteil von über 50 %, wo die sozialen Probleme höher sind, dann weiß man, man braucht dort nicht nur Geld, man braucht dort natürlich auch die entsprechenden Erziehungssysteme, die Sie angekündigt haben. Aber man braucht dort beispielsweise eine Ganztagschule. Man braucht dort eine Ganztagschule nicht nur für 10 % der Kinder oder nicht nur für 20 % der Kinder, sondern man braucht dort eigentlich flächendeckend eine Ganztagschule. In sozialen Brennpunkten braucht man eine verstärkte Bemühung, Ganztagschulen einzurichten.

(Lewentz, SPD: Das ist doch möglich! –
Itzek, SPD: Wird doch kommen!)

Meine Damen und Herren, jetzt sagen Sie doch nicht, Sie könnten mit den 30 Millionen DM, 50 Millionen DM oder 70 Millionen DM schon diese Ganztagschulen in allen sozialen Brennpunkten einrichten. Wir brauchen – das habe ich vorher angesprochen – verstärktes finanzielles Engagement des Landes für die Erziehungsarbeit. Wir brauchen verstärktes finanzielles Engagement des Landes für die Schulen. Was Sie hier an Ganztagschulen einrichten wollen, ist ein erster guter Schritt. Darüber sind wir uns einig. Herr Fraktionsvorsitzender Mertes hatte seine Vision entwickelt, wie eine Ganztagschule zu sein hat, meinetwegen nachmittags ein bisschen Sport, dann Musik usw.

(Böhr, CDU: Hochsprung!)

Das hört sich alles ganz gut an. Ich könnte jetzt sagen, das hört sich so an, wie Klein Joachim sich die Schule vorstellt. Aber wir brauchen dazu eine Qualität, die wir mit den 30 Millionen DM nicht schaffen können.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Wenn wir in unseren Kommunen vor den Eltern stehen und sagen, das Land will 30 Millionen DM geben, dann lachen die sich – Entschuldigung – kaputt, weil sie genau wissen, dass der Unterricht ausfällt und die Probleme, die es im Moment gibt, schon nicht bewältigt werden können. Wenn ich 1 Milliarde DM in fünf Jahren für die

Mobilität vor allem im Straßenverkehr ausgeben kann, dann muss ich auch die Milliarde haben, die ich zusätzlich in der Bildung ausgeben kann, wenn ich die Bildung an die erste Stelle setzen wollte. Das würden wir tun, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Wort noch zur Chemiewirtschaft. Herr Ministerpräsident, gerade gestern wieder war in Ludwigshafen ein Unfall, von dem auch viele Kinder betroffen waren. Über 100 Menschen mussten in ärztliche Behandlung gehen. Das sind Unfälle, die das Vertrauen in die Chemieindustrie gerade in Ludwigshafen natürlich nicht stärken, sondern eher schwächen. Wir wollen nicht die Abschaffung der Chemieindustrie.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sondern?)

Da wären wir bestimmt in der falschen Debatte, und da werfen Sie uns auch etwas Falsches vor. Es gibt nicht nur Schwarz und Weiß, es gibt eine Sicherheit. Es gibt erhöhte Sicherheitsstandards.

(Ministerpräsident Beck: Habe ich das denn gesagt?)

– Doch, wenn Sie das nicht verteidigen, dass dann die Chemieindustrie in Rheinland-Pfalz natürlich entsprechend die Arbeitsplätze abbauen wird.

(Ministerpräsident Beck: Habe ich gesagt, Sie wollen die Abschaffung der Chemieindustrie?)

Herr Ministerpräsident, das ist doch Ihre Argumentation gewesen. Aber es gibt eine sichere Chemieindustrie, die Sicherheitsstandards erhöhen kann. Da ist man im Moment bei BASF und anderen Firmen voll an der Arbeit. Aber man muss auch die entsprechenden Vorgaben vom Land haben.

(Pörksen, SPD: Vorschriften!)

Man muss entsprechende Vorgaben haben, die die Verbraucher und die Verbraucherinnen schützen.

Wenn die EU ein Weißbuch zur Chemikaliensicherheit herausgeben will, also wenn Sie vonseiten der EU entsprechende konkrete Umsetzungen machen wollen, dass Altchemikalien getestet werden, dann ist dies eine sinnvolle Sache. Dann ist das ein Verbraucherschutz, der sinnvoll ist. Dann ist es aber auch eine Sache, die eventuell das Vertrauen in die Chemieindustrie erhöhen könnte. Auch von diesem Standpunkt aus muss man dies diskutieren.

Wir müssen doch wissen, welche Altstoffe es in der Chemieindustrie gibt. Wir müssen doch wissen, wie die Chemikalien auf die Bevölkerung, auf die Verbraucher wirken. Dann kann ich doch nicht als Ministerpräsident nach Brüssel fahren und sagen, ich vertrete hier den Produzenten. Warum vertreten Sie nicht auch den Verbraucher und die Verbraucherin? – Der Produzent allein

regiert nicht. Die Wählerinnen und Wähler und die Verbraucher, die Sie gewählt haben, brauchen auch ihren Schutz, nicht nur der Produzent braucht seinen Schutz.

Ich glaube, es ist durchaus sinnvoll, über dieses Weißbuch zu diskutieren, damit es keine Doppelarbeit gibt und nicht jede Firma alle Nachweise führen muss. Aber es wäre falsch zu sagen, der verbesserte Schutz, den die EU machen will, schadet der Chemieindustrie.

Meine Damen und Herren, er schadet der Chemieindustrie nicht, sondern er kann der Chemieindustrie nützen, wenn wir den Umweltschutz und den Verbraucherschutz ernst nehmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Überhaupt haben Sie all die Umweltthemen, die Sie aufgegriffen haben, zunächst einmal mit dem Zusatz „in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft“ versehen. Das ist vollkommen richtig. Man muss auch sagen, ohne eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft können wir keinen Umweltschutz machen. Aber ich vermisse, dass die Verbraucher und die Verbraucherinnen, die Menschen, die eventuell gefährdet sind, den gleichen Stand, den gleichen Faktor in Ihrer Koalitionsvereinbarung haben wie diejenigen, die produzieren. Deswegen wäre es wichtig, bei der Agenda 21 festzulegen, nicht nur in Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Wirtschaft wollen wir die Lokale Agenda 21 machen, sondern auch in Zusammenarbeit mit den Verbraucherinnen und der Bevölkerung. Genau das ist der Ansatz der Lokalen Agenda 21.

Meine Damen und Herren, davon ist im Koalitionsvertrag nichts zu lesen. Ich glaube, deswegen brauchen wir eine Demokratisierung über die Lokale Agenda, eine Demokratisierung der Politik in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Vorgaben zur Mobilität, zum Dosenpfand, zur Kraft-Wärme-Kopplungsquote: All das haben Sie in Ihren Koalitionsvertrag hineingeschrieben sowie Umweltschutz, soziale Sicherheit usw. Bei dem, was durchaus einen bestimmten Stellenwert hat, sehe und vermisse ich die Quoten, die Sie festlegen wollen. Wo sind die genauen Ziele? Wo sind die Ziele der Erreichung, beispielsweise Produktion erneuerbarer Energie, ökologische Landwirtschaft? Wo sind die konkreten Ziele für die nächsten fünf Jahre? – Es wäre eine Chance gewesen. Ich glaube, es ist eine Chance, in einer Koalition festzulegen, innerhalb von fünf Jahren wollen wir konkret bestimmte Ziele erreichen, und daran lassen wir uns messen. Das machen Sie bei der Neuverschuldung. Die wollen Sie gegen null fahren. Ich denke, das ist richtig. Aber man könnte auch in anderen Bereichen Ziele vorgeben. So, ohne diese Vorgabe von Zielen, bleibt es – da gebe ich dann doch der CDU Recht – in den Teilen eine Art Beliebigkeit, eine Art Aufzählung von Beliebigkeit, wenn ich mich hinterher nicht daran messen lassen kann, was ich vereinbart habe.

Wir werden die Politik der Landesregierung in den nächsten fünf Jahren kritisch begleiten, und wir werden darauf drängen, dass Ziele auch umgesetzt werden.

Ich glaube, es lohnt sich für Rheinland-Pfalz, die Ziele, auch im Umweltschutz und im Bereich der sozialen Sicherheit, umzusetzen, die nicht im Koalitionsvertrag stehen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Braun, es war schon – mit Verlaub – sehr amüsant, was Sie vorgetragen haben. Insbesondere Ihre innovative Wahlanalyse hat mich sehr beeindruckt.

(Beifall des Abg. Lewentz, SPD)

Wenn jemand, der mit 5,2 % kurz an der entscheidenden Grenze vorbeigeschrammt ist, von einem Pyrrhussieg spricht, dann ist das schon sehr gewagt. Kompliment!

(Beifall bei FDP und SPD)

Verehrter Herr Kollege Dr. Braun, wenn der an sich schon sympathische Ministerpräsident durch die sympathische Ausstrahlung unserer Partei an seiner Seite einen noch glorioseren Sieg einfahren konnte und wir es dadurch nur zu 50 % mehr als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebracht haben,

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann ist das für uns eher ein Anlass zur Freude und für Sie ein Grund zum Nachdenken.

(Vereinzelt Beifall bei FDP
und SPD)

Resümierend: Ihrer Wahlanalyse konnte ich nicht ganz folgen.

Meine Damen und Herren, aber mir geht es an sich um ein anderes Thema. Mir geht es um das Thema „Sozialpolitik“, wozu ich sprechen möchte. Vielleicht ist es Ihnen so aufgefallen wie mir, die Bundesvorsitzende einer einst großen und mächtigen Volkspartei hat sich zum Thema „Neue Sozialpolitik“ ebenso geäußert wie der Bundesvorsitzende einer zurzeit großen und mächtigen Volkspartei zu der Frage, ob es ein Recht auf Faulheit gäbe.

Meine Damen und Herren, beide Äußerungen bzw. Fragestellungen zeigen für mich, dass die Sozialpolitik stärker als bisher in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Auch unsere Koalitionsvereinbarung beweist, dass wir diese Bewertung teilen und zur Verantwortung für

eine solche Sozialpolitik stehen, aber nicht nur für eine Verantwortung für Sozialpolitik, sondern auch zur Verantwortung für die Sicherung eines Ordnungsprinzips, dem sich an sich alle Fraktionen verpflichtet fühlen sollten: das Ordnungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft.

Bereits die letzte Landesregierung nannte den Entwurf der Sozialpolitik, dem sie sich verpflichtet sah, den Entwurf einer realistischen Sozialpolitik. Das beschreibt zwei Dinge: zum einen die Tatsache, dass die Koalition für alle da ist, die aus eigener Kraft heraus die Teilhabe am normalen gesellschaftlichen Leben für sich und ihre Kinder nicht schaffen können, und zum anderen, dass die Regierung zu einem Grundsatz steht, der uns allen selbstverständlich ist: Der Starke hilft dem Schwachen.

Es finden sich in unserem Koalitionsvertrag und auch in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten entsprechende Hinweise dazu, wie das schon sehr eng geknüpfte Netz sozialer Sicherheit weiter ausgebaut werden kann und soll. Wir sprechen von der Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung, der Erweiterung der Über-Mittag-Betreuung mit Mittagessen, der Schaffung von Plätzen für Kinder unter drei Jahren. Wir verpflichten uns zu einem Schwerpunktprogramm für Kinder in sozialen Brennpunkten – Herr Dr. Braun, Ihr Thema –, und wir sind der Meinung, dass Kindertagesstätten dringend zu Kommunikationsstätten ausgebaut werden müssen, wo auch Erfahrungsaustausch zwischen den Kitas, den Eltern, den Familienbildungsstätten und den sozialen Beratungsstellen stattfinden muss. Wir verpflichten uns dazu, der vom Bundesverfassungsgericht eingeforderten Verbesserung der Förderung von Familien und Kindern im Rahmen des Familienlastenausgleichs nachzukommen. Es gibt weitere Punkte: die bessere Verzahnung von freier und verbandlicher Jugendarbeit mit der Ehrenamtsarbeit, um eine Qualitätssteigerung zu erreichen, und auch der Ausbau der Möglichkeiten für behinderte Menschen im schulischen und beruflichen Bereich.

Meine Damen und Herren, das ist die eine Seite der Medaille. Realistische Sozialpolitik heißt aber auch, dass diese sozialen Hilfsstrukturen immer wieder neu angepasst werden müssen und auf den Untersuchungsstand gehören. Es gibt neue Probleme und neue Bedürfnisse. Man muss auch die Frage der Treffsicherheit immer wieder neu stellen. Auch dazu äußert sich die Koalitionsvereinbarung ebenso wie die Regierungserklärung.

Wir sind übereingekommen, alle Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, auch solche der Beratung – dies ist ein wichtiger Punkt –, einer intensiven Evaluation zu unterziehen.

Es geht auf Dauer nicht an, dass Doppel-, Dreifach- und Mehrfacharbeiten geleistet werden, die insgesamt zu einer Effizienzschwächung führen.

Wir haben einen Satz in die Koalitionsvereinbarung geschrieben, der manchen vielleicht stutzig gemacht hat. Es wird ein klares Bekenntnis geleistet zu Grundtugenden wie Pünktlichkeit, Höflichkeit, Fleiß und auch Teamfähigkeit, Selbstbewusstsein und Toleranz; denn diese Dinge gehören zusammen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Es steht meines Erachtens dem einen oder anderen aus diesem hohen Haus gut zu Gesicht, sich das einmal vor Augen zu führen.

Ein wichtiger Punkt ist das Bekenntnis dazu, dass auch einfache Arbeiten einen klaren und deutlichen Abstand von der Sozialhilfe haben müssen. Arbeit muss sich lohnen.

Herr Dr. Braun, da Ihre Fraktionsvorsitzende zurzeit nicht anwesend ist, spreche ich Sie jetzt an. Die Ausführungen von Frau Thomas waren schon am Rande des Zynischen. Das, was sie zum Bemühen der Koalition ausgeführt hat, Haushaltsarbeit mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen zu fördern, in einem Maße zu diskreditieren, dass Sie und nicht wir – –

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie hat gesagt, es wäre schön,
wenn es mehrere wären!)

- Herr Dr. Braun, ich bin mit einem fürchterlich guten Gedächtnis geschlagen. Das habe ich ganz anders in Erinnerung.

Sie hat davon gesprochen, dass das grundsätzlich Arbeitsverhältnisse von Frauen seien. Das ist eine eigentümliche Auffassung beruflicher Zuordnung. Wir haben dieses Wort nicht in den Mund genommen.

Wenn man auf der einen Seite danach ruft, dass auch einfache Beschäftigungsverhältnisse eingerichtet werden müssen, und auf der anderen Seite Selbstverständlichkeiten zu diskreditieren versucht, ist das – ich erlaube es mir, das noch einmal zu sagen – zynisch, arrogant und abgehoben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, eine realistische Sozialarbeit muss aber auch die andere Seite der Medaille, die Sozialpolitik, zeigen. Das ist ein traditionelles Thema der FDP. Wir stehen zu diesem Thema. Ich erläutere, weshalb wir dazu stehen.

Sozialpolitik ist Teil eines integrierten wirtschafts- und sozialpolitischen Systems. Nichts anderes besagt der Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft. Es sollte inzwischen Allgemeingut geworden sein, dass sich Sozialpolitik nicht aus sich selbst heraus finanziert, sondern eine leistungsfähige Wirtschaft voraussetzt. Diese Wirtschaft – auch die BASF in Ludwigshafen – hat sich dieser Verantwortung immer gestellt, stellt sich ihr, warnt aber zu Recht vor Überforderungen, weil sie nicht nur für die Wirtschaft gefährlich sind, sondern auch für das Sozialsystem.

Am deutlichsten wird dies am zentralen sozialen Problem unserer Tage. Das ist auch in unserem Land eine sehr hohe Arbeitslosigkeit. Ich habe mich über die Fairness gefreut, mit der alle Fraktionen mit den guten rheinland-pfälzischen Zahlen umgegangen sind. Natürlich muss eingeräumt werden, dass es relativ gute Zahlen sind. Auch die Zahlen, die wir erreicht haben, sind natürlich noch zu hoch.

Hinter diesen Zahlen steckt eine Zahl von unzähligen bedauernswerten Einzelschicksalen, die gerade bei Langzeitarbeitslosen das Gefühl aufkommen lässt, Paris der Gesellschaft zu sein.

Meine Damen und Herren, hinter diesen Zahlen steht nicht nur die Belastung der Betroffenen, sondern auch die Belastung der Wirtschaft, die die Arbeitslosigkeit mitfinanzieren muss, und letztlich die Gefährdung des Sozialsystems selbst. Wir haben einen Teufelskreis vor uns.

Die Koalitionsvereinbarung hat diesen Dingen Rechnung getragen. In ihr sind einige anspruchsvolle Punkte enthalten, die nicht Ihre ungeteilte Zustimmung gefunden haben. Das ist auch gut so, weil wir uns über diese Dinge streiten sollten.

Die Koalition steht nicht unter dem Druck der FDP-Fraktion, sondern unter dem Druck der Realitäten und der Notwendigkeiten, hinter diesen Entscheidungen, hinter einer stärkeren Flexibilisierung, die letztlich den Interessen der Arbeitnehmer mehr dient als das Stärken von Funktionärsinteressen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wenn wir überprüfen, ob das Günstigkeitsprinzip durch eine gesetzliche Regelung erweitert werden soll, geht es dabei um die Sicherung gefährdeter Arbeitsplätze und nicht um das Gegenteil.

Meine Damen und Herren, soziale Hilfen sind naturgemäß und notwendigerweise angenehm für denjenigen, der sie erhält, aber eine Belastung für den, der Sie finanzieren muss. Die Struktur, die das finanziert, nämlich die Wirtschaft, ist nicht irgendeine anonyme Struktur, sondern dahinter stehen Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denen über hohe Sozialabgaben und über hohe Steuerabzüge die Früchte ihrer Arbeit entzogen werden. Das wirkt demotivierend und leistungsfeindlich für den Einzelnen und verwischt letztlich den Unterschied zwischen denen, die Leistungen erbringen und denjenigen, die Leistungen nicht erbringen.

So lange es Menschen sind, die Leistungen nicht erbringen können, geht das in Ordnung. Aber immer dann, wenn jemand aus vielleicht im Einzelnen nachvollziehbaren Gründen Leistungen für die Allgemeinheit als Teil der Solidargemeinschaft nicht erbringen will, geht der Schuss nach hinten los. Es kommt letztlich zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft.

Gerade weil Arbeitnehmer mit niedrigen und mittleren Einkommen nicht einsehen können, dass sie Menschen mitfinanzieren, von denen sie aus persönlicher Kenntnis heraus wissen, dass diese sehr wohl für sich selbst sorgen könnten, zieht die FDP den Schluss, so deutlich und klar wie wir gesagt haben, der Starke ist für den Schwachen da, so ziehen wir daraus den Schluss, dass der Fleißige nicht für den Faulen da ist. Auch das muss deutlich gesagt werden.

Meine Damen und Herren, wenn wir es letztlich durch eine Betrachtung dieser beiden gleich wichtigen Seiten schaffen, eine neue Balance im Sozialsystem herzu-

stellen und das, was in den vergangenen Legislaturperioden in Rheinland-Pfalz erreicht wurde, zu sichern, sind wir auf dem richtigen Weg. Dann haben wir das, was wir realistische Sozialpolitik nennen, entsprechend ausgeführt.

Noch ein kurzer Satz zur Gesundheitspolitik. Inzwischen gibt es Signale aus Berlin, die hoffnungsvoll stimmen. Ich freue mich, dass sich die neue Bundesgesundheitsministerin in einer ganz anderen Art und Weise artikuliert, als es die bisherige Bundesgesundheitsministerin getan hat, die der Meinung war, das Gesundheitssystem auf Dauer als sozialistische Insel aufrecht erhalten zu können. Das lässt hoffen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir in diesen komplexen Bereichen der Sozialpolitik und der Gesundheitspolitik auf Dauer gut fahren würden, wenn wir ähnlich wie in der Rentenpolitik letztlich einen parteiübergreifenden Konsens erreichen, der diese Dinge nicht über ganze Legislaturperioden zur Hängepartie werden lässt.

Eines muss klar sein: Bei all diesen Reformen – dabei spreche ich alle Partikularinteressen an – kann es nicht um die Befriedigung von Einzelegismen gehen. Es kann nur dann gelingen, wenn überzogene Interessen einzelner Gruppen von vornherein als egoistisch entlarvt werden.

Die effiziente Bereitstellung von Gesundheitsleistungen für die Patienten, um die es letztlich geht – nur um diese Gruppe geht es letztlich –, benötigt Wettbewerb aufseiten der Leistungserbringer sowie aufseiten der Krankenkassen. Dabei ist – wie in der Koalitionsvereinbarung nachzulesen – auch die ärztliche und zahnärztliche Selbstverwaltung in Rheinland-Pfalz ein ganz wichtiger Partner für die Landesregierung. Das freut mich ganz besonders.

Meine Damen und Herren, Grundlage unserer Überlegungen und unserer gemeinsamen Arbeit, die wir uns vorgenommen haben, ist das Ziel, sozialen Frieden und Ausgleich auf der einen Seite sowie Effizienz der Wirtschaft und Unterstützung der Leistungsbereitschaft des Einzelnen auf der anderen Seite zu erreichen. Nur dann, wenn beide Forderungen erfüllt sind, werden wir letztlich erfolgreich bleiben. Die Regierungssseite hat ihren Beitrag vorgestellt. Ich appelliere an die Oppositionsseite, uns das gleichzutun.

Danke schön.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Rockenhausen.

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Minister Bauckhage.

**Bauckhage, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Koalitionsvereinbarung nach Wahlen und eine Regierungserklärung sind das Kursbuch für die kommenden fünf Jahre. Dieses Kursbuch ist ein deutliches Kursbuch für eine gute Perspektive der Menschen, für Modernität in diesem Staat und darüber hinaus auch ein Kursbuch für eine gute Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz.

Ich sage das deshalb am Anfang, weil ich jetzt in der Mitte der Debatte einmal festhalten möchte, dass ich über die Debattenbeiträge der Opposition ein bisschen enttäuscht bin. Ich bin deshalb enttäuscht, weil ich eigentlich davon ausgegangen bin, dass man heute erleben darf, dass die Opposition ihren Politikentwurf dem Politikentwurf dieser Landesregierung entgegenstellt. Was haben wir erlebt? Wir haben erlebt, dass man natürlicherweise von A bis Z Kritik geübt hat – das kann man immer –, aber man hat nicht gesagt, wie man es besser oder anders gemacht hätte.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

– Ja, ich komme darauf noch zu sprechen.

Herr Dr. Braun, das ging sogar so weit, dass man sich fragen muss, ob Arroganz nicht den Blick für jede Toleranz verstellt; denn es war schon arrogant, wie Sie aufgetreten sind, und ob Arroganz nicht ein Stück ist, weshalb man nicht mehr die Fähigkeit hat, sich selbst auf den Prüfstand zu stellen und ein Stück Selbstkritik zu wagen; denn nur dann kann man Politik gestalten,

(Beifall der FDP)

wenn man in der Lage ist, selbstkritisch zu sein. Bei Ihnen war das eine unerträgliche Arroganz und unerträgliche Besserwisserei. Mit Besserwisserei und Arroganz kann man keine Politik gestalten.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ging hin bis zu einem ganz primitiven Anbiedern, um ein Stück an der Macht teilhaben zu können. Das war **Ihr** Redebeitrag.

(Beifall der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war schon sehr merkwürdig, dass der Oppositionsführer der großen Oppositionspartei beklagt hat, diese Landesregierung habe keine Visionen, es handele sich um eine Politik der Unverbindlichkeit und des Pragmatismus. Ja, wir machen pragmatische Politik für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Dazu bekenne ich mich gern, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP und SPD –
Lelle, CDU: Das reicht!)

Während man hier über Visionen philosophiert, nehmen wir uns Schritt für Schritt der Probleme der Bürger an

und setzen uns dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land eine gute Zukunftsperspektive haben.

Nachher wird Herr Kollege Zöllner wahrscheinlich noch etwas zur Wissenschaftspolitik und zur Bildungspolitik in diesem Land sagen. Sie kann nicht so schlecht sein. Es macht auch keinen Sinn, wenn man Schulpolitik beispielsweise danach beurteilt, dass man in der linken Schule die Erbsen zählt und noch Nummern darauf schreibt. So kann man die Zukunft in diesem Land nicht gestalten.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ein Wort zu Ihnen, Herr Kollege Jullien: Auch in Ihrem Redebeitrag war gar nichts von Zukunft und Perspektive zu merken, sondern Sie haben sich auf das verlassen, was Sie immer sagen: Das war immer richtig, also muss das richtig bleiben. – Sie haben nichts dazu gesagt, wie Sie sich das vorstellen, und Sie haben auch nichts dazu gesagt,

(Jullien, CDU: Abschaffung der
Öko-Steuer!)

wie man in der Zukunft Steuerpolitik in diesem Land betreiben kann.

Da rechne ich dieser Landesregierung – ich sage das extra am Anfang – einen großen Verdienst zu. Wenn man über die Steuerpolitik redet, weiß jeder, dass meine Partei eine andere Steuerpolitik will als die derzeit betriebene. Jeder weiß auch, dass es da einen Unterschied gibt. Jeder weiß aber auch, dass wir beide gemeinsam keine Steuerreform in Berlin auf den Weg gebracht haben. Die jetzige Bundesregierung hat aber eine Steuerreform auf den Weg gebracht.

Wenn man schon die Prozentzahlen von 25 und 47 nennt, muss man der Redlichkeit halber sagen, dass die Wirtschaft derzeit von der Gewerbesteuer zum ersten Mal befreit wird. Das gehört der Redlichkeit halber dazu.

(Beifall der FDP und der SPD)

Herr Jullien, wir reden jetzt einmal ein Stück weit über Redlichkeit. Ich rechne dieser Landesregierung und gerade auch mir persönlich einen ganz erheblichen Anteil zu, dass die Steuerreform über die Hürde gehoben werden konnte.

Wer so tut, als ob die Veräußerung von Kapitalgesellschaften nicht erwünscht sei, muss klar sagen: Sie muss erwünscht sein; denn die Versicherungen und Banken müssen aus der Wirtschaft heraus genommen werden. Wir wollen, dass Wirtschaft in der Wirtschaft stattfindet und nicht dass Banken gleichzeitig Wirtschaft sind. Dafür ist dieser Teil nur der richtige Teil.

(Jullien, CDU: Nur bei Kapitalgesellschaften!)

– Herr Jullien, keine Sorge, ich komme darauf noch zu sprechen.

Ich sage das auch deshalb, weil das Verhalten im Bundesrat, das Herr Böhr zuvor ansprach, eine entscheidende Rolle spielt.

Da Politik immer die Kunst des Möglichen ist, hat diese Landesregierung ihre Möglichkeiten wahrgenommen und hat eine Steuerreform auf den Weg gebracht, die am Schluss bei einer oberen Grenze von 42 % liegt und die jetzt schon die Anrechnung der Gewerbesteuer beinhaltet, weshalb man nicht sagen kann, die Lücke zwischen Privatgesellschaften auf der einen Seite und Kapitalgesellschaften auf der anderen Seite klappe groß auseinander.

(Jullien, CDU: Erst 2005!)

– Ich sage nicht das Gegenteil, Herr Jullien, ich nenne den Zustand wie er ist. Ferner haben wir wieder den halben Steuersatz bei Veräußerungsgewinnen eingeführt.

Nun muss man noch vom Spitzensteuersatz und dann auch vom realen Steuersatz reden. Auch das gehört der Redlichkeit halber dazu. Deshalb war es richtig, dass diese Landesregierung mit ihrem Votum die Steuerreform auf den Weg gebracht hat. Während sich Herr Merz und Frau Merkel über das Halbeinkünfteverfahren unterhielten, haben wir eine Steuerreform, die sicherlich nur ein erster Schritt sein kann, über die Hürde gehoben. Das war der Verdienst dieser Landesregierung.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich sage das nur deshalb, damit wir mit diesen Legenden einmal aufräumen können; denn Sie müssten als Steuerberater, wenn Sie über Steuern reden, wissen, worüber Sie reden, Herr Jullien.

(Kramer, CDU: Das weiß er!)

– Herr Kramer, wenn man die Vorurteile zur Maxime der eigenen Politik macht, ist man schlecht beraten.

Lassen Sie mich auch etwas zur wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Land sagen: Es hat mich schon ein wenig nachdenklich gemacht, als Herr Abgeordneter Böhr, Ihr Fraktionsvorsitzender, zum wiederholten Mal die Position von Rheinland-Pfalz in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt erwähnt hat. Wenn man davon dann ableitet, dass das Wohlstandsniveau eines Landes davon abhängt, ist das eine bewusste Irreführung.

(Beifall der FDP)

Ich sage das deshalb, weil das Wohlstandsniveau damit gar nichts zu tun hat. Herr Kollege Mertes hat heute Morgen dazu einiges gesagt.

Wenn man sich dann einmal das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen betrachtet, liegen wir im vorderen Drittel der Bundesländer. Das muss auch einmal der Redlichkeit halber gesagt werden. Die Wirtschaftspolitik und die Beschäftigungspolitik in diesem Land kann nicht schlecht sein, wenn man sieht, dass wir immerhin an drittgünstigster Stelle liegen und im Jahresdurchschnitt sogar noch ein Stück vor den Hessen liegen. Das ist der wahre Parameter für eine erfolgreiche oder nicht erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Deshalb reklamiere ich, die

Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich will noch einen Satz zur Frage der Selbstständigkeit und der Selbstständigkeitsquote in diesem Bundesland sagen. Auch in diesem Fall haben wir eine stetige Zunahme zu verzeichnen. Im Jahr 2000 lag sie erstmals über 10 %, während im gleichen Zeitraum der Bundesdurchschnitt weit darunter lag. Auch an diesem Parameter können wir uns also gut messen lassen.

Wir lassen uns auch gerne an der Frage der Existenzgründungen messen; denn da liegen wir im Schnitt von fünf Jahren immerhin bei 10.000 neuen Existenzen per saldo, das heißt, jedes Jahr sind 30.000 Existenzen neu entstanden, von denen per saldo 10.000 übrig bleiben.

(Beifall der FDP und der SPD –
Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Das ist natürlicherweise auch ein Stück von den Rahmenbedingungen, die in diesem Land für die Wirtschaft gelten.

(Beifall der FDP und der SPD –
Jullien, CDU: Nur aufgrund der
Gewerbeanmeldungen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auch den Arbeitsmarkt noch etwas beleuchten. Herr Dr. Schmitz hat einiges zur Frage der Sozialpolitik und der Arbeitsmarktpolitik gesagt. Die Arbeitsmarktpolitik in diesem Land ist meiner Meinung nach eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik. Das belegen zunächst einmal die Zahlen, die der Herr Ministerpräsident gestern genannt hat. Das wird allein durch die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, deutlich.

Wir haben natürlicherweise auch vereinbart, dass wir über das Mainzer Modell hinaus auch in einer Enquete-Kommission darüber nachdenken wollen.

Herr Dr. Braun, Sie sind eingeladen, den Auftrag der Enquete-Kommission mit zu formulieren. Es ist doch keine Frage, dass wir am Parlament vorbei handeln wollen. Wir wollen ganz bewusst das Parlament mit einbinden, um zu diskutieren.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/IE GRÜNEN:
Das war nur eine Stillfrage! Nehmen
Sie das doch einmal so hin!)

– Frau Thomas, hören Sie doch einmal zu. Ich nehme gern alles hin. Ich wollte auf Sie eigentlich gar nicht eingehen, weil Ihr Redebeitrag wirklich der destruktivste war, der hier gehalten worden ist. Ich habe Ihnen zugehört. Das wissen Sie ganz genau. Als Sie geredet haben, bin ich extra sitzen geblieben. Sie waren in früheren Jahren sehr viel besser.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, bei den Gewerbeanmeldungen liegen wir – um einmal ein Stück mit Legenden

aufzuräumen – mit 10.000 Einwohnern ebenfalls im vorderen Drittel. Die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Bundesland war im Jahr 2000 erfreulich gut. Sie ist wesentlich besser als im Jahr 1999 verlaufen. Das Jahr 2000 war für unser Bundesland das Jahr mit dem höchsten Wirtschaftswachstum seit der Wiedervereinigung. Wir lagen über dem Bundesdurchschnitt. Auch das hat etwas damit zu tun, dass die Rahmenbedingungen in diesem Land richtig sind.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist eine Exportquote, auf die wir stolz sein können und stolz sind. Dies hat auch etwas mit der BASF zu tun.

Herr Dr. Braun, ich will mich nicht in diese Schwarz-Weiß-Diskussion, die Sie vom Zaun gebrochen haben, einklinken. Wenn man allerdings mit der Chemie so umgeht, wie Sie mit ihr umgehen wollen, werden Sie erleben, dass die Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz verloren gehen. Sie werden in anderen Ländern in dieser Republik oder in der EU neu errichtet. Das wollen wir nicht. Deshalb wollen wir die Sicherheit an die erste Stelle setzen, aber gleichzeitig auch die Möglichkeit geben, dass in diesem Land in der Chemie Beschäftigung stattfindet.

(Beifall der FDP und der SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Regierungsparteien haben mit dem Koalitionsvertrag eindeutig ein Bekenntnis für mehr Wachstum und Beschäftigung abgelegt. Das kann man im Koalitionsvertrag eindeutig nachlesen.

Der Wettbewerb ist ein wesentliches Strukturprinzip unserer Wirtschaftsordnung. Deshalb ist der freie Zugang zu den Märkten und ein funktionierender Wettbewerb wichtig. Das ist auch die elementare Voraussetzung, Unternehmen zu gründen, damit sich Arbeitsplätze entsprechend entwickeln können.

Ich sage das deshalb, weil der Wettbewerb vernünftige Wettbewerbsbedingungen braucht. Wir wollen den Unternehmen in diesem Land vernünftige Wettbewerbsbedingungen in Form von mehr Beschäftigung und mehr Wachstum geben. Dazu gehört verständlicherweise auch die Verkehrspolitik. Es ist ein Stück Ignoranz und der Beleg der Arroganz Ihrer Rede, –

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

– Herr Dr. Weiland, Sie haben schon gesprochen. Vielleicht kann sich das nachher bei Ihnen noch steigern. Ich rede gerade Herrn Dr. Braun an.

– – dass man bestimmte Dinge nur so selektiv wahrnimmt, wie man sie selbst gern wahrnehmen will. Ich meine damit, dass wir einen Landesbetrieb „Straßen und Verkehr“ gründen. Dieser heißt übrigens Straßen und Verkehr und nicht nur Straßen, um das einmal in Ihre Hinterköpfe zu bringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Herr Dr. Weiland, ich erinnere mich noch gut daran – Herr Dr. Böhr ist nicht anwesend –, als die Damen und Herren der Staatsbauämter vor dem Schloss auf der Wiese demonstrierten. Ich will mit Ihnen nicht darüber diskutieren, inwieweit Streik und Demonstration für Beamte in Ordnung ist.

Ich möchte fragen: Herr Dr. Weiland, wer war dabei und hat nicht die Politik nach der Devise vertreten, ich mache jetzt einmal ein Stück in Populismus und gebe jedem Recht? Ich strecke den Finger in die Luft und schaue einmal, woher der Wind kommt.

Joachim Mertes und ich haben dort gestanden, als Ihr Fraktionsvorsitzender – –

(Dr. Weiland, CDU: Heldenhaft!)

Frau Thomas, ich bin kein Held und will auch hier keine Vergleiche anführen. Ich will Ihnen nur sagen: So ist die Politik am einfachsten, nämlich dass man sich dorthin stellt und sagt, wenn wir das wären, würden wir keine LBB gründen, und anschließend kritisiert, wie man dieses macht. Heute ist die LBB in diesem Land ein Erfolg.

(Beifall bei FDP und SPD)

Exakt diesen Erfolg werden wir bei der Landesstraßen- und Verkehrsgesellschaft fortführen.

Ich bin auch dankbar dafür, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – immerhin jenseits der 4.000; ich habe gestern mit einigen Leuten gesprochen – sehr positiv dazu verhalten. Es geht nur darum, dass wir zunächst einmal aus der Struktur der Kameralistik herausgehen und in eine eigenständige Struktur hineingehen, in der wir alle Produktivitäten offen legen und diese auch nutzen wollen, um Finanzmittel für den Straßenbau zu bekommen.

Auch das Vermögen muss man in der Bilanz entsprechend berücksichtigen. Man sollte nicht zu früh von Schattenhaushalten reden. Das stimmt nämlich nicht.

(Vereinzelt Beifall bei FDP und SPD)

Herr Dr. Braun, es bleibt dabei. Wir wollen zunächst einmal die bestehenden Straßen in einen vernünftigen Zustand versetzen. Das ist in der Koalitionsvereinbarung aufgeführt. Das haben Sie eben geflissentlich übersehen, da es nicht in Ihre Vorurteile passt. Sie haben gesagt: Sie wollen neue Straßen bauen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in einem Flächenland braucht man natürlich Mobilität, und zwar aus zweierlei Gründen. Einmal wollen wir, dass sich ländliche Räume entwickeln und Arbeitsplätze im ländlichen Raum entstehen und gehalten werden können. Dazu braucht man vernünftige Verbindungen im Verkehr; denn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ihren Arbeitsplatz erreichen können.

Zweitens müssen die Güter hin- und hertransportiert werden können, sonst können Sie keine Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Kiltz, wenn ich dabei bin, will ich auch etwas zum Flughafen Hahn sagen; denn vorhin hatte die Konversionspolitik in einem anderen Zusammenhang eine große Rolle gespielt.

Meine Damen und Herren, wenn der Flughafen Frankfurt weiterentwickelt werden soll – er muss weiterentwickelt werden –, ist es wichtig, dass das Nachtflugverbot Gültigkeit behält. Eines muss aber auch klar sein: Wenn man will, dass der Rhein-Main-Raum die Zentrale für den Luftverkehr für Europa bleibt, ist es wichtig, dass man entsprechende Kompensationen hat. Wenn man entsprechende Kompensationen will, bietet sich der Hahn an, den Sie von den GRÜNEN so nicht wollten. Sie wollten nämlich dort keinen Flughafen. Sie wollten andere Strukturen.

Ich sage das der Redlichkeit halber, damit wir wissen, worüber wir heute reden, und nicht einer Fata Morgana nachlaufen. Sie wollten, wie Herr Itzek richtig sagt, Champignons züchten. Wir wollten dort wirtschaftliche Entwicklungen mit dem Ergebnis, dass wir heute sagen können: Jetzt sind mehr zivile Arbeitsplätze auf dem Hahn, als vorher jemals dort waren.

(Beifall der FDP und der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Böhr, dazu gehört, dass sich das andere Bundesland, das fast 60.000 Menschen auf dem Flughafen Frankfurt beschäftigt und auch die Vorteile davon hat, natürlicherweise auch dort entsprechend beteiligt. Wenn Sie den Flughafen Hahn in den Vordergrund stellen, habe ich eine Bitte. Ich werde mit meinem Kollegen Posch darüber reden. Der Ministerpräsident, der Chef der Staatskanzlei und ich haben seinerzeit auch schon mit dem Ministerpräsidenten Koch darüber geredet. Man erzählt keine Gesprächsergebnisse. Es wäre an der Zeit, dass sich das Land Hessen bei der Infrastruktur des Verkehrs zum Hahn und vom Hahn beteiligt; denn Hessen partizipiert genauso davon. Im Gegenteil, Hessen partizipiert noch mehr davon als wir in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP und der SPD)

Dazu gehört vernünftigerweise auch, dass man die Infrastruktur am Flughafen mit bezahlt, bzw. dass man nicht erwartet, dass wir die Infrastruktur tragen. Das ist den Kommunen vor Ort auch nicht zuzumuten. Die Infrastruktur muss von dem Betreiber hergestellt werden. Nur dann ist es möglich, dass der Rhein-Main-Raum nach wie vor das Drehkreuz von Europa im Flugverkehr bleibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Verbraucherschutz hat hier eine zentrale Rolle gespielt und wird auch für die Arbeit der Landesregierung eine zentrale Rolle in der Zukunft spielen. Ich erachte es für richtig,

dass ein Verbraucherschutzbeauftragter ehrenamtlich in der Staatskanzlei angesiedelt wird.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Auf einmal!)

Das ist eine völlig andere Diskussionsgrundlage als die, die vorher schon einmal im Raum stand. Ich erachte es deshalb für richtig, dass der Verbraucherschutzbeauftragte eine unabhängige Institution ist und entsprechend unabhängig angesiedelt wird.

Meine Damen und Herren, aber gleichfalls gilt auch, dass ein Wechseln von Türschildern bei Ministerien noch lange keinen Verbraucherschutz darstellt.

(Beifall der FDP und der SPD –
Creutzmann, FDP: So ist es!)

Der Ministerpräsident hat gestern in seiner Regierungserklärung deutlich gesagt, wir werden den Verbraucherschutz mit den beiden neutralen Institutionen, zum einen mit der Anlaufstelle des Verbraucherschutzbeauftragten und zum anderen mit der neutralen Verbraucherschutzzentrale Rheinland-Pfalz, stärken. Sie können sich darauf verlassen, wir werden alles Mögliche tun, um diese Institution entsprechend auszustatten, damit Information, Aufklärung und entsprechender Verbraucherschutz stattfinden kann.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich füge hinzu, ich habe alle Kommunen in Rheinland-Pfalz angeschrieben, die ein **so genanntes** Mitteilungsblatt herausgeben, und sie gebeten, der Verbraucherschutzzentrale zur Information und zur Aufklärung der Verbraucher wöchentlich eine halbe Seite zur Verfügung zu stellen. Die Kommunen tun dies. Das sind pragmatische Schritte. An diesem kleinen Beispiel kann man sehen, dass es ein Unterschied ist, über Visionen zu philosophieren und sehr pragmatische, praktische und angewandte Politik zu betreiben. Darin unterscheiden wir uns sehr stark von anderen.

Meine Damen und Herren, ich sage dies auch deshalb, weil vorhin die ökologische Landbewirtschaftung eine Rolle gespielt hat. Rheinland-Pfalz hat sicherlich einen Anteil von unter 2 %. Das kann mehr werden.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das muss mehr werden!)

– Das kann mehr werden und wird mehr werden. Aber man muss wissen, die Nachfrage bestimmt nicht die Politik, sondern bestimmen die Verbraucher ganz allein.

(Creutzmann, FDP: So ist es! –
Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu müssen wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Wir in Rheinland-Pfalz fördern derzeit den ökologischen Landbau mit dem höchsten Investitionsbetrag

aller Bundesländer, meine Damen und Herren. Auch das muss der Redlichkeit halber einmal gesagt werden. Das ist so.

(Beifall der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lasse es auch nicht zu, dass man über die Schiene der ökologischen Landbewirtschaftung so tut, als ob die rheinland-pfälzische Landwirtschaft nicht ökologisch sei und keine gesunden Lebensmittel produziere. Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft produziert gesunde Lebensmittel. Es ist mir wichtig, dies noch einmal festzuhalten.

(Beifall der FDP und bei der SPD –
Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es gibt in Rheinland-Pfalz keine Agrarfabriken. Es ist immer gefährlich, wenn man so tut, als ob es sie gäbe. In diesem Bundesland werden gesunde Lebensmittel produziert.

(Kuhn, FDP: So ist das!)

Herr Böhr, damit wird im **Übrigen** auch die Landschaft entsprechend gestaltet, und dabei spielt natürlich der Landschaftsschutz eine entsprechende Rolle. Umweltschutz kann nur gemeinsam mit der Landwirtschaft praktiziert werden. Genau dies ist die Philosophie dieser Landesregierung.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben als erstes Bundesland das **so genannte** Prüfsiegel auf den Weg gebracht. Ich muss einräumen, die bürokratischen Wege sind manchmal mühsam in unterschiedlichen Institutionen. Es lag nicht an uns.

Dieses Prüfsiegel belegt, dass wir es ernst meinen mit nachvollziehbarer und gläserner Produktion. Nur mit einer nachvollziehbaren, gläsernen Produktion gewinnen wir das Vertrauen der Verbraucher zurück und nicht, indem wir Türschilder an Ministerien verändern oder zusätzliche Ministerien einführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin sicher, dass Rheinland-Pfalz im Wettbewerb der Regionen auch weiterhin einen guten Platz einnehmen wird. Ich bin sicher, dass diese Koalitionsvereinbarung der beiden Koalitionspartner sehr pragmatische Wege für die Zukunftsfähigkeit des Landes sowie für die Menschen in diesem Land aufzeigt. Dafür sind wir gewählt worden. Wir nehmen unseren Wählerauftrag wahr und werden ihn auch entsprechend ausführen; denn wir sind nicht gewählt worden, um destruktive Politik, sondern um konstruktive Politik zu betreiben. Genau dies wollen wir tun. Meine Damen und Herren, Sie werden erleben, damit werden wir wiederum erfolgreich sein. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Das Wort hat Herr Minister Professor Dr. Zöllner.

**Prof. Dr. Zöllner, Minister für
Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine zentrale Rolle bei vielen Rednern hat die Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes Rheinland-Pfalz vor allen Dingen mit den benachbarten Regionen gespielt. Zu Recht ist unter anderem von Herrn Böhr gesagt worden, ein zentraler Punkt für diese Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weg in die Wissensgesellschaft sei die Wissenschafts- und Technologiepolitik. Dies ist richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es ist auch richtig, wie Frau Thomas und Herr Böhr es gesagt haben, dass die Ausgaben dieses Landes für die Hochschulen, beispielsweise bezogen auf die Einwohner, sicherlich unterdurchschnittlich sind und im Vergleich zu anderen Bundesländern im hinteren Teil rangieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, all dies sind richtige Feststellungen.

Ich könnte jetzt sehr wohl versuchen, dieses zu relativieren, und sagen, dass die eigentliche Bezugsgröße die Ausgaben pro Studierender sind oder aber bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt zu sehen sind. Ich könnte darauf hinweisen, dass dieses Land Rheinland-Pfalz – Herr Böhr war dankenswerterweise fair genug zu sagen, dass der Ausgangspunkt zu Beginn der **90er-Jahre** sehr schlecht war – höhere Steigerungsraten im Zuwachs gehabt hat als andere Bundesländer.

Nein, ich tue dies nicht, sondern ich sage, der entscheidende Punkt ist, dass diese Aussage ein Politikverständnis offenbart, das ich nicht teile und auch diese Landesregierung nicht teilt, nämlich die Tatsache, dass man den Erfolg einer Politik daran misst, **wie viel** Geld man ausgibt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sehr verehrter Herr Böhr, dies ist ein Ansatz von vorgestem, ein Politikverständnis, das sich zumindest aus meiner Sicht überlebt hat. Das ist, neuhochdeutsch ausgedrückt, Inputsteuerung, und wir betreiben Outputsteuerung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das heißt, uns interessiert, was mit Geld getan wird und was letzten Endes in diesem Land geleistet wird.

(Böhr, CDU: Richtig!)

Wenden wir uns den drei großen Bereichen, die die Hochschulen und die Wissenschaft betreffen, zu. Sehen wir uns als **erstes** den Bereich der Studierenden und des Studienangebotes an. Meine sehr verehrten Damen und Herren, am Beginn der **90er Jahre** – Herr Böhr, Sie haben darauf Bezug genommen – waren wir eines der größten Exportländer im Bereich der Studierenden. 20 % mehr Studierende sind aus Rheinland-Pfalz in andere

Bundesländer gegangen, als nach Rheinland-Pfalz gekommen sind. Wir sind im letzten Jahr eines der erfolgreichsten Bundesländer in Bezug auf die Attraktivität für Studenten gewesen. Nur noch zwei Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland, nämlich Nordrhein-Westfalen und Bayern, haben ein positives Wanderungssaldo. Das heißt, es kommen mehr Studierende in das Bundesland, als aus dem Bundesland abwandern. Dies ist ein Beweis für die hohe Leistungsfähigkeit und für die völlige Umkehrung der Attraktivität im positiven Sinn der rheinland-pfälzischen Hochschulen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf kommt es an und nicht darauf, wie viel Geld man irgendjemandem gibt.

Dasselbe lässt sich für die Wissenschaft sagen. Ich möchte nur zwei Beispiele nennen. Zu Beginn der 90er-Jahre waren wir ein Land, das nur mittelmäßig oder unterdurchschnittlich Drittmittel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingeworben hat. Am Ende der 90er-Jahre sind wir nach den Zahlen der DFG das erfolgreichste Bundesland, das 50 % mehr Drittmittel pro Wissenschaftler einwirbt als der Bundesdurchschnitt, in der Spitzengruppe. Dies ist ein Erfolg der Bildungspolitik, letzten Endes ein Erfolg der rheinland-pfälzischen Hochschulen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Thomas, Herr Böhr, ich bin stolz darauf, dass die Leistungsfähigkeit des Mainzer Universitätsklinikums trotz sinkender Zuschüsse, das heißt Abnehmen des Geldes, offensichtlich exponentiell gesteigert werden konnte, und zwar sowohl in der Zufriedenheit der Patienten als auch in der Leistungsfähigkeit der Ausbildung von Studierenden. Auch gibt es kein Universitätsklinikum, das trotz sinkender Zuschüsse in der Zwischenzeit im Bereich der Wissenschaft mit fünf Sonderforschungsbereichen so erfolgreich ist wie das Mainzer Universitätsklinikum, weil es so viele Forschungsbereiche ansonsten in der Bundesrepublik nicht gibt. Darauf bin ich stolz, weil dies die entscheidende Messlatte ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Kommen wir zum dritten wesentlichen Punkt, den die Wissenschaft mit dem Transfer von Wissen zu liefern hat, der an der Gründung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen festgemacht wurde. Dieses hat mich besonders erstaunt.

Der Ministerpräsident hat schon darauf hingewiesen, über Jahre und Jahrzehnte war es die große Hoffnung und das Bestreben dieses Landes, in außeruniversitären Forschungseinrichtungen – vom Bund gefördert – einen Fuß in die Tür zu bekommen. Wann ist es denn passiert? Es ist erst in den letzten Jahren passiert.

Die Erfolgsstory lässt sich anhand von Zahlen noch eindrucksvoller belegen. Am Beginn meiner Verantwortung für diesen Bereich waren ca. 100 Damen und Herren im Bereich außeruniversitärer Forschungsinstitute in meinem Verantwortungsbereich beschäftigt. Jetzt sind

es inzwischen 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies bedeutet eine Vervierfachung trotz einer Situation, die aufgrund der deutsch-deutschen Einigung für die Gründung von solchen Institutionen sicher nicht günstig, sondern eher ungünstig war. Es ist eine wahre Erfolgsgeschichte.

Meine Damen und Herren, dies geschah trotz der Finanzknappheit. Es sei mir noch der Schlenker gestattet. So schlimm kann es nicht sein, wenn jede rheinland-pfälzische Hochschule – ich betone dies – inzwischen mehrere Millionen DM auf der hohen Kante hat, weil sie gelernt hat, innerhalb eines Rahmens und ordnungspolitischen Anreizes verantwortungsvoll mit Ressourcen umzugehen. Es kommt darauf an, Ressourcen verantwortungsvoll einzuteilen, um letzten Endes Erfolge zu erzielen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Wissenschaftspolitik wie in anderer Politik auch kommt es nicht darauf an, wie viel Geld man ausgibt, sondern der entscheidende Punkt ist, dass man eine Vision hat, man ein Konzept hat und in der Lage ist, dieses Konzept umzusetzen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Offensichtlich ist die rheinland-pfälzische Wissenschaftslandschaft in der Lage, alle diese drei Dinge zu erfüllen. Ich habe Zweifel, ob diese Voraussetzungen bei der Opposition erfüllt sind.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lelle das Wort.

Abg. Lelle, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst einmal, dass ich der neuen Ministerin Frau Ahnen herzlich zu ihrer Beförderung gratuliere.

(Heiterkeit im Hause)

– Das kann man doch so verstehen. Ich darf ihr versichern, dass wir ihr viel Erfolg in dem Betreiben wünschen, unseren Kindern die bestmögliche Bildung zu vermitteln und dafür Sorge zu tragen. Ich kann Ihnen versprechen, wir werden das konstruktiv und kritisch tun, wie wir das auch in der Vergangenheit gemacht haben.

Meine Damen und Herren, bevor ich zu meinem Thema komme, möchte ich noch eine Anmerkung zu Herrn Beck machen. Herr Ministerpräsident, Ihre Anmerkung zu den Pendlern stimmt möglicherweise für die im Karlsruher Raum, aber sie stimmt ganz und gar nicht für die Pendler beispielsweise aus der Südwestpfalz.

(Keller, CDU: So ist es!)

Dort ist genau das Gegenteil der Fall. Hier sind wir als Land gefordert, die Situation zu verbessern. Ich möchte da auch andere Regionen einbeziehen, aus denen die Menschen auch aus den gleichen Gründen wie in der Südwestpfalz pendeln müssen.

Meine Damen und Herren, Bildung als ein zentrales Thema ist von allen Parteien im Landtagswahlkampf propagiert worden. Damit haben wir natürlich große Erwartungen geweckt. Die Politik steht nun nach der Landtagswahl ohne Zweifel in der Verantwortung. Herr Schweitzer, es sind viele berechnete Erwartungen.

(Schweitzer, SPD: Ich habe doch gar nichts gesagt! Ich bin immer schuld!
Ich sitze hier ganz ruhig!)

Ich will Sie noch einmal benennen, nämlich den Unterrichtsausfall zu bekämpfen, die Gleichbehandlung der berufsbildenden Schulen gegenüber den allgemein bildenden Schulen durchzusetzen, die Schüler mit gutem Unterricht zu versorgen, die Qualität der Abschlüsse zu sichern. Frau Thomas, ich bin in diesem Punkt ganz anderer Meinung als Sie. Ich glaube nicht, dass es wichtig und richtig ist, dass 80 % unserer Schüler das Abitur machen. Die Qualität der Abschlüsse und die Qualifikation der Schülerinnen und Schüler ist entscheidend, damit einhergehend auch die Förderung der Schwachen und die Förderung von Eliten in allen Bereichen.

(Beifall bei der CDU)

Das Ziel der CDU-Bildungspolitik ist die selbstverantwortliche Persönlichkeit. Sie muss sich auf eine solide Grundlage an Wissen und Können gründen. Daran haben wir uns immer orientiert. Deshalb ist der Vorwurf, der gelegentlich in diesem Hause uns gegenüber erhoben wurde, insbesondere von Frau Brede-Hoffmann, dass wir nur Schwarzmalerei betrieben oder das System schlechtreden würden, absurd. Wer sich einmal die Koalitionsaussage näher anschaut, stellt auch fest, dass dies im Grunde auch in der Koalition anders gesehen wird. Meine Damen und Herren, bei mehreren Bereichen kann ich nur sagen: Herzlich willkommen bei der CDU!

(Beifall bei der CDU –
Zuruf von der SPD: Oh je!)

Damit wäre ich bei Herrn Mertes. Herr Mertes, Sie haben uns vorgeworfen, keine entsprechenden Anträge eingebracht zu haben. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir bei der letzten Haushaltsberatung 57 Anträge eingereicht haben. Sie haben sie alle abgelehnt.

(Zurufe im Hause)

Aber anschließend haben Sie 33 davon zu ihren eigenen erklärt.

(Böhr, CDU: So war es!)

Meine Damen und Herren, im Bildungsbereich sieht die Sache nicht anders aus. Ich darf Sie einmal auf Folgendes hinweisen: Es gibt Ihre Aussagen zu den Hochbegabten, zu den Leistungsanreizen für Lehrerinnen und Lehrer, zu Fremdsprachenarbeit, zu den Studiengebühren, für die Hauptschulen im städtischen Bereich. Wie

sieht es da aus? Vor einem Jahr gab es für die Landesregierung noch keine Hochbegabten.

(Schweitzer, SPD: Da haben wir schon zwei Schulen gehabt! Wo leben Sie denn?)

Endlich ist man nach der Koalitionsvereinbarung schlauer geworden und sieht die Notwendigkeit der Förderung ein.

(Schweitzer, SPD: Sie sagen die Unwahrheit!)

- Herr Schweitzer, bei den Leistungsanreizen sind Sie doch inzwischen voll auf unserer Linie. Wir haben doch dargestellt, dass das Ganze mit heißer Nadel gestrickt war. Sie sind doch wirklich auf der ganzen Linie auf unsere Vorschläge eingeschwenkt. Ich kritisiere das nicht, ich stelle es nur fest und halte es für gut.

Bei der Fremdsprachenarbeit haben Sie bis vor einem Jahr erklärt, Fremdsprache im ersten Grundschuljahr wäre Unsinn. Nun steht es in Ihren Vereinbarungen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Professor Dr. Zöllner, bei den Studiengebühren sind sie inzwischen voll auf unserer Linie. Herr Ministerpräsident Beck hat dargelegt, dass in Zukunft das grundständige Studium frei von Gebühren ist, so, wie wir das immer wieder vertreten haben. Es lässt aber offen, dass für das Zweitstudium oder für ein Studium, das weit über die Regelstudienzeit hinausgeht, Gebühren möglich werden. Auch hier wird also voll unsere Linie verfolgt.

Bei den städtischen Hauptschulen ist es im Grunde genommen das Gleiche. Auch hier haben wir immer wieder eingefordert, dass dort etwas getan werden muss. Jetzt kündigen Sie ein solches Programm an. Wir sind sehr gespannt, wie dieses Hauptschulprogramm aussehen wird.

(Schweitzer, SPD: Sagen Sie doch etwas Neues!)

Meine Damen und Herren, CDU-Forderungen sind heute Ihre Standpunkte. Ich kann es nur begrüßen. Ich freue mich darüber. Es ist der Beweis dafür, dass wir Sie kritisch und konstruktiv begleitet haben. Es lohnt sich also, auf unsere Argumente einzugehen und sie ernst zu nehmen. Ich fordere Sie auf, dies öfter zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zur Ganztagschule. Hier hat unser Fraktionsvorsitzender Herr Böhr einige Ausführungen gemacht. Ich möchte noch das eine oder andere ergänzen. Herr Ministerpräsident, Sie haben im Zusammenhang mit der Ganztagschule erklärt, alte Denkschablonen sollten überwunden werden, neues Denken sei gefordert. Ich darf Sie daran erinnern, dass sage und schreibe seit 1991 in Ihrer Koalitionsvereinbarung steht, dass Sie Ganztagschulen umsetzen wollen.

(Keller, CDU: Hört! Hört!)

Nur, wie viel haben Sie denn umgesetzt? Für ganze 3 % unserer Schüler ist dieses Angebot zurzeit realisiert. Also nehmen Sie doch bitte Ihre eigenen Vereinbarungen ernst. Dann werden wir auch zufrieden sein.

(Schweitzer, SPD: Wo waren denn Ihre Anträge dazu?)

- Auch die sind von uns gekommen.

(Zurufe von der SPD: Oh je! – Brinkmann, SPD: Ein Träumer!)

Wir haben dies auch so gesagt.

Ich komme auf eines Ihrer Wahlversprechen zurück. Herr Ministerpräsident, vollmundig, mit einem Paukenschlag, wie es in der Presse hieß, haben Sie verkündet, dass pro Jahr 100 Millionen DM für diese Ganztagschule eingesetzt werden.

Dass Sie vorhin noch einmal diese jetzt vorgesehene Stufung aufgegriffen haben, zeigt uns doch ganz deutlich **ih** schlechtes Gewissen. Sie wissen nämlich, was Sie gemacht haben. Wenn ich es drastisch ausdrücke, dann ist das schlicht und einfach Betrug am Wähler.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Wenn ich es etwas milder ausdrücke, dann muss ich sagen, Sie haben vorher geredet und nicht nachgedacht. Aber das ist bezeichnend für diese Landesregierung. Man verkündet etwas und ist sich nicht bewusst, was es dann letztendlich kostet.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Ihnen ist sicherlich auch die Blitzumfrage des VBE über die Akzeptanz bzw. die Bereitschaft, diese Ganztagschulen zu realisieren, bekannt. Sie liegt bei 70 % bis 80 %. Das wundert uns nicht. Das ist nachvollziehbar. Meine Damen und Herren, aber aufhorchen lässt doch, dass gerade bei der Schulart, in der man die Ganztagschule höchstwahrscheinlich am dringendsten braucht und man sie wahrscheinlich auch direkt beginnen muss, nämlich die Grundschule, die Skepsis am größten ist. Nur 45 % sind dazu bereit. 25 % lehnen sie sogar ab. Warum? Das sind die Erfahrungen, die gerade diese Schulart mit ihrem Projekt „Volle Halbtagschule“ gemacht hat. Diese Skepsis haben Sie zu verantworten. Diese Skepsis ist meines Erachtens auch berechtigt, wenn man daran denkt, was ich vorhin genannt habe. Hier werden 100 Millionen DM pro Jahr versprochen und dann schleunigst mit einem Strich schon wieder einkassiert.

Meine Damen und Herren, Herr Mertes hat heute Vormittag versucht, einige Einzelfragen zu beantworten. Herr Mertes, das ist sicherlich richtig und notwendig gewesen, aber es ist Ihnen damit nicht die Verschleierung gelungen, dass Sie kein pädagogisches und inhaltliches Konzept zu dieser Gesamtschule haben. Die

Verantwortung vor Ort, die Einbeziehung der Schule vor Ort, hört sich gut an. Ich bin auch überzeugt, da lässt sich einiges zusammen machen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Es ist auch gut!)

Aber dennoch muss ich sagen, die Hauptverantwortung bleibt bei Ihnen in der Regierung.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wir stellen uns ihr auch, im Gegensatz zu Ihnen! Wir jammern nicht herum und zweifeln nicht!)

Die Landesregierung wird da schon noch gefordert sein. Es gibt eine ganze Reihe ganz wichtiger Fragen, die geklärt werden müssen, Herr Ministerpräsident. Wie gehen Sie beispielsweise in Zukunft mit den Schulbezirken um? Wann weisen Sie Schüler ab? Bei 10 % oder bei 20 %, oder wie sieht es mit den Transportkosten aus? Engagiert sich das Land, oder wird das, was Herr Zöllner schon angedeutet hat, Wirklichkeit, dass Sie nur die Lehrer und die pädagogischen Fachkräfte bezahlen, – –

(Staatsminister Prof. Dr. Zöllner: Nur?)

– „Nur“ in Anführungszeichen, Herr Minister.

– – aber alle anderen Dinge dann an die Kommunen abschieben?

(Schweitzer, SPD: Was denn beispielsweise?)

Herr Mertes, wie wollen Sie einer Schule gerecht werden, die dann ein Programm ausarbeitet, das vielleicht 2 Millionen DM, 3 Millionen DM oder 4 Millionen DM kosten würde, weil es personalintensiv ist? Sagen Sie dann dieser Schule „Nein, dieses Konzept wird nicht möglich sein, das geht nicht“?

(Mertes, SPD: Ja was denn sonst?)

Auf Ihre Entscheidung werden wir sehr gespannt sein.

(Mertes, SPD: Warum nicht direkt 10 Millionen DM für eine Schule?)

Meine Damen und Herren, ich bitte auch darum, dass wir die Bedenken der Kirchen und der Vereine ernst nehmen; denn ohne Zweifel liegt hier eine Gefährdung deren Arbeit.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Da müssen wir schon sehen, welche Auswirkungen das hat.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wollen Sie die nicht als Kooperationspartner haben? Wir wollen die als Kooperationspartner haben!)

– Frau Brede-Hoffmann, hören Sie doch zu, nicht wie immer schnell sprechen und nicht denken.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ich höre zu!
Ich rege mich deswegen auf!)

Das ist ein Problem, das wir ernst nehmen müssen. Da müssen wir auf die Leute vor Ort zugehen – da gebe ich Herrn Mertes Recht – und ein Konzept entwickeln, das dem Anliegen auch gerecht wird.

Meine Damen und Herren, Herr Kuhn hat in diesem Punkt etwas angesprochen, das ich auch noch ansprechen will, nämlich, dass wir in der Umsetzung der Ganztagschule natürlich Gefahr laufen, auch von der Erziehungsverantwortung der Eltern abzulenken. Das ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt meinerseits. Auch den müssen wir meines Erachtens beachten. Ich gebe hier Herrn Kuhn uneingeschränkt Recht.

Meine Damen und Herren, schaffen Sie die notwendige Klarheit. Wir von der CDU-Fraktion werden das konstruktiv kritisch begleiten.

(Beck, SPD: Bleibt im Dunkell!)

Ich komme zur letzten Anmerkung, obwohl es noch etliche Dinge gibt, die man ansprechen könnte, die Sie nicht genannt haben, nicht thematisiert haben. Ich meine, darüber werden wir uns noch im zuständigen Ausschuss unterhalten müssen. Auf zwei Dinge will ich in Bezug auf die Qualitätssicherung aber noch kurz eingehen. Da gibt es jetzt plötzlich den Vorschlag, 30 % Quotierung der Realschüler für die Duale Oberschule. Ich nehme einmal an, dies ist vonseiten der FDP eingebracht. Aus Gründen der Qualitätssicherung ist das völlig akzeptabel. Nur wo bleibt Ihr Mut, dies auch bei der Integrierten Gesamtschule zu tun?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Haben Sie schon einmal das Schulgesetz nachgelesen?)

Da haben Sie die Drittelung abgeschafft, Qualitätsabbau betrieben. Das ist ein Widerspruch.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Dr. Schmidt, SPD)

– Herr Dr. Schmidt, Sie sehen jetzt vor – – –

(Zuruf des Abg. Dr. Schmidt, SPD)

– Nein, eben nicht. Sie sehen vor, dass in der vierten Klasse der Grundschule jetzt eine Vergleichsarbeit gemacht wird. Ich frage mich: Wozu? Ich glaube, der Satz war noch nicht zu Ende geschrieben, da hat Sie schon der Mut verlassen; denn im zweiten Satz steht, das alles soll aber keine Auswirkung auf die Schullaufbahnenp-

fehlung haben. Dann frage ich mich: Warum muten Sie den Schülern das zu?

(Beck, SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

– Doch. So steht es drin.

(Beck, SPD: Auf die Freiheit der Elternentscheidung!)

Das ist Widerspruch pur. Ich bin schon gespannt, welche Antworten und Begründungen Sie dafür geben.

Ich komme zum Ausgang meiner Rede zurück. Meine Damen und Herren, wir haben viele Erwartungen gemeinsam geweckt. Wir müssen uns diesen Erwartungen stellen.

(Schweitzer, SPD: Sie werfen einen ganz kurzen Schatten!)

Ich biete an, dass wir konstruktiv kritisch Ihre Politik begleiten werden. Danke schön.

(Beifall der CDU –
Frau Klamm, SPD: Das war aber mehr als destruktiv!)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Spurzem das Wort.

Abg. Frau Spurzem, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute habe ich zuerst gedacht, oh heute malt er nicht schwarz, aber er hat angeboten, konstruktiv und kritisch zu sein. Aber das war eher destruktiv, und – ich weiß nicht, wie man das nennen soll – an dem Punkt, als Sie sagten „Herzlich willkommen bei der CDU“ ist es hier laut geworden, weil jeder sich noch irgendwie daran erinnern kann: Mensch, die waren doch gegen die Regionale Schule. Waren die nicht auch gegen die Volle Halbtagschule?

(Beck, SPD: Haben hier gepredigt,
die Welt geht unter!)

Haben die nicht geunkt, das kann alles nichts werden?

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich glaube, ich werde mich an den Ausschuss noch gewöhnen und dass es da ein bisschen lauter zugeht. Das ist ähnlich wie in der Schule. Irgendwie können es Lehrer nicht haben, wenn andere Leute außer ihnen reden. Aber als Sie sagten „Herzlich willkommen bei der CDU“, das war wirklich so ein Punkt, da müssen Sie noch einmal nachdenken und nachlesen, vielleicht auch noch einmal die Koalitionsvereinbarung ein bisschen genauer lesen. Man kann nämlich in alles etwas Falsches hinein lesen.

Ich freue mich aber, dass über Bildung wieder breit diskutiert wird. Ich freue mich auch, dass endlich noch

einmal inhaltlich diskutiert wird; denn ich glaube, vor ein paar Wochen hätte ich meine Kollegin Ulla Brede-Hoffmann nachts wecken können und sie hätte Ihnen im Schlaf noch einmal zu sämtlichen Schulstatistiken und Unterrichtsausfällen usw. bewiesen, dass die nicht so ganz, wie Sie das sehen, richtig sind. Ich freue mich aber, dass diese Weiterentwicklung Sie doch scheinbar zu faszinieren scheint; denn das ist eine der Neuerungen, die Herr Böhr heute Morgen vermisst hat und die im ganzen Land für Aufhorchen gesorgt haben.

(Dr. Schmidt, SPD: Aber nur in der Kür für Herrn Böhr!)

– Ja. Natürlich hat diese bildungspolitische Weiterentwicklung auch gesellschaftliche und familienpolitische Aspekte. Es geht auch um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es geht auch darum, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Berufsleben ermöglicht wird.

(Lelle, CDU: Keine pädagogische Begründung!)

Es ist aber auch wichtig, dass diese Ganztagschule etwas mehr sein wird. Sie wird nämlich inhaltliche und pädagogische Ansätze haben, die heute schon mehrfach erläutert wurden. Ich könnte das jetzt lange tun. Ich habe mir alle noch einmal aufgeschrieben.

(Pörksen, SPD: Bitte nicht!)

Ich denke aber, die Kollegen haben langsam auch ein Recht darauf, nicht alles, was schon von jemandem gesagt worden ist, noch einmal zu hören.

(Beifall bei SPD und FDP)

Sie haben es eben selbst gesagt, wir werden im Bildungspolitischen Ausschuss viel Zeit haben, darüber zu reden. Der Run auf die Ganztagschule zeigt eigentlich schon jetzt, dass alles zusammen sehr gern und sehr gut gesehen wird. Es wird mehr Zeit für die Kinder in der Schule geben. Es wird weniger Stress geben. Es wird eine Förderung von Benachteiligten und von Begabten geben, all das, was Sie eben auch gefordert haben.

Ich denke, darüber hinaus gibt es – das sind wichtige pädagogische Ziele – soziales Lernen, Toleranz, Rücksichtnahme aufeinander. Auch das wird durch solche Dinge am Nachmittag gefördert. Es ist nicht so, wie Frau Thomas dies mit dem grauen Alltag meinte. Sie haben ein negatives Bild von Schule. Im Übrigen: Ein grauer Alltag in der Schule, das tut mir als Lehrerin, nachdem ich seit zehn Jahren nicht mehr in der Schule bin, immer noch weh; denn einen grauen Alltag hatten wir nie, der war im Gegenteil immer sehr bunt.

Meine Damen und Herren, das alles wird mit vielen Beteiligten zu besprechen sein. Es werden Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und die Eltern beteiligt sein. Wir werden dabei sein, und es werden alle an Schule Beteiligten dabei sein: Vereine, Verbände, Kooperationspartner. Da wollen wir doch nicht heute

schon mit einer Schere im Kopf drangehen. Wir wollen offen sein. Wir wollen vor allen Dingen den Leuten vor Ort und den Schulen die Chance gebe, Schule so zu gestalten, wie es für sie richtig und wichtig ist. Das ist wichtig.

(Beifall der SPD und der FDP)

Einen weiteren Punkt, den Sie angesprochen haben, finde ich sehr wichtig, nämlich das Aktionsprogramm „Hauptschule“. Ich denke, es ist notwendig, dass diese Schulart, die ein wenig gelitten hat und in der Kinder zur Berufsreife herangeführt werden, gestärkt wird, und zwar nicht nur das Image, sondern auch im Innern. Verlassen Sie sich darauf. Ich verlasse mich auch auf unsere Bildungsministerin. Meine ehemaligen Kollegen haben mir gesagt, wir zählen auf die, da muss etwas passieren.

Meine Damen und Herren, das ist nicht Kür, sondern Pflicht. Es ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Unken Sie nicht herum, lassen Sie uns die Chance nutzen. Ich lade Sie auch ein, mit uns und allen Beteiligten zu diskutieren, aber auch zu gestalten und vor allen Dingen die Bildung nach vorn zu bringen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich freue mich auf diese neuen inhaltlichen Aufgaben, die im Übrigen finanziell sehr gut fundiert und ausgestattet sind. Lassen Sie es uns gemeinsam angehen. Die Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz haben es verdient.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin! Es ist mir übrigens ein Vergnügen, dass ich an dieser Stelle endlich einmal Frau Präsidentin sagen darf.

(Vereinzelt Beifall im Hause)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es macht mich wirklich froh. Man kann es sogar zweimal sagen. Wir haben zwei Vizepräsidentinnen.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, nach der Lektüre des Koalitionsvertrags und nach dem Hören der Regierungserklärung, auch beim Nachlesen, muss ich Ihnen sagen, es gibt etliche Kapitel, über die man schreiben kann „Endlich aufgewacht, guten Morgen“, und es gibt einige Kapitel, über die man immer noch drüberschreiben kann „Leider noch im Tief-

schlaf". Schauen Sie einmal hinaus: Es ist Mai, die Sonne scheint, man könnte aufwachen.

Zu diesem „Endlich aufgewacht“ einige Beispiele:

Herr Mertens hat uns heute Morgen einen großen Vortrag gehalten.

Jetzt ist er leider nicht anwesend.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

– Herr Schwarz, das kann er so machen, wie er es gern hätte. Hauptsache, wir hören ihn.

(Zuruf des Abg. Mertens, SPD)

– Hallo, Herr Mertens, Sie sind jetzt so schlank geworden, man muss zweimal hinschauen, wo Sie sind.

Sie haben uns einen langen Vortrag zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ gehalten, wie gut es für die Frauen ist, die Beruf und Familie vereinbaren wollen, dass es andere Betreuungsmöglichkeiten gibt wie zum Beispiel die Ganztagschule.

Herr Mertens, wo waren Sie denn in den letzten 20 Jahren? Hatten Sie Ihre Augen und Ohren zugeklebt? Sind bei Ihnen in der Sprechstunde im Hunsrück nur Männer erschienen und haben Ihnen ihre Probleme vorgetragen?

Ich kenne einige Frauen im Hunsrück, die das Problem schon länger haben. Ich finde es gut, wir finden es gut, dass Sie endlich diesen Weg gehen, einen Schritt in die richtige Richtung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie leichter zu machen. Aber sich hierhin zu stellen und das als die große Erkenntnis zu verkaufen, dazu kann ich nur sagen, Sie haben wirklich lange Zeit geschlafen.

Herr Beck, Sie und auch die anderen hätten zehn Jahre Zeit gehabt.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmidt, SPD)

– Herr Kollege Dr. Schmidt, darf ich das bitte einmal zu Ende ausführen. Sie haben Gelegenheit zu antworten.

Sie hätten in den letzten zehn Jahren das Betreuungsangebot sukzessive nach den Prämissen ausrichten können, die Sie uns heute Morgen vorgestellt haben.

(Zuruf des Abg. Mertens, SPD)

Herr Mertens, an uns hat es nicht gelegen. Wir haben Ihnen diese Vorschläge, was man machen könnte, um das Berufs- und Familienleben für die Frauen flexibler zu gestalten, Jahr für Jahr bei den Haushaltsberatungen und auch zwischendurch präsentiert.

Aber gut, Sie sind jetzt aufgewacht, Sie machen das, Sie haben auch versprochen, das solide zu finanzieren. Wir sind sehr gespannt, aus welchen Töpfen.

Ich möchte Sie an dieser Stelle warnen. Sie dürfen diesen neuen richtigen Schritt nicht zulasten anderer Not-

wendigkeiten in der Bildungspolitik machen. Ich rede von der Lehre, der Forschung und der Weiterbildung. Sorgen Sie bitte dafür, dass auch der Unterrichtsausfall begrenzt wird. Soweit zur Ganztagschule.

Herr Mertens, ein Weiteres, wo ich gedacht habe, mein Gott, jetzt ist der schon wieder einmal wach geworden. Wir müssten endlich einmal die Kosten für den Straßenbau vor uns sehen. Das haben Sie uns gesagt. Ich erinnere mich an Debatten, gerade bei den letzten Haushaltsberatungen im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Ich habe den Regierungsfractionen vorgehalten, dass sie selbst nicht wissen, wie ihre Prioritäten sind, dass sie auch keinen Überblick haben. Ich erinnere mich, dass ich in diesem Zusammenhang von den „Nebeln von Avalon“ gesprochen haben. Ich finde es gut, dass Sie auch die Erkenntnis haben, dass das Parlament wissen muss, was in diesem Bereich abgeht, was was kostet, wie die Prioritäten gesetzt werden. Der Vorsatz ist gut. Sie hätten auch schon im letzten halben Jahr unsere Vorschläge annehmen können, dass wir dies so ähnlich machen wollen wie auf Bundesebene, nämlich dass man auf ganz neue Wertigkeiten und Prioritäten abstellt und das Kosten-Nutzen-Verhältnis neu berechnet.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wollten Sie nicht. Sie wollen jetzt mit diesem Landesbetrieb eine neue Übersichtlichkeit einführen. Ich fürchte, dass das der falsche Weg ist. Aber der Vorsatz als solcher ist schon einmal zu loben. Wir werden Sie daran messen, und wir werden nicht zulassen, dass die Transparenz, die Sie gern hätten, sich außerhalb des Parlaments abspielt. Dies wird ständig Thema im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr werden. Das kann ich Ihnen jetzt schon versprechen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

– Herr Schwarz, zu Ihrem Leidwesen muss ich Ihnen sagen, dass ich dies halten werde.

Das dritte Thema, bei dem ich sagen kann: „Endlich aufgewacht“.

Herr Bauckhage.

(Staatsminister Bauckhage: Ja!)

– Schön, wenn Sie mir Ihr Ohr leihen.

Herr Bauckhage, wir haben schon heftig über Weinbaupolitik gestritten. In manchen Punkten haben Sie mir immer ganz verschämt zustimmend zugelächelt, aber gemacht haben Sie immer etwas anderes.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit und Zurufe aus dem Hause)

Jetzt haben Sie im Koalitionsvertrag stehen – ich dachte, ich lese nicht richtig, und Herr Beck hat es gestern voller Inbrunst wiederholt –, für Destillationsmaßnahmen soll es kein Landesgeld mehr geben. Herzlichen Glückwunsch!

Wir haben schon immer gesagt, dass es gut gewesen wäre, wenn man es sein gelassen hätte, diese Abflussrohre nach Brüssel zu finanzieren.

Sie haben – jetzt habe ich die Regierungserklärung auf meinem Platz liegen lassen – ganz verschwommen formuliert, dass die Mengenproduktion jetzt mehr dem Absatz angepasst werden soll. Herr Bauckhage, ich vermute, dass Sie damit unserer alten Forderung nachkommen wollen, die Mengenregulierung ganz neu zu diskutieren. Wir brauchen eine ganz andere Hektarhöchsttragsregelung.

Erneuerbare Energien. Ich habe mich gewundert, als vor einigen Monaten unser Antrag über erneuerbare Energien in Bausch und Bogen abgelehnt wurde. Wir hatten etwas ganz Schlichtes gefordert. Die Landesregierung sollte die Möglichkeiten, die das Gesetz über erneuerbare Energien auf Bundesebene bietet, nutzen und die Gelder auch für Rheinland-Pfalz nutzbar machen. Sie haben das abgelehnt.

Die Landwirtschaft hat bei uns nachgefragt, wenn sie wissen wollte, wie sie Biomasse als Energieträger in den landwirtschaftlichen Betrieben nutzen kann. Das Ministerium hat sich dafür nicht interessiert. Herr Bauckhage, das ist eine Zukunftsaufgabe, der Sie sich stellen sollten.

Wenn Sie die Vorsätze der Regierungserklärung umsetzen, wären wir schon dankbar. Sie befinden sich weiter im Tiefschlaf. Dabei will ich mich auf ein Beispiel beschränken.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

- Sie sollten es aber nicht gerade bei der Verbraucher- und Agrarpolitik machen, Herr Beck.

Herr Bauckhage, Sie sind immer noch auf dem Trip der Blockadepolitik. Alles das, was aus Berlin kommt, blockieren Sie erst einmal, reden es schlecht und sagen: Wir machen in Rheinland-Pfalz weiter so. – An dieser Stelle habe ich schon einmal gesagt, dass Sie der Landwirtschaft damit keinen Gefallen tun, weil viele junge Landwirte, die die Aufbruchstimmung gespürt haben, nach vorn wollen. Derzeit wollen Sie zum Beispiel ganz viel umstellen. Wenn Sie behaupten, Rheinland-Pfalz sei Spitze bei der Förderung des Ökoanbaus, kann ich nur sagen: Sie wissen selbst, dass das nicht stimmt. – Es gibt Länder, die mehr Prämien zahlen. Vor allen Dingen gibt es ganz viele Bundesländer, die ganz große Mehrheit, die nicht die integrierte Variante fördern, sondern das Geld in den Ökoanbau investieren, und das ist auch sinnvoll.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben mehrfach gefordert, die FUL-Förderung in diese Richtung umzustricken. Erst dann können Sie behaupten, Rheinland-Pfalz gebe sich Mühe und komme den Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher entgegen.

Vorhin haben Sie gesagt, wir könnten den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht vorschreiben, was sie kaufen. Sie können aber etwas anderes tun, Herr Beck.

Sie sollten damit anfangen, und zwar am besten im Fernsehen zu irgendeiner besten Sendezeit. Sie müssen eine Informationskampagne starten – das hätten Sie gestern vielleicht schon in Ihrer Regierungserklärung andeuten können –,

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

damit Verbraucherinnen und Verbraucher aufgrund von Informationen Entscheidungen treffen können, wie das Produkt erzeugt worden ist, was es gekostet hat, welchen Wert es für die Gestaltung unserer Kulturlandschaft hat und welche gesunden Lebensmittel daraus zu gewinnen sind. Diese Kampagne müssen Sie machen, und zwar zusammen mit der Verbraucherzentrale, die Sie bitte etwas mehr stärken sollten, nicht nur verbal und symbolisch, und mit den Landwirtschaftsverbänden und dem Berufsstand. Wenn Sie das machen, können Sie sehr wohl auf das Verbraucherverhalten einwirken.

Ich kann Sie nur auffordern, das zu tun. Wenn Sie das nicht tun, dürfen Sie sich nicht darüber beschweren, wenn sich nicht so viel ändert und landwirtschaftliche Existenzen in Rheinland-Pfalz weiter gefährdet sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Sie dazu nur auffordern. Herr Bauckhage, der Wahlkampf ist abgeschlossen. Sie können mit den Beschimpfungen jetzt aufhören.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ja, Frau Kiltz, der Wahlkampf ist rum!)

- Frau Brede-Hoffmann, ich halte keine Wahlkampfreden, sondern ich rede zur Regierungserklärung. Die Regierungserklärung ist leider nicht so geworden, wie wir sie uns gewünscht haben.

(Ministerpräsident Beck: Dazu bekenne ich mich ausdrücklich!)

Herr Beck, Sie haben noch im Januar, im Februar und im März vollmundig viel von Verbraucherschutz und neuer Landwirtschaft gesprochen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den BSE-Antrag der SPD- und der FDP-Fraktion. Die SPD hatte große Mühe, der CDU-Fraktion ihr Anliegen deutlich zu machen. Mit der FDP-Fraktion konnte sie nicht so, wie sie wollte. Jetzt sind Sie gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen. Setzen Sie das doch einmal um, was Sie vorher versprochen haben!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Machen Sie eine Agrarpolitik, die nach vorn geht, und machen Sie eine Verbraucherpolitik, die diesen Namen verdient und den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes zugute kommt.

(Dr. Schmidt, SPD: Jetzt haben Sie doch ein bisschen Geduld!)

- Geduld habe ich in dieser Hinsicht nicht, weil das ein Programm für die nächsten fünf Jahre ist. Oder will er

das morgen in den Papierkorb werfen und ein neues auflegen? Das glaube ich nicht.

Ich komme noch einmal auf die Schwerpunktsetzung zu sprechen. Sie haben diese Mobilitätsmilliarde. Wenn Sie gesagt hätten – das hätte ich noch nachvollziehen können –, dass Sie bei Ihrem eingeschränkten Mobilitätsbegriff bleiben wollen, und er beschränkt sich nur auf Verkehr und nicht auf das Denken oder sonst etwas – – –

(Dr. Schmidt, SPD: Da haben Sie nicht zugehört!)

– Nein, das habe ich schon deutlich nachgelesen.

(Ministerpräsident Beck: Sie wollen nicht zuhören!)

– Doch, ich höre Ihnen meistens sehr aufmerksam zu.

Wenn Sie sich darauf beschränken wollen, hätten Sie zumindest feststellen müssen, dass es einen erheblichen Nachholbedarf bei etlichen Mobilitätsdienstleistungen im Land gibt. Dafür wäre es ausgesprochen sinnvoll, eine Mobilitätsmillion, mehrere Mobilitätsmillionen oder vielleicht auch eine Mobilitätsmilliarde zur Verfügung zu stellen.

Was Sie machen, ist aber etwas ganz anderes. Sie spezifizieren diese Milliarde, wobei wir auch noch nicht wissen, woher sie kommen soll, auf den Straßenbau. Dann sagen Sie in Ihrer Regierungserklärung: Auch die anderen Verkehrsträger sollen ein paar Impulse erhalten. – Was ist denn bitte der Unterschied zwischen einer Mobilitätsmilliarde und den Impulsen. Das hätten Sie vielleicht etwas konkreter ausführen müssen, aber wir werden das im Ausschuss diskutieren.

(Ministerpräsident Beck: Soll ich noch einmal?)

Für uns ist eine eindeutige Hierarchie erkennbar: Da ist die Mobilitätsoffensive für die Straßen, und da sind am Rande noch ein paar Impulse für die anderen Verkehrsträger. Das ist nicht das, was wir unter Mobilitätsoffensive verstehen. Das geht völlig in die falsche Richtung.

Herr Bauckhage, Sie haben uns vorgeworfen, wir seien ignorant und hätten eine selektive Wahrnehmung. Ich kann Ihnen das von Herzen zurückgeben. Sie haben eine selektive Wahrnehmung – vielleicht hat das etwas mit der Alltagserfahrung zu tun – und sind ignorant. Sie definieren Ihren Schwerpunkt aus der Windschutzscheibenperspektive, und der Rest kommt nicht vor.

Nennen Sie mir doch eine Gemeinde – sei sie noch so klein – in Rheinland-Pfalz, die nicht an die Straße angebunden ist. Es gibt keine.

(Ministerpräsident Beck: Das wäre auch ein Ding!)

Ich kann Ihnen aus dem Stand ganz viele Städte aufzählen, die keine ÖPNV-Anbindung haben, nicht in den Schulferien, nicht an den Wochenenden und an den Werktagen ganz wenige. In diesem Bereich gibt es

Nachholbedarf. Das sollten Sie sich vornehmen, und dann wird Ihre Mobilitätsoffensive den Namen verdienen, den Sie ihr geben. So ist das nichts anderes als eine Beton-Offensive.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu einigen Punkten, die in erster Linie von den Oppositionsfraktionen genannt wurden, noch einmal kurz Stellung nehmen.

Die Diskussionsbeiträge haben sich heute in der Tat quer durch den Garten entwickelt. Aus diesem Grund ändern wir unsere Konzeption. Ich hätte mir gern noch die grundsätzlichen Positionen von Frau Morsblech angehört, die unsere bildungspolitische Sprecherin sein wird. Wir reduzieren das aber auf einige Dinge, die noch ausgeräumt werden müssen.

Herr Dr. Braun, zur Entwicklung der Landwirtschaft: Ich nehme an, dass uns allen klar ist, dass Rheinland-Pfalz ein Land ist, das naturräumlich sehr differenziert zu sehen ist. Wir haben klimatische Kunsträume, wir haben Marktstrukturen in machen Teilen, die völlig unabhängig von Marktordnungen sind. Diesbezüglich haben wir in Rheinland-Pfalz große Erfolge in den vergangenen Jahren erzielt. Dort agiert der Landwirt als Unternehmer, dort ist er erfolgreich. Das zeigt auch der Erfolg dieser Landwirtschaftspolitik.

(Beifall des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Darüber hinaus haben wir Naturräume in diesem Land, gerade im Mittelgebirgsraum, die nicht in diesem Ausmaß klimatisch bevorzugt sind. Wenn wir an eine künftige Agrarpolitik denken, sollten wir den Ansatz wählen, dass Landwirte für ihre wichtige Aufgabe, die sie für die Allgemeinheit erfüllen, auch entsprechend bezahlt werden.

Darüber hinaus sollte – das ist der neue Ansatz in unserer Agrarpolitik – sich eine marktwirtschaftlich orientierte Landwirtschaft entwickeln. Das **Charmante** daran ist, dass sich nach unserer Voraussage in den entsprechenden Naturräumen auch angemessene Nutzungsformen weiterentwickeln werden. Das wird ökologisch sinnvoll sein. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass gerade diese Mittelgebirgsregionen das Rückgrat im Hinblick auf die Sozialstrukturen bilden, die wir – bäuerliche Familienbetriebe, die in unserem Land der entscheidende Faktor sind – in unserer Landwirtschaft haben. Es ist nicht so, dass wir von Agrarfabriken dominiert werden. Wenn wir bäuerliche

Betriebe haben, die in überschaubarer Größe agieren, dann können wir nicht den Popanz einer naturfernen Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz aufbauen. Das ist nicht die Realität in unserem Lande.

(Beifall der FDP –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wer tut das eigentlich?)

Zum Thema „Dosenpfand“ nur zwei Bemerkungen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Kollegin, da sind wir eben verschiedener Meinung. Lassen wir es dabei.

Zum Dosenpfand: Herr Dr. Braun, was Sie dazu gesagt haben, entspricht nur am Rande der Realität. Sie wissen genauso wie ich, dass das Experiment in Schweden daneben gegangen ist. Sie wissen, dass die Schweden uns das in Bezug auf das Dosenpfand vorgelebt haben. Mancher, der durch Schweden fährt und sagt, wie schön, dass die ihr Döschen irgendwo hineinwerfen, und sagt, wunderbar, so müssen wir das auch machen, muss wissen, dass dieses Experiment in Schweden gerade dabei ist, zu scheitern.

Wenn Sie einmal die gesamten Kosten, die volkswirtschaftliche Belastung nehmen und diese äquivalent in Umweltbelastungen umrechnen, frage ich Sie: Wo sollen die Milliarden, die zusätzlich aufgewendet werden müssen, herkommen? Dabei handelt es sich letztlich auch um Produktionen, die die Umwelt belasten. Ich sehe nicht, dass wir in der Öko-Bilanz davon nur den geringsten Vorteil haben. Ich sage Ihnen voraus, dass die Öko-Bilanz im Zusammenhang mit diesem System negativ sein wird.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Grütmacher:

Herr Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Kuhn, FDP:

Von Herrn Dr. Braun immer.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kuhn, ist Ihnen bekannt, dass es in Schweden keinen Anstieg bei den Einwegverpackungen gab, nachdem das Dosenpfand eingeführt wurde? Wenn Ihnen das bekannt ist, können Sie insofern doch nicht weiter behaupten, dass das schwedische Modell nicht erfolgreich sei. Deshalb frage ich: Weshalb behaupten Sie das dann?

Abg. Kuhn, FDP:

Diese Frage ist relativ einfach zu beantworten. Sie müssen auf der anderen Seite die volkswirtschaftlichen Kos-

ten gegenrechnen, die ein solches System beinhaltet. Denken Sie doch nur einmal an die Geräte, die produziert werden müssen. Denken Sie einmal an die CO₂-Bilanz. Was meinen Sie denn, wo die Milliarden, die ausgegeben werden, herkommen? Das geschieht über Produktionsverfahren, die ökologisch schädlich sind. Also müssen Sie die Gesamt-Öko-Bilanz sehen. Diese ist negativ. Dieses Zwangspfand wird ökologisch nicht die Lösung sein.

Noch ein Wort zur Flexibilisierung unserer Arbeitswelt. Dazu ist schon einiges von den GRÜNEN gesagt worden. Ich habe da eine andere Philosophie. Sie sagen, Flexibilisierung bedeutet letztlich eine Schwächung der Arbeitnehmer. Das **versteh**e ich nicht, wenn es gelingt, mit Flexibilisierungsmaßnahmen Arbeitsplätze zu erhalten. Eindrucksvoll hat der Ministerpräsident darauf hingewiesen, er könne die Betriebe nennen. Die Menschen dort müssten einmal hören, was Sie dazu zu sagen haben. Ein solches flexibles Verhalten hat letztlich dazu geführt, dass tausende von Arbeitnehmern ihre Arbeitsplätze behalten konnten.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie wünschen sich das!)

Das ist also für den Arbeitnehmer und nicht gegen den Arbeitnehmer.

(Beifall der FDP)

Das Ziel, durch Flexibilisierung neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist ein Ziel, gegen das Sie wohl nichts einwenden werden.

Es ist gesagt worden, 30 Millionen DM für den Start der Ganztagschule im Bildungsbereich würden nicht ausreichen.

(Staatsminister Bauckhage:
Start!)

– Ja, für den Start. Sie würden nicht ausreichen.

Manchmal ist es gut, wenn ein Lehrer im Parlament sitzt, auch wenn es manchmal zu viele sind. Das nächste Schuljahr beginnt erst in der Mitte des Jahres. Wenn Sie also 2002 im neuen Schuljahr starten, können Sie noch nicht einmal davon ausgehen, dass die Summen, die man normalerweise für ein ganzes Schuljahr benötigen würde, anfallen werden. Mit diesen 30 Millionen DM bekommen Sie also schon einen guten Start hin. Dann steigen die Mittel Jahr für Jahr an und berücksichtigen die weitere Entwicklung und die weitere Erhöhung der Zahl der Ganztagschulen. Das ist so logisch, dass wohl auch Sie das nachvollziehen können.

(Beifall der FDP)

Noch eine grundsätzliche letzte Bemerkung zur Planung von politischen Abläufen. Wenn man diese Koalitionsvereinbarung liest und dann den Eindruck bekommt, sie sei nicht konkret genug, weil Politikentwicklung in der

Form von Detailplanung erfolgen müsste, sage ich Ihnen: Das ist Käse. Das geht nicht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Überprüfbare Zielsetzungen!)

In der Koalitionsvereinbarung werden Ziele vorgegeben. Diese Ziele sind klar genug definiert.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wo sind denn die Ziele konkret formuliert?)

Sie sind nicht beliebig, sondern sie sind konkret formuliert. Der Glaube an die Planbarkeit im Detail ist überholt. Wir werden den Deubel tun. Politik entwickelt sich in unserem Land weiter.

Herr Kollege Deubel, Sie waren jetzt nicht gemeint. Wir werden also den Teufel tun, in diese Detailplanung einzusteigen. Das ist nicht das Ziel von Koalitionsvereinbarungen.

Dann sage ich Ihnen noch etwas, was vielleicht auch meine Parteifreunde in Baden-Württemberg betrifft: Haben Sie einmal die Koalitionsvereinbarung der Koalition in Baden-Württemberg gelesen, liebe Freunde von der CDU? Wenn man dann das Wort unverbindlich in den Mund nimmt – – –

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Die waren auch in drei Tagen fertig. Das ist schon toll. Man kann das auch so sehen, dass da Entscheidungstärke durchklingt. Aber ich sage Ihnen, unsere Koalitionsverhandlungen, die über Wochen angedauert haben, hatten das Ziel, sich einmal zu Beginn dieser Periode konsequent mit Politikbereichen zu beschäftigen. Die Länge der Koalitionsverhandlungen liegt nicht darin begründet, dass wir uns ständig gestritten haben, sondern das liegt daran, dass wir sorgfältig alle Politikbereiche abgeklopft haben. Meine Damen und Herren, verlassen Sie sich darauf, diese Koalitionsvereinbarung ist eine – – –

(Beifall der CDU)

– Womit habe ich das jetzt verdient? Was habe ich jetzt falsch gemacht? Der Beifall der CDU-Kollegen bezieht sich wahrscheinlich auf das nahe Ende meiner Rede.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Sie haben Recht, der letzte Satz ist ganz klar: Diese Koalitionsvereinbarung ist in der Tat eine ausreichende Grundlage für die **nächsten** fünf Jahre.

Sie werden am Ende der fünf Jahre feststellen, dass wir mit dieser Koalitionsvereinbarung erfolgreich waren.

Danke.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile der Staatsministerin Frau Ahnen das Wort.

**Frau Ahnen,
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich diese neue Aufgabe übernommen habe, habe ich mir so ziemlich jede Herausforderung durch den Kopf gehen lassen, vor der ich stehen könnte. Ich weiß nicht, ob ich an alle gedacht habe. Ich vermute, es kommen noch mehrere Überraschungen. An eine habe ich in der Tat nicht gedacht, – –

(Staatsminister Bauckhage: Herr Lelle!)

– Nein.

– – nämlich dass ich am Ende eines solchen Tages nach einer gemischten Debatte über Landwirtschaft, Dosenpfand und Bildungspolitik als Ministerin meine erste Rede halten müsste.

Es ist so. Man bekommt die Aufgaben gestellt. Man muss mit den Aufgaben umgehen. Ich versuche, auch mit dieser fertig zu werden.

(Zuruf von der SPD: Sie fangen
mit der Landwirtschaft an!)

Gestatten Sie mir deswegen, mich doch letztlich auf zwei bildungspolitische Bereiche zu konzentrieren und dazu einige wenige Anmerkungen zu machen.

Zum Stichwort „Unterrichtsversorgung“, das heute Morgen und heute Nachmittag mehrfach angesprochen worden ist. Es ist kein Zufall, dass die Unterrichtsversorgung im Eingangssatz zum Bildungskapitel steht. Ich darf zitieren: „Die Sicherung der Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau ist und bleibt eine der zentralen Aufgaben der Schulpolitik.“ – Dann werden konkrete Maßnahmen genannt: 100 zusätzliche Stellen zum Sommer, dauerhafte Absicherung des Stellenbestands, pädagogische Verbesserung und Entlastung der Lehrkräfte bei sinkenden Schülerzahlen, zusätzliche Feuerwehrlehrer-Stellen, eigenständiges Budget für die Schulen etc.

Damit wird deutlich, dass für uns die Unterrichtsversorgung höchste Priorität genießt. Wir haben diese Aufgabe in der Vergangenheit gut bewältigt. Wir werden mit aller Kraft auch in Zukunft daran arbeiten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir sagen nicht, dass es keine Probleme gibt. Wir sagen nicht, dass man nichts tun muss. Wir versprechen auch keine Unterrichtsgarantie, die dann nicht eingehalten wird. Im Gegenteil: Wir legen redlich Rechnung über das ab, was wir bereits erreicht haben und benennen konkret, wie wir die Situation weiter verbessern wollen. – Daran sind wir dann auch messbar.

Ich komme zum zweiten Stichwort, das des Öfteren angesprochen worden ist, zur Ganztagschule. Ich habe es so wahrgenommen, dass man sich eigentlich neben ein paar kritischen Anmerkungen am Rande über die Vater- oder Mutterschaft für dieses Projekt gestritten hat. Wenn das die Hauptdebatte im Parlament ist, wer sie

zuerst erwähnt hat, meine ich, dass wir etwas sehr Gutes auf den Weg bringen.

(Beifall der SPD und der FDP)

300 Ganztagschulen in dieser Legislaturperiode, 30, 70, 100 und jährlich 120 Millionen DM – ich will Ihnen die Zahlen gleich gern noch einmal erklären –, 1.000 Lehrerinnen und Lehrer und pädagogische Fachkräfte sowie zusätzlicher finanzieller Spielraum für Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen und anderen Einrichtungen sind beeindruckende Größenordnungen. Es ist ein eindeutiger Beleg für die haushaltspolitische Schwerpunktsetzung im Bildungsbereich.

Ich sage an dieser Stelle: Das sind sicherlich keine einfachen Entscheidungen. – Ich danke ausdrücklich dem Ministerpräsidenten, aber auch den Kolleginnen und Kollegen, dass eine solch eindeutige Schwerpunktsetzung, die immer auch Schmerzen für andere bedeutet, möglich war und jetzt auch umgesetzt wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich komme zu den wenigen kritischen Anmerkungen zur Ganztagschule, die vorgetragen worden sind. Es wird gesagt, zunächst soll man sich doch einmal um die Unterrichtsversorgung kümmern und dann um die Ganztagschulen. Wer so argumentiert, verschläft aus meiner Sicht nicht nur die Zukunft, sondern unterschätzt die hohe Dynamik, die gerade im Bildungsbereich gilt.

Herr Fraktionsvorsitzender Böhr, Sie haben heute Morgen an vielen Stellen Ihre Worte wohl gewählt. Das sage ich durchaus mit Respekt. Ich möchte Sie bitten, an einer Stelle noch einmal nachzudenken. Sie haben bei der Ganztagschule gesagt, das sei die Kür. Die käme erst nach der Pflicht. Ist es wirklich die Kür, wenn wir endlich darangehen, dass Beruf und Familie miteinander vereinbar sind?

(Beifall der SPD und der FDP)

Ist es wirklich die Kür, wenn wir neue Wege gehen und Jugendlichen zusätzliche Möglichkeiten eröffnen, in nicht einfachen Situationen soziale Kompetenz zu erwerben? Ist es wirklich die Kür, wenn wir bildungspolitisch neue Wege gehen, die im europäischen Vergleich an anderer Stelle schon sehr viel selbstverständlicher sind? Hier unterscheiden wir uns.

Das ist für mich keine Kür, sondern auch Pflicht. Deswegen meine ich, Unterrichtsversorgung und Ganztagschulen gegeneinander auszuspielen, ist absolut der falsche Weg.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dann kommt das Argument, die Kommunen müssten die Rechnung bezahlen. Ich könnte es mir tatsächlich leicht machen. Der Herr Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion hat heute morgen schon darauf hingewiesen. Natürlich gibt es schon heute einen erheblichen Antragsdruck aus den Kommunen. Ich interpretiere das so,

dass die Kommunen wissen, wie wichtig solche ergänzenden Angebote sind.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Ich interpretiere es aber auch so, dass viele Kommunen – darauf weisen Sie hin – bereits ergänzende Angebote haben und sich vom Land sogar in dieser Frage Entlastung erhoffen, weil wir die Personalkosten übernehmen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Kommunen können sich wie in anderen Fragen auch darauf verlassen. Wir werden dies eng und in jedem Einzelfall mit ihnen abstimmen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es uns gelingen wird, gute Lösungen zu finden.

Ich muss leider noch etwas zu den Zahlenspielen sagen, die heute durch den Raum gegangen sind. Von der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN wird bewusst nur von 30 Millionen gesprochen. Dann wird seitens der CDU-Fraktion gesagt, wir hätten Abstriche gemacht. Ich sitze nun glücklicherweise neben dem Finanzstaatssekretär, dem geschätzten Kollegen Deubel. Wir haben zwei Stunden damit verbracht, in denen ich ihm immer sagte: Sehr geehrter Herr Staatssekretär, lieber Ingolf, jetzt helfe mir einmal. Was rechnen die eigentlich? Wir haben zehn Plausibilitätsrechnungen gemacht. Er hat sogar seinen Taschenrechner dazu genommen. Wir kommen immer – ich bitte wirklich zuzuhören, damit Sie es nachrechnen können – auf 440 Millionen DM für vier Jahre und fünf Monate. Das sind 100 Millionen DM pro Jahr.

Jetzt kommt das, was noch oben draufgesetzt worden ist. Ab dann gibt es jährlich 120 Millionen DM. Ich meine, diese Rechnung kann man überhaupt nicht bezweifeln.

(Zurufe von der SPD)

Ich bitte Sie wirklich: Lassen Sie uns diese Debatte nicht führen; denn ich habe den Eindruck, außerhalb dieses Parlaments haben es alle verstanden.

(Beifall der SPD und der FDP –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau!)

Gestatten Sie mir bei dieser Jungferrede als Ministerin zum Abschluss auch noch eine persönliche Bemerkung insoweit, dass ich schon etwas zu meinem Verständnis sagen will, wie ich diese tatsächlich großen Herausforderungen und großen Aufgaben in der Bildungspolitik angehen will. Mir kommt es darauf an, in dieser Gesellschaft den Konsens darüber noch zu vergrößern, dass Investitionen in Kinder und Jugendliche nicht nur unsere Zukunft sichern. Das wäre für sich genommen ein ausschlaggebendes Argument, das heute auch des Öfteren vorgetragen worden ist.

Ich will eigentlich mehr. Ich will deutlich machen und darum werben, dass es unser aller Pflicht ist, jedem und jeder Heranwachsenden möglichst optimale Chancen zu bieten, ihren Weg zu finden. Das ist für mich die eine Grundsatzposition, mit der ich an die Bewältigung der Aufgaben herangehen will.

Die zweite, um die es mir zentral geht, ist, dabei auch deutlich zu machen, dass die Aufgaben in Bildung und Erziehung in dieser Gesellschaft tatsächlich den Stellenwert erfahren, der ihnen und vor allem allen, die daran mitwirken, gebührt, den Eltern, den Erzieherinnen und Erziehern, den unterschiedlichsten Institutionen im Kinder- und Jugendbereich und natürlich auch den Schulen.

Dazu gehört aus meiner Sicht übrigens auch, dass der Lehrerberuf eine solche öffentliche Anerkennung erfährt und sich die Pädagoginnen und Pädagogen in ihrer sicherlich nicht einfachen Aufgabe anerkannt und unterstützt fühlen. Daran möchte ich gern mitwirken.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schnabel.

(Frau Morsblech, FDP: Neel –
Heiterkeit im Hause –
Zuruf von der CDU: Jetzt kommt
der Quantensprung!)

Abg. Schnabel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Morsblech, ich habe trotzdem das Wort.

Ich möchte zwei Themen zur Innenpolitik ansprechen. Ich verspreche Ihnen, ich werde versuchen, es in Anbetracht der Zeit kurz zu machen.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz hat ein Sicherheitsproblem. Die Sicherheitslage ist objektiv und subjektiv nicht in Ordnung. Ich will versuchen, dies an zwei Beispielen zu verdeutlichen, die mich persönlich betroffen gemacht haben.

(Staatsminister Bauckhage: Das glauben
Sie doch selbst nicht! –
Mertes, SPD: Die Aufklärungsquote,
gelt?)

Meine Tochter hatte ihr Fahrzeug am **helllichten** Tag auf einem Parkplatz in Alzey stehen, und das Auto ist aufgebrochen worden. Das wäre vor 20 Jahren undenkbar gewesen. Immerhin stammt der Innenminister aus Alzey. Deswegen denke ich, Alzey **müsste** doppelt und dreifach gesichert sein.

(Zurufe von der SPD)

– Bitte ernsthaft!

Ich möchte ein weiteres Beispiel nennen. Eine Frau kam in meine Sprechstunde und hat mir berichtet, dass in ihre Wohnung eingebrochen worden sei. Sie hat nach acht Wochen immer noch Probleme, in ihre Wohnung zu

gehen, weil sie ein unsicheres Gefühl hat, weil sie Angst hat.

Bei beiden Beispielen, die ich genannt habe, bringt es uns überhaupt nichts, wenn aus dem Innenministerium immer wieder die Meldung abgegeben wird, die Sicherheitslage in Rheinland-Pfalz sei objektiv in Ordnung. Tatsache ist, wir haben in Rheinland-Pfalz zu wenig Polizistinnen und Polizisten, insbesondere auch auf der Straße.

(Zuruf von der SPD: Das wollen Sie an
diesen Beispielen deutlich machen? –
Ministerpräsident Beck: Das ist mehr
als abenteuerlich, was Sie da sagen!)

– Ich begründe es Ihnen noch.

Wahr ist, dass die optimalen Rahmenbedingungen fehlen, beispielsweise Überwachungsmethoden für die Verbrechensbekämpfung.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist lange nicht so sicher, wie uns dies in der Regierungserklärung dargestellt wurde. Die Aussage in der Koalitionsvereinbarung, die Kriminalität sei deutlich zurückgedrängt worden, stimmt einfach nicht. Sie ist schlichtweg falsch.

(Beifall der CDU)

Die Straftaten haben zugenommen, Herr Innenminister.

(Staatsminister Zuber: Warum denn?)

Im Jahr 1998 wurden 263.000 Straftaten begangen, im Jahr 2000 270.000, insgesamt also eine Zunahme in Rheinland-Pfalz um 3 %. Damit liegen wir in der Bundesrepublik an der Spitze. Das sollten Sie sich ab und zu einmal merken.

Besorgnis erregend ist eigentlich, dass die Straftaten gerade im ländlichen Raum um 3,3 % zugenommen haben, und auch die Zahlen der Rauschgiftdelikte von 10 % und der Drogentoten von 20 % sprechen Bände. Nun können Sie immer noch sagen, in Rheinland-Pfalz sei die Welt in Ordnung.

(Beifall der CDU)

Besonders dramatisch ist aber die Zunahme der Straftaten bei Jugendlichen um 10 % in den **letzten** zehn Jahren. Jede dritte Straftat wird von einem Jugendlichen begangen. Diese Entwicklung ist doch mehr als Besorgnis erregend. Sie ist skandalös, Herr Innenminister!

(Staatsminister Zuber: Ja!)

Die Zahlen steigen von Jahr zu Jahr. Die Aktionstage, die Sie durchführen, sind sicherlich begrüßenswert, reichen aber nicht aus. Der Ernstfall findet 365 Tage statt und nicht an einem Tag, an dem sich die Landesregierung feiern **lässt**.

Meine Damen und Herren, seit Jahren fordern wir das Haus des Jugendrechts. Erfahrungen aus Baden-Württemberg geben uns **Recht**.

Meine Damen und Herren, die Personaldecke in Rheinland-Pfalz ist so dünn wie in keinem anderen Bundesland.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, dieser Missstand ist seit Jahren bekannt. Die Situation ist auch ganz einfach zu erklären. Es ist unbestreitbar, dass mehr Polizistinnen und Polizisten ausscheiden, als eingestellt werden. Wir brauchen jährlich 400 Polizistinnen und Polizisten. Ich glaube, das ist unbestritten.

Sie von der SPD haben selbst vor der Wahl eingeräumt, dass wir 300 zusätzliche Beamte einstellen müssten. Aber die Zahlen in der Koalitionsvereinbarung sehen völlig anders aus. Darin steht: Neueinstellungen im Jahr 2001 225 und im Jahr 2002 130. – Das ist völlig realitätsfern.

(Zurufe von der SPD: Und weiter?
In 2003 und 2004?)

– Ja, gut, dann kommen 250, und 400 brauchen wir. Dann sind es irgendwann einmal 8.000, und wir bräuchten eigentlich 9.000. Das ist doch ganz einfach.

(Beifall der CDU –
Zuruf von der SPD: Wo steht denn das? –
Ministerpräsident Beck: Das Problem ist,
dass er ohne Taschenrechner rechnet!)

Darüber hinaus fehlen im Wechseldienst 30 % des notwendigen Personals. Sie brauchen nur in die Polizeiinspektionen zu gehen, dann bekommen Sie das erklärt. Wenn von der einen oder anderen Polizeiinspektion nachts nur ein Streifenwagen in einem Durchmesser von 60 Kilometern in der Eifel, im Hunsrück oder in Rheinhessen unterwegs ist, kann man doch nicht sagen, dass bei uns die Sicherheitslage in Ordnung sei.

Die Frustration überwiegt. Die Motivation bei den Polizistinnen und Polizisten vor Ort ist nicht mehr vorhanden. Davon kann keine Rede mehr sein.

Meine Damen und Herren, Sie haben in Ihrem Koalitionspapier geschrieben, der Schichtdienst würde verstärkt. Ich weiß nicht, wie dies möglich sein soll, wenn Sie sich die Zahlen noch einmal anhören. Das sind trübe Aussichten für die Sicherheit in unserem Land. Die Gewerkschaft der Polizei wird deshalb ihre „Pappkameraaktion“ neu starten müssen, ob sie will oder nicht, ob Ihnen das recht ist oder nicht, um plastisch den Beweis zu liefern, dass bei uns Polizistinnen und Polizisten fehlen.

Wir haben nach Ihrer Prognose künftig rund 9.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Wir werden damit nach wie vor die rote Laterne in der Bundesrepublik haben. Unbestritten ist, dass die Bevölkerung bei uns um rund 10 % zugenommen hat. Die Polizistinnen und

Polizisten nehmen immer mehr ab. Da kann doch etwas nicht stimmen.

(Pörksen, SPD: Das ist doch gesund,
oder nicht? –
Ministerpräsident Beck: Herr Mertes
auch!)

Wir müssten theoretisch 10.000 haben, wie dies die FDP in ihrem Papier gefordert hat. Die FDP sagt, wir brauchen 10.000 Polizisten. Davon steht aber nichts mehr in der Koalitionsvereinbarung. Sie haben also auch den 130, 225 und 300 zugestimmt.

Meine Damen und Herren, jetzt planen Sie eine weitere Aktion in Bezug auf die Polizeiinspektionen. Die Polizei soll wohl noch weiter aus der Fläche herausgenommen werden.

(Zuruf von der SPD: Wer sagt denn das? –
Ministerpräsident Beck: Das Gegenteil
steht in der Koalitionsvereinbarung!
Exakt das Gegenteil!)

Mit 8.000 Polizistinnen und Polizisten wollen Sie eine Polizeiinspektion ordnungsgemäß besetzen. Das müssen Sie mir einmal vormachen.

(Ministerpräsident Beck: Hören Sie
doch auf, Herr Schnabel!
Sie würden das Land innerhalb von
drei Jahren völlig ruinieren!)

– Wir hatten in früheren Jahren in der Polizeidichte immer bessere Verhältnisse als heute. Das ist überhaupt keine Frage.

(Zurufe von der SPD: Ha, ha!
Das ist nicht wahr!)

Meine Damen und Herren, ich würde mir wünschen, dass wir im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger, aber auch im Interesse der betroffenen Polizistinnen und Polizisten ehrlicher miteinander umgingen.

(Creutzmann, FDP: So viele Polizisten
wie jetzt hat es noch nie gegeben!)

Wenn ich schon dabei bin, mir etwas zu wünschen, so wünsche ich mir auch etwas mehr Offenheit in der Diskussion bei der Einführung von neuen Methoden wie beispielsweise der Videoüberwachung bei der Verbrechensbekämpfung. Bundesinnenminister Schily hat sie an die Spitze der künftigen Überlegungen gestellt. In Bayern, Sachsen, Hessen, im Saarland, in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt werden verdachtsunabhängige Kontrollen praktiziert, und überall funktioniert es, nur in Rheinland-Pfalz nicht.

Meine Damen und Herren, ich möchte am Ende dieses Themas noch eine Bemerkung machen. Ich möchte den Polizistinnen und Polizisten Dank sagen, die bei all den schwierigen Bedingungen in Rheinland-Pfalz ihren Dienst tun. Ich habe großen Respekt vor der Leistung der Polizistinnen und Polizisten. Ich fahre ab und zu

einmal mit einer Nachtstreife mit und sehe, was vor Ort los ist. Wir dürfen – das werden wir auch nicht tun – die Polizistinnen und Polizisten nicht allein lassen.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss noch eine Anmerkung zur Selbstverwaltung in der Kommunalpolitik machen.

Die SPD hat sicherlich die Landtagswahl gewonnen, keine Frage. Aber wir gewinnen seit Monaten, seit Jahren und insbesondere in den letzten Wochen verstärkt Urwahlen, und zwar eine nach der anderen.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke an Neustadt, an Ludwigshafen, an die Verbandsgemeinde Kusel zum Beispiel oder auch an Braubach.

(Ministerpräsident Beck: An den Landkreis Ludwigshafen!)

– Das ist das Einzige, was wir im Moment noch nicht haben, das ist völlig klar. Meine Damen und Herren, so begann immer schon der Umschwung. Auch wir, die CDU, haben vor Jahren die leidvolle Erfahrung gemacht.

(Ministerpräsident Beck: Da gab es doch noch gar keine Urwahl!)

Wir haben auch vor Ort einen Bürgermeister nach dem anderen verloren, und dann kam der Umschwung. Sie hätten es sich nicht träumen lassen, dass in der Pfalz einmal alle Oberbürgermeister der CDU angehören. Sie bestimmt nicht, Herr Beck.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU in den Städten, Gemeinden und in den Landkreisen sorgt dafür, dass Kurt Beck nicht mehr ruhig schlafen kann.

(Ministerpräsident Beck: Sie können doch nicht ganz gesund sein, wenn man so etwas formuliert! –
Jullien, CDU: Der Kollege Schnabel erfreut sich bester Gesundheit!)

– Wieso? Was ist denn an der Formulierung so verkehrt? Jetzt sind Sie aber empfindlich. Sie haben zehn Oberbürgermeister in der Pfalz verloren.

(Jullien, CDU: Aber das tut weh!)

Nicht mehr und nicht weniger waren es, das ist klar. Das tut weh.

Mit Sicherheit hat die SPD die Quittung dafür bekommen, wie sie die Kommunen in den vergangenen Jahren behandelt hat. In den vergangenen Jahren sind den Kommunen 1,3 Milliarden DM vorenthalten worden. Ein Viertel der Gemeinden hat unausgeglichene Haushalte.

Die Verschuldung der Kommunen liegt bei 8,2 Milliarden DM. Die Belastung durch Ökosteuern, Entfernungspauschale, Steuerreform und Rentenreform ist dabei noch nicht berücksichtigt.

(Schmitt, CDU: Dann sagen Sie immer noch, Sie seien kommunalfreundlich!)

Dann steht im Koalitionspapier ganz lapidar: Der Verbundsatz bleibt. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, so einfach darf man es sich nicht machen, also eine ständige Zuweisung von Aufgaben an die Kommunen, Mehrbelastungen also, und dann den Verbundsatz in dieser Form lassen.

(Schweitzer, SPD: Ihr habt ihn doch immer gekürzt! Ihr wart doch die Kürzer! –
Dr. Schiffmann, SPD: Butter bei die Fisch!)

Das kann nicht funktionieren. Mehr als 50 % der kommunalen Haushalte werden für soziale Leistungen gebunden.

(Dr. Schiffmann, SPD: Herr Kollege, wie hätten Sie es denn gern?)

Gleichzeitig betrachtet die Landesregierung im Grund genommen den kommunalen Finanzausgleich wie einen Steinbruch, aus dem man sich stets und ständig nach Gutsherrenart zulasten der Kommunen bedienen kann.

(Schmitt, CDU: Aus der Tasche der Kommunen!)

Meine Damen und Herren, es gibt eine lange Liste der Befrachtung des kommunalen Finanzausgleichs. Diese kennen Sie genauso gut wie ich. Ich denke nur an die Schulbauförderung. Frau Ministerin Ahnen hat vorhin gesagt, Sie würden die Kommunen unterstützen.

(Schweitzer, SPD: Ihr wolltet doch kürzen!)

Die Schulbauförderung wird aus dem Topf des kommunalen Finanzausgleichs genommen.

(Schweitzer, SPD: Ihr wolltet doch um 10 Millionen DM kürzen!)

Im Bereich der Elternbeiträge, Kindergärten geht es voll an die Kommunen, beim Landesaufnahmegesetz, ÖPNV, Schülerbeförderung, Computereinsatz in den Schulen, der auch wieder zum großen Teil von den Kommunen bezahlt werden muss.

(Dr. Schiffmann, SPD: Wollten Sie jetzt die Schulträgerschaft oder nicht?)

Das hat doch mit Schulträgern nichts zu tun. Die originäre Aufgabe der Bildung ist doch nicht bei den Kommunen mit den Schulträgern geregelt. Sie müssen im

Grunde für Dinge aufkommen, für die sie nicht zuständig sind.

(Mertes, SPD: Wenn Sie als Bürgermeister ein bisschen besser aufgepasst hätten!)

- Ja, der Ortsbürgermeister passt auf, das glaube ich schon.

(Mertes, SPD: Schulträger gibt es seit 50 Jahren! Sie reden wie der Blinde von der Farbe!)

- Aber lieber guter Herr Kollege Mertes, die Schulträger haben doch bitte nicht für das Personal aufzukommen.

(Mertes, SPD: Das tun sie auch nicht!)

Sie haben auch nicht für alle Bereiche der Ausstattung von Computern zu sorgen.

(Mertes, SPD: Nein?)

- Moment bitte, für Computer schon, aber für den Rest doch nicht, für die Unterhaltung und den Service.

(Mertes, SPD: Welche Schule haben Sie denn betreut? Jetzt rudern Sie zurück!)

- Das ist genau das, was Sie nicht verstehen.

Auf jeden Fall ist Bildungspolitik originäre Aufgabe dieser Landesregierung. Dafür hat sie die Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch kurz zu einem Satz kommen, der heute Morgen im Zusammenhang mit den Zweckzuweisungen und allgemeinen Zuweisungen genannt wurde. Meine Damen und Herren, bei jedem, der Kommunalpolitik macht, müssten doch im Grund genommen die Glocken klingeln, wenn man sagt, die derzeitige Aufteilung in Zweckzuweisungen und allgemeine Zuweisungen stimmt. Das Gegenteil ist doch der Fall. Die Kommunen wissen doch mit ihrem Geld vor Ort umzugehen. Sie brauchen doch nicht den goldenen Zügel von der Landesregierung. Geben Sie doch den Kommunen das Geld, sie setzen es schon so ein, wie sie es benötigen.

Ich möchte jetzt noch eine Aussage zum Konnexitätsprinzip machen. Dazu lese ich nichts in der Koalitionsvereinbarung. Dazu wird auch in der Regierungserklärung kein Wort gesagt. Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland das einzige Bundesland, das das Konnexitätsprinzip nicht in der Verfassung hat. Lassen Sie uns einfach einmal darüber nachdenken. Auch die Spitzenverbände haben sich im Grunde genommen immer schon für dieses Prinzip ausgesprochen.

Meine Damen und Herren, ich hätte mir gewünscht, dass wir gerade hinsichtlich der Weiterentwicklung ADD und SGD etwas von Ihnen hören würden. Es gibt dazu

keine Aussage. Es wurde im Grunde genommen eine weitere Chance vertan. Vom Ministerpräsidenten haben wir gehört, dass vor der Umorganisation Aufgabenkritik gestanden hat. Dies hat man gerade bei dem sehr wichtigen Bereich der Auflösung der Bezirksregierungen nicht getan.

Sie werden doch nicht das Unikum lassen, was Sie da geschaffen haben. Die Praxis zeigt, dass diese Organisationseinheit nicht funktioniert, insbesondere im Bereich der Schule. Wir haben doch ein Chaos bei der Einstellung von Aushilfslehrerinnen und -lehrern insgesamt, was wir schon verschiedentlich gehört haben. Sie brauchen jetzt auch keine Rücksicht mehr auf die FDP zu nehmen.

(Staatsminister Bauckhage: Was?)

Sie brauchen doch in dieser Frage, wenn es um die ADD und die SGD geht, keine Rücksicht mehr zu nehmen. Wir bieten Ihnen bei der Weiterentwicklung wirklich unsere Mithilfe an. Den Apparat, den Sie da geschaffen haben, müssen Sie meines Erachtens neu überdenken.

Meine Damen und Herren, ähnlich ist es mit der Diskussion um die Enquete-Kommission „Stadt und Umland“. Herr Mertes hat dazu eine Aussage gemacht: Um Himmels willen, wir wollen nicht, dass Ortsgemeinden aufgelöst werden. Wir meinen, Ortsgemeinden müssen die Garantie behalten, weil es die günstigste, eine bürgernahe und darüber hinaus wirtschaftliche Form ist.

(Mertes, SPD: Wer hat dazu jetzt etwas gesagt?)

Wenn Sie über „Stadt-Umland“ diskutieren, kommt das doch automatisch. Das ist doch die Konsequenz aus dem, was Sie machen wollen.

(Mertes, SPD: Wer hat dazu etwas gesagt? –

Dr. Schiffmann, SPD: Was wollen Sie denn?)

Wir stehen für die Ortsgemeinde. Die Ortsgemeinde wird mit Sicherheit auch künftig ihren Bestand haben.

Meine Damen und Herren, die Aufregung ist im Grunde genommen umsonst. Die Innenpolitiker sind im Grunde genommen pragmatisch und versuchen gerade bei kommunalpolitischen Themen immer, kollegial miteinander umzugehen. Ich biete das an. Wir werden das wie in den letzten fünf Jahren machen. Nur gibt es Dinge, die wir kritisch hinterfragen müssen und werden. Dafür sind wir in der Opposition. In dieser Form werden wir in den nächsten fünf Jahren zusammenarbeiten.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU –
Dr. Schiffmann, SPD: Was wollen Sie denn eigentlich?)

Vizepräsidentin Frau Grütmacher:

Ich erteile Herrn Staatsminister Zuber das Wort.

(Lelle, CDU: Jeder Minister kommt dran!)

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte nicht die Absicht, heute an das Rednerpult zu treten, obwohl es mich gereizt hätte, dies 30 Jahre nach meiner ersten Rede hier im Landtag zu tun. Aber nach dem Beitrag des Kollegen Schnabel komme ich nicht darum herum, etwas zu sagen.

(Lelle, CDU: Fassen Sie sich kurz!
Das ist gut!)

Lieber Herr Kollege Schnabel, meine Damen und Herren, wir haben kein Sicherheitsproblem in Rheinland-Pfalz, um das in aller Deutlichkeit zu sagen. Wir haben in unserem Bundesland eine hervorragende und nach objektiven Kriterien gute Sicherheitslage. Darin unterscheidet sich unser Bundesland von den meisten anderen Bundesländern.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dazu hat diese Landesregierung, die eindrucksvoll am 25. März 2001 durch die Wählerinnen und Wähler bestätigt worden ist, ihren unverzichtbaren Beitrag geleistet. Wir gehen auch in der Koalitionsvereinbarung davon aus, dass wir den gegenwärtigen Stand des Personals bei unserer Polizei in Rheinland-Pfalz halten werden. Wir werden diesen Stand halten und haben uns auch rechtzeitig auf die Pensionierungswellen vorbereitet, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen werden.

Die Zahlen sind genannt worden. Aber nachdem Sie offensichtlich nicht verstanden worden sind, will ich sie gern noch einmal nennen. Wir haben im laufenden Haushaltsplan – dabei bitte ich zu beachten, dass es ein laufender Haushaltsplan ist – 225 Beamtenanwärterinnen und -anwärter vorgesehen, die in die Ausbildung genommen werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Lieber Herr Kollege Schnabel, wir haben im Jahr 2002 deshalb nur 130 – vielleicht ist das Ihrer Aufmerksamkeit entgangen –, weil wir dann das vorgezogene Abitur haben. Wir reagieren in den darauf folgenden Jahren ganz gezielt, indem wir im Jahr 2003 300 einstellen, im Jahr 2004 300 einstellen, im Jahr 2005 300 einstellen

(Lelle, CDU: Herr Minister, wie viel scheiden aus?)

und im Jahr 2006 300 einstellen.

(Beifall bei SPD und FDP –
Mertes, SPD: Und danach stellen wir auch noch weiter ein! Wir!)

Auch danach wird es weiter gehen. Es ist Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass wir ein Angestelltenprogramm zur Entlastung der Polizeibeamtinnen und -beamten realisieren, damit diese ihrer eigentlichen Aufgabenstellung nachkommen können.

Es ist desweiteren offenkundig Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass wir in den letzten Jahren Millionenbeträge in die technische Ausstattung gesteckt haben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es ist Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass wir mit einem Kostenaufwand von 42 Millionen DM als einziges Bundesland termingerecht INPOL-neu realisiert haben und darauf fußend auch die Sachbearbeitung für die rheinland-pfälzische Polizei mit entsprechender Technik ausgestattet haben. Auch dies bringt eine Entlastung unserer Polizeibeamtinnen und -beamten in einer Größenordnung von 15 % bis 20 %.

Es ist Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass wir Privatisierungen vorgenommen haben, indem wir das Sicherheitsgewerbe beauftragt haben, beispielsweise das Innenministerium zu bewachen, um damit Polizeibeamten und -beamtinnen für ihre eigentliche Aufgabe freizustellen.

Es ist Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass wir darüber hinaus nun auch die Bereitschaftspolizei entsprechend bewachen lassen, um zusätzliches Personal freizusetzen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Es genügt nicht, sich als Erbsenzähler zu betätigen und ausschließlich Köpfe zu zählen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP –
Staatsminister Bauckhage:
Nummernschreiber!)

Entscheidend ist, wie es so schön einmal jemand formuliert hat, was hinten dabei heraus kommt. Was dabei heraus kommt, kann sich weiß Gott sehen lassen.

(Schnabel, CDU: Gehen Sie doch einmal zur Polizei!)

Sie könnten endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir über viele Jahre hinweg in der Regierungstätigkeit dieser Koalition, die bestätigt worden ist, Jahr für Jahr die Aufklärungsquote auf zuletzt den Höchststand von knapp 59 % gesteigert haben, so viel, wie es niemals in diesem Land Rheinland-Pfalz gegeben hat.

(Beifall bei SPD und FDP –
Creutzmann, FDP: So ist es! Auch bei der CDU nicht!)

Wir haben gleichzeitig auch etwas für unsere Polizei getan, indem wir die zweigeteilte Laufbahn eingeführt haben und sie auch entsprechend umsetzen werden und sie bis jetzt schon zu einem hohen Prozentsatz realisiert haben.

Sie haben sich hier hingestellt – auch im Wahlkampf – und utopische Forderungen gestellt, was Einstellungen bei der Polizei anbelangt, und dabei nur die Kosten gerechnet, die in dem Ausbildungszeitraum entstehen, aber nicht die Kosten, die entstehen, wenn dann die Ausbildung beendet ist. Was Seriosität bei Finanzgebaren anbelangt, kann man hier und an anderen Beispielen meines Erachtens sehr deutlich sehen, was man von Ihren Milchmädchenrechnungen zu halten hat.

Meine Damen und Herren, es kann sich in der Tat sehen lassen, was diese Koalition in diesen zehn Jahren geleistet hat und was sie auch auf dem Feld der Inneren Sicherheit in den nächsten Jahren weiterhin leisten wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

Hören Sie endlich auf – zum wiederholten Mal fordere ich die Union auf –, den Menschen im Land Rheinland-Pfalz Angst zu machen.

(Starker Beifall der SPD
und der FDP)

Sie nennen sich doch eine christliche Partei. Sie sollten sich schämen, sich eine christliche Partei zu nennen, wo Sie permanent den Menschen Angst machen und Angst verbreiten und insbesondere den älteren Menschen Angst machen. Sie sollten sich schämen und sollten sich endlich dazu entschließen, auf Ihrem nächsten Bundesparteitag einen Antrag einzubringen und sich in das umzuformieren, was Sie wahrhaftig sind, nämlich keine christliche, sondern eine konservative Partei.

(Beifall bei SPD und FDP –
Heiterkeit bei der CDU –
Lelle, CDU: Das ist doch primitiv!)

Angst machen Sie auch den Menschen, indem Sie jetzt wieder suggerieren, dass die Landesregierung Pläne habe, weitere Polizeiinspektionen zu schließen. Meine Damen und Herren, es wird unter Verantwortung dieser Koalition keine einzige Polizeiinspektion geschlossen werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Was die Kommunen anbelangt, füge ich hinzu, es wird auch keine gesetzlichen Zusammenlegungen oder Auflösungen von Gemeinden mit dieser Koalition in dieser Legislaturperiode geben. Wenn man sich freiwillig zusammenschließen will, kann man das gern tun. Aber es wird keine gesetzlichen Maßnahmen in diesem Zusammenhang geben.

(Vereinzelt Beifall bei SPD
und FDP)

Meine Damen und Herren, noch ein kurzes Wort. Sie wissen, dass ich seit vielen Jahren auf die Kriminalpräventiven Räte setze. Wir haben in Rheinland-Pfalz mittlerweile 71 dieser Kriminalpräventiven Räte, die eine gute Arbeit leisten. Ich möchte Sie hier auch zum wie-

derholten Mal auffordern, mitzuhelfen, dass wir in diesem unserem Land ein Netz kriminalpräventiver Gremien schaffen können.

(Schmitt, CDU: Machen wir doch –
Klamm, SPD: Quatsch!)

Sie tragen in vielen Gemeinden in Rheinland-Pfalz Verantwortung. Nutzen Sie diese Verantwortung dazu, dass wir flächendeckend die Kriminalpräventiven Räte in Rheinland-Pfalz bekommen. Sie sind nämlich ein wirksames Mittel im Bereich der Inneren Sicherheit.

(Beifall bei SPD und FDP –
Ebli, SPD: Das muss man
aber auch wollen!)

Meine Damen und Herren, zum Stichwort „Kommunen und Finanzausstattung der Kommunen“ möchte ich noch wenige Sätze sagen. Wann hat es das in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung gegeben, dass ein Verbundsatz über viele Jahre hinweg gleich geblieben ist?

(Beifall bei SPD und FDP –
Mertes, SPD: So ist das! Nie!)

Wann hat es das jemals gegeben?

(Zuruf von der CDU)

– Dann kommen Sie hierher und nennen Sie die Zahl. Hat es jemals zu Beginn einer Legislaturperiode die Aussage einer Landesregierung gegeben, dass der Verbundsatz für eine ganze Legislaturperiode unverändert bleiben wird? Meine Damen und Herren, hat es das jemals bei Ihnen gegeben? Das ist ein Stück Verlässlichkeit, das die Kommunen von dieser Landesregierung auch in den Jahren 2001 bis 2006 erwarten dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen habe ich Ihnen von dieser Stelle zum wiederholten Mal etwas zum Stichwort Anteil Zweckzuweisungen und allgemeine Zuweisungen gesagt.

(Zuruf aus dem Hause)

– Sie wissen das doch ganz genau, Sie sind doch Ortsbürgermeister einer nicht gerade sehr großen Gemeinde, aber auch nicht der kleinsten Gemeinde. Sie müssen mir aber doch zugestehen, wenn ich hier feststelle, wenn Sie bestimmte Vorhaben in Ihrer Gemeinde oder ein bestimmtes **kostenaufwändiges** Vorhaben realisieren wollen, dann geht das doch nicht ohne diese Zweckzuweisungen. Warum kriege ich denn dutzende und aber dutzende Dankschreiben von Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Ortsbürgermeistern, die sich für diese Zweckzuweisungen bedanken, weil sie zwar hier und da in schönen Sonntagsreden und vielleicht auch in einer Rede im Kommunalen Rat und gerade von denjenigen, die besonders gut bedient worden sind, die Melodie anstimmen, dass die allgemeinen Zuweisungen **zulasten** der Zweckzuweisungen erhöht werden müssten?

Ich bekomme die Dankschreiben doch deshalb, weil sie genau und bestens wissen, dass sie ohne den Landes-

zuschuss die Maßnahme nicht hätten realisieren können.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD)

Wir werden in aller Ruhe und in aller Sachlichkeit unsere Gespräche so, wie wir es gewohnt sind, mit den Kommunen führen. Da brauche ich kein Prophet zu sein, um festzustellen, dass wir nicht immer auf einen Nenner kommen werden. Das liegt fast in der Natur der Sache, insbesondere dann, wenn man von der Schicksalsgemeinschaft von Kommunen und Land spricht. Das gilt dann nicht nur an Tagen wie dem heutigen, an dem die Sonne scheint, sondern das gilt auch in Zeiten, in denen das weniger leicht ist.

Im Übrigen, wenn Sie vollmundig auf Belastungen der Gemeinden hinweisen, dann müssen Sie auch hinzufügen, dass es in Ihren Regierungszeiten solche Belastungen wie in den letzten zehn Jahren nicht gegeben hat.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

– Da können Sie „ha ha ha“ machen. Es gehört auch zur Ehrlichkeit in der Politik, dass man das immer wieder deutlich macht, auch in den Gesprächen.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, das wird auch so lange dauern, Verehrtester.

In den Gesprächen mit den Kommunen wird immer wieder darauf hingewiesen.

Meine Damen und Herren, noch ein letztes Wort zur Verwaltungsmodernisierung, zum Stichwort „ADD und SGD“.

Ich gestehe frank und frei, dass ich, als dies in die Koalitionsvereinbarung des Jahres 1996 geschrieben worden ist, nicht unbedingt ein glühender Anhänger gewesen bin. Ich denke, das wird auch die allerwenigsten überraschen. Aber heute, nachdem wir diese Reform umgesetzt haben, kann ich feststellen, dass diese Reform sich vom Grundsatz her bewährt hat, ihre Bewährungsprobe bestanden hat und es richtig war, nicht mehr einen Weg

nach regionalen Überlegungen zu gehen, die in der Vergangenheit, über weit mehr als ein Jahrhundert, Platz gegriffen hatten, sondern dass es richtig war, nach funktionalen Gesichtspunkten zu ordnen.

(Schnabel, CDU: Das ist ja
noch schlimmer!)

Unsere moderne Kommunikationstechnik hat uns hierbei geholfen. Sie wird uns weiterhin dabei helfen, dass diese Reform auch erfolgreich zu Ende gebracht werden kann.

Ich sage Ihnen eins: Genauso wie ich heute kaum noch etwas über die 1993 durchgeführte Neuorganisation der Polizei höre, genauso wenig werde ich von Ihnen noch etwas über diese Reform hören; denn dann wird auch der Letzte unter Ihnen festgestellt haben, dass sich diese Reform in der Praxis bewährt hat.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kommunen sind bei dieser Landesregierung in guten Händen. Wir haben eine Koalitionsvereinbarung, an der wir uns orientieren werden. Wir werden unbeirrbar daran festhalten und vor allen Dingen diese Koalitionsvereinbarung unbeeindruckt von allen Einflüssen umsetzen.

Ich darf mich bei denjenigen sehr herzlich bedanken, die uns als Regierung und die mich auch als Innenminister unseres Landes hierbei tatkräftig unterstützen und begleiten werden.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD
und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Die Fraktionen hätten zwar noch einige Minuten Redezeit, allein die Landesregierung hat die zwei Stunden fast völlig ausgeschöpft.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen schließe ich diese Plenarsitzung und lade Sie für den 6. Juni 2001 um 13:00 Uhr zur nächsten Plenarsitzung ein.

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr.